

Wortlaut zum Stadtentwicklungskonzept (STEK) Nr. 1.00

Stadtgemeinde Trofaiach



B E S C H L U S S

Stand: 13.03.2014

Verfasser: Pumpernig & Partner ZT GmbH
DI Andreas Ankowitsch
DI Maximilian Pumpernig
Staatlich befugte und beeidete Ziviltechniker
Mariahilferstraße 20, 8020 Graz

Bearbeitung: DI Andreas Ankowitsch
Mag. Gernot Paar
Mag. Christoph Pfeifer (GIS-Bearbeitung)

Mitarbeit: Ing. Thomas Hörzer (Berechnungen Tierhaltungsbetriebe)
Cornelia Pichler (Erhebungen Tierhaltungsbetriebe)

GZ: 123FR13

Bearb.: An/Pa

L:\02 - Kunden\01 Steiermark\LE\Trofaiach\Gde\123FR13_Trofaiach_Revision_100\06 Endbeschluss\Berichte Verordnung\ÖEK\20140313_123FR13_An_STEK_Wrtlt_End.doc

INHALTSVERZEICHNIS

KURZFASSUNG

PRÄAMBEL UND RECHTSGRUNDLAGE	1
§ 1 UMFANG UND INHALT	1
§ 2 PLANGRUNDLAGE UND VERFASSER	2
§ 3 FESTLEGUNGEN DES ENTWICKLUNGSPLANES	2
(1) Detailabgrenzung und Übernahme überörtlicher Festlegungen und Landschaftsteilräume	2
Z.1 Landesentwicklungsprogramm 2009	2
Z.2 REPRO Leoben	2
(2) Räumlich-funktionelle Gliederung – Die Örtlichen Funktionen	3
Z.1 Siedlungsschwerpunkte im Rahmen der Örtlichen Raumplanung	4
Z.2 Gebiete mit baulicher Entwicklung	5
Z.3 Örtliche Eignungszonen/ Grünraumelemente	8
(3) Entwicklungsgrenzen im Entwicklungsplan	9
Z.1 Naturräumliche Entwicklungsgrenzen	9
Z.2 Siedlungspolitische Entwicklungsgrenzen	10
§ 4 RAUMBEZOGENE ZIELE UND MASSNAHMEN	12
(1) Entwicklungsziele nach Sachbereichen	12
Z.1 Naturraum und Umwelt	12
Z.2 Siedlungsraum und Bevölkerung	13
Z.3 Wirtschaft	14
Z.4 Technische Infrastruktur/Gemeinbedarfseinrichtungen	15
(2) Entwicklungsziele für die einzelnen Ortsteile	15
Z.1 Entwicklungspriorität 1	15
Z.2 Entwicklungspriorität 2	16
Z.3 Entwicklungspriorität 3	16
§ 5 GRUNDSÄTZE ZUR VERWIRKLICHUNG DER ZIELE UND MASSNAHMEN	17
§ 6 WIRKUNG DES STADTENTWICKLUNGSKONZEPTES/ ENTWICKLUNGSPLANES	18
§ 7 INKRAFTTRETEN / AUSSERKRAFTTRETEN	18
Urkunde	19

KURZFASSUNG

Die neue Stadtgemeinde Trofaiach besteht seit 01.01.2013 und wurde aus den ehemaligen Gemeinden Gai und Hafning bei Trofaiach sowie der Stadtgemeinde Trofaiach gebildet. Nunmehr wird mit der Periode Nr. 1.00 eine neue Planungsgrundlage für das neue Gemeindegebiet der neuen Stadtgemeinde Trofaiach geschaffen. Dies dient der Vereinheitlichung der Planung sowie der Schaffung einer nachvollziehbaren Rechtsgrundlage für die Zukunft der Stadtgemeinde. Angemerkt wird, dass gemäß den Bestimmungen des Stmk. ROG 2010 der Flächenwidmungsplan nicht dem (Örtlichen) Stadtentwicklungskonzept widersprechen darf. Festlegungen im Flächenwidmungsplan müssen demnach bereits im Stadtentwicklungskonzept Ihre Deckung finden.

Sämtliche Änderungen gegenüber der bisher geltenden Verordnungen der o. genannten ehemaligen Gemeinden werden in der Differenzliste sowie im Differenzplan dargestellt und planungsfachlich erläutert.

Regionales Entwicklungsprogramm für die Planungsregion Leoben (LGBl. Nr. 4/2005 idF LGBl. Nr. 32/2007):

Gemäß § 3 (Ziele und Maßnahmen für die Teilräume) des REPRO Leoben wird das Gemeindegebiet in insgesamt 5 Teilräume, die im Wortlaut genannt bzw. im Erläuterungsbericht näher beschrieben werden, unterteilt: „Siedlungs- und Industrielandschaften“, „Grünlandgeprägtes Bergland“, „grünlandgeprägte inneralpine Täler, Becken und Passlandschaften“, „forstwirtschaftlich geprägtes Bergland“ und auch „Bergland über der Waldgrenze und Kampfwaldzone“. Außerdem liegen nachfolgende Vorrangzonen im Gemeindegebiet und sind diese als Überörtliche Vorgaben im Rahmen der Erstellung des STEK auf örtlicher Ebene zu interpretieren und zu berücksichtigen: „*Landwirtschaftliche Vorrangzone*“ und „*Grünzone*“.¹

Wohnsiedlungsgebiete

Die bestehenden Wohnsiedlungsgebiete werden weitergeführt, auf die neue Rechtsgrundlage des Stmk. ROG 2010 gehoben und somit mit ausreichend Potenzialsflächen für die nächsten 15 Jahre festgelegt. Im Siedlungsgebiet werden entsprechend den Zielsetzungen der Stadtgemeinde relative und absolute Entwicklungsgrenzen festgelegt. Die relativen Entwicklungsgrenzen können gemäß den Festlegungen im Wortlaut zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00 der Stadtgemeinde Trofaiach von Baulandfestlegungen überschritten werden, absolute nicht. Die entsprechende Änderung wird in der Differenzliste planungsfachlich zusätzlich erläutert.

Zentrumszonen

Die bisher dem Kernbereich zugeordnete Bereiche werden weiterhin als Zentrumsbereiche geführt. Innerhalb dieser kommt es mit dem Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00 zu keinen wesentlichen Änderungen gegenüber der bisher geltenden Verordnungen der ehemaligen

¹ Hingewiesen wird auf die Maßstäblichkeit des Regionalplanes von 1:50.000 und das Herunterbrechen auf einen Maßstab von 1:10.000 im STEK Nr. 1.00

Gemeinden. Die entsprechende Änderung wird in der Differenzliste planungsfachlich zusätzlich erläutert.

Industrie und Gewerbe

Vor allem im Bereich von Edling kommt es zu einer großräumigen, planmäßigen (abgestimmt auf den tatsächlichen Bedarf) Erweiterung von Industrie- und Gewerbeflächen, sodass dort die Ansiedlung eines neuen Unternehmens möglich wird. In den übrigen Bereichen/Ortsteilen der neuen Stadtgemeinde Trofaiach kommt es zu keinen wesentlichen Änderungen. Die entsprechende Änderung wird in der Differenzliste planungsfachlich zusätzlich erläutert.

Umweltprüfung/Alpenkonvention:

Die bisher geltenden Siedungsleitbilder und Entwicklungspläne der ehemaligen Gemeinden Gai und Hafning bei Trofaiach sowie der Stadtgemeinde Trofaiach wurden durch den Regierungskommissär der neuen Stadtgemeinde Trofaiach mit Rechtskraft 01.01.2013 wiederverlautbart. Diese werden – da für die Gemeindegebiete nicht mehr existierender Gemeinden wiederverlautbart, nunmehr als Basis für eine Differenzdarstellung der alten und neuen Planungen im Sinne eines Roten Fadens der Planung herangezogen. Eine entsprechende Prüfung der Auswirkungen der Änderungen auf die Umwelt ist erfolgt und dem Erläuterungsbericht in detaillierter Form zu entnehmen. Massive Auswirkungen auf die Umwelt konnten nicht erkannt werden und ist keine weiter führende Umweltprüfung erforderlich. Es soll deutlich festgehalten werden, dass jedoch mit der Periode 1.00 eine neue Stadtgemeinde Trofaiach bearbeitet wird und somit teilweise neue Planungsmaßstäbe für die Verordnungsgrundlagen heranzuziehen sind.

Im gegenständlichen Verfahren kann zu den Zielen der Alpenkonvention unter Beiziehung des Leitfadens „Alpenkonvention in der Örtl. Raumplanung“ (Verf.: Abt. 13, Sept. 2012) kein Widerspruch abgeleitet werden.



Der Bürgermeister

Trofaiach, am 13.03.2014

Abkürzungsverzeichnis:

Abs	Absatz
BBPl	Bebauungsplan
BGBI. Nr.	Bundesgesetzblatt Nummer
bspw	beispielsweise
FWP	Flächenwidmungsplan
gem	gemäß
GZ	Geschäftszahl
idF	in der Fassung
idgF	in der geltenden Fassung
iSd	im Sinne des/der
iVm	in Verbindung mit
KG	Katastralgemeinde
LGBl. Nr.	Landesgesetzblatt Nummer (Steiermark)
lit.	Litera
sh	siehe
STEK	Stadtentwicklungskonzept
Stmk	Steiermärkisch(e)
Teilfl.	Teilfläche (eines Grundstückes)
ua	und andere
usw	und so weiter
vgl	vergleiche
Z.	Ziffer/Zahl

WORTLAUT ZUM STADTENTWICKLUNGSKONZEPT NR. 1.00 DER STADTGEMEINDE TROFAIACH

Verordnung über das vom Gemeinderat der Stadtgemeinde Trofaiach am 13.03.2014 gemäß den Bestimmungen des § 24 Abs 6 Stmk. ROG 2010, LGBL. Nr. 49/2010 idF LGBL. Nr. 87/2013 - Art.88, einstimmig beschlossene Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00 (Örtliches Entwicklungskonzept) der Stadtgemeinde Trofaiach, öffentlich aufgelegt in der Zeit vom 04.10.2013 bis 29.11.2013. Die rechtlich verpflichtende Öffentliche Versammlung (gemäß § 24 Abs 5 Stmk. ROG 2010) fand am 28.10.2013 im Gasthaus Unterdechler im Ortsteil Hafning, am 29.10.2013 im Gasthaus Stegmüller im Ortsteil Gai und am 30.10.2013 im Stadtsaal im Ortsteil Trofaiach, jeweils mit Beginn um 18:30 Uhr, statt.²

Eine Änderung des Entwicklungskonzeptes/ Entwicklungsplanes Nr. 1.00 der Stadtgemeinde Trofaiach bedingt den Nachweis wesentlich geänderter Planungsvoraussetzungen.

§1 Umfang und Inhalt

- (1) Das Stadtentwicklungskonzept (in der Folge kurz „STEK“ [gemeint ist Örtliches Entwicklungskonzept]) Nr. 1.00 der Stadtgemeinde Trofaiach besteht aus den integrierenden Bestandteilen des Verordnungswortlautes, der zeichnerischen Darstellung in Form des Entwicklungsplanes im Maßstab 1:10.000 in 3 Blattschnitten samt Legende und des zugehörigen Erläuterungsberichtes (GZ: 123FR13, Stand der Ausfertigung: 13.03.2014).
- (2) In Abstimmung mit den geltenden Raumordnungsgrundsätzen des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 2010 (LGBL. Nr. 49/2010 idF LGBL. Nr. 87/2013 - Art.88; in der Folge kurz „Stmk. ROG 2010“), den Festlegungen des Landesentwicklungsprogramms 2009 (LGBL. Nr. 75/2009 idF LGBL. Nr. 37/2012; in der Folge kurz „LEP 2009“), dem Regionalen Entwicklungsprogramm für die Planungsregion (politischer Bezirk) Leoben (LGBL. Nr. 4/2005 idF LGBL. Nr. 32/2007; in der Folge kurz „REPRO Leoben“) und der Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 12.09.2005 über ein Programm zur hochwassersicheren Entwicklung der Siedlungsräume (LGBL. Nr. 117/2005; in der Folge kurz „SAPRO Hochwasser“) sowie dem Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie (LGBL. Nr. 72/2013; in der Folge „SAPRO Windenergie“) werden, aufbauend auf den

² Gesetz vom 23.03.2010 über die Raumordnung in der Steiermark (in der Folge kurz „Stmk ROG 2010“). Die neue Stadtgemeinde Trofaiach wurde mit 01.01.2013 aus den ehemaligen Gemeinden Trofaiach, Hafning und Gai gebildet/vereinigt (LGBL. Nr. 107/2012, Kundmachung der Stmk. Landesregierung vom 25.10.2012 über die Vereinigung der Gemeinden Gai und Hafning bei Trofaiach sowie der Stadtgemeinde Trofaiach, alle politischer Bezirk Leoben). Die bisherigen Verordnungen der ehemaligen Gemeinden wurden durch den Regierungskommissär mit 01.01.2013 wiederverlautbart.

Entwicklungskonzepten der ehem. Gemeinden Gai, Hafning bei Trofaiach und der Stadtgemeinde Trofaiach nachfolgende Entwicklungsziele und Maßnahmen für die Stadtgemeinde Trofaiach kurz-, mittel- bis langfristig (15 Jahre) gem. den Bestimmungen der §§ 24 und 42 Stmk. ROG 2010 angepasst bzw. neu festgelegt.

§ 2

Plangrundlage und Verfasser

- (1) Der Entwicklungsplan Nr. 1.00 im Maßstab M 1:10.000 in 3 Blattschnitten (GZ: 123FR13, Stand der Ausfertigung: 13.03.2014) basieren auf entzerrten Orthofotos (Quelle: LBD-GIS Steiermark, Stand: 09.07.2010, 01.09.2009 und 19.08.2008).
- (2) Das Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00 der Stadtgemeinde Trofaiach wurde mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Straßen der Stadtgemeinde Trofaiach ausgearbeitet und wurden die Verordnungsgrundlagen für den vorliegenden Entwurf vom Raumplanungsbüro Pumpernig & Partner ZT GmbH, Mariahilferstraße 20/I, A-8020 Graz (GZ: 123FR13, Stand der Ausfertigung: 13.03.2014) zusammengestellt und verfasst.

§ 3

Festlegungen des Entwicklungsplanes

(1) Detailabgrenzung und Übernahme überörtlicher Festlegungen und Landschaftsteilräume

Z.1 Gemäß Landesentwicklungsprogramm 2009³ befindet sich das Gemeindegebiet von Trofaiach gemäß § 2 „Regionen“ innerhalb der Region „Obersteiermark Ost“.

Z.2 Gemäß Regionalem Entwicklungsprogramm für die Planungsregion (politischer Bezirk) Leoben⁴ ist die Stadtgemeinde Trofaiach als „Teilregionales Versorgungszentrum“ festgelegt.

lit. a) Gemäß § 3 Teilräume des geltenden REPRO Leoben befinden sich die nachfolgenden Ortsteile der Stadtgemeinde Trofaiach innerhalb nachfolgender Teilräume⁵ und gelten iSd überörtlichen Bestimmungen:

³ LEP 2009, LGBl. Nr. 75/2009 idF LGBl. Nr. 37/2012, „Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 6. Juli 2009, mit der das Landesentwicklungsprogramm - LEP 2009 erlassen wird“

⁴ „REPRO Leoben“, LGBl. Nr. 4/2005 idF LGBl. Nr. 32/2007, RK: 03.05.2007, „Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 20. Dezember 2004, mit der ein regionales Entwicklungsprogramm für die Planungsregion (politischer Bezirk) Leoben erlassen wird“

⁵ Die diesbezüglichen Festlegungen des REPRO sind dem Erläuterungsbericht des STEK Nr. 1.00 zu entnehmen.

- Im „Siedlungs- und Industrielandschaften“ liegen die Siedlungsgebiete Hafning, Treffning (teilweise), Trofaiach Zentrum, Edling, Forst, Gimplach (teilweise), Unterkurzheim und Untergimplach
- Im „Grünlandgeprägten Bergland“ liegen die nördlichen Flächen des Laintales, Rötz, Krumpen und der Norden des Ortsteiles Hafning sowie die nördlichen Flächen der KG Gößgraben-Freienstein
- Im „Grünlandgeprägten inneralpinen Täler, Becken und Passlandschaften“ liegen die Ortsteile Laintal I-III, Blumensiedlung, Treffning, Rötz, Wolkersdorf, Gai/Töllach, Edling, Kurzheim, Gimplach (teilweise), Putzenberg, Schardorf, Windischbühel und Oberdorf
- Im „Forstwirtschaftlich geprägten Bergland“ kommen die nicht besiedelten Waldflächen im Norden des Gemeindegebietes zu liegen.
- Im „Bergland über der Waldgrenze und Kampfwaldzone“ liegen die nördlichsten, unbesiedelten Teile des Gemeindegebietes.

lit. b) Gemäß § 5 Vorrangzone des REPRO Leoben befinden sich folgende Ortsteile der Gemeinde innerhalb nachfolgender Vorrangzonen⁶:

- Landwirtschaftlichen Vorrangzonen in Edling, Gimplach, Schardorf, Wolkersdorf, Kurzheim, Gausendorf, Putzenberg, Töllach, Windischbühel
- Grünzone: Trofaiach (Bereich Sportplatz)

(2) Räumlich-funktionelle Gliederung – Die Örtlichen Funktionen

Das Zentrum von Trofaiach, KG Trofaiach, wird gem. den Bestimmungen des REPRO Leoben als Teilregionales Versorgungszentrum und Überörtlicher Siedlungsschwerpunkt festgelegt. Aufgrund der engen räumlichen Verflechtung mit dem Hauptort können hier auch die nachfolgenden Siedlungsgebiete zugezählt werden: Ortsteile Rötz, Hafning, Unterkurzheim und Untergimplach.

Als weiterer Überörtlicher Siedlungsschwerpunkte ohne zentralörtliche Funktion wird der Ortsteil Schardorf aus dem REPRO Leoben in die Örtliche Raumplanung übernommen (Symbol: Stern).

⁶ Die diesbezüglichen Festlegungen des REPRO sind dem Erläuterungsbericht des STEK Nr. 1.00 zu entnehmen

Z.1 Siedlungsschwerpunkte im Rahmen der Örtlichen Raumplanung

lit. a) Die festgelegten Örtlichen Siedlungsschwerpunkte Gai/Töllach, Edling, Gimplach und Wolkersdorf entsprechen grundsätzlich den Vorgaben der „Richtlinie für die Festlegung und Abgrenzung von Örtlichen Siedlungsschwerpunkten“ des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, ehem. Abteilung 16 – Landes- und Gemeinde-entwicklung [ABT7] und ehem. FA 13B – Bau- und Raumordnung, Energieberatung [ABT13] (Stand: April 2007), sowie der Leitlinie für die Beurteilung von Örtlichen Siedlungsschwerpunkten vom Februar 2013 und den Bestimmungen des Stmk. ROG 2010.

lit. b) Räumliche Begrenzungen der Siedlungsschwerpunkte

Die Örtlichen Siedlungsschwerpunkte werden aufgrund der kompakten Siedlungsgefüge durch die jeweils festgelegten äußeren Entwicklungsgrenzen räumlich begrenzt. Zusätzliche Abgrenzungen scheinen nicht erforderlich. Kurzheim und Gimplach werden durch die Gössgrabenstraße voneinander abgegrenzt.

lit. c) Der örtliche Touristische Siedlungsschwerpunkt Schardorf (Symbol: T) entspricht den Vorgaben der „Richtlinie für die Festlegung von Örtlichen Siedlungsschwerpunkten“ des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung 16 – überörtliche Raumplanung (Stand: 01/2012) und den Bestimmungen des Stmk. ROG 2010. Der Touristische Siedlungsschwerpunkt wird unten stehend näher beschrieben und räumlich-funktionell durch die bestehenden Entwicklungsgrenzen gem. Entwicklungsplan abgegrenzt.

lit. d) Der Touristische Siedlungsschwerpunkt „Schardorf“ umfasst das in sich geschlossene Siedlungsgebiet in Schardorf sowie die großflächig angelegte Golfplatzfläche des überörtlich bedeutsamen Styrian Mountain Golf Reiting dar und die umgebenden nicht bewaldeten Flächen in unmittelbarer Nahelage. Die Zone ist für eine touristische Nutzung bestens geeignet und soll in Abstimmung mit den übrigen Nutzungen planmäßig weiter entwickelt werden. *Die Festlegungen stellen eine Übernahme der bisherigen Festlegungen aus der ehemaligen Gemeinde Gai dar.*⁷

⁷

im Rahmen der Ausweisung in der ehemaligen Gemeinde Gai ist eine übergreifende Prüfung der touristischen Nutzungen geführt worden. Festgehalten wird, dass für Gemeinden der Ortsklassen B und C die Festlegung von maximal 2 Touristischen Siedlungsschwerpunkten zulässig. Im Stadtgebiet von Trofaiach liegen zwar weitere Naherholungsstandorte wie zB das Mellplateau vor, wird jedoch aus derzeitiger Sichtweise von der Festlegung eines weiteren Touristischen Siedlungsschwerpunktes abgesehen. Im Anlassfall ist die Neufestlegung zu prüfen und hierfür ein gesondertes Änderungsverfahren abzuhandeln. .

Z.2 Gebiete mit baulicher Entwicklung⁸:

Aufbauend auf den Bestimmungen des Stmk. ROG 2010 und der geltenden Planzeichenverordnung 2007 (LGBI. Nr. 12/2008 idF LGBI. Nr. 57/2011, in der Folge kurz „PZVO 2007“) werden im Gemeindegebiet der Stadtgemeinde Trofaiach die nachfolgenden Gebiete baulicher Entwicklung näher definiert festgelegt und im Entwicklungsplan Nr. 1.00 plangrafisch dargestellt⁹.

Die Abgrenzung zwischen Gebieten baulicher Entwicklung ist im Rahmen der Zielsetzungen dieser Verordnung im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 erstmals zu konkretisieren. Dabei sind Abweichungen in der Größenordnung einer ortsüblichen Einfamilienhaus-Bauplatztiefe zulässig, sofern kein Widerspruch zu den festgelegten Vorrangzonen entsteht, und die Abgrenzung nicht klar nachvollziehbaren Strukturlinien wie Straßen und Gewässern, etc. folgt.

lit. a) Wohnen (orange Farbgebung)

zulässige Festlegungen im Flächenwidmungsplan sind Allgemeine Wohngebiete, Reine Wohngebiete, Verkehrsflächen und die Wohnfunktion künftig ergänzende Sondernutzungen im Freiland (wie Spielplätze, Parkanlagen etc.).

Wohnbereiche sind Gebiete, in denen die Wohnfunktion gegenüber anderen Funktionen Vorrang besitzt, die historisch tradiert jedoch auch mit ergänzenden Nutzungen besetzt sind. Diese Nutzungen sollen über den Bestand hinausgehende, ortsübliche Versorgungsfunktionen in Abstimmung mit der Wohnfunktion erfüllen.

lit. b) Zentrum (rote Farbgebung)

zulässige Festlegungen im Flächenwidmungsplan sind Kerngebiete. Zusätzlich sind zulässige Festlegungen im Flächenwidmungsplan für die erforderlichen Verkehrsflächen und die, die Zentrumsfunktion künftig allenfalls ergänzenden Sondernutzungen im Freiland (wie Spielplätze, Parkanlagen etc.) anzuführen.

Zentrumsbereiche sind Gebiete mit Gemengelagen aus Öffentlichen Einrichtungen, Bildungseinrichtungen, Handels- und Dienstleistungseinrichtungen aber auch Wohnnutzungen. Zur langfristigen Erhaltung bzw. Sicherstellung von öffentlichen und gewerblichen Einrichtungen soll neben der Gewährleistung günstiger Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen sowie zur Sicherstellung der erforderlichen Versorgungsinfrastruktur ebenso die Wohn- und Wohnumfeldqualität erhalten bzw. wo erforderlich, bedarfsorientiert verdichtet bzw. weiter entwickelt werden.

⁸

erläuternde Textpassagen werden in kursivem Schriftbild ausgeführt

⁹

Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 26. November 2007, mit der die Form, der Maßstab und die Planzeichen für Entwicklungspläne und Flächenwidmungspläne geregelt werden (Planzeichenverordnung 2007)

lit. c) Einkaufszentren (altrosa Farbgebung)

zulässige Festlegungen im Flächenwidmungsplan sind Gebiete für Einkaufszentren 1 und 2, deren zugehörige Verkehrsflächen und allfällige Pufferzonen.

Einkaufszentren sind Gebiete, die vollaufgeschlossen und über ausgezeichnete verkehrstechnische Anbindung verfügen und somit Einkaufsstandorte in qualitativ hochwertiger Lage umfassen und sollen diese als Handels- und Dienstleistungsstandort für die Versorgung der Bevölkerung im Sinne der übergeordneten Funktion als Teilregionales Zentrum dienen.

lit. d) Industrie und Gewerbe (violette Farbgebung)

zulässige Festlegungen im Flächenwidmungsplan sind Gewerbegebiete und Industriegebiete 1 und 2, Verkehrsflächen und der industriellen bzw. gewerblichen Nutzung nicht entgegenstehende künftige Sondernutzungen im Freiland (wie Sportanlagen, etc).

Gewerbe-/Dienstleistungs-/Produktionsbereiche umfassen vorwiegend größere, zusammenhängende Gebiete mit bestehender sowie geplanter betrieblicher und/oder industriell-gewerblicher Nutzung inklusive der erforderlichen infrastrukturellen Ausstattungen (zB Erreichbarkeit, geringes Konfliktpotenzial, naturräumliche Voraussetzungen), die auch für künftige Betriebsansiedlungen mittel- bis langfristig gesichert und unter Berücksichtigung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur planmäßig weiterentwickelt werden sollen.

lit. e) Landwirtschaft (braune Farbgebung)

zulässige Festlegungen im Flächenwidmungsplan sind Dorfgebiet, Verkehrsflächen und der landwirtschaftlichen Nutzung nicht entgegenstehende Sondernutzungen im Freiland (wie zB Gärtnereien etc).

Landwirtschaftliche Bereiche sind räumlich-funktionell abgestimmte Siedlungsräume mit noch vorwiegend landwirtschaftlicher Funktion, untergeordneter Wohnfunktion (betriebszugehörige Wohnfunktionen, in Einzelfällen auch Wohnnutzungen für Dritte, das heißt auch nicht betriebszugehörige Wohnfunktionen), bestehenden Dienstleistungseinrichtungen und örtlichem Gewerbe, in denen diese zum Teil unterschiedlichen Nutzungen in einem historisch tradierten Naheverhältnis weiterhin bestehen werden. Der betriebliche Weiterbestand und etwaige Erweiterungsflächen der landwirtschaftlichen Betriebe sind langfristig zu sichern. Andere Nutzungen haben sich grundsätzlich der landwirtschaftlichen Funktion unterzuordnen bzw. sind in gegenseitiger Abstimmung geordnet weiterzuentwickeln.

lit. f) Tourismus, Ferienwohnen (rosa Farbgebung)

zulässige Festlegungen im Flächenwidmungsplan sind Erholungsgebiete und Ferienwohngebiete sowie der Nutzung nicht entgegenstehende Sondernutzungen im Freiland und Verkehrsflächen (wie zB Parkanlagen, Parkplatz etc).

Erholungsbereiche dienen dem Erhalt und der Weiterentwicklung von bestehenden Einrichtungen/Betrieben sowie der Entwicklung von künftigen, auf den Bedarf abgestimmten Nutzungen im Bereich des (Erholungs-) Tourismus, der Freizeitnutzung und Anlagen sonstiger Erholungszwecke.

lit. g) Bereiche mit 2 Funktionen (Schraffur in der Farbe der jeweiligen Nutzung)

im Flächenwidmungsplan sind die jeweiligen Nutzungen gemäß den beiden definierten Funktionen gemäß § 3 Abs 2 Z.2 (Gebiete mit baulicher Entwicklung) bzw. Z.3 zulässig.

Bereiche mit 2 Funktionen werden aufgrund des Erfordernisses der Darstellung zweier Funktionen und der bestehenden und künftig beabsichtigten Nutzung als sich überlagernde Funktion (Schraffur in der Farbe der jeweiligen Nutzung) festgelegt. Diese betreffen zB zentrale Funktionen iVm Wohnfunktionen ebenso betriebliche Funktionen in Überlagerung mit Wohnfunktionen, landwirtschaftliche Funktionen mit Wohnfunktion, u.a.

Bei überlagernden Nutzungen ist im Falle von Änderungen der Baulandfestlegung zB Landwirtschaft und Wohnen auszuschließen, dass es zu Nutzungskonflikten kommt (zB heranrückende Wohnbebauung). Eine Änderung kann nur aufgrund geänderter Voraussetzungen (zB Aufgabe Landwirtschaft) erfolgen.

lit. h) Entwicklungspotenziale (punktierte Darstellung, Farbe nach Gebiet baulicher Entwicklung) dienen der planmäßigen und bedarfsorientierten Weiterentwicklung bestehender (Siedlungs-) Strukturen während der gesamten Geltungsdauer des STEK 1.00 (15 Jahre) und allenfalls darüber hinaus.

Eine Nutzung der von gelben und/oder roten Gefahrenzonen beeinträchtigten Potenziale ist erst nach Realisierung von adäquaten Maßnahmen zur Gefahrenfreistellung des gesamten Gebietes und siedlungspolitischer/kommunalpolitischer Willensbildung zulässig.

Die Entwicklungspotenziale und Gebiete baulicher Entwicklung werden durch Entwicklungsgrenzen nach außen hin räumlich begrenzt.

Z.3 Örtliche Eignungszonen/ Grünraumelemente¹⁰

- lit. a) Eignungszonen für Erholung, Sport, Freizeit und Energieversorgungsanlagen, Kläranlagen, Bodenentnahmeflächen, Aufschüttungsgebiete usw. (grün bzw. braun schraffierte Bereiche gemäß Entwicklungsplan Nr. 1.00) zulässige Festlegungen im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 sind Sondernutzungen im Freiland und hierfür erforderliche Verkehrsflächen.

Die im Flächenwidmungsplan festgelegten Sondernutzungen haben sich an der Definition der Eignungszone gem. Entwicklungsplan (fortlaufende Nummerierung iVm Legende) zu orientieren.

Mit der Festlegung von Eignungszonen (auch in Überlagerung mit anderen Funktionen) sollen jene Bereiche langfristig gesichert werden, die aufgrund ihrer natürlichen Voraussetzungen, Standortqualität, Attraktivität, benachbarten Einrichtungen und besonderen räumlich-funktionellen Bedeutung für die bestehenden zentralen Siedlungsräume für Naherholung und Freizeitnutzung ihrer BürgerInnen besonders geeignet sind (Fußballplatz, Tennisplätze, Sportplätze, Kinderspielplätze, aber auch Friedhofsbereich und Kleingärten sowie Parkanlagen und Kläranlagen). Abzuklären ist hier im jeweiligen Anlassfall die gegenseitige Berücksichtigung (zB Wohnen und Sportplatz) vor Neuausweisungen.

- lit. b) Siedlungs-/ landschaftsgliedernde Grünraumelemente (hellgrüne Balken) sollen von Bebauung langfristig freigehalten werden, ohne jedoch in bestehende Rechte gemäß § 33 Stmk. ROG 2010 (Freilandbestimmungen) einzugreifen. Sie dienen der Abgrenzung zwischen unterschiedlichen topografischen Gegebenheiten sowie als Puffer zwischen unterschiedlichen Nutzungen. Die Errichtung von Verkehrsinfrastrukturen ist in diesen Bereichen zulässig.

Grünraumelemente werden aus Gründen des Ortsbildes, zur Freiraumerhaltung und zu landwirtschaftlichen Nutzungen festgelegt. Innerörtlich werden diese Gliederungselemente aus Ortsbildgründen ebenso mittel- bis langfristig festgelegt (geringfügige Inanspruchnahme i.R. der Festlegungen des § 3 Abs 3 des Wortlautes sind zulässig).

- lit. c) Freihaltezonen (keine planliche Darstellung aufgrund der Maßstäblichkeit im Entwicklungsplan Nr. 1.00) werden entlang natürlicher und öffentlicher Gewässer unter Berücksichtigung eines Uferstreifens von mind. 10,0 m (ab der Böschungsoberkante gemessen) in Abstimmung mit den Bestimmungen des REPRO Leoben festgelegt. Sie sind im Sinne der Bestimmungen des REPRO sowie des SAPRO Hochwasser von Bebauung freizuhalten und sind die im SAPRO genannten Ausnahmebestimmungen im Anlassfall zu prüfen.

¹⁰ Bezeichnung und Darstellung gem. PZVO 2007, sh Entwicklungsplan Nr. 1.00

(3) Entwicklungsgrenzen im Entwicklungsplan

Zur Begrenzung von Gebieten baulicher Entwicklung nach außen werden nachfolgende Entwicklungsgrenzen aufbauend auf den Bestimmungen des Stmk. ROG 2010 und der geltenden Planzeichenverordnung 2007 festgelegt:

Z.1 Naturräumliche Entwicklungsgrenzen

- lit. a) Absolute naturräumliche Entwicklungsgrenzen (durchgehende grüne Linie mit lfd. Nr.) sind langfristig nicht zu überschreitende Grenzen, die aufgrund von naturräumlichen Gegebenheiten (Geländesituation, Gewässer, Waldgrenzen, gliedernde Freiraumelemente festgelegt werden. Abänderungen sind dann möglich, wenn gemäß § 42 Abs 8 Stmk. ROG 2010 nachweislich geänderte Planungsvoraussetzungen ableitbar sind und die damit verbundenen Änderungen der Festlegungen (Entwicklungsgrenzen und Gebiete baulicher Entwicklung hinsichtlich Ausmaß und Art) als zulässig zu erachten sind.
- lit. b) Relative naturräumliche Entwicklungsgrenzen (strichlierte grüne Linie mit lfd. Nr.) sind Grenzen, die solange nicht überschritten werden sollen, bis eine Änderung der Sach- und Rechtslage vorliegt. Überschreitungen im Ausmaß bis zu einer baugebietstypischen Bauplatztiefe (rund 30-40 m) sind bei gegebener Kriterienerfüllung (zB Änderung der rechtliche Voraussetzungen durch Vorlage einer Rodungsbewilligung) und siedlungspolitischer Willensbildung ohne Änderung des Stadtentwicklungskonzeptes/ Entwicklungsplanes Nr. 1.00 zulässig.¹¹
- lit. c) Naturräumliche Entwicklungsgrenzen mit lfd. Nr.¹²

Lfd. Nr.	Definition:
1	Absolute naturräumliche Entwicklungsgrenze aufgrund von fließenden oder stehenden <u>Gewässern</u> sowie zum Schutz der Uferzonen entlang öffentlicher Gewässer unter Berücksichtigung eines Uferstreifens von mind. 10,0 m bei unbebauten Grundstücken (ab der Böschungsoberkante) sowie entlang von Wildbachgefahrenzonen. Geringere Abstände zum Gewässer können in bereits verbauten Gebieten sowie bei bestehenden baulichen Anlagen festgelegt werden.
2	Relative naturräumliche Entwicklungsgrenze aufgrund von kleinflächigem <u>Waldbestand und/oder Gehölzstreifen</u> - Einhaltung eines mindestens 10,0 m breiten Streifens zur Holzbringung und zur Vermeidung von allfälligen Schäden bei Windbruch zum verbleibenden Wald.

¹¹ dies gilt für Wohnen und auch für industriell/gewerbliche Festlegungen
¹² sh Entwicklungsplan Nr. 1.00, GZ: 123FR13

3	Relative naturräumliche Entwicklungsgrenze aufgrund ersichtlich gemachter <u>Hochwasserüberflutungsflächen, Gelben Wildbachgefahrenzonen und violette/ braune Hinweisbereiche.</u> Eine Überschreitung ist nach Maßgabe der (wasserrechtlichen) Bewilligungsfähigkeit und Übereinstimmung mit den wasserwirtschaftlichen Voraussetzungen gemäß Programm für die hochwassersichere Entwicklung von Siedlungsräumen zulässig. Im Anlassfall sind Abstimmungen mit der jeweils zuständigen Behörde/ Einrichtung zu führen.
4	Absolute naturräumliche Entwicklungsgrenze zur <u>Erhaltung charakteristischer Kulturlandschaft, ökologisch oder klimatisch bedeutsamer Strukturen (zB zusammenhängende Waldflächen) sowie aufgrund vorhandener topographischer Gegebenheiten (Geländekanten, steile Hänge, etc).</u>

Tabelle 1 - naturräuml. Entwicklungsgrenzen

Z.2 Siedlungspolitische Entwicklungsgrenzen

- lit. a) Absolute siedlungspolitische Entwicklungsgrenzen (durchgehende rote Linie mit lfd. Nr.) sind langfristig nicht zu überschreitende äußere Grenzen, die aufgrund von siedlungspolitischen Entscheidungen (zB Erhaltung der bestehenden Siedlungsstrukturen aufgrund kompakter Siedlungsgefüge zur Wahrung des Ortsbildes) oder siedlungspolitischer Rahmensetzungen (zB eingefrorene Entwicklungspotenziale) festgelegt werden. Abänderungen sind dann möglich, wenn gemäß § 42 Abs 8 Stmk. ROG 2010 nachweislich geänderte Planungs Voraussetzungen ableitbar sind und die damit verbundenen Änderungen der Festlegungen (Entwicklungsgrenzen und Gebiete baulicher Entwicklung hinsichtlich Ausmaß und Art) als zulässig zu erachten sind.
- lit. b) Relative siedlungspolitische Entwicklungsgrenzen (strichlierte rote Linie mit lfd. Nr.) sind Grenzen, bei denen Überschreitungen bei gegebener Kriterienerfüllung (zB keine Nutzungskollisionen zu erwarten) ohne Änderung des Stadtentwicklungskonzeptes/ Entwicklungsplanes Nr. 1.00 im Ausmaß einer baugebietstypischen Bauplatztiefe (rund 30-40 m) zulässig sind. Eine Überschreitung ist ferner zulässig, wenn durch Bebauungen das vorgesehene Siedlungspotenzial aufgebraucht ist und hohe Standortqualität ohne Konfliktpotenzial nachgewiesen werden kann.

lit. c) Siedlungspolitische Entwicklungsgrenzen mit Lfde. Nr.¹³

Lfde. Nr.	Definition:
1	Relative siedlungspolitische Entwicklungsgrenze aufgrund des rechnerisch ermittelten <u>Baulandbedarfes</u> . Überschreitungen im Ausmaß einer gebietstypischen Bauplatztiefe (30-40 m) sind bei siedlungspolitischer Willensbildung oder überwiegender Konsumation der festgelegten Entwicklungspotenziale im jeweiligen Ortsteil und Nachweis einer ausreichenden technischen /infrastrukturellen Erschließung zulässig.
2	Relative siedlungspolitische Entwicklungsgrenze als Grenze zu <u>übergeordneten Planungen</u> (zB Bahntrasse) oder zur Sicherstellung anderer Planungen.
3	Absolute siedlungspolitische Entwicklungsgrenze aufgrund vorhandener Immissionen entlang von (übergeordneten) <u>Verkehrsträgern und Eisenbahnlinien</u> .
4	Relative siedlungspolitische Entwicklungsgrenze als Grenze zwischen unterschiedlichen Nutzungen und damit verbundener oder möglicher <u>Nutzungskollisionen</u> (zB Wohnnutzungen und Eignungszonen etc).
5	Absolute siedlungspolitische Entwicklungsgrenze zur Erhaltung kompakter Siedlungsräume, zur Wahrung des vorherrschenden <u>Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes</u> oder zur Abgrenzung zwischen einzelnen Siedlungsräumen (zB Puffer/ Freihaltezone, REPRO-Vorrangzonen) sowie der Erhaltung der städtischen Grünräume.
6	Absolute siedlungspolitische Entwicklungsgrenze entlang der <u>Gemeindegrenze</u> (aus formalen Gründen).

Tabelle 2 - siedlungspolit. Entwicklungsgrenzen

¹³ sh Entwicklungsplan Nr. 1.00, GZ: 123FR13

§ 4

Raumbezogene Ziele und Maßnahmen¹⁴

(1) Entwicklungsziele nach Sachbereichen

Die sachbereichsbezogenen Ziele und Maßnahmen stellen ein generelles Bekenntnis der Stadtgemeinde Trofaiach zur qualitätsvollen Stadtentwicklung dar und sind diese im Einzelfall gegeneinander abzuwägen. Die Umsetzung im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde kann jeweils nur nach Maßgabe der vorhandenen finanziellen Möglichkeiten erfolgen (vgl § 5 des Wortlautes zum STEK Nr. 1.00).

Im Rahmen nachfolgender Verfahren ist die Erstellung von Räumlichen Leitbildern iSd Bestimmungen des § 22 Abs 7 Stmk. ROG 2010 zielführend, um wesentliche Gestaltungsvorgaben (bspw Höhenentwicklungen, Gebietsnutzungen, Freiflächenvorgaben, Festlegungen betreffend zulässiger Geländeänderungen, usw) für die verträgliche Nutzung von Gebieten festzulegen, die sodann entweder direkt auf Bauverfahren oder auf Bebauungspläne herunterzubrechen sind.

Ergeben sich aufgrund geänderter siedlungs- und kommunalpolitischer Gegebenheiten das Erfordernis zur Anpassung der vorliegenden Ziele und Maßnahmen (zB in Verbindung mit Räumlichen Leitbildern) so sind diese zu überarbeiten.

Z.1 Naturraum und Umwelt

- lit. a) Verbesserter Hochwasserschutz bzw. Schutz vor Wildbächen in gefährdeten, bereits bestehenden Siedlungsgebieten – Freihaltung von Bereichen für die Errichtung von Technischen Maßnahmen. Untersuchung von gefährdeten Bereichen und Aktualisierung der Abflussuntersuchungen sowie gegebenenfalls Anpassungen der Festlegungen iSd § 42 Stmk. ROG 2010. Verbesserung der Berücksichtigung von Maßnahmen zur Verbringung von Oberflächenwässern.
- lit. b) Nachhaltiger Schutz der eigenen Brunnenschutz- und Quellgebiete sowie Schutz der Grund- und Oberflächenwässer.
- lit. c) Bedachtnahme auf das Orts- und das charakteristische Landschaftsbild bei allen künftigen Planungsmaßnahmen.
- lit. d) Weitestgehende Freihaltung der Uferbereiche und Waldränder von Bebauung und Erhaltung der das Landschaftsbild prägenden Elemente der Grün- und Freiflächen.
- lit. e) Weitestgehender Erhalt der gegebenen Grünzone und Freihaltebereiche zur Sicherung der Lebensqualität und zum Zwecke der Bewahrung von

¹⁴

Im Wortlaut zum STEK Nr. 1.00 werden aus Gründen der Übersichtlichkeit nur mehr raumbezogene Ziele und Maßnahmen aufgezählt, weitere Ziele werden im Erläuterungsbericht genannt (vgl Planungsleitfaden zum ÖEK der ABT13).

Naherholungsbereichen sowie zur Bewahrung und Sicherstellung eines ausgewogenen Naturhaushaltes sowie des Kleinklimas.

lit. f) Erhalt von langfristig existenzfähigen landwirtschaftlichen Strukturen.

Z.2 Siedlungsraum und Bevölkerung

lit. a) Festlegung eines Bevölkerungszielwertes von rund 11.850 Einwohnern bis zum Jahr 2028¹⁵.

lit. b) Entsprechend dem angestrebten Bevölkerungszielwert Schaffung und Sicherstellung der dafür erforderlichen technischen, infrastrukturellen und sozialen Strukturen.

lit. c) Bedarfsorientierte Baulanderweiterungen und Arrondierungen unter dem Aspekt der Berücksichtigung von (von Rechtswegen) landwirtschaftlichen Betrieben; Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Schutzabstände laut der vorläufigen Richtlinie von Immissionen aus der Nutztierhaltung in Stallungen (VRL).

lit. d) Entsprechend dem Bevölkerungszielwert von 11.850 Einwohnern Sicherung der bestehenden und Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen für die Gemeindebevölkerung im Planungszeitraum bzw. Schaffung der Möglichkeit zur Ansiedelung von neuen Betrieben.

lit. e) Sicherung der hochwertigen Böden für eine produktive landwirtschaftliche Nutzung unter Berücksichtigung der örtlichen Kenntnisse über die gegebenen Bodenqualität und Rückdrängung der landwirtschaftlichen Vorrangzone gem. REPRO Leoben in Bereichen mit nicht gegebener Ertragsfähigkeit.

lit. f) Als generelle Zielsetzung wird festgehalten, dass aufgrund der räumlich-funktionellen Gliederung der neuen Stadtgemeinde Trofaiach und der neuen Rechtsgrundlage mit geänderten Planungsvoraussetzungen der Verordnungen der Periode Nr. 1.00 sowie dem neuen Gemeindegebiet die geltenden Bebauungspläne und Bebauungsrichtlinien im Anlassfall abzuändern sein werden bzw. der Ersatz von Verordnungen durch andere, die den nunmehrigen siedlungspolitischen Interessen und der neuen räumlich-funktionellen Gliederung der Stadtgemeinde Rechnung tragen, erforderlich sein wird. Zur gestalterischen Ordnung von Gebieten wird die Erstellung von Räumlichen Leitbildern als wesentliche Vorgabe für die (baulichen) Ausgestaltungen verschiedener Räume und Nutzungen vorangetrieben.

lit. g) Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen für eine geordnete Weiterentwicklung der Siedlungsstruktur durch Sicherung geeigneter Flächen

¹⁵ Erläuterungen finden sich im Erläuterungsbericht zum STEK Nr. 1.00

(zB mittels Optionsverträgen und/oder Aufschließungskostenverträgen) entsprechend den Festlegungen des Entwicklungsplanes für bestimmte Nutzungen und Mobilisierung des Baulandangebotes (Vertragsraumordnung) im gesamten Gemeindegebiet.

Z.3 Wirtschaft

Primärer Sektor:

- lit. a) Erhaltung der räumlichen Voraussetzungen für eine ertragsreiche Land- und Forstwirtschaft, insbesondere im Hinblick auf deren Aufgaben im Bereich der Landschaftspflege und der Landschaftserhaltung.
- lit. b) Prüfung von Nutzungsprioritäten in Zusammenhang mit Baulanderweiterungen (Vermeidung von Nutzungskonflikten zwischen traditionellen landwirtschaftlichen Betrieben und künftiger Wohnnutzung durch maßvolle Abstandsregelungen) – rechtliche Absicherung von landwirtschaftlichen Betrieben nach geltendem Rechtsstand im Rahmen der Anwendung der vorläufigen Richtlinie zur Beurteilung von Immissionen aus der Nutztierhaltung in Stallungen (VRL bzw. nach einem an deren Stelle tretenden Regelwerk).

Sekundärer Sektor:

- lit. a) Berücksichtigung bestehender Industrie- und Gewerbebetriebe und ihrer allfälligen Erweiterungsmöglichkeiten bei allen Festlegungen und Maßnahmen der Örtlichen Raumplanung, insbesondere der räumlich-funktionellen Gliederung laut Entwicklungsplan Nr. 1.00.
- lit. b) Schaffung von bedarfsorientierten Erweiterungspotenzialen für ansiedlungswillige Betriebe sowie zur Sicherung der bestehenden Standorte und Festlegung planmäßig erweiterbarer Flächen.

Tertiärer Sektor/Handel, Dienstleistungen, Tourismus:

- lit. a) Qualitative Verbesserung bestehender Fremdenverkehrseinrichtungen hinsichtlich der sich ändernden Bedürfnisse des Geschäftsverkehrs und Naherholungstourismus, insbesondere von Gastronomie- und Beherbergungsbetrieben, Spiel-, Sport- und Erholungseinrichtungen und Schaffung eines bedarfsorientierten, erweiterten Sport- und Freizeitangebotes im Bereich der dafür gegebenen Eignungsflächen (inkl. Fortführung Touristischer Siedlungsschwerpunkt Scharndorf).
- lit. b) Festlegung von Eignungszonen für Sport und Erholung entsprechend dem gegebenen Bedarf sowie topografischer Gegebenheiten

lit. c) Sicherstellung des Schutzes des Kehrwaldes als Naherholungsraum.

Z.4 Technische Infrastruktur/Gemeinbedarfseinrichtungen

lit. a) Schrittweise und auf den Bedarf abgestimmte Erweiterung bzw. Ausbau der infrastrukturellen Ver- und Entsorgungssysteme in Bezug auf die Siedlungsgebiete gem. Entwicklungsplan.

lit. b) Vorsorge zur langfristigen Sicherstellung eines ausreichenden Energieangebotes durch vermehrten Einsatz von alternativen Energieträgern unter bestmöglicher Ausnutzung der natürlichen Ressourcen zum Zwecke der Emissionsreduktion durch Festlegung von Eignungszonen.

lit. c) Sicherstellung bzw. Ausbau der öffentlich zugänglich Sport- und Erholungseinrichtungen (zB Golfplatz und Loipe).

lit. d) Sicherung bzw. Ausbau des Geh- und Radwegenetzes im Gemeindegebiet (auch hinsichtlich der Anreizschaffung zur Reduzierung des Individualverkehrs zB in Richtung des Trabocher Sees).

lit. e) Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs zur Hintanhaltung von gemeindeinternem Individualverkehr.

lit. f) Optimierung der Verkehrswege bzw. Mitwirken an Planungen zur Verbesserung der Verkehrssituation (zB Kreuzungsbereich Edling).

(2) Entwicklungsziele für die einzelnen Ortsteile

Die Einteilung der Ortsteile nach Entwicklungsprioritäten stellt keine zeitliche Reihung dar, sondern erfolgt zur qualitativen und quantitativen Zuteilung der Baulandentwicklung. Die Entwicklung von Gebieten auch mit niedriger Entwicklungspriorität ist im Vereinfachten Flächenwidmungsplan-Änderungsverfahren zulässig, wenn die technischen Infrastrukturvoraussetzungen gegeben sind und keine wesentliche Verschlechterung des Mobilitätsfaktors (vgl. Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 – Flächenbilanz) erreicht wird.

Z.1 Entwicklungspriorität 1

Geltend für die Ortsteile: Hauptort/Zentrum – Ortsteil Trofaiach, Ortsteil Hafning und Ortsteil Edling

lit. a) Erhaltung und Stärkung des Zentrumsbereiches zur Sicherstellung und bedarfsorientierten Weiterentwicklung von Handels- und Dienstleistungseinrichtungen sowie von öffentlichen Einrichtungen und Anlagen

unter weitgehender Vermeidung von gegenseitigen Störwirkungen (zB gegenüber der Wohnfunktion und den gewerblichen Betriebsstätten).

- lit. b) Bedarfsorientiertes Schließen noch unbebauter Lücken durch eine möglichst flächensparende Siedlungsentwicklung in Abstimmung mit den Angeboten des öffentlichen Personennahverkehrs als Beitrag zur Reduzierung des Individualverkehrsaufkommens.
- lit. c) Optimierung/ bedarfsorientierte Weiterentwicklung der verkehrstechnischen Maßnahmen entsprechend dem Regionalen Verkehrskonzept – Umsetzung von priorisierten Straßenprojekten sowie von allenfalls erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen.
- lit. d) Sicherstellung der Flächen für geeignete Hochwasserschutzmaßnahmen (zB Rückhaltebecken) soweit im Rahmen der Örtlichen Raumplanung möglich und Freihaltung von Ufernahbereichen (durch die Festlegung von Freihaltezonen und Uferstreifen) und Berücksichtigung der ersichtlich gemachten Wildbachgefahrenzonen und Hochwasserabflussgebiete im Rahmen nachfolgender Individualverfahren.
- lit. e) Besicherung der nötigen Flächen zur Erweiterung der Gemeinbedarfseinrichtungen.
- lit. f) Besicherung der Eignungszonen für Spiel, Sport und Erholungszwecke (private und öffentliche).
- lit. g) Bedachtnahme auf die bestehenden unterschiedlichen Nutzungen (Vermeidung von Nutzungskonflikten) und Erhaltung bzw. Sicherung dieser unterschiedlichen Siedlungsstrukturen durch eine auf die jeweilige Gebietstypizität abgestimmte Festlegung von Gebieten mit baulicher Entwicklung unter Berücksichtigung der vereinzelt bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe (Bereiche mit zwei Funktionen)
- lit. h) Weitgehende Erhaltung der landschaftsgliedernden Grünzüge zB am Mellplateau und visuelle Abschirmung des Einfamilienhausbestandes durch Grünraumelemente.

Z.2 Entwicklungspriorität 2

Geltend für die Ortsteile: Gai/Töllach, Windischbühel, Gimplach, Kurzheim, Gausendorf, Rötz und Wolkersdorf

- lit. a) Bedarfsorientiertes Schließen der noch unbebauten Lücken unter möglichst flächensparender Siedlungsentwicklung und maßvolle Arrondierungen unter Berücksichtigung der vorhandenen technischen Infrastruktureinrichtungen (Kanal, Wasser, Strom).
- lit. b) Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Nutzungen und etwaigen Immissionen aus der Landwirtschaft in Verbindung mit der Wohnnutzung

- lit. c) Berücksichtigung der derzeit bestehenden unterschiedlichen Nutzungen (Wohnen, Landwirtschaft, Gewerbe) durch eine auf die teilweise historisch bedingte Siedlungsstruktur abgestimmte Festlegung von Gebieten mit baulicher Entwicklung bzw. Überlagerung von Funktionen.

Z.3 Entwicklungspriorität 3

Geltend für die Ortsteile: Laintal I, II inkl. Blumensiedlung, Laintal III, Krumpen, in der Loiben, Treffning, Schoberkreuzsiedlung und Forst

- lit. a) Erhaltung und maßvolle, auf die bestehende Infrastruktur abgestellte Entwicklung der bestehenden Siedlungsstruktur durch planmäßige Nachverdichtung und auf den örtlichen Bedarf abgestimmte Arrondierung des Siedlungsbestandes unter Berücksichtigung der vorhandenen Infrastruktureinrichtungen.
- lit. b) Schließen/ Nachverdichten der noch unbebauten Baulücken innerhalb der festgelegten bereits dicht bebauten Baulandflächen unter Berücksichtigung bestehender Wildbachgefahrenzonen bzw. Hochwasserabflussgebieten
- lit. c) Kleinräumige Arrondierungen und Auffüllungen innerhalb der bestehenden Entwicklungsgrenzen unter Berücksichtigung etwaiger Nutzungskollisionen.
- lit. d) Besicherung Örtlicher Eignungszonen (gem. Entwicklungsplan Nr. 1.00)

§ 5

Grundsätze zur Verwirklichung der Ziele und Maßnahmen

- (1) Die Gemeinde verpflichtet sich im Rahmen ihrer finanziellen und sonstigen Möglichkeiten zur mittel- bis langfristigen Verwirklichung der Ziele und Maßnahmen des Entwicklungskonzeptes.
- (2) Die Gemeinde wird bei Landes- und Bundesdienststellen und sonstigen öffentlichen Institutionen auf entsprechende Mitwirkung bei der Erfüllung dieser Ziele und Maßnahmen hinwirken bzw. im Rahmen ihrer eigenen Möglichkeiten tätig werden.

§ 6

Wirkung des Stadtentwicklungskonzeptes/ Entwicklungsplanes

- (1) Der Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 bzw. Änderungen des Flächenwidmungsplanes Nr. 1.00, Bebauungspläne sowie Baubewilligungen und Genehmigungen nach § 33 Stmk. BauG dürfen dem Stadtentwicklungskonzept/ Entwicklungsplan Nr. 1.00 gemäß § 8 Abs 1 und Abs 2 Stmk. ROG 2010, LGBL Nr. 49/2010 idF LGBL Nr. 87/2013 - Art.88, nicht widersprechen.
- (2) Raumbedeutsame Maßnahmen der Gemeinde als Träger von Privatrechten dürfen dem Stadtentwicklungskonzept/ Entwicklungsplan Nr. 1.00 nicht widersprechen.
- (3) Das Stadtentwicklungskonzept/ Entwicklungsplan Nr. 1.00 ist gemäß § 42 Abs 8 Stmk. ROG 2010, LGBL Nr. 49/2010 idF LGBL Nr. 87/2013 - Art.88, bei Vorliegen wichtiger Gründe (wesentliche Änderung der Planungsvoraussetzungen, zur Vermeidung oder Behebung von Widersprüchen zu Gesetzen und Verordnungen des Bundes und des Landes, zur Abwehr schwerwiegender volkswirtschaftlicher Nachteile oder wegen Aufhebung des Vorbehaltes) jedenfalls zu ändern.


§ 7

Inkrafttreten/ Außerkrafttreten

- (1) Diese Verordnung (Text und Plan – Erstes Stadtentwicklungskonzept der Stadtgemeinde Trofaiach) tritt nach Genehmigung durch die Steiermärkische Landesregierung mit dem Ablauf der Kundmachungsfrist (§ 24 Abs 13 Stmk. ROG 2010) folgenden Tag in Kraft.
- (2) Mit Rechtskraft des Stadtentwicklungskonzeptes Nr. 1.00 der neuen Stadtgemeinde Trofaiach treten die mit Verordnung des Regierungskommissärs vom 02.01.2013 rückwirkend mit 01.01.2013 gemäß § 11 Abs 2 Stmk. GemO 1967 in Geltung gesetzten Örtlichen Entwicklungskonzepte der ehemaligen Gemeinden Gai (für das Gemeindegebiet der ehemaligen Gemeinde Gai, VF 4.00 idgF), Hafning (für das Gebiet der ehemaligen Gemeinde Hafning, VF 5.00) und Trofaiach (für das Gebiet der ehemaligen Stadtgemeinde Trofaiach, VF 4.00 idgF) in der jeweils letztgültigen Fassung außer Kraft.



Für den Gemeinderat
der Stadtgemeinde Trofaiach


Der Bürgermeister
Mario Abl. MBA

STADTGEMEINDE TROFAIACH

STADTENTWICKLUNGSKONZEPT -- ENTWICKLUNGSPLAN NR. 1.00

KUNDMACHUNG

(gemäß § 24 (2) und (3) Stmk. ROG 2010, LGBl. Nr. 49/2010 idF LGBl. Nr. 44/2012)

ÖFFENTL. AUFLAGE

(gem. § 24 (4) Stmk. ROG 2010)

Kundmachung vom: 18.09.2013

Anschlag am: 04.10.2013

Abnahme am: 02.12.2013

Auflagefrist von 04.10.2013 bis 29.11.2013

GEMEINDERATSBESCHLUSS ZUR ÖFFENTL. AUFLAGE

(gemäß § 24 (1) Stmk. ROG 2010, LGBl. Nr. 49/2010 idF LGBl. Nr. 44/2012) am 26.09.2013

GZ: 031/1.0-005/2013

Datum: 26.09.2013

Rundsiegel

Bürgermeister

ÖFFENTLICHE VERSAMMLUNG

(gemäß § 24 (5) Stmk. ROG 2010)

28.10.2013 Gasthaus Unterdechler

29.10.2013 Gasthaus Stegmüller

30.10.2013 Stadtsaal Trofaiach

BESCHLUSS DES GEMEINDERATES

(gemäß § 24 (6) und (7) Stmk. ROG 2010) am 13.03.2014

GZ:

Datum: 13.03.2014

Rundsiegel

Bürgermeister

GENEHMIGUNG DER STIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG

(gemäß § 24 (9) Stmk. ROG 2010)

KUNDMACHUNG DES GENEHMIGUNGSBESCHEIDES

(gemäß § 24 (13) Stmk. ROG 2010)

Kundmachung vom:

Anschlag am:

Abnahme am:

Rundsiegel

Bürgermeister

PLANVERFASSER:

PUMPERNIG & PARTNER ZT GMBH

DI ANDREAS ANKOWITSCH

DI MAXIMILIAN PUMPERNIG

STAATLICH BEFUGTE UND BEEIDETE ZIVILTECHNIKER

A-8020 GRAZ, MARIAHILFERSTRASSE 20, TEL. 0316/833170-0

123FR13

Graz,

13.03.2014

GZ

Ort,

Stand d. Ausfertigung

Rundsiegel, Unterschrift

Erläuterungsbericht zum Stadtentwicklungskonzept (STEK) Nr. 1.00

Stadtgemeinde Trofaiach



- B E S C H L U S S -

Stand: 13.03.2014

Verfasser: Pumpernig & Partner ZT GmbH
DI Andreas Ankowitsch
DI Maximilian Pumpernig
Staatlich befugte und beeidete Ziviltechniker
Mariahilferstraße 20, 8020 Graz

Bearbeitung: DI Andreas Ankowitsch
Mag. Gernot Paar
Mag. Christoph Pfeifer (GIS-Bearbeitung)

Mitarbeit: Ing. Thomas Hörzer (Erhebungen, Berechnungen Tierhaltungsbetriebe)
Cornelia Pichler (Unterstützung Erhebungen Tierhaltungsbetriebe)

GZ: 123FR13

INHALTSVERZEICHNIS

PRÄAMBEL.....	1
1 ZUSAMMENFASSUNG DER RÄUMLICHEN BESTANDSAUFNAHME	2
1.1 Ortsteil Hafning	3
1.2 Ortsteil „In der Loiben“	3
1.3 Ortsteil „Trattning“	3
1.4 Ortsteil „Rötz“	3
1.5 Ortsteil „Krumpen“	4
1.6 Ortsteil „Wolkersdorf“	4
1.7 Ortsteil „Schoberkreuzsiedlung“	4
1.8 Ortsteil „Forst“	5
1.9 Ortsteil „Laintal“	5
1.10 Ortsteil „Laintal 1. Dorf“	5
1.11 Ortsteil „Laintal 2. Dorf“	5
1.12 Ortsteil „Blumensiedlung“	6
1.13 Ortsteil „Laintal 3. Dorf“	6
1.14 Ortsteil „Trofaiach Zentrum“	6
1.15 Ortsteile „Unterkurzheim“ und „Untergimplach“	7
1.16 Ortsteil „Kurzheim“	7
1.17 Ortsteile „Gimplach“ und „Putzenberg“	8
1.18 Ortsteil „Schardorf“	8
1.19 Ortsteil „Windischbühel“	9
1.20 Ortsteil „Töllach/Gai“	9
1.21 Ortsteil „Gausendorf“	9
1.22 Ortsteil „Edling“	10
2 ERLÄUTERUNGEN ZUM ENTWICKLUNGSPLAN	11
2.1 MATERIENRECHTLICHE UND SONSTIGE ERSICHTLICHMACHUNGEN	11
2.1.1 Ersichtlichmachungen im Entwicklungsplan Nr. 1.00	11
2.1.2 Regionales Entwicklungsprogramm/ Landesentwicklungsprogramm	13
2.1.3 Entwicklungsprogramm Windenergie	17
2.2 Festlegungen – Planungshoheit der Gemeinde	17
2.2.1 Festlegung und Abgrenzung der Örtlichen Siedlungsschwerpunkte	17
2.2.2 Gebiete baulicher Entwicklung und Entwicklungspotenziale	20
2.2.3 Entwicklungsgrenzen	21

3	ERLÄUTERUNGEN ZU DEN SACHBEREICHEN.....	22
3.1	Naturraum und Umwelt.....	22
3.1.1	Lage, landschaftliche Kurzcharakteristik und räumliche Einordnung, Alpenkonvention	22
3.1.2	Geologie und Böden	29
3.1.3	Gewässer	31
3.1.4	Klima	35
3.1.5	Lärm (Verkehr).....	37
3.1.6	Luftsanierungsgebiet	39
3.1.7	Intensivlandwirtschaftliche Betriebe mit Tierhaltung	40
3.1.8	Wald - Waldentwicklungsplan	41
3.1.9	Naturräumliche Schutzgebiete	43
3.1.10	Denkmalschutz/ Bodenfundstätten.....	45
3.1.11	Bodenentnahmen und Rohstoffabbau	49
3.1.12	Altablagerungen, Altstandorte, potenzielle Verdachtsflächen	49
3.2	Bevölkerung	51
3.2.1	Bevölkerungsstruktur	51
3.2.2	Bevölkerungsentwicklung/ Geburten- und Wanderungsbilanz/ Zielwertbestimmung	51
3.2.3	Haushalte	56
3.2.4	Gebäude und Wohnungen/ bisherige Bautätigkeit.....	56
3.2.5	Abzuschätzender Baulandbedarf und Siedlungsentwicklung	57
3.2.6	Soziale Infrastruktur	57
3.3	Wirtschaft	58
3.3.1	Primärer Sektor – Land- und Forstwirtschaft.....	59
3.3.2	Sekundärer Sektor – Industrie- und Produktion, Gewerbe, Bauwesen	61
3.3.3	Tertiärer Sektor – Handel, Dienstleistungen, Naherholungs- und Wirtschaftstourismus.....	61
3.3.4	Pendler	63
3.4	Technische Infrastruktur	65
3.4.1	Verkehr.....	65
3.4.2	Energieversorgung.....	67
3.4.3	Wasserversorgung	68
3.4.4	Abwasser	68
4	DER ROTE FADEN IN DER PLANUNG	69
4.1	Evaluierung der bisherigen Ziele und Maßnahmen	69
4.1.1	Naturraum und Umwelt.....	70
4.1.2	Bevölkerung und Siedlungsraum.....	74
4.1.3	Wirtschaft	79
4.1.4	Technische Infrastruktur und Gemeinbedarfseinrichtungen	84
5	DAS KONTROLLINSTRUMENT: DIE UMWELTPRÜFUNG	89
5.1	Prüfung nach Ausschlusskriterien.....	89
5.2	Umweltverträglichkeitsprüfung/ Europaschutzgebiet/ Alpenkonvention.....	89
5.3	Differenzplan / Differenzliste / SUP-Prüfung/ Umwelterheblichkeitsprüfung	89
5.3.1	Prüfschritt 3	92
5.4	Zusammenfassendes Ergebnis.....	125
6	BEILAGEN	126

PRÄAMBEL

Das Örtliche Entwicklungskonzept Nr. 1.00 (hier „Stadtentwicklungskonzept, kurz „STEK“ genannt) der Stadtgemeinde Trofaiach stellt die gesetzlich vorgeschriebene Überarbeitung der geltenden Örtlichen Entwicklungskonzepte inkl. Siedungsleitbilder/Entwicklungspläne der ehemaligen Gemeinden Trofaiach, Hafning bei Trofaiach und Gai dar. Diese Gemeinden vereinigten sich mit 01.01.2013 zur neuen Stadtgemeinde Trofaiach, die geltenden Verordnungen wurden durch den eingesetzten Regierungskommissär wiederverlautbart und gilt es nunmehr für die neue Stadt eine Planungsgrundlage der Periode Nr. 1.00 zu schaffen.

Es werden Entwicklungsziele erstellt und Entwicklungsmöglichkeiten abgeschätzt, um raumrelevante Strategien, Ziele und Maßnahmen für die zukünftige Entwicklung der neuen Stadtgemeinde daraus abzuleiten und für einen Planungshorizont von insgesamt 15 Jahren neu festzulegen.

Ferner werden die neuen Zielsetzungen, insbesondere die räumlich-funktionelle Gliederung, lt. Leitfaden der ehem. FA 13B (nunmehr ABT13) vom Oktober 2005 bzw. der Leitlinie für die Beurteilung von Örtlichen Siedlungsschwerpunkten vom Februar 2013 des Amtes der Stmk. Landesregierung und entsprechend dem geltenden Steiermärkischen Raumordnungsgesetz 2010 (kurz „Stmk. ROG 2010“) im 1. Entwicklungsplan dargestellt und im 1. Stadtentwicklungskonzept der Stadtgemeinde Trofaiach inhaltlich festgelegt.

Somit stellt das 1. Stadtentwicklungskonzept inkl. Entwicklungsplan 1.00 die mittel- bis langfristige, raumrelevante Planungs- und Entwicklungsstrategie (Planungshorizont von 15 Jahren) der neuen Stadtgemeinde Trofaiach dar.

Aus den nachfolgenden Erläuterungen zu den relevanten Festlegungen im Verordnungswortlaut und den plangrafischen Gebietsabgrenzungen im Entwicklungsplan können zusätzliche Informationen entnommen werden.

Der Nachweis über die Neufestlegungen wurde entsprechend dem Kontrollinstrument der Örtlichen Raumplanung – der strategischen Umweltprüfung (SUP) – geführt, wobei im Zuge der Prüfung nach Ausschlusskriterien festgestellt werden konnte, dass die Prüfung auf Umwelterheblichkeit ergab, dass keine über die Ortsüblichkeit hinausgehenden erheblichen Umweltauswirkungen bewirkt werden und die Erstellung einer Umweltprüfung wie auch eines Umweltberichtes entfallen kann.

1 ZUSAMMENFASSUNG DER RÄUMLICHEN BESTANDSAUFNAHME

Ausgehend von den Ergebnissen der Bestandsaufnahme und der Problemanalyse wurden die bisher geltenden siedlungs- und kommunalpolitischen Zielsetzungen der ehemaligen Gemeinden Gai, Hafning und Trofaiach im Sinne eines Roten Fadens der Planung evaluiert. Die aktuellen Nutzungen wurden im Bestandsplan und in zugehöriger Bestandsliste (im Anhang beigelegt) anhand der erfolgten Bestandsaufnahme näher dokumentiert.

Die neue Stadtgemeinde Trofaiach, Gemeindenummer 61120, liegt im politischen Bezirk Leoben. Im Norden grenzt sie an die Gemeinde Vordernberg, im Nordosten an Tragöß, im Osten an St. Katharein an der Laming und Proleb, im Südosten an Leoben, im Süden an Sankt Peter-Freienstein und Kammern im Liesingtal, im Südwesten an Mautern in Steiermark, im Westen an Kalwang und im Nordwesten an Eisenerz.

Trofaiach liegt im Vordernbergertal, etwa zehn Kilometer nördlich der Bezirkshauptstadt Leoben, an der österreichischen Eisenstraße.

Die Gemeinde umfasst eine Fläche von 14.361 ha (gemäß Digitalem Atlas Stmk.) und nimmt einen großen Teil des am Südrand der Eisenerzer Alpen gelegenen Trofaiacher Beckens ein. Ein beträchtlicher Bereich des Gemeindegebietes besteht aus Wald und Bergland über der Waldgrenze. Die Gemeindegrenzen reichen bis zu den Gipfeln, Graten und Übergängen der umliegenden Berge, wie zB Hochturm (Trenchtling) (2.081 m), Lamingegg, Lamingsattel, Leobner Mauer, Klammkogel, Barbarakreuz, Fahnenköpfl, Gröblzinken, Rottörl, Eisenerzer Reichenstein (2.165 m), Reichhals, Große Scharte, Hohe Lins (2028 m), Stadelstein, Wildfeld, Gösseck (Reiting – 2.214 m)¹.



Abbildung 1 - räumliche Lage (Quelle: Dig. Atlas Stmk)

¹ Teilweise Übernahme der Informationen von der Website www.trofaiach.at

Beschreibung der einzelnen Ortsteile der Stadtgemeinde Trofaiach

1.1 Ortsteil Hafning

Hafning befindet sich im nördlichen Anschluss an Trofaiach Zentrum und liegt am Fuße des Weißenberg und östlich der B115 Eisen Straße. Die Ortschaft Hafning stellt ein kompaktes, überwiegend bebautes Siedlungsgebiet dar, welches vorwiegend durch freistehende Einfamilienwohnhäuser geprägt ist. Im Südosten von Hafning und östlich der Vordernbergstraße befinden sich landwirtschaftliche Gehöfte. Im Zentrum der Ortschaft Hafning und im Westen, in der Bahnstraße bestehen auch Geschoßwohnbauten. Im Ortsteil Hafning befinden sich das Rüsthaus der Freiwilligen Feuerwehr Hafning sowie Gewerbe- und Dienstleistungseinrichtungen und das Gasthaus Ruckenstuhl.

Zu beachten sind hier vor allem die Festlegungen des Gefahrenzonenplanes der WLV sowie die bestehende Topographie (teils steile Hänge) und der bestehende Wald.

1.2 Ortsteil „In der Loiben“

Zwischen der B115 Eisen Straße und der ÖBB-Bahnlinie Leoben-Vordernberg befindet sich die Ortschaft „In der Loiben“. Diese wird vor allem durch den dort ansässigen Gewerbebetrieb und den Camping- bzw. Wohnwagenabstellplatz sowie einem Hundeabrichteplatz geprägt. Dazwischen befinden sich vereinzelt angeordnete Einfamilienwohngebäude. Die Baulandfestlegungen werden nach außen hin durch die Bahnlinie und die Hochwasserüberflutungsbereiche beschränkt.

1.3 Ortsteil „Trattning“

Auf einer Anhöhe östlich der Eisen Straße im Vordernbergtal befindet sich der kleinräumige Siedlungsansatz Trattning, welcher aus landwirtschaftlichen Betrieben, Einfamilienwohnhäusern und einer Kleingartensiedlung (Eignungszone unter Berücksichtigung der bestehenden Wildbachgefahrenzonen) besteht. Eine Baulandfestlegung scheint hier aufgrund der dezentralen Lage nicht möglich.

1.4 Ortsteil „Rötz“

Der Ortsteil Rötz befindet sich östlich des Stadtgebietes der Stadtgemeinde Trofaiach, in welchem in den letzten Jahren eine rege Siedlungstätigkeit stattfand. Im Ortsteil Rötz befindet sich der Bauhof der Stadtgemeinde Trofaiach. Im Anschluss daran befinden sich weitere Gewerbebetriebe. Neben einen bestehenden Campingplatz wird der Ortsteil Rötz überwiegend durch freistehende Einfamilienwohngebäude geprägt. Im Rötzgraben nimmt die Besiedlungsdichte ab und es bestehen nur noch einzelne Siedlungssplitter, welche durch eine Nutzungsdurchmischung von freistehenden Einfamilienwohnhäusern und landwirtschaftlichen Betrieben geprägt sind.

Der Ortsteil Treffning stellt ein Seitental des Rötzgrabens dar und ist nur sehr wenig mit einzeln angeordneten Gebäuden bebaut. Die Hochwasseranschlaglinien der Abflussuntersuchung des Rötzbaches stellen hier vor allem Richtung Westen die natürlichen Entwicklungsgrenzen dar. Richtung Osten besteht größtenteils Wald und stellt dieser die natürliche Siedlungs-/Entwicklungsgrenze dar.

1.5 Ortsteil „Krumpen“

Der Ortsteil Krumpen wird überwiegend durch freistehende landwirtschaftliche Betriebe geprägt, dazwischen angeordnet befinden sich kleinräumige Siedlungsbereiche, welche mit Einfamilienwohnhäusern bebaut sind.

Der Ortsteil Krumpen wird vorwiegend touristisch genutzt, im hinteren Talbereich befindet sich der Krumpensee und der Krumpenwasserfall, ein beliebtes Ausflugsziel stellen die Jausenstationen „Hirn-Alm“ und ein Mostbuschenschank dar. In den Wintermonaten stellt die Krumpenloipe, welche ausgehend von der B115 rund 5 km taleinwärts führt, eine überörtlich bedeutende Freizeiteinrichtung dar. Sie wird von Trofaiach und Hafning betrieben. Erweiterung kommen hier nur in verträglichem Ausmaße vor (verkehrstechnische Anbindung, Wildbachgefahrenzonen und prägender Waldbestand).

1.6 Ortsteil „Wolkersdorf“

Der Ortskern der Ortschaft Wolkersdorf wird vorwiegend durch die vorhandenen landwirtschaftlichen Betriebe (Pferdekoppel) und die bestehenden Gewerbebetriebe (Sägewerk, Transportunternehmen) geprägt. Im Ortszentrum befindet sich auch das Gasthaus Mossauer. Im Norden und Süden von Wolkersdorf bestehen überwiegend freistehende Einfamilienwohngebäude. Insgesamt stellt dieser Ortsteil einen kompakten Siedlungsbestand dar. Gleiches gilt für den Ortsteil Wolkersdorf West an der Katastralgemeindegrenze zu Trofaiach, der durch die bestehende Wohnstruktur und die dortigen Hangsituationen geprägt wird. Wolkersdorf selbst ist in den Erweiterungsmöglichkeiten auch durch die Topographie beherrscht. Ferner stellen hier Wildbachgefahrenzonen und Hochwasserüberflutungsbereiche sowie bestehende Siedlungsgrenzen die Grundlagen für die Festlegung von Entwicklungsgrenzen dar.

1.7 Ortsteil „Schoberkreuzsiedlung“

Nördlich des Ortsteils Wolkersdorf befinden sich die Schoberkreuzsiedlung und der Ortsteil Forst. Der lokal begrenzten Siedlungsbereich Schoberkreuzsiedlung besteht vorwiegend aus ein- bis zweigeschossigen Wohnhausbebauungen und stellt einen kompakten Siedlungsbereich dar. Im nordöstlichen Teil der Schoberkreuzsiedlung befindet sich auf einer Anhöhe das Gasthaus Hammerer. Nordwestlich befindet sich auf einer Anhöhe ein das Landschaftsbild prägender landwirtschaftlicher Betrieb. Nach außen hin werden hier absolute Entwicklungsgrenzen festgelegt und soll dieser Ortsteil nur maßvoll Richtung Osten arrondiert werden.

1.8 Ortsteil „Forst“

Dieser Siedlungsansatz der von reiner Wohnnutzung dominiert wird erstreckt sich vom Bestand nördlich der in das Laintal führenden Straße bis in den Ortsteil Trofaiach. Hier wurde nunmehr aufgrund der bestehenden Bebauungen eine Wohnzeile festgelegt. Erweiterungen hinsichtlich unbebauter Grundstücke wurden hier nur im Sinne von das Landschaftsbild nicht störenden Arrondierungen geführt und ist hier die Erschließung teilweise ausschließlich über Trofaiach-Zentrum gegeben.

1.9 Ortsteil „Laintal“

Das Laintal stellt den größten Ortsteil der ehemaligen Gemeinde Hafning bei Trofaiach dar und erstreckt sich ausgehend vom Vordernbergtal ca. 8 km ostwärts und besteht aus den Ortschaften Wolkersdorf, der Schoberkreuzsiedlung, dem 1. Dorf, dem 2. Dorf, der Blumensiedlung und dem 3. Dorf.

Aufgrund der ruhigen Lage im Randbereich des Trofaiacher Beckens stellt das Laintal ein beliebtes Erholungsgebiet dar. Ein beliebtes Ausflugsziel stellt die Hebenstreit Alm dar. An öffentlichen/sozialen Einrichtungen befinden sich im Laintal die Freiwillige Feuerwehr Laintal und die Volksschule Laintal.

Generell kann für das Laintal festgehalten werden, dass hier großflächige Erweiterungen aufgrund des gegebenen Landschaftsbildes, wie auch der bestehenden Naturgefahren (Wildbachgefahrenzonen und Hochwasserüberflutungsbereiche entlang des Laintalbaches) nicht zielführend scheinen.

1.10 Ortsteil „Laintal 1. Dorf“

Das 1. Dorf wird sehr stark durch den Schmiede-/Schlosserbetrieb Dorfer und den bestehenden landwirtschaftlichen Gehöften geprägt. Daneben befinden sich, vorwiegend entlang der Laintalstraße Einfamilienwohnhäuser. Die Hochwasseranschlaglinien verlaufen entlang der Laintalstraße. Im Osten des gegenständlichen Ortsteiles befindet sich ein Reitplatz.

Bislang finden die bestehenden Nutzung Deckung im Siedlungsleitbild 4.00 und soll mit der nunmehrigen Revision eine weitere Ordnung in diesem Gebiet erzielt werden. Der Ortsteil erfährt Richtung Süden seine Begrenzung aufgrund der bestehenden Hochwasserüberflutungsbereiche und Richtung der Norden aufgrund des Landschaftsbildes/der Topographie. Erweiterungen Richtung Osten und Westen werden aus Gründen des Landschaftsbildes nicht geführt.

1.11 Ortsteil „Laintal 2. Dorf“

Das 2. Dorf wird vorwiegend durch landwirtschaftliche Gehöfte entlang der Laintalstraße mit dazwischenliegenden Einfamilienwohngebäuden geprägt. Auch dieses Siedlungsgebiet wird von einer Mischfunktion von Landwirtschaft und

Wohnnutzung und in untergeordnetem Ausmaß von Gewerbebetrieben gekennzeichnet. Im 2.Dorf befindet sich das Rüsthaus der FF Laintal. Dieser Ortsteil ist nach außen hin durch die bestehenden Wildbachgefahrenzonen und Hochwasserüberflutungsbereiche begrenzt.

1.12 Ortsteil „Blumensiedlung“

Die Blumensiedlung stellt einem kompakten und geschlossenen Siedlungssplitter bestehend aus freistehenden Einfamilienwohnhäusern nördlich der Laintalstraße dar. Erweiterungen nach außen sind hier aufgrund der Festlegung von absoluten Entwicklungsgrenzen nicht zulässig.

1.13 Ortsteil „Laintal 3. Dorf“

Das 3. Dorf wird im Zentrum durch landwirtschaftliche Betriebe geprägt. Auch dieser Siedlungsbereich stellt eine Funktionsdurchmischung von Landwirtschaft und Wohnnutzung dar. In Richtung Trasttal und am westlichen Ortseingang bestehen kleinräumige Wohnsiedlungen. Im 3.Dorf befindet sich die Volksschule Laintal mit zugehörigem Spielplatz. Des Weiteren sind Kleingewerbebetriebe in der Ortschaft vorhanden. Eine Erweiterung nach außen wird durch die Festlegungen der Entwicklungsgrenzen hintangehalten und wird einer Verdichtung nach innen hier aus Gründen des Ortsbildes Vorrang eingeräumt. Die übrigen Festlegungen werden durch die Lage der Wildbachgefahrenzonen und Hochwasserüberflutungsbereiche sowie der Topographie vorgegeben.

1.14 Ortsteil „Trofaiach Zentrum“

Das Zentrum der Stadtgemeinde entspricht einem typischen Stadtzentrum mit dichtverbauten Siedlungsgebietes und Dienstleistern, die sich vor allem im Bereich des Stadtamtes deutlich verdichtet zeigen. Gewerbliche Nutzungen mischen sich hier mit öffentlich-sozialen Einrichtungen und Wohnnutzungen in teils mehrgeschossigen Wohnbauten. Geprägt wird das Stadtbild einerseits durch die bestehenden Bauten, andererseits auch durch die landschaftlichen Gegebenheiten mit dem höherliegenden Mehplateau und dem Kehrwald im Süden. Industrielle Nutzung kommt im Stadtzentrum von Trofaiach in äußerst unter geordnetem Ausmaße vor. Landwirtschaftliche Tierhaltung spielt im Ortszentrum eine untergeordnete Rolle.

Vorhanden sind hier vor allem Bürogebäude, soziale Einrichtungen wie Kirche und Stadtamt, sowie Schulen und einige Gastronomiebetriebe Hauptstraße. Vor allem im nördlichen (zB entlang der Reichensteinstraße östlich des Eisenstraßen-Radweges) und westlichen Bereich (zB entlang der Langenfelderstraße) des Stadtzentrums finden sich zahlreiche teilweise mehrgeschossige Wohnbauten.

Richtung Nordosten – Richtung Rötz befindet sich der Friedhof der Gemeinde und das Stadion in Rötz sowie der Bauhof/Altstoffsammelzentrum. Im Südosten Richtung St. Peter-Freienstein befindet sich das Umweltzentrum mit Kläranlage. Im Süden befindet

sich getrennt durch die B115a ein weiterer Siedlungsbereich, der durch freistehende Ein-/Zweifamilienwohnhäuser geprägt ist und teilweise durch die bestehende Topographie geprägt ist. nördlich der B115a befinden sich weitere Wohnbauten, die teils mehrgeschossig sind.

Südlich/Südöstlich des Rathauses befinden sich industriell-gewerbliche Betriebe (Saubermacher, Lagerhaus, Kfz-Betriebe entlang der Hauptstraße (stadtauswärts)).

Trofaiach-Zentrum verfügt über eine Ortsbilschutzzone und ist generell durch eine dichte Verbauungsstruktur gekennzeichnet.

Die teilweise von Hochwasser-Überflutungsbereichen betroffenen Gebiete sind großteils bebaut und werden zum Schutze der Uferbereiche der durchfließenden Bäche Freihaltegebiete festgelegt, sodass keine zusätzlichen Bebauungen im 10m-Bereich der öffentlichen Gewässer errichtet werden dürfen.

Jene Bereiche in Nahelage zur B115 oder B115a können nur in Abstimmung mit den bestehenden Emissionen weiterentwickelt werden und sind hier jedenfalls entsprechende Maßnahmen vorzusehen. Waldflächen im Ortszentrum, bzw. am Rande des Ortszentrums sind aus Gründen des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes jedenfalls zu bewahren; dies gilt vor allem für landschaftsprägende zusammenhängende Waldflächen.

1.15 Ortsteile „Unterkurzheim“ und „Untergimplach“

Diese Bereiche nördlich und südlich der Gößgrabenstraße sind durch eine recht dichte Bebauung mit Ein- und Zweifamilienwohnhäusern geprägt, die Richtung Süden durch den Gößbach räumlich begrenzt werden. Im Westen findet sich hier eine relativ eindeutige Siedlungsgrenze, die die Wohnsiedlung von den betrieblichen Nutzungen in Gimplach/Kurzheim räumlich abgrenzen. Nördlich der Wohnsiedlung von Unterkurzheim findet sich auf einer erhöhten Terrasse mit einer klaren Hangkante eine großzügige Freifläche, die das Ortsbild prägt und aus landschaftsbildprägenden Gründen freigehalten werden soll. Die Festlegung der Entwicklungsgrenzen fußt hier auf diesen Überlegungen.

1.16 Ortsteil „Kurzheim“

Dieser Bereich nördlich der Gößgrabenstraße stellt eine nutzungsdurchmischte Siedlung dar, in der die landwirtschaftliche Nutzung mit Tierhaltungsbetrieben beinahe die Wohnnutzung (max. 2-geschossige Wohnbauten mit teilweise ausgebauten Dachgeschossen) überwiegt. Eine weitere Entwicklung dieses Siedlungsgefüges kann nur unter Berücksichtigung der bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe und ihrer Emissionen sowie der Topographie mit dem Richtung Norden teilweise stark ansteigenden Gelände erfolgen. Eine Erweiterung Richtung Osten scheint aufgrund bestehender brauner Hinweisbereiche der Wildbach- und Lawinverbauung nicht empfehlenswert. Auch aufgrund dieser wurden die Entwicklungsgrenzen entlang der Bestände gerichtet und sind Verdichtung hier

lediglich nach innen zulässig. Eine bauliche Erweiterung des Ortsteiles scheint aufgrund der Lage der braunen Hinweisbereiche sowie der Gelben Gefahrenzone gemäß Gefahrenzonenplan der Wildbach- und Lawinerverbauung, der landwirtschaftlichen Vorrangzone des REPRO Leoben und der topographischen Gegebenheiten wie auch aus Sicht des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes nicht ratsam und wurden hier absolute Entwicklungsgrenzen festgelegt.

1.17 Ortsteile „Gimplach“ und „Putzenberg“

Dieser Bereich südlich des Gößbaches ist vorrangig durch Wohnnutzung (max. 2-geschossige Wohnbauten mit teilweise ausgebauten Dachgeschossen) geprägt und nach außen hin relativ deutlich abgerundet. Verdichtungen nach innen scheinen hier jedenfalls denkbar. Ein Überschreiten der Langefelderstraße ist im Sinne der Erhaltung des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes nicht anzuraten.

Inmitten des bestehenden Siedlungsgefüges findet sich eine Großwäscherei, die hier bereits seit vielen Jahren betrieben wird.

Im Bereich nördlich des Gössbaches findet sich der Betrieb der Fa. Swietelsky mit dem Schotterabbau und östlich der Gimplach-Straße die Rekultivierungsflächen sowie die Kompostieranlage am Odarweg.

Je weiter man Richtung Putzenberg von Gimplach aus kommt, umso dichter werden die landwirtschaftlichen Tierhaltungsbetriebe. Etwaige Erweiterungen sind hier jedenfalls unter Berücksichtigung der bestehenden Emissionen aus der Tierhaltung und der bestehenden landwirtschaftlichen Vorrangzone gemäß REPRO Leoben zu betrachten bzw. teilweise dadurch verunmöglicht. Viele Bestände befinden sich hier im Freiland und ist eine Baulandfestlegung aufgrund der dortigen landwirtschaftlichen Vorrangzone nicht zulässig.

Die festgelegten Entwicklungsgrenzen dienen dem Schutz der umliegenden Landschaft sowie der Entwicklung des Ortsteiles nach innen im Sinne eines verträglichen Landschaftsbildes.

1.18 Ortsteil „Schardorf“

Schardorf ist unter anderem durch die Nahelage zum Golfplatz wie auch das beliebte Landhotel Reitingblick geprägt. Vor allem im Südlichen Bereich des Ortsteils stellt die Topographie die Weichen für etwaige Siedlungsentwicklungen aufgrund ausgeprägter Hangkanten/Geländesituationen. Teilweise ist dieser Ortsteil von landwirtschaftlicher Nutzung geprägt. Die Wohnnutzung steht hier aber ebenfalls als prägendes Element im Siedlungsgefüge. Die Siedlung hat sich entlang der Straßen und um einen kleinen hauptplatzähnlichen Platz gebildet und gibt es hier nach wie vor Möglichkeiten zur Verdichtung. Je weiter man Richtung Westen kommt, umso großvolumiger werden

die Ein- bis Zweifamilienwohnhäuser und sind diese Entlang der Erschließungsstraßen in ein- bis zweizeiliger Bebauung errichtet worden.

Eine Verdichtung innerhalb der langfristig gesetzten Entwicklungsgrenzen scheint hier gebietsverträglich und im Sinne des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes. Ein bauliches Zusammenwachsen der Ortsteile Schardorf und Töllach/Gai wird hier nicht angestrebt und scheint aus Gründen des Landschaftsbildes nicht ideal.

1.19 Ortsteil „Windischbühel“

Das dortige Siedlungsgefüge hat sich großteils entlang der Nord-Süd verlaufenden Hupterschließungsstraße in das topografisch anspruchsvolle Gelände eingefügt. Bestehende landwirtschaftliche Nutzungen werden hier von reinen Wohnnutzungen umgeben. Teilweise bestehen hier recht enge Straßenverbindungen, die weitere Ausbauten der Wohnnutzung nur bedingt ermöglichen. Aus verkehrstechnischer Sicht scheint eine großvolumige Ausbreitung des Ortsteiles nicht ratsam. Die Hanglagen werden derzeit geschickt ausgenutzt und stellen die Entwicklungsgrenzen in diesem Ortsteil großteils auf natürliche Gegebenheiten ab, die zum Schutze des Ortsbildes nicht überschritten werden sollten.

1.20 Ortsteil „Töllach/Gai“

Das hier bestehende Siedlungsgefüge hat sich großteils entlang der Nord-Süd und Ost-West verlaufenden Hupterschließungsstraßen in das topografisch anspruchsvolle Gelände eingefügt. Bestehende landwirtschaftliche Nutzungen werden hier von reinen Wohnnutzungen umgeben. Teilweise bestehen hier recht enge Straßenverbindungen, die weitere Ausbauten der Wohnnutzung nur bedingt ermöglichen. Aus verkehrstechnischer Sicht scheint eine großvolumige Ausbreitung des Ortsteiles nicht ratsam. Die Hanglagen werden derzeit geschickt ausgenutzt und stellen die Entwicklungsgrenzen in diesem Ortsteil großteils auf natürliche Gegebenheiten ab, die zum Schutze des Ortsbildes nicht überschritten werden sollten. In diesem Ortsteil befindet sich das ehemalige Gemeindeamt Gai, die Volksschule Gai und die Feuerwehr.

1.21 Ortsteil „Gausendorf“

Das hier bestehende Siedlungsgefüge hat sich großteils entlang der Ost-West verlaufenden Hupterschließungsstraße in das topografisch Richtung Norden ansteigende Gelände eingefügt. Bestehende landwirtschaftliche Nutzungen werden hier von reinen Wohnnutzungen umgeben. Erweiterungspotenziale liegen hier vor allem nach innen im Sinne von Lückenfüllungen, sodass keine großflächigen

Erweiterungen nach außen erforderlich scheinen und das Gelände nicht weiter zerschnitten werden muss.

1.22 Ortsteil „Edling“

Dieser Bereich nördlich und südlich der L116 sowie östlich der B115 stellt eine nutzungsdurchmischte Siedlung dar, in der die landwirtschaftliche Nutzung mit Tierhaltungsbetrieben eine untergeordnete Rolle gegenüber der Wohnnutzung (max. 2-geschossige Wohnbauten mit teilweise ausgebauten Dachgeschossen) spielt. Eine weitere Entwicklung dieses Siedlungsgefüges erfolgt innerhalb der langfristig festgelegten Entwicklungsgrenzen. Teilweise werden Erweiterungsmöglichkeiten aufgrund bestehender Gefahrenzonenausweisung der Wildbach- und Lawinenverbauung sowie der landwirtschaftlichen Vorrangzone gemäß REPRO Leben nicht empfehlenswert bzw. zulässig. Auch aufgrund dieser wurden die Entwicklungsgrenzen entlang der Bestände gerichtet und sind Verdichtung hier vor allem nach innen zulässig. Südlich der Seizerstraße finden sich hier bestehende industriell-gewerbliche Betriebstätten sowie ein großflächiges Erweiterungspotenzial, das für die etwaige Erweiterung eines ansiedlungswilligen Betriebes ausgelegt ist und Zug-um-Zug in Zukunft umgesetzt werden könnte. Bestände innerhalb der Roten Gefahrenzone der Wildbach- und Lawinenverbauung werden hier in die Gebiete baulicher Entwicklung aufgenommen – Baulandneufestlegungen unbebauter Grundstücksflächen sind jedoch nicht zulässig.

Östlich der B115 findet sich ein sich in die Landschaft einfügendes Siedlungsgebiet, das vor allem durch die Topographie geprägt wird. Hier scheinen maßvolle Erweiterungen zulässig, die jedoch keine großflächigen Arrondierungen in bisher nicht beanspruchte Freiflächen ermöglichen sollen.

2 ERLÄUTERUNGEN ZUM ENTWICKLUNGSPLAN

2.1 MATERIENRECHTLICHE UND SONSTIGE ERSICHTLICHMACHUNGEN

2.1.1 Ersichtlichmachungen im Entwicklungsplan Nr. 1.00

- Verwaltungsgrenzen der Gemeinde, Quelle: digitale Katastermappe
- fließende und stehende Gewässer (Wasserrechtsgesetz 1959 idgF), Quellen: digitale Katastermappe, eigene Bestandsaufnahme, Orthofotos (keine Übermittlung einer Gewässerkarte seitens der ABT14 des Amtes der Stmk. Landesregierung)
- Verkehrsinfrastruktur (Überregionales wie Örtliches Straßen- und Wegenetz nach Bundes- bzw. Landesgesetzen), Quelle: digitale Katastermappe
- Hochspannungsfreileitungen (Starkstromwegerecht) und Mittelspannungskabel- und -freileitungen, Quellen: Steweag-Steg – E-Mails vom 09.07.2013 (APG) und Bekanntgabe der Energie Stmk (STEWEAG-STEG), Übermittlung per E-mail (Klaus Buder) vom 09.07.2013, Energie Stmk, Übermittlung per E-mail vom 14.10.2013 (Timo Reichhuber – NVH Hochspannung)
- Bekanntgabe der Stadtwerke Trofaiach, Übermittlung per E-mail (Gerhard Schöngrundner) vom 10.07.2013 (Übermittlung von .dwg Dateien)
- Bekanntgabe der Austrian Power Grid AG (APG), Übermittlung per E-mail (Rafael Kucfal) vom 09.07.2013 (Übermittlung von .shp Dateien)
- Naturschutzrechtliche Bestimmungen (Naturdenkmäler, Landschaftsschutzgebiet Naturschutzgebiete und Natura 2000 Gebiet), Quelle: Schreiben der ABT13 vom 11.07.2013 (GZ: ABT13-51T-10/2013-18)
- Biotope, Quelle: Schreiben der ABT13 vom 11.07.2013 (GZ: ABT13-51T-10/2013-18) und ergänzendes E-mail der ABT13 vom 17.07.2013 (Mag. Martin Klipp)
- archäologische Bodenfundstätten: digitale Liste der unbeweglichen und archäologischen Denkmale unter Denkmalschutz der Website des Bundesdenkmalamtes mit Stand: 28.06.2013 (rechtlich nicht verbindlich) und Schreiben vom 30.10.2013, GZ: 14.895/2/2013
- Haltestelleneinzugsbereiche, Quelle: Eigene Bestandsaufnahme unter Abgleichung mit der Datenlieferung des Landes – LBD-GIS
- Öffentliche Einrichtungen, Quelle: Eigene Bestandsaufnahme
- Vorrangzonen gemäß REPRO Leoben, LGBI. Nr. 4/2005 idF LGBI. Nr. 32/2007
- Schieneninfrastruktur, Quelle: digitale Katastermappe (Landesdatenlieferung)
- Verdachtsflächen für Altlasten- und Altstandorte gem. Verdachtsflächendatenbank, Quelle: Abteilung 15 per E-mail am 27.06.2013, GZ: A15 43.21-11/2011
- Bergbaugebiet, Quelle: wiederverlautbarte Flächenwidmungspläne ua. (Vermessungsgrundlage der Fa. Deininger Quarzbergbau und Aufbereitungstechnik GmbH – Tagbaubestand: November 2011 im Maßstab

- 1:1000) und Schreiben des BMWFJ vom 20.07.2011 (GZ: BMWFJ-67.050/0096-IV/10/2011) betr. Klöcher Basalt GmbH & Co KG in Hafning
- Kompostieranlage (kpa) mit baulichen Anlagen gem wasserrechtlichem Bewilligungsbescheid vom 22.12.1995, GZ: 3.0 To 53-95/10, AWG-Bescheid vom 09.12.2010, FA13A-38.50-104/2010-2 und AWG-Bescheid vom 13.12.2010, GZ: FA13A-38.50-104/2010-4 sowie Verhandlungsschrift (Anlagenüberprüfung) vom 06.11.2012, GZ: ABT13-38.50-6/2008-22
 - Bodenaushubdeponie (bhd) mit zeitl. nachfolgender Nutzung Freiland (Rekultivierung). Grundlage: AWG-Bescheid vom 01.02.2008, GZ: FA13A-38.20-116-07/44 bzw. AWG-Bescheid vom 01.07.2011, GZ: FA13A-38.03-2/2008-57 – die diesbezüglichen Bestimmungen der Bescheidgrundlagen sind im Rahmen nachfolgender Verfahren zu berücksichtigen
 - Bodenentnahmefläche (bef) Ersichtlichmachung des Schotterabbaus der Fa. Swietelsky, Gewinnungsbetriebsplan – Bescheid der BH Leoben vom 24.11.1999, GZ: 4.3 21-99/9 (Ersichtlichmachung gem Bescheidgrundlage als Bodenentnahmefläche iSd PZVO 2007)
 - Gefahrenzonen und Hinweisbereiche gem. aktuell geltendem Gefahrenzonenplan der Wildbach- und Lawinenverbauung, digital von der WLV übermittelt per E-Mail vom 04.07.2013 inkl. zwischenzeitliche Änderung beim Bengergaben aus 2008
 - Hochwassergefährdungsbereiche: Abflussuntersuchung Vordernbergerbach vom März 2010, GZ: FA19A71AU15-2008/1 und korrigierten Anschlaglinien von der Abflussuntersuchung des Laintalbaches aus dem Jahre 1999 (Rakusch; korrigierte Unterlagen übermittelt von der FA19B per E-Mail am 27.02.2012 [auf Anfrage der ehem. Gemeinde Hafning bei Trofaiach])
 - Hochwassergefährdungsbereiche: Abflussuntersuchung Rötzbach vom 30.11.2012 des Amtes der Stmk. Landesregierung
 - Hochwassergefährdungsbereiche: Abflussuntersuchung Gößbach vom 30.11.2012 des Amtes der Stmk. Landesregierung
 - bauliche Entwicklung der Nachbargemeinden, Quelle: Örtliche Entwicklungskonzepte/ Entwicklungspläne/ Siedlungsleitbilder der Nachbargemeinden (1.000 m Radius)
 - Geruchsemittenten/ landwirtschaftliche Betriebsstellen mit Intensivtierhaltung (Punktdarstellung), Quelle: Angaben der Gemeinde, eigene Erhebungen
 - Geltungsbereiche des SAPRO Windenergie, LGBI. Nr. 72/2013
 - Landwirtschaftliche Vorrangzone, Grünzone, Rohstoffvorrangzone

2.1.2 Regionales Entwicklungsprogramm/ Landesentwicklungsprogramm

Im Regionalen Entwicklungsprogramm für die Planungsregion (politischer Bezirk) Leoben, LGBl. Nr. 4/2005 idF LGBl. Nr. 32/2007 (Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 20. Dezember 2004, mit der ein regionales Entwicklungsprogramm für die Planungsregion (politischer Bezirk)) Leoben erlassen wurde), wird die ehemalige Stadtgemeinde Trofaiach als Teilregionales Versorgungszentrum festgelegt. Es ist anzunehmen, dass diese Festlegung auch für die neue Stadtgemeinde Trofaiach weitergeführt wird, bzw. hier Änderungen in der Überörtlichen Raumplanung durchgeführt werden müssen.

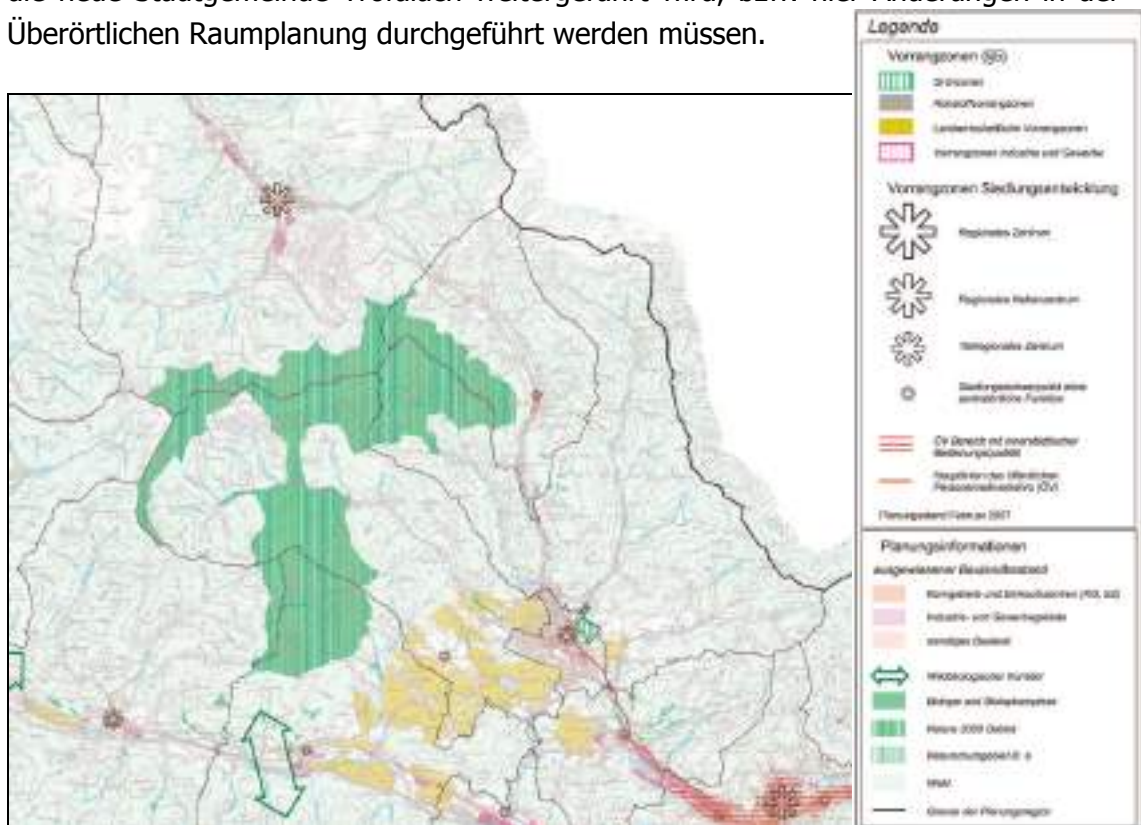


Abbildung 2: Ausschnitt REPRO Leoben, Karte Vorrangzonen, unmaßstäblich

Gemäß § 5 REPRO Leoben finden sich „landwirtschaftliche Vorrangzonen“ und eine „Grünzone“ im Gemeindegebiet der neuen Stadtgemeinde Trofaiach.

Des Weiteren findet sich ein Natura2000-Gebiet innerhalb des Gemeindegebiets. Nähere Angaben hierzu finden sich im Kapitel 3.1.9.

Gemäß § 3 Abs 1 des REPRO Leoben sind **Wasserwirtschaftliche Vorrangzonen** Bereiche innerhalb der Anschlaglinien eines 100-jährlichen Hochwasserereignisses (HQ₁₀₀), die für den Hochwasserabfluss notwendig sind oder eine wesentliche Funktion für den Hochwasserrückhalt aufweisen, sowie Flächen, die sich für Hochwasserschutzmaßnahmen besonders eignen. Sie sind von Baulandfestlegungen und sonstigen Abflusshindernissen freizuhalten.

Gemäß § 3 Abs 2 REPRO Leoben gelten Uferstreifen in einer Breite von mind. 10 m (in funktional begründeten Einzelfall auch mehr als 10 m), gemessen ab der Böschungsoberkante, entlang aller natürlich fließenden Gewässer als Grünzonen.

Grünzonen dienen dem Schutz der Natur- oder Kulturlandschaft und ihrer Faktoren (ökologische Funktion) und/oder der Naherholung (Erholungsfunktion). Darüber hinaus erfüllen sie auch Funktionen des Schutzes von Siedlungsgebieten vor Gefährdungen, wie zB Hochwässer (Schutzfunktion). Die Festlegung von Bauland und Sondernutzung im Freiland für Erwerbsgärtnerei, Ablagerungsplätze, Aufschüttungsgebiete, Schießstätten, Schieß- und Sprengmittellager und ihrer Gefährdungsbereiche und Bodenentnahmeflächen sind unzulässig. Grünzonen gelten als Ruhegebiete gem. § 82 Abs 1 Z. 4 MinRoG 1999. Großflächige Versiegelungen wie über den Gebietscharakter hinausgehende Immissionen sind hintanzuhalten. Für Baulückenschließungen im geringen Ausmaß können Ausnahmen gewährt werden. Dabei ist die ökologische Funktion des jeweiligen Uferstreifens zu berücksichtigen.

Landwirtschaftliche Vorrangzonen dienen der landwirtschaftlichen Produktion. Sie sind von Baulandausweisungen und Sondernutzungen im Freiland für Kur-, Erholungs-, Spiel- und Sportzwecke, öffentliche Parkanlagen, Kleingartenanlagen, Ablagerungsplätze, Aufschüttungsgebiete, Bodenentnahmeflächen, Schießstätten, Schieß- und Sprengmittellager und ihre Gefährdungsbereiche freizuhalten.

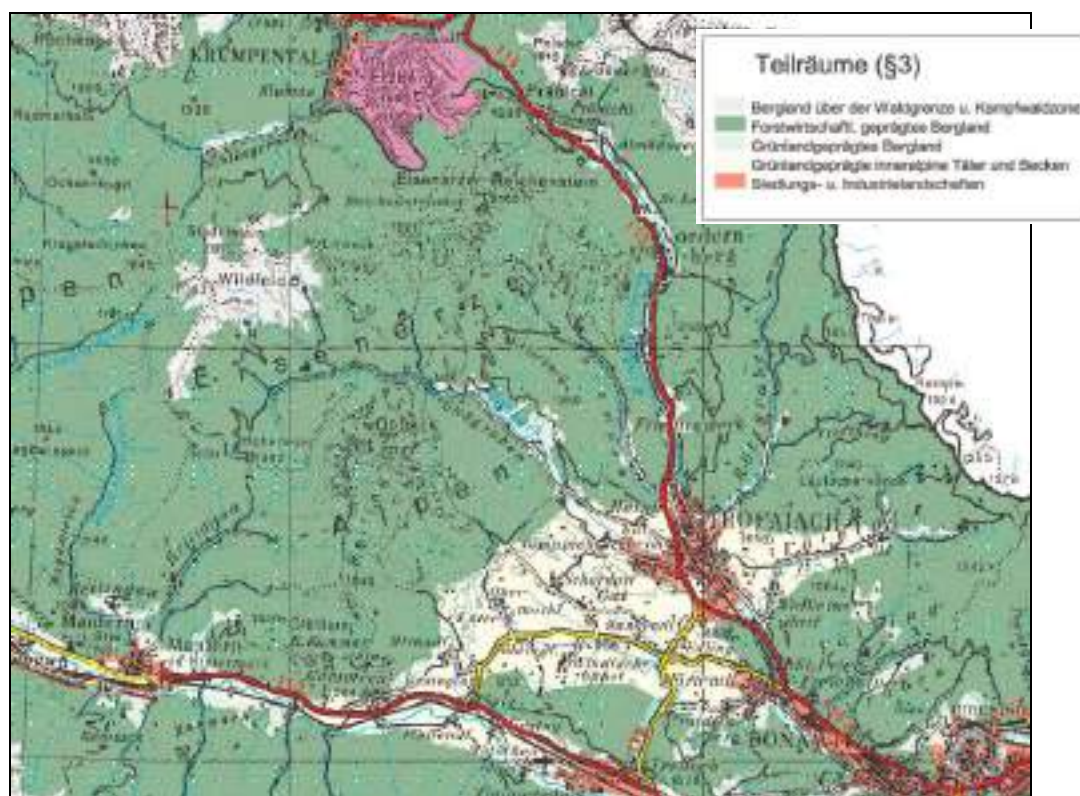


Abbildung 3: Ausschnitt REPRO Leoben, Karte Teilräume, unmaßstäblich

Gemäß § 6 (3) des Repro Leoben sind die im Regionalplan festgelegten Vorrangzonen im Rahmen der Örtlichen Raumplanung konkret abzugrenzen, wenn diese Vorrangzonen nicht durch eindeutige Strukturlinien begrenzt werden. Dabei sind kleinräumige Ergänzungen zulässig und hat ihre konkrete Abgrenzung im Rahmen der Zielsetzungen dieser Verordnung durch die örtliche Raumplanung der Gemeinden zu erfolgen

Die im Regionalplan festgelegte Grünzone wurde unverändert übernommen und reicht im Ortsteil Trofaiach über den Bereich des Stadions. Die dort bestehende und rechtmäßig festgelegte Sportnutzung widerläuft nicht den Vorgaben des REPRO Leoben.

Die im Regionalplan festgelegte landwirtschaftliche Vorrangzone wurde bei gemäß Orthofoto bestehenden Waldflächen geringfügig angepasst.

Im Bereich Edling wurde die Vorrangzone auf den Bedarf des dort ausgewiesenen Industrie- und Gewerbepotenziales hin angepasst und geringfügig Richtung Westen verschoben. Die dortige Abgrenzung folgte bisher keiner eindeutigen Strukturlinie und wurde dies im Rahmen der Besprechung mit der ABT 7 im Februar 2014 eindeutig festgehalten. Eine Verschiebung scheint hier aufgrund der nunmehr im Entwicklungsplan Nr. 1.00 getroffenen Festlegung und Verschiebung auf eine eindeutig bestehende Strukturgrenze in Verlängerung der nördlich der Seizerstraße rechtmäßig bestehenden Baulandausweisung als zulässig. Ferner stellt die Periode Nr. 1.00 der Verordnungen die Möglichkeit zur Interpretation der Festlegungen des REPRO dar. Die neue Stadtgemeinde Trofaiach muss unter Berücksichtigung ihres neuen Stadtgemeindegebietes Zielsetzungen und Maßnahmen neu festlegen. So stellt das Entwicklungspotenzial für Industrie und Gewerbe die einzige Möglichkeit zur Ansiedlung eines neuen Technologiezentrums im Gemeindegebiet dar und ist diese Ansiedlung jedenfalls von großer Bedeutung hinsichtlich der somit neu geschaffenen Arbeitsplätze.

Alle weiteren Abgrenzungen der Vorrangzonen wurden unverändert gegenüber der digitalen Grundlagen lt. GIS-Datenlieferung vom Amt der Stmk. Landesregierung übernommen.

Gemäß § 3 (Ziele und Maßnahmen für die Teilräume) des geltenden REPRO Leoben wird das Gemeindegebiet in insgesamt 5 Teilräume unterteilt und werden deren Zielsetzungen gem. REPRO im Folgenden beschrieben:

Der Teilraum **Siedlungs- und Industrielandschaften** umfasst den Zentrumsbereich von Trofaiach und enthält folgende Zielsetzungen:

- Siedlungsräume sind für die Wohnbevölkerung durch Erhöhung des Grünflächenanteiles bzw. des Anteiles unversiegelter Flächen in Wohn und Kerngebieten zu attraktivieren.

- Immissionsbelastungen in Wohngebieten sind zu vermeiden bzw. in stark belasteten Gebieten zu reduzieren.
- An den Siedlungsrändern ist besonderes Augenmerk auf die Baugestaltung zu legen.

Der Teilraum **Grünlandgeprägtes Bergland** hat folgende Zielsetzungen:

- Das durch eine kleinräumige Durchmischung von Wald und Grünland charakterisierte vielfältige Erscheinungsbild der Landschaft ist zu erhalten.
- Waldränder sind in Hinblick auf einen stufigen Aufbau, eine vielfältige Struktur bzw. einen hochwertigen Lebensraum für Flora und Fauna bei allen Planungsmaßnahmen besonders zu beachten.
- Die Wiederbewaldung von Grenzertragsböden soll vermieden werden.
- Außerhalb von im Regionalplan bzw. im Rahmen der örtlichen Raumplanung festgelegten Siedlungsschwerpunkten sind großflächige Baulanderweiterungen, die - auch bei mehrmaligen Änderungen - insgesamt 3.000 m² überschreiten, unzulässig. Die Festlegung von Baugebieten für die Erweiterung rechtmäßig bestehender Betriebe bleibt davon unberührt.
- Bei der Baukörpergestaltung ist die visuelle Sensibilität dieses Landschaftsraumes besonders zu berücksichtigen. Großvolumige Baukörper sind zu vermeiden.
- Die Gewinnung mineralischer Rohstoffe ist unzulässig.

Zielsetzungen des Teilraumes **Grünlandgeprägte inneralpine Täler und Becken**:

- Ein zusammenhängendes Netz von großflächigen Freilandbereichen, Retentionsräumen und landschaftsraumtypischen Strukturelementen wie Uferbegleitvegetation, Hecken, Waldflächen, Waldsäumen und Einzelbäumen ist zu erhalten.

Zielsetzungen des Teilraumes **Forstwirtschaftlich geprägtes Bergland**:

- Der Charakter dieser Landschaftseinheit mit einer engen Verzahnung von Wald und Freiflächen ist zu erhalten.
- Waldränder sind in Hinblick auf einen stufigen Aufbau, eine vielfältige Struktur bzw. einen hochwertigen Lebensraum für Flora und Fauna bei allen Planungsmaßnahmen besonders zu beachten.
- Die Wiederbewaldung von freien Flächen in den für den landschaftsgebundenen Tourismus besonders geeigneten Gebieten ist zu vermeiden, Almflächen sollen erhalten werden.
- Touristische Nutzungen bzw. Erholungsnutzungen sind im Rahmen der Zielsetzungen dieser Verordnung zulässig.
- Darüber hinausgehende neue Baulandfestlegungen sind mit Ausnahme von geringfügigen Ergänzungen bestehender Siedlungsgebiete unzulässig.

Zielsetzungen für den Teilraum **Bergland über der Waldgrenze und Kampfwaldzone:**

- Das hochalpine Erscheinungsbild und die besondere Eingriffssensibilität dieses Teilraumes sind bei allen Planungsmaßnahmen zu berücksichtigen.
- Die Gewinnung mineralischer Rohstoffe ist unzulässig.

2.1.3 Entwicklungsprogramm Windenergie

Gemäß **Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie** (LGBI. Nr. 72/2013) befinden sich im Gemeindegebiet **Ausschlusszonen**, welche im Entwicklungsplan ersichtlich gemacht sind. Innerhalb dieser Ausschlusszonen ist die Errichtung von Windkraftanlagen gemäß § 1 (3) des SAPRO Windenergie unzulässig. Die im Planwerk ersichtlich gemachten Ausschlusszonen wurden lagemäßig nicht angepasst. Dies ist im Anlassfall erforderlich.

2.2 Festlegungen – Planungshoheit der Gemeinde

2.2.1 Festlegung und Abgrenzung der Örtlichen Siedlungsschwerpunkte

Als Grundlage für die Festlegung von Örtlichen Siedlungsschwerpunkten werden die Richtlinie zur Festlegung und Abgrenzung von Siedlungsschwerpunkten vom Amt der Stmk. Landesregierung (herausgegeben von den Abteilungen A16 [ABT7] und FA13B [ABT13] mit Stand: April 2007) und der Leitlinie für die Beurteilung von Örtlichen Siedlungsschwerpunkten vom Februar 2013 sowie die Bestimmungen des Stmk. ROG 2010 herangezogen.

Siedlungsschwerpunkte sind gem. § 2 Abs 1 Z.31 Stmk. ROG 2010 weiterentwickelbare Schwerpunktbereiche der Siedlungsentwicklung, die eine entsprechende Verdichtung, Nutzungsdurchmischung und Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen und/oder privat-gewerblichen Versorgungseinrichtungen aufweisen. Sie bündeln die Entwicklung im Hinblick auf einen sparsamen Umgang mit der Ressource Boden, tragen zur Minimierung der Kosten für technische und soziale Infrastruktur bei und begünstigen den Ausbau bzw. die Aufrechterhaltung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Örtliche Siedlungsschwerpunkte und Tourismusschwerpunkte sind Bereiche, die in Ergänzung zum Hauptort der jeweiligen Gemeinde langfristig weiterentwickelt werden sollen. Wenn bestehende Siedlungsschwerpunkte aufgrund von Immissionsbelastungen, naturräumlichen Gefährdungen, rechtlichen

Nutzungsbeschränkungen oder topografischen Gegebenheiten nicht mehr weiterentwickelt werden können, besteht die Möglichkeit, neue Siedlungsschwerpunkte festzulegen. Dabei sind neben den Vorgaben des Stmk. ROG 2010 auch die bestehenden Entwicklungsprogramme zu berücksichtigen. Dadurch sollen Zentrale Orte als Siedlungsschwerpunkte entwickelt, die Versorgungseinrichtungen und der öffentliche Verkehr gestärkt werden, die Siedlungsentwicklung flächensparend erfolgen und die Wohnqualität der Siedlungsbereiche gesichert werden sowie großflächige freie Landschaftsräume erhalten bleiben.

Grundsätzlich erfolgt die Festlegung der Örtlichen Siedlungsschwerpunkte nach dem Prinzip der „gestreuten Schwerpunktbildung“ in Abstimmung mit der vorhandenen technischen wie sozialen Infrastruktur, im Einklang mit der anzustrebenden Bevölkerungsdichte sowie der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Tragfähigkeit des Raumes. Die Festlegung eines Örtlichen Siedlungsschwerpunktes darf nicht dem Stmk. ROG 2010 widersprechen. Besonders zu berücksichtigen sind dabei die Bestimmungen des § 3 Abs 1 (Raumordnungsgrundsätze) und § 28 (Bauland) Stmk. ROG 2010.

Für die Festlegung von Örtlichen Siedlungsschwerpunkten sind folgende Kriterien gemäß § 22 Abs 5 Stmk. ROG 2010 heranzuziehen:

- Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr
- Gute Erreichbarkeitsverhältnisse für nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer
- Ausreichende Versorgung mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen und technische Infrastruktur
- Geeignete Umweltbedingungen

In der genannten Leitlinie vom Februar 2013 wird weiters festgehalten, unter welchen Umständen eine ausreichende Versorgung gegeben ist:

1. Innerhalb des ÖSSP befinden sich mindestens 2 öffentliche und/oder privatgewerbliche Versorgungseinrichtungen oder
2. Versorgung sichergestellt durch...
 - fußläufige Erreichbarkeit in max. 1.000 m (vgl. Wohnbauförderung)
 - entsprechende ÖV-Anbindung
 - ÖSSP liegt im 500 m Haltestelleneinzugsbereich

In dieser Leitlinie wird hierfür auch folgende Matrix für die Beurteilung beigelegt:

ÖE + PE	Haltestelle	Fußläufigkeit	+/-
≥ 2	ja	ja	+
≥ 2	nein	ja	+
≥ 2	ja	nein	+
≥ 2	nein	nein	+
< 2	ja	ja	+
< 2	Nein	ja	+
< 2	ja	nein	+
< 2	nein	nein	-

Tabelle 1 - Leitlinie SSWP - ABT13

Als **Örtliche Siedlungsschwerpunkte** in der Gemeinde werden nach Durchführung der Bestandsaufnahme und -analyse (vgl. Kap. 1) die Ortsteile **Gai/Töllach, Edling, Gimplach** und **Wolkersdorf** festgelegt und stellt dies jeweils eine Fortführung der genehmigten Festlegungen der ehemaligen Gemeinden bzw. der wiederverlautbarten Verordnungen dar.

Begründet wird dies mit der Erfüllung der Voraussetzungen des Stmk. ROG 2010 sowie der nachfolgend zitierten Mindestvoraussetzungen gem. der o. g. Leitlinie vom Februar 2013 und Stmk. ROG 2010:

- Ein Siedlungsansatz (kleinräumiges, zusammenhängend bebautes Gebiet im Bauland, auf dem Bauwerke stehen, die dem Wohnen oder Öffentlichen Funktionen dienen) mit sozialer Mindestinfrastruktur (Schule, Rathaus, Seelsorgeeinrichtung, Lebensmittelhändler mit Vollsortiment) ist vorhanden, oder ein Siedlungsansatz mit kompakter zusammenhängender Struktur und **mind. 10 bestehenden betriebsunabhängigen Wohneinheiten** ist vorhanden oder die bestehenden Siedlungsschwerpunkte sind aufgrund besonderer Gegebenheiten oder fehlender Möglichkeiten nicht erweiterbar und ein Ersatzstandort wird benötigt.
- Die Anzahl der insgesamt pro Gemeinde festgelegten Siedlungsschwerpunkte darf ein der Struktur der Gemeinde angepasstes Ausmaß nicht überschreiten.
- Die **Mindestanbindung an den öffentlichen Personennahverkehr** soll berücksichtigt werden (Darstellung der Bushaltestellen mit fußläufigem Einzugsbereich im Entwicklungsplan).
- Ist das betroffene Gebiet im Flächenwidmungsplan ausschließlich als Dorfgebiet ausgewiesen, ist die Festlegung eines Siedlungsschwerpunktes unzulässig (gegebene Nutzungsdurchmischung).

Die im Entwicklungsplan Nr. 1.00 festgelegten Siedlungsschwerpunkte erfüllen allesamt die o. genannten Kriterien bzw. die Mindestanforderungen gemäß den Bestimmungen des Stmk. ROG 2010 und stellen eine Weiterführung der bisher in den ehemaligen Gemeinden festgelegten Siedlungsschwerpunkte dar:

Die Nutzungsdurchmischung ist in jedem der Siedlungsschwerpunkte gegeben und besteht eine ausreichende Anzahl von betriebsunabhängigen Wohneinheiten. Weiters sind die Entwicklungsmöglichkeiten und Verdichtungs-möglichkeiten gegeben und sind die Mindestanbindungen an den öffentlichen Verkehr gegeben und werden diese in Zukunft verstärkt werden.

Die Ausweisung der Siedlungsschwerpunkte wird im Kapitel 1 des Erläuterungsberichtes dargestellt und begründet. Die detaillierte räumliche Abgrenzung wird im Wortlaut unter § 3 näher festgelegt.

Als **örtlicher touristischer Siedlungsschwerpunkt** in der Stadtgemeinde Trofaiach wird auf Basis des wiederverlautbarten Entwicklungskonzeptes der ehemaligen Gemeinde Gai der Bereich um den Ortsteil Schardorf samt Golfplatzflächen festgelegt².

Festgehalten wird, dass die ehemaligen Gemeinden Gai, Hafning und Trofaiach allesamt gem. Ortsklassenverordnung (Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 7. Dezember 2009, mit der die steirischen Gemeinden nach ihrer Bedeutung für den Tourismus in Ortsklassen eingeteilt werden (LGB. Nr. 102/2009 idF LGBI. Nr. 92/2010) iVm dem Steiermärkischen Tourismusgesetz 1992 (Gesetz vom 26. Mai 1992 über den Tourismus in Steiermark (LGBI. Nr. 55/1992 idF LGBI. Nr. 11/2012) als Gemeinden der Kategorie C festgelegt wurden und somit anzunehmen ist, dass dies auch für die neue Stadtgemeinde Trofaiach weitergeführt wird.

2.2.2 Gebiete baulicher Entwicklung und Entwicklungspotenziale

Im STEK Nr. 1.00 werden die bisher geltenden Gebiete baulicher Entwicklung auf Basis der Bestandsaufnahme und -analyse überprüft und an die aktuelle Planzeichenverordnung und Stadtsituation hin angepasst. Die Definition derselben basiert somit auf den Ergebnissen der Bestandsanalyse und soll anhand dieser eine möglichst konfliktfreie, planmäßige, mittel- bis langfristige Siedlungsentwicklung innerhalb der vordefinierten Gebiete sichergestellt werden. Je nach Baugebiet besitzen unterschiedliche Funktionen Vorrang gegenüber anderen Nutzungen und ist die vor Ort angetroffene Bestandssituation dabei im Besonderen zu berücksichtigen.

² Übernahme der bisherigen wiederverlautbarten Festlegungen der ehemaligen Gemeinde Gai. Vgl. für weitere Informationen zur Tourismus Kapitel: 3.3.3

Diese Festlegungen erfolgen im siedlungs- und kommunalpolitischen Interesse der Stadtgemeinde und stellen die planmäßige Umsetzung von konkreten siedlungspolitischen Zielen, wie beispielsweise die Erweiterung und Sicherung von auf den Bedarf abgestimmter Freizeit- und Erholungseinrichtungen (z.B. Spiel- und Sportplätze) sowie öffentlicher Infrastruktureinrichtungen aber auch der möglichen Erweiterung von gewerblichen Betrieben durch die Bereitstellung von geeigneten Flächen im Entwicklungsplan Nr. 1.00 und in der Folge im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 dar.

Der Festlegung der Entwicklungspotenziale für die einzelnen Funktionsbereiche/Gebiete baulicher Entwicklung liegt ein siedlungs- und kommunalpolitischer Abwägungsprozess zugrunde. Insbesondere orientieren sich die Festlegungen an den Raumordnungsgrundsätzen gem. § 3 Stmk. ROG 2010. Weiters werden die mittel- bis langfristigen Entwicklungspotenziale im Entwicklungsplan Nr. 1.00 in Abstimmung mit den angrenzenden Funktionen festgelegt.

2.2.3 Entwicklungsgrenzen

Die Definition der Entwicklungsgrenzen erfolgt gem. Leitfaden, herausgegeben von der FA 13B, Amt der Stmk. Landesregierung im Oktober 2005 sowie der Mitteilung der FA 13B betreffend die Vereinheitlichung von ÖEKs im gesamten Landesgebiet vom 10.01.2012 (GZ: FA13B-50.1/2012-580). Die Darstellung erfolgt gem. anzuwendender Planzeichenverordnung 2007.

Die Festlegung der Entwicklungsgrenzen erfolgt in erster Linie aufgrund naturräumlicher sowie siedlungspolitischer Aspekte. Insbesondere stellen Geländekanten, Hänge, angrenzende Waldflächen und Abstände zu Gewässern natürliche Entwicklungsgrenzen dar, die auch langfristig ohne Änderung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes nicht zu überschreiten sind.

Die Festlegung von absoluten siedlungspolitischen Entwicklungsgrenzen erfolgt aufgrund der siedlungspolitischen Willensbildung, bestimmte Bereiche zB zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes nicht weiterzuentwickeln.

Relative siedlungspolitische Entwicklungsgrenzen sollen kurz- bis mittelfristig nicht überschritten werden. Langfristig ist eine planmäßige Erweiterung bei entsprechender Begründung (zB wesentlich geänderte Plangrundlagen oder anderes) zulässig. Weiters sind Überschreitungen im jeweils definierten Ausmaß (vgl Wortlaut) auch kurzfristig bei gegebener Kriterienerfüllung zulässig. Dies können Änderungen bei naturräumlichen Gegebenheiten wie zB Änderungen bei Hochwasserabflussgebieten, Rodungen etc. sowie bei siedlungspolitischen Gegebenheiten entsprechend der im Wortlaut festgelegten Begründung der jeweiligen Entwicklungsgrenzen sein.

3 ERLÄUTERUNGEN ZU DEN SACHBEREICHEN

Im Nachfolgenden sollen die Einzelnen Sachbereiche gem. Leitfaden zum ÖEK der Abteilung 13 sowie gemäß § 21 Abs 3 Stmk. ROG 2010 abgehandelt werden.

3.1 Naturraum und Umwelt

3.1.1 Lage, landschaftliche Kurzcharakteristik und räumliche Einordnung, Alpenkonvention

Das „Trofaiacher Becken“ wird im Osten begrenzt durch die Ausläufer des Hochschwab und die Mürztaler Alpen, im Süden und Südwesten durch die Seckauer Alpen, im Norden durch die Eisenerzer Alpen. Wie bei allen inneralpinen Beckenlandschaften handelt es sich um einer tertiäre Anlage, in der auch entsprechendes Material (meist miozäne Tone) noch weit verbreitet sind. Charakteristisch ist die Zerteilung der Beckenlandschaft durch die bewaldeten Riedel des Kehrwaldes. Der Westteil zeigt sanftwelliges Gelände mit einigen nordwest- bzw. südost-verlaufenden Riedeln und mächtigen, in sich mehrfach zerschnittenen kalkzeitlichen Schwemmkegel im Ausgang der Täler. Im Osten hingegen ist das Tertiär stärker ausgeräumt. Dadurch wird die Landschaft teilweise von weiten Terrassenflächen bestimmt, die von Bächen zerschnitten werden.

Das wellige, mit der schroffen Gebirgskulisse reizvoll kontrastierende Relief wird von tertiärem Lockermaterial, besonders im Osten aber auch von fluvioglazialen Sedimenten des Pleistozäns mit Terrassen eingenommen. Die Begrenzung ist im Süden, wo Vordernberger und Veitscher Bach das Becken in Durchbruchstätern verlassen, schwierig und zwingt zur Einbeziehung von (epigenetisch isolierten) Teilen der Grauwackenzone in das Gebiet.³

Ein sehr großer Teil des Gemeindegebietes besteht aus Wald und Bergland über der Waldgrenze. Die Gemeindegrenzen reichen bis zu den Gipfeln, Graten und Übergängen der umliegenden Berge, wie z.B. Hochturm (Trenchtling), Lamingegg, Lamingsattel, Leobner Mauer, Klammkogel, Barbarakreuz, Fahnenköpfl, Gröblzinken, Rottörl, Eisenerzer Reichenstein, Krumphals, Hohe Zölz, Gosingsattel und Finzenkogel.

Das Naturschutzgebiet Eisenerzer Reichenstein, Krumpensee liegt südlich von Eisenerz und bildet einen Ausschnitt der Eisenerzer Alpen. Erreichbar ist es über das Krumpental, das im Südwesten der Eisenerzer Alpen liegt. Von Hafning aus gelangt man über eine ausgebaute Straße bis zur Hirnalm, von wo ein markierter Wanderweg bis zum Krumpensee und weiter bis zum Eisenerzer Reichenstein führt. Die Bergrücken von Hüttstein, Hoher Zölz, Krumphals, Großer Schade, Reichhals, Eisenerzer Reichenstein, Gröblzinken und Vordernberger Zinken bilden den Grenzverlauf des Schutzgebietes. Das Naturschutzgebiet zeichnet sich durch

³ Auszug aus www.schulatlas.at. Textverfasser: Gerhard Karl Lieb

weitgehende Unberührtheit aus und besitzt dadurch einen sehr hohen landschaftsästhetischen und naturwissenschaftlichen Wert. Des Weiteren ist es ein beliebtes Wandergebiet. Das Naturschutzgebiet Eisenerzer Reichenstein, Krumpensee liegt auf einer Seehöhe von 1.350 – 2.180 m und umfasst eine Größe von 1.000 ha.

Anm.: Die Anbindung der Gemeinde an das überregionale Verkehrsnetz erfolgt über die B115, die auch die Stadtgemeinde Trofaiach mit dem überregionalen Verkehrsnetz verbindet (vgl. Kapitel Verkehr).

Alpenkonvention:

Die Stadtgemeinde Trofaiach liegt im Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutze der Alpen (Alpenkonvention). Die Alpenkonvention ist ein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag zwischen den Staaten Deutschland, Frankreich, Italien, Liechtenstein, Monaco, Österreich, Schweiz, Slowenien und der Europäischen Union. Sie besteht aus einem Rahmenvertrag und 8 Durchführungsprotokollen. Die Vertragspartner haben sich unter Beachtung des Vorsorge-, Verursacher- und Kooperationsprinzips zu einer ganzheitlichen Politik zur Erhaltung und zum Schutz der Alpen und zur umsichtigen und nachhaltigen Nutzung der Ressourcen verpflichtet. Das Gemeindegebiet liegt zur Gänze im Geltungsbereich der Alpenkonvention.

Gemäß dem Leitfaden „Alpenkonvention in der örtlichen Raumplanung“, Herausgegeben von der Abteilung 13 - Umwelt und Raumordnung, Referat Bau- und Raumordnung vom September 2012 ist die Checkliste gem. Teil B des Leitfadens jedenfalls erforderlich bei der Revision von Örtlichen Entwicklungskonzepten.

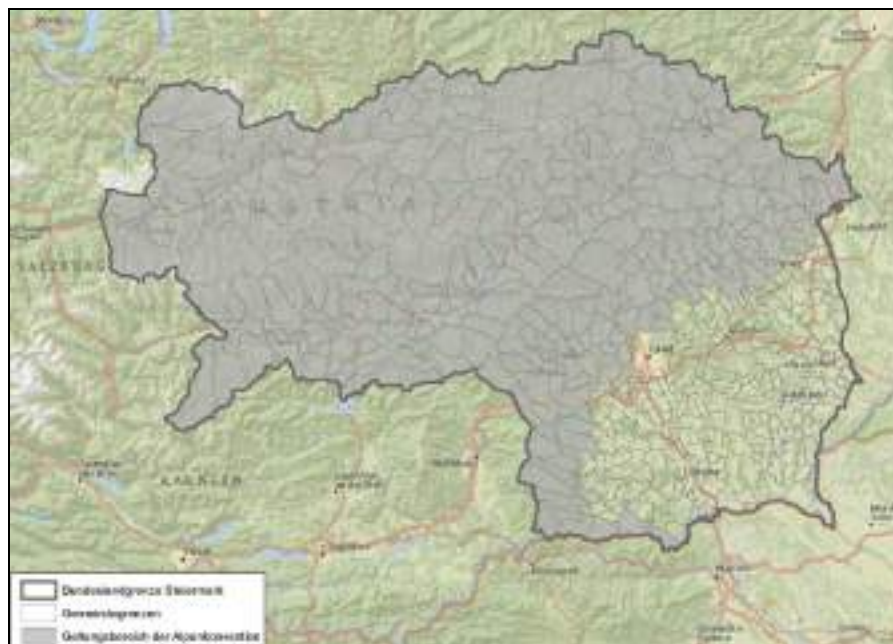


Abbildung 4 – Gemeinden im Geltungsbereich der Alpenkonvention
(Quelle: Leitfaden „Alpenkonvention in der örtlichen Raumplanung vom September 2012)

Protokoll	Umweltziel	Anmerkung	Plan / Programm entspricht dem Ziel		
			ja	nein	Keine Relevanz
NL ⁴	Bei Maßnahmen und Vorhaben, die Natur und Landschaft erheblich oder nachhaltig beeinträchtigen können, sind die direkten und indirekten Auswirkungen auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu überprüfen und bei der Entscheidung zu berücksichtigen. Es ist sicherzustellen, dass vermeidbare Beeinträchtigungen unterbleiben (NL, Art. 9-1).	Ist auf der Ebene der örtlichen Raumplanung durch die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltprüfung (Strategische Umweltprüfung) vorgegeben (StROG §§ 4 und 5). Eine Nicht-Durchführung der Umweltprüfung entsprechend den Vorgaben des StROG kann zu einer Genehmigungsversagung durch die Aufsichtsbehörde führen. Zur Durchführung der Umweltprüfung siehe "Leitfaden SUP in der örtlichen Raumplanung".	X		
NL, BL ⁵	Verringerung von Belastungen und Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft: natur- und landschaftsschonende Nutzung des Raumes; Erhaltung und, soweit erforderlich, Wiederherstellung besonderer natürlicher und naturnaher Landschaftsstrukturelemente, Biotope, Ökosysteme und traditioneller Kulturlandschaften (NL, Art. 10-1). Dauerhafte Erhaltung natürlicher und naturnaher Biotoptypen in ausreichendem Umfang und funktionsgerechter räumlicher Verteilung (NL, Art. 13-1). Erhaltung oder Wiederherstellung von traditionellen Kulturlandschaftselementen (Wald, Waldränder, Hecken, Feldgehölze, Feucht-, Trocken- und Magerwiesen, Almen) und deren Bewirtschaftung (BL, Art. 8-3)	In diesem Zusammenhang wird auch auf die Raumordnungsziele im StROG (§ 3 Abs 2 (4)) sowie auf das StNSchG (§ 2 Abs 1) verwiesen. Dem Erhaltungs- und Wiederherstellungsgebot kommt aufgrund des klaren und unzweideutigen Wortlauts eine besondere Bedeutung zu, wenngleich die Bestimmung auch keine ausnahmslose Erhaltungspflicht normiert (vgl. BMLFUW 2007). Bei möglichen Widersprüchen zu diesen Zielbestimmungen wird eine Abstimmung mit der Naturschutzbehörde empfohlen.	X		

⁴ Naturschutz und Landschaftspflege⁵ Berglandwirtschaft

NL	Bestehende Schutzgebiete sind im Sinne ihres Schutzzwecks zu erhalten , zu pflügen und, wo erforderlich, zu erweitern sowie nach Möglichkeit neue Schutzgebiete auszuweisen. Treffen von Maßnahmen, um Beeinträchtigungen oder Zerstörungen von Schutzgebieten zu vermeiden (NL, Art. 11-1).	In diesem Zusammenhang wird auch auf den 3. Abschnitt des StNSchG (§§ 5 bis 13) verwiesen. Es sind alle Arten von naturschutzrechtlichen Schutzgebietskategorien betroffen. Dem Schutzgebietszweck widersprechende Maßnahmen sind zu unterlassen ("Verschlechterungsverbot"). Bei möglichen Widersprüchen zu diesem Ziel wird eine Abstimmung mit der Naturschutzbehörde empfohlen.	X		
Protokoll	Umweltziel	Anmerkung	Plan / Programm entspricht dem Ziel		
			ja	nein	Keine Relevanz
NL	Sicherstellung des ungestörten Ablaufes arttypischer ökologischer Vorgänge in Schon- und Ruhezonen , die den wildlebenden Tier- und Pflanzenarten Vorrang gegenüber anderen Interessen garantieren, u.a. durch Verbot aller Nutzungsformen, die mit diesen Abläufen nicht verträglich sind (NL, Art. 11-3).	Als Schon- und Ruhezonen im Sinne dieser Bestimmung sind in der Steiermark die Wildschutzgebiete (StJagdG § 51) zu beachten (z.B. Brut- und Nistplätze des Auer- und Birkwildes). Zuständig für die Ausweisung solcher Gebiete sind die Bezirkshauptmannschaften.	X		
RA	Im Rahmen der Erstellung von Plänen für die Raumplanung und nachhaltige Entwicklung ist im ländlichen Raum auf die Sicherung der für die Land-, Weide- und Forstwirtschaft geeigneten Flächen zu achten (RA, Art. 9-2a).	In diesem Zusammenhang wird auch auf die Raumordnungsziele im StROG (§ 3 Abs 2 (6e)) verwiesen.	X		
RA	Im Rahmen der Erstellung von Plänen für die Raumplanung und nachhaltige Entwicklung ist im ländlichen Raum auf die Erhaltung und Wiederherstellung der ökologisch und kulturell besonders wertvollen Gebiete zu achten (RA, Art. 9-2c).	In diesem Zusammenhang wird auch auf die Raumordnungsziele im StROG (§ 3 Abs 2 (4) und Abs 2 (5)) verwiesen.	X		
RA	Im Rahmen der Erstellung von Plänen für die Raumplanung und nachhaltige Entwicklung ist im Siedlungsraum auf eine angemessene und haushälterische Abgrenzung von Siedlungsgebieten zu achten und Maßnahmen zur Gewährleistung der tatsächlichen Bebauung zu setzen (RA, Art. 9-3a).	In diesem Zusammenhang wird auch auf die Raumordnungsgrundsätze und -ziele im StROG (§ 3 Abs 1 (1) und (2), § 3 Abs 2 (2)) verwiesen.	X		

RA ⁶	Im Rahmen der Erstellung von Plänen für die Raumplanung und nachhaltige Entwicklung ist im Siedlungsraum auf die Erhaltung und Gestaltung von innerörtlichen Grünflächen und von Naherholungsräumen am Rand der Siedlungsbereiche zu achten (RA Art.9-3d)	In diesem Zusammenhang wird auch auf die Raumordnungsziele im StROG (§ 3 Abs 2 (6c)) verwiesen. In Plänen und Programmen, die einer UEP bzw. SUP zu unterziehen sind, kann die Erhaltung von Grünflächen und Naherholungsräumen berücksichtigt werden. Die Gestaltung von Grünflächen und Naherholungsräumen ist Aufgabe der Bebauungsplanung - daher ist in der Checkliste lediglich die Überprüfung hinsichtlich Erhaltung notwendig. Die Zielbestimmung ist im Leitfaden auch im Kapitel zum Bebauungsplan enthalten - dort ist das Ziel hinsichtlich Gestaltung zu überprüfen.	X		
RA	Im Rahmen der Erstellung von Plänen für die Raumplanung und nachhaltige Entwicklung ist im Siedlungsraum auf die Begrenzung des Zweitwohnungsbaus zu achten (RA, Art. 9-3e).		X		
Protokoll	Umweltziel	Anmerkung	Plan / Programm entspricht dem Ziel		
			ja	nein	Keine Relevanz
RA	Im Rahmen der Erstellung von Plänen für die Raumplanung und nachhaltige Entwicklung ist im Siedlungsraum auf die Ausrichtung und Konzentration der Siedlungen an den Achsen der Infrastruktur des Verkehrs und/oder angrenzend an bestehender Bebauung zu achten (RA Art.9-3f).	In diesem Zusammenhang wird auch auf die Raumordnungsziele im StROG (§ 3 Abs 2 (2f)) verwiesen.	X		
BS ⁷	Im Rahmen der Erstellung und Umsetzung der Pläne und/oder Programme für den Siedlungsraum sind die Belange des Bodenschutzes zu berücksichtigen, insbesondere der sparsame Umgang mit Grund und Boden (BS, Art. 7-1).	In diesem Zusammenhang wird auch auf die Raumordnungsgrundsätze im StROG (§ 3 Abs 1 (1) und (2)) verwiesen.	X		
BS	Begrenzung der Bodenversiegelung und des Bodenverbrauchs durch flächensparendes und bodenschonendes Bauen durch die Beschränkung der Siedlungsentwicklung	In diesem Zusammenhang wird auch auf die Raumordnungsgrundsätze und -ziele im StROG (§ 3 Abs 1 (1) und (2), § 3 Abs 2 (2d)) verwiesen.	X		

⁶ Raumplanung und nachhaltige Entwicklung

⁷ Bodenschutz

	bevorzugt auf den Innenbereich und Begrenzen des Siedlungswachstums nach außen (BS, Art. 7-2)				
BS	Erhaltung der Böden in Feuchtgebieten und Mooren (Hoch- und Flachmoore) (BS, Art. 9-1).	Nur die zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens des Bodenschutzprotokolls integeren Hoch- und Flachmoore unterliegen dem besonderen Schutzregime des Art. 9-1 (vgl. KURATOROUM WALD 2011). Bei möglichen Widersprüchen zu diesen Zielbestimmungen wird eine Abstimmung mit der Naturschutzbehörde empfohlen.			X
BS	Grundsätzlicher Verzicht auf die Nutzung von Moorböden ; landwirtschaftliche Nutzung von Moorböden nur dann, wenn ihre Eigenart erhalten bleibt (BS, Art. 9-3).	Bei möglichen Widersprüchen zu diesen Zielbestimmungen wird eine Abstimmung mit der Naturschutzbehörde empfohlen.			X
BW ⁸ , BS	Gewährleistung einer Vorrangstellung für Bergwälder mit Schutzfunktion , die in hohem Maße den eigenen Standort oder vor allem Siedlungen, Verkehrsinfrastrukturen, landwirtschaftliche Kulturflächen und ähnliches schützen; diese Bergwälder sind an Ort und Stelle zu erhalten (BW, Art. 6-1; BS, Art. 13-1).	In diesem Zusammenhang wird auf die einschlägigen Bestimmungen im Forstgesetz (§§ 17, 21, 22, 27) sowie auf den Rodungserlass des BMLFUW verwiesen. Grundsätzlich sollte, wenn durch eine Planänderung Schutzwald (Wertziffer 3 laut WEP) betroffen ist, eine Abstimmung mit der Forstbehörde stattfinden.	X		
Protokoll	Umweltziel	Anmerkung	Plan / Programm entspricht dem Ziel		
			ja	nein	Keine Relevanz
BS	Genehmigung für den Bau und die Planierung von Schipisten in Wäldern mit Schutzfunktionen nur in Ausnahmefällen und bei Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen; keine Genehmigung in labilen Gebieten (BS, Art. 14-1).	Bereits auf der Ebene des FWP (Neuausweisung von Sondernutzung im Freiland für Sportzwecke - Piste alpin/Loipe nordisch) sollte auf diese Bestimmung geachtet werden. In diesem Zusammenhang wird auf den Rodungserlass des BMLFUW verwiesen. Bezüglich der Bestimmungen hinsichtlich "labile Gebiete" wird eine Abstimmung mit der Forstbehörde der WLW oder der Landesgeologie empfohlen.	X		
E ⁹	Bewahrung Schutzgebieten mit ihren Pufferzonen, Schon- und Ruhegebieten sowie von unversehrten naturnahen	Grundbestimmung	X		

⁸ Bergwald
⁹ Energie

	Gebilden und Landschaften und Optimierung der energietechnischen Infrastrukturen im Hinblick auf die unterschiedlichen Empfindlichkeits-, Belastbarkeits- und Beeinträchtigungsgrade der alpinen Ökosysteme. (E, Art. 2-4)				
--	--	--	--	--	--

Tabelle 2 - Alpenkonvention - Checkliste

Zusammenfassend kommt die Überprüfung anhand der Checkliste gem. Leitfaden zum Ergebnis, dass das STEK Nr. 1.00 den Zielen der Alpenkonvention grundsätzlich **entspricht**, wobei bestimmte Themen der Checkliste nicht Gegenstand des STEK Nr. 1.00 und somit nicht beurteilungsrelevant sind.

3.1.2 Geologie und Böden

Das Trofaiacher Becken zeigt wellige bis hügelige Oberflächenformen und ist mit feinen (sandigen bis tonigen) Tertiär-Sedimenten aufgefüllt. Vom Nordwesten her wurden diese Sedimente teilweise von älteren eiszeitlichen Schwemmmassen überlagert, die an ihren terrassenartigen Ausformungen noch heute zu erkennen sind.

Der Talboden des Vordernbergerbaches zwischen Trofaiach und Donawitz wird von einer jungtertiären Terrasse geformt. Neben dem Gerinne erstreckt sich von Fridaue bis Donawitz ein tiefes, schwarzerdeähnliches, kalkreiches Kolluvium mit Aucharakter.

Die großflächig im Trofaiacher Becken auftretenden feinen Tertiär-Sedimente haben häufig zur Ausbildung schwach pseudo-vergleyter Lockersediment- bis Braunerden geführt. Dieses Tertiärmaterial ist teils mit kalkigem, teils mit kristallinem Lockermaterial leicht überdeckt.

Die tertiären Terrassen am Vordernberger Bach dagegen weisen Pararendsinen und kalkige Lockersediment-Braunerden und Schotter auf.

Im östlichen Teil des Beckens, der vom Vordernbergerbach entwässert wird, liegt das Ortszentrum von Trofaiach, In dem durch den Kehrwald getrennten westlichen Teil liegen Edling, Gai, Töllach, Gausendorf und Schardorf. Hier ist das Becken teilweise zum Liesingtal hin offen und zum Teil durch den Veitscherwald begrenzt. Das Becken liegt zum größten Teil in der Grauwackenzone. Die nördliche Umrahmung der Grauwackenzone stellen die Nördlichen Kalkalpen dar. Die Entwässerung des Trofaiacher Beckens erfolgt durch die beiden Durchbruchstäler des Vordernberger- und Veitscherbaches.



Abbildung 5 - Ausschnitt aus dem eBod des Lebensministeriums, Abfrage Sept. 2013

Bodentyp		Bodentyp		Bodentyp	
(M) Moor	(FB) Feuchtschwarzerde	(RU) Kulturlandboden			
(HM) Hochmoor	(TS) Torfeisenstein	(LU) Rigolboden			
(UM) Übergangsmoor	(BS) Brauner Tschernosem	(LD) Kalkstein			
(NM) Niedermoor	(PS) Paratichernosem	(GU) Gartenboden			
(N) Anmoor	(B) Braunerde	(HU) Haldeiboden			
(A) Auboden	(FB) Felsbraunerde	(PS) Planieiboden			
(RA) Rohauboden	(LB) Lockersediment-Braunerde	(K) Kalkfelsenkomplex			
(GA) Grauer Auboden	(PB) Parabraunerde	(X) Nicht identifizierbarer Boden			
(BA) Brauner Auboden	(SO) Sempodist				
(SA) Schwemmboden	(P) Pseudogley				
(G) Gley	(TP) Typischer Pseudogley				
(TG) Typischer Gley	(EP) Extremer Pseudogley				
(EG) Extremer Gley	(SP) Stagnogley				
(HG) Hanggley	(HP) Hangpseudogley				
(KZ) Solontschak	(T) Rankiboden				
(SZ) Solontschak-Solonetz	(BT) Braunkohle				
(ZZ) Solonetz	(RT) Rollstein				
(GC) Gesteinsrohboden	(ET) Roterde				
(LC) Lockersediment-Rohboden	(OT) Reläxpseudogley				
(R) Rendsina + Ranker	(U) Untypischer Boden				
(ER) Eurendsina	(OU) Ortiboden				
(PR) Pararendsina	(FU) Farbe-Ortiboden				
(RR) Ranker	(TU) Textur-Ortiboden				
(GS) Gebirgsschwarzerde	(SU) Struktur-Ortiboden				
	(RU) Reiboden				

Raumordnungsfachliche Konsequenzen:

- Schutz der geologisch charakteristischen Landschaftselemente
- Berücksichtigung von bundesrechtlichen Bestimmungen
- Freihaltung von hochwertigen Böden für die landwirtschaftliche Nutzung

3.1.3 Gewässer

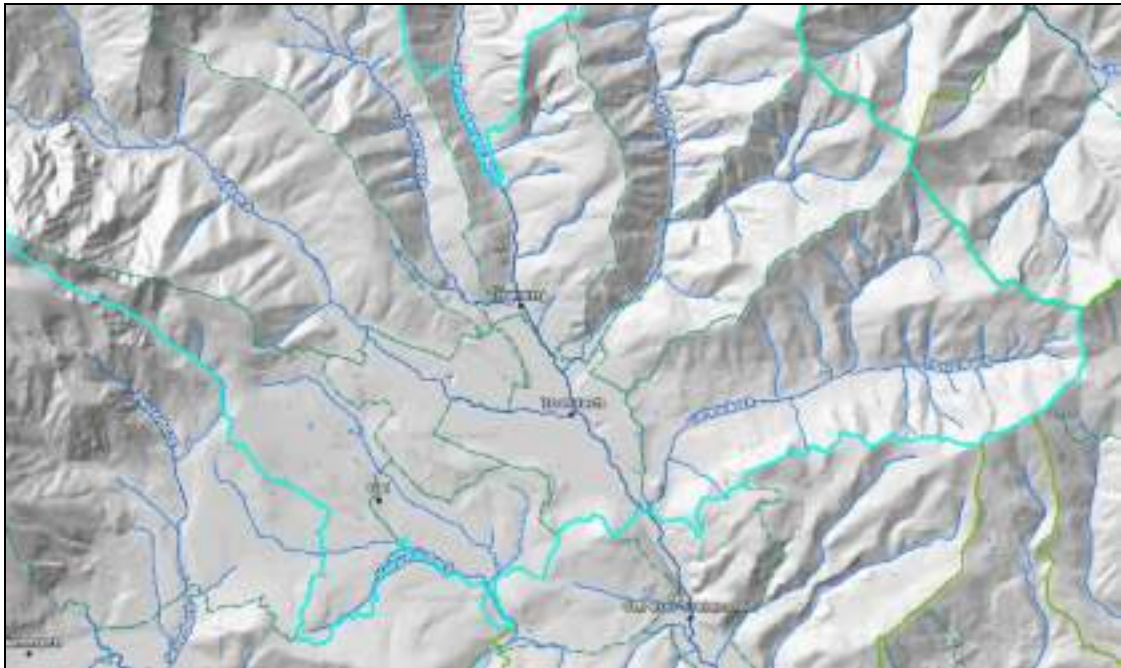


Abbildung 6: Gewässerkarte (Quelle: Digitaler Atlas Stmk)

Die neue Stadtgemeinde Trofaiach wird einerseits von Öffentlichen Gewässern durchzogen, die in der Zuständigkeit der Bundeswasserbauverwaltung liegen und andererseits von jenen, die im Zuständigkeitsbereich der Wildbach- und Lawinenverbauung liegen.

WASSERWIRTSCHAFTLICHE PLANUNGSINTERESSEN:

Gemäß dem Schreiben der ABT14 (Wasserwirtschaftliche Planung) des Amtes der Stmk. Landesregierung vom 28.08.2013 mit der GZ: ABT14-77To3-2004/71, liegen folgende Planungsinteressen im Gemeindegebiet vor:

- 1.) Freihaltung der Hochwasserüberflutungsgebiete (HQ₁₀₀-Bereiche) und Wildbachgefahrenzonen (nach dem Forstgesetz 1975) von gewässerunverträglichen Nutzungen zur Erhaltung und Verbesserung des Hochwasserabflusses sowie um nachträgliche Schadensbehebungen zu vermeiden. Diese Zonen sind weiter als natürliche Retentionsräume und damit vor allem zur Vermeidung von Abflussverschärfungen im Unterlaufbereich zu erhalten, d.h. von Bebauungen, Schüttungen udgl. freizuhalten.

Für den Rötzbach, Gößbach und Vordernberger Bach wurde im Rahmen der Abflussuntersuchung Steiermark 2010 bzw. 2008 eine Abflussuntersuchung mit Ausweisung der HQ₃₀/HQ₁₀₀ – Hochwasserabflussgebiete in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse dieser Untersuchung liegen bereits vor (im GIS-Steiermark).

Die Abflussuntersuchung für den Laintalbach soll in diesem Jahr in Auftrag gegeben werden (Anm.: es liegen hier keine aktualisierten Hochwasserabflussergebnisse mit Stand der Auflage des STEK Nr. 1.00 vor).

Die im Flächenwidmungsplan 4.00 dargestellten Hochwasseranschlaglinien sind im Auflageplan durch die Ergebnisse der oben angeführten, aktuellen Abflussuntersuchungen zu ersetzen.

Auf Grundlage der neuen $HQ_{30/100}$ – Hochwasseranschlaglinien sind die entsprechenden raumplanerischen Konsequenzen zu ziehen. (Festlegung von Sanierungsgebiet Hochwasser, Festlegung des Aufschließungserfordernisses Hochwasserfreistellung,...) Hinsichtlich Vorgangsweise für die Berücksichtigung von Hochwasserabflussuntersuchungen und Gefahrenzonenplänen wird die auf die Leitlinie der Abteilung 14 und der Abteilung 13 zur Durchführung der örtlichen Raumordnung und von Bauverfahren bei Gefährdung durch wasserbedingte Naturgefahren verwiesen. Diese Leitlinie wurde den Gemeinden bereits übermittelt bzw. kann unter <http://www.raumplanung.steiermark.at/cms/beitrag/11075178/922664/> abgefragt werden. Des weiteren wird darauf hingewiesen, dass auch Hochwassergefährdungen durch nicht untersuchte Gewässer möglich sind. Diese sind im Zuge der weiteren Planung bzw. im Zuge von Bebauungen zu berücksichtigen.

Es wird darauf hingewiesen, dass nach den Richtlinien für die Bundeswasserbauverwaltung (RIWA-T, herausgegeben im Juli 2006), Maßnahmen zur Änderung der Ausbaugröße regulierter Gewässerabschnitte zum Zwecke der Schaffung neuer Siedlungs- und Wirtschaftsgebiete und Schutzwasserbauliche Maßnahmen, die zum Schutz von Bauten im HQ_{30} -Abflussbereich gemäß § 38 Abs 3 WRG 1959 notwendig werden, nicht aus Bundesmitteln zu finanzieren bzw. zu fördern sind. Ausnahmen sind nur möglich, wenn die Bauten vor dem 01.07.1990 behördlich bewilligt wurden.

Land – und forstwirtschaftlich genutzte Flächen sind nach diesen Richtlinien nicht gesondert zu schützen.

Für die Errichtung von Bauten und Anlagen innerhalb der Grenzen des 30-jährlichen Hochwasserabflussgebietes (HQ_{30} -Zone) ist jedenfalls die wasserrechtliche Bewilligung einzuholen.

Freihaltung von Uferstreifen entlang natürlicher Gewässer entsprechend den Regionalen Entwicklungsprogramm für den Bezirk Leoben, LGBl. Nr. 32/2007, Wasserrechtsgesetz 1959 i.d.g.F., §§ 30 und 30a und dem Programm zur hochwassersicheren Entwicklung der Siedlungsräume, LGBl. Nr. 117/2005. Demnach ist zur Erhaltung der ökologischen Funktionsfähigkeit der Gewässer und ihrer maßgeblichen Uferbereiche ein Uferstreifen von mindestens 10 m Breite vor künftigen Bebauungen und Intensivnutzung freizuhalten. Ausnahmen sind bei Baulückenschließungen geringen Ausmaßes zulässig, wobei jedoch gewässerökologische und schutzwasserbauliche Interessen zu berücksichtigen sind. Zur Beurteilung der ökologischen Funktion des jeweiligen Uferstreifens bzw. zur genauen Festlegung der Uferstreifenbreite ist im Bedarfsfalle das Einvernehmen mit der Baubezirksleitung bzw. Bezirksnaturschutzbeauftragten herzustellen. Die genannten Verordnungen sind im Wortlaut/Erläuterungsbericht zum Örtlichen Entwicklungskonzept/Entwicklungsplan und Flächenwidmungsplan anzuführen.

Gemäß § 4 Abs. 1 des Programmes zur hochwassersicheren Entwicklung der Siedlungsräume, LGBL.-Nr. 117/2005, sind folgende Bereiche von Baugebieten gemäß § 23 Abs 1 und 3 (gemeint ist nunmehr § 30 ROG 2010) und von solchen Sondernutzungen im Freiland gemäß § 25 Abs. 2 ROG (§ 33 ROG 2010), die das Schadenspotenzial erhöhen und Abflusshindernisse darstellen (wie zB Auffüllungsgebiete im Freiland) sowie von Neubauten gemäß § 25 Abs 3 Z.1 lit. b Stmk. ROG 2010 freizuhalten:

1. Hochwasserabflussgebiete des HQ_{100} ,
2. Rote Gefahrenzone der nach den forstrechtlichen Bestimmungen erlassenen Gefahrenzonenpläne,
3. Flächen, die sich für Hochwasserschutzmaßnahmen besonders eignen und blaue Vorbehaltsbereiche der nach den forstrechtlichen Bestimmungen erlassenen Gefahrenzonenpläne und
4. Uferstreifen entlang natürlich fließender Gewässer von mindestens 10 m gemessen ab der Böschungsoberkante (im funktional begründeten Einzelfall auch darüber hinaus).

Abweichend von Abs 1 Z.1 sind Zubauten gemäß § 25 Abs 3 Z.1 lit. b Stmk. ROG 2010 sowie Ausweisungen im Hochwasserabflussgebiet des HQ_{100} unter bestimmten Voraussetzungen als Ausnahmen möglich. Im Falle von Baulückenschließungen geringen Ausmaßes können abweichend von Abs. 1 Z. 4 Ausnahmen gewährt werden, wobei die ökologische Funktion des jeweiligen Uferstreifens zu berücksichtigen ist.

Ersichtlichmachung im Sinne des § 26 Abs 7 Stmk. ROG 2010 der Gewässer nach dem tatsächlichen Verlauf, der Hochwasserüberflutungsgebiete und provisorischen Gefahrenzonen, der Grundwasserschutz- u. Schongebiete, der Quell- und Brunnenschutzgebiete sowie der meliorierten (ME) und hangrutschgefährdeten (ER) Flächen (Neuausweisungen im GIS-Steiermark).

Wasserwirtschaftliche Interessen bezüglich Niederschlagswässer:

Der Anfall und die Ableitung von Niederschlagswässern haben in Siedlungsgebieten in den letzten Jahren verstärkt zu Problemen geführt. Diese Probleme entstanden durch eine unzureichende Beachtung des Abflusses von Hangwässern, der technischen Rahmenbedingungen von Kanalisationsanlagen sowie von Grundstücksentwässerungs- und Versickerungsmöglichkeiten.

Damit eine geordnete Versickerung/Ableitung der Niederschlagsgewässer gewährleistet ist sowie um nachteilige Auswirkungen des Oberflächenwasserabflusses infolge der Bebauung/Versiegelung auf die Unterliegerbereiche hintan zu halten, wird die Erstellung eines Regenwasserbewirtschaftungskonzeptes unter Berücksichtigung der Gelände- und Bodenverhältnisse bzw. der Boden- und Grundwasserverhältnisse (Grundwasserstand und Sickerfähigkeit des Bodens!) als notwendig erachtet. Die örtliche Abgrenzung hat

nach hydrologischen und wasserwirtschaftlichen Kriterien zu erfolgen. Generell ist jedoch erforderlich, dass möglichst viel unbelastetes Niederschlagswasser an Ort und Stelle zurückgehalten und zur Versickerung gebracht wird (Grundwasseranreicherung) und nur bei Überlastung von diesbezüglichen Anlagen (Flächen-, Mulden-, Becken-, Schacht-, Rigolen-, Rohr-, Retentionsraumversickerung, Filtermulden, Regenrückhaltebecken, Retentions-/Filterbecken) Oberflächenwasser einem Vorfluter zugeleitet wird. Eine Versickerung soll nur bei entsprechender Sickerfähigkeit des Bodens und unter Einsatz eines vertretbaren technischen Aufwandes vorgeschrieben werden. Belastete Meteorwässer müssen – sofern nicht eine Einleitung in die Kanalisation gefordert ist – vor Versickerung bzw. Einleitung in einen Vorfluter dem Stand der Technik bzw. den Qualitätszielverordnungen entsprechend gereinigt werden. Informationen über diese Thematik können dem Leitfaden für Oberflächenentwässerung 2.0 – Jänner 2012 erstellt durch die Abteilung 14, Abteilung 13 und Abteilung 15 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung (<http://www.umwelt.steiermark.at/cms/beitrag/11630238/6392227/> und http://www.umwelt.steiermark.at/cms/dokumente/11082125602965/0088e6a2/Leitfaden_Oberfl%C3%A3chenentw%C3%A4sserung2.pdf) entnommen werden.

Hinsichtlich hydraulische Bemessung, Bau und Betrieb von Regenwasser-Sickeranlagen wird auf die ÖNORM B 2506-1, Ausgabe 2000-06-01, auf die ÖNORM B 2506-2, Ausgabe 2003-04-01, auf das ÖWAV Regelblatt 35, Ausgabe 2003 sowie auf das DWA Regelblatt A 138, Ausgabe April 2005 verwiesen.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass im Zuge der Erstellung eines gesamthaften wasserwirtschaftlichen Entwicklungsplanes gemäß ÖWAV-Leitfaden „Kommunaler Wasserentwicklungsplan“ die Möglichkeit besteht, sich mit der Problematik der Regenwasserbewirtschaftung zu beschäftigen. So besteht unter anderem die Möglichkeit im kommunalen Wasserentwicklungsplan Bereiche auszuweisen, für die zB in Flächenwidmungs- und Bauverfahren die Regenwasserableitung besonders zu beachten ist. Im Rahmen eines kommunalen Wasserentwicklungsplanes können die Gemeinden ihre Wasserwirtschaft (Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Hochwasserschutz und Niederschlagswasserproblematik) ganzheitlich analysieren, um sich mittel – bis langfristige Entwicklungsziele zu setzen. Mit einem kommunalen Wasserentwicklungsplan verfügen sie über eine fundierte Planungs- und Entscheidungsgrundlage für zukünftige Vorhaben. Für weitere Informationen kann mit der Abteilung 14 Kontakt aufgenommen werden.

Abwasserplan der Gemeinde:

Laut Steiermärkischem Kanalgesetz haben die Gemeinden auf Grundlage der Novelle 1998 einen Abwasserplan erlassen. Dieser Gemeindeabwasserplan ist gemäß § 2a Abs 3 des Kanalgesetzes an den jeweiligen Entwicklungsstand der örtlichen Raumplanung anzupassen.

Entsprechende Bestimmungen zur Verwirklichung der o.a. wasserwirtschaftlichen Zielsetzungen sind in den Wortlaut und in das örtliche Entwicklungskonzept aufzunehmen.

Bezüglich der Abstimmung des Flächenwidmungsplanes – insbesondere bei beabsichtigten Neuausweisungen von Bauland, von Auffüllungsgebieten und Sondernutzungen im Freiland im Nahbereich von Gewässern – mit den Erfordernissen der Wasserwirtschaft (Freihalten der Hochwasserabflussgebiete, Hochwasserschutz, Vermeidung von abflussverschärfenden Maßnahmen) wird ersucht, vorzeitig die zuständigen Dienststellen einzubeziehen (Koordinationsgespräch Gemeinde, Ortsplaner, Abteilung 13, Abteilung 14, Baubezirksleitung Obersteiermark Ost und Forsttechnischer Dienst für Wildbach – und Lawinenverbauung).

Raumordnungsfachliche Konsequenzen:

- Berücksichtigung geltender Bestimmungen (SAPRO LGBI. Nr. 117/2005, Wasserrechtsgesetz etc.).
- Weitgehende Freihaltung gewässernaher unbesiedelter Räume vor Bebauung und Intensivnutzungen gem. Programm zur hochwassersicheren Entwicklung der Siedlungsräume (LGBI. Nr. 117/2005) sowie Leitlinie für die Durchführung der örtlichen Raumordnung und von Bauverfahren bei Gefährdung durch wasserbedingte Naturgefahren (Dezember 2008) soweit möglich.
- Abstimmung der wasserwirtschaftlichen Planungsinteressen im Anlassfall.
- Festlegung von Freihaltegebieten entlang öffentlicher Gewässer.
- Aufnahme entsprechender Bestimmungen zur Verwirklichung der o.a. wasserwirtschaftlichen Zielsetzungen im Wortlaut (Entwicklungskonzept, Flächenwidmungsplan).

3.1.4 Klima

Das vorherrschende Klima kann als winterkaltes, sommerkühles und relativ niederschlagsarmes Klima charakterisiert werden.

Das untere Vordernbergertal gehört zu den trockenen Teilen der Steiermark. Hier fallen an 100-120 Tagen im Jahr ca. 700-800 mm Niederschlag. Die Jahressumme der Niederschläge beträgt im langjährigen Mittel für Hafning bei Trofaiach 762 mm. Die Anzahl der Tage mit Gewitter ist gering, südlich des Präbichls betragen sie zwischen 20 und 25.

Das Trofaiacher Becken ist als eher nebelreich einzustufen. Mit Zunahme der Seehöhe nimmt die Nebelhäufigkeit jedoch rasch ab.

Die mittlere Jahrestemperatur beträgt in Leoben ca. 8°C, wobei das mittlere Minimum im Jänner bei -2,8°C und das Maximum im Juli bei rund 18°C liegt. Der Mittelwert der 14 Uhr Temperaturen für April bis August beträgt rund 19°C. Im Vergleich zum österreichischen Mittel mit 18,3°C ist die thermische Begünstigung ersichtlich.

Die Schneeverhältnisse sind sowohl von der winterlichen Niederschlagsmenge als auch von der Seehöhe abhängig. Die durchschnittliche Anzahl der Tage mit Schneedecke beträgt ca. 80, jene der Tage mit Schneefall betragen im Mittel 23.

Im gesamten Bereich ist die Hauptwindrichtung West bis Nord. Berg- und Talwinde kommen nur in schwach windigen Wetterlagen zur Geltung. Im Gemeindegebiet von Hafning bei Trofaiach bedingt durch die inneralpine Beckenlage treten besonders häufig Windstillen ein (zum überwiegenden Teil morgens und abends).

Klimateignungskarte:

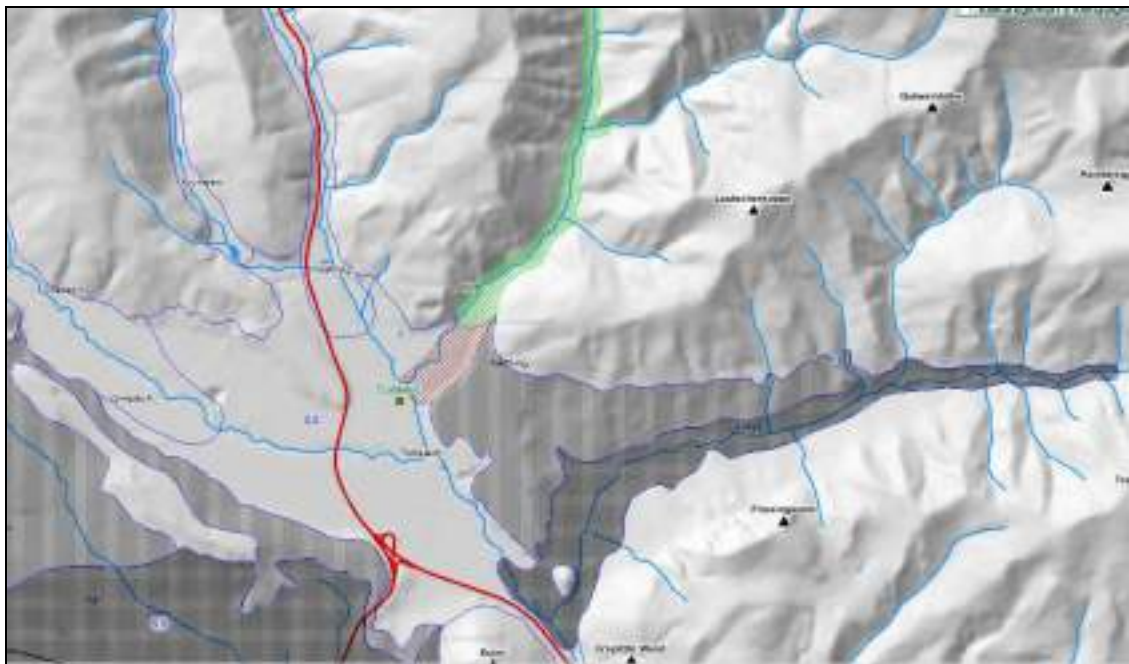


Abbildung 7 - Klimateignungskarte (GIS-Stmk) vom Sept. 2013

Frischlufzubringer im Bereich Treffning/ Rötz It. Klimateignungskarte des GIS Steiermark:

Da der Frischlufzubringer entlang des Rötzbaches verläuft, werden im Entwicklungsplan dahingehend keine gesonderten Festlegungen getroffen und kommen im Ortsteil Treffning/Rötz keine Bauländerweiterungen nach außen vor, sondern wird vielmehr eine Verdichtung nach innen angestrebt und nach außen hin mit absoluten Entwicklungsgrenzen klar abgegrenzt. Ein etwaiger Frischlufzubringer wird

somit nicht durch die Festlegungen im Entwicklungsplan Nr. 1.00 maßgeblich beeinflusst werden kann. In nicht verbauten Gebieten wird ein ausreichender Abstand zum Gewässer eingehalten. In bereits verbauten Gebieten entlang des Rötzbaches werden keine Änderungen zur bisher geltenden Rechtslage durchgeführt, zum Schutz vor Hochwässern wird hier ein Freihaltegebiet festgelegt, sodass neue Bebauung in einem Bereich von 10 m zum Gewässer (gemessen ab der Böschungsoberkante) nicht zulässig sind.

Lt. Klimaeignungskarte des GIS Steiermark sind die Wohngebiete in der Gemeinde für Wohnen geeignet.

3.1.5 Lärm (Verkehr)

Betrachtet man den durchschnittlichen täglichen Verkehr (DTV) in den Jahren 2008, 2009, 2010 und 2011 kann festgehalten werden, dass sich dieser nicht maßgeblich verändert hat. Vielmehr hat sich der Anteil des Schwerververkehrs auf der Eisenstraße sogar maßgeblich verringert.

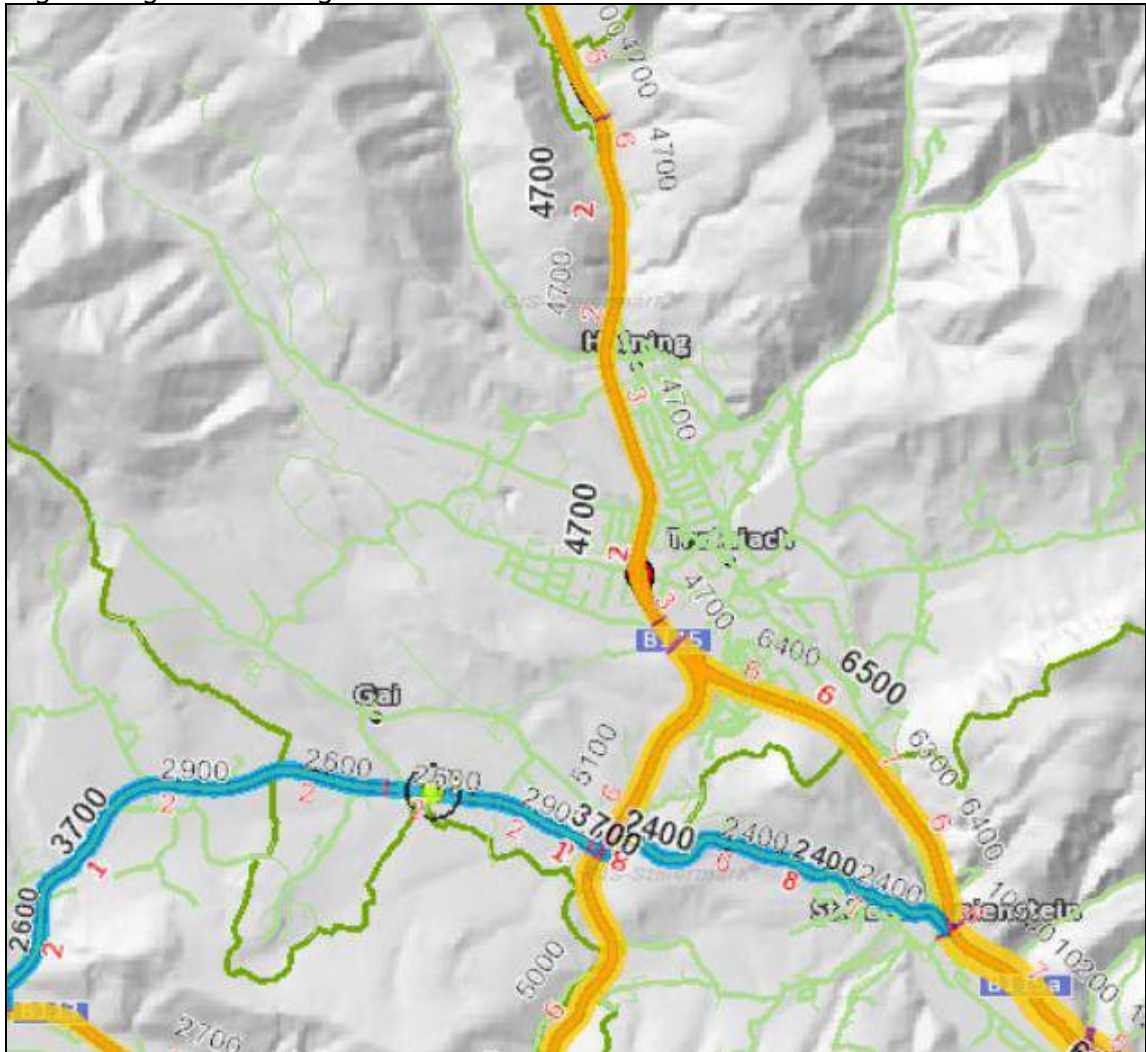


Abbildung 8 - DTV - Digitaler Atlas Stmk. vom Sept. 2013

Verkehrsträger	DTV 2011 (LKW-Anteil)	DTV 2010 (LKW-Anteil)	DTV 2009 (LKW-Anteil)	DTV 2008 (LKW-Anteil)
B115a Donawitzer Straße im Bereich östlich des Stadtzentrums	6.500 (6%)	6.400 (6%)	6.300 (7%)	6.400 (6%)
B115 Eisenstraße im Bereich von Trofaiach Zentrum	4.700 (2%)	4.700 (2%)	4.700 (3%)	4.700 (6%)
B115 Eisenstraße im Bereich zur Gemeinde Vordernberg	4.700 (2%)	4.700 (2%)	4.700 (3%)	4.700 (6%)
B115 Eisenstraße im südlichen Bereich von Trofaiach-Zentrum	5.000 (6%)	5.000 (6%)	5.000 (7%)	5.100 (6%)
B115 Eisenstraße im Kreuzungsbereich Edling	5.000 (6%)	5.000 (6%)	5.000 (7%)	5.100 (6%)
Bereich B115/B115a	6.600 (6%)	6.500 (6%)	6.400 (6%)	6.300 (7%)
L116 Seizer-/ Edlingerstraße	3.700 (1%)	2.600 (2%)	2.900 (2%)	2.600 (2%)

Tabelle 3 – DTV-Daten gemäß Digitalen Atlas Stmk.

Besonders im Bereich der B-115a (Donawitzer Straße) ist eine Zunahme des Verkehrsaufkommens zu verzeichnen. Dies gilt auch für die L 116, jedoch erfolgt hier der Hinweis, dass hier eine Zählstelle der Straßenmeisterei eingerichtet wurde – der Schwerverkehrsanteil scheint sich sogar verringert zu haben.

Die B 115 Eisenstraße gilt gem. regionalem Verkehrskonzept Obersteiermark-Ost (Beschluss durch die regionalen Planungsbeiräte der ehem. Bezirke Bruck an der Mur, Leoben und Mürzzuschlag am 26.02.2007) als eine Landesstraße der Kategorie C1, die B 115a wird ebenfalls als Landesstraße der Kategorie C1, die L-116 wird als Landesstraße der Kategorie D geführt (vgl. Kapitel Verkehr).

Sanierungsmaßnahmen im Anlassfall:

Im Zuge der Errichtung von neuen Gebäuden in lärmbelasteten Gebieten ist im Bauverfahren der Nachweis der erforderlichen Lärmfreistellung durch entsprechende Maßnahmen zu erbringen (beispielsweise durch Errichtung von erforderlichen Lärmschutzwänden, Lärmschutzfenster, Ruheräume in lärmabgewandter Orientierung, o.ä.).

Im Falle von Baulückenschlüssen bzw. bei Um- und Zubaumaßnahmen bestehender Objekte innerhalb lärmbelasteter Gebiete bedarf es jedenfalls der Vorschreibung baubehördlicher Maßnahmen im Zuge baurechtlicher Bewilligungen für Wohnhäuser hinsichtlich des aktiven bzw. passiven Lärmschutzes, insbesondere in Form von:

- Lärmschutzfenstern (straßen- oder betriebsseitig),
- entsprechender Grundrissausbildung von Wohnbereichen (Selbstabschirmung)
- entsprechenden Nutzungsverteilungen innerhalb der Wohnfunktion (zB keine Wohnräume lärmseitig) bzw. in Ergänzung zur Wohnfunktion (Nebengebäude/Garagen, etc., lärmseitig).

Raumordnungsfachliche Konsequenzen:

- Bedachtnahme auf die anzustrebenden Immissionsgrenzwerte bei der Ausweisung neuer Wohngebiete in der Nähe von Verkehrsanlagen, Industrie- und Gewerbegebieten udgl. zur Sicherung gesunder Wohnverhältnisse.
- Berücksichtigung infrastruktureller Voraussetzungen bei der Ausweisung neuer Wohngebiete zur Vermeidung zusätzlichen Verkehrs/Lärms.

3.1.6 Luftsanierungsgebiet

Gem. Programm zur Feinstaubreduktion Steiermark 2008 bzw. Stmk. Luftreinhalteverordnung 2011 (LGBL. Nr. 2/2012 idF LGBL. Nr. 91/2012) wird das ehem. Gemeindegebiet von Trofaiach, somit die heutige KG Trofaiach, dem Sanierungsgebiet „Mur-Mürzfurche“ und sind die diesbezüglichen Festlegungen zu berücksichtigen¹⁰.

Diese Festlegungen umfassen Fahrbeschränkungen für Schwerfahrzeuge, Mindeststandards für Taxis, Regelungen zur Aufbringung von Streumitteln im Rahmen des Winterdienstes, Verwendungsbeschränkung von „Heizöl leicht“ in ortsfesten Anlagen, Maßnahmen für die Landwirtschaft, Gülleanlagen uvm. (vgl. Verordnung).

Die wesentlichen Ziele des IG-L/der Luftreinhalteverordnung jedoch, also der dauerhafte Schutz der Gesundheit des Menschen, des Tier- und Pflanzenbestandes, sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Luftschadstoffen, der Schutz des Menschen vor unzumutbaren belästigenden Luftschadstoffen, die vorsorgliche Verringerung der Immission von Luftschadstoffen und die Bewahrung und Verbesserung der Luftqualität gelten natürlich auch die übrigen Ortsteile von Trofaiach.

Raumordnungsfachliche Konsequenzen:

- Bedachtnahme auf die anzustrebenden Immissionsgrenzwerte bei der Ausweisung neuer Wohngebiete in der Nähe von Verkehrsanlagen, Industrie- und Gewerbegebieten udgl. zur Sicherung gesunder Wohnverhältnisse.
- Berücksichtigung infrastruktureller Voraussetzungen bei der Ausweisung neuer Wohngebiete zur Vermeidung zusätzlichen Verkehrs.

¹⁰ Dies umfasst Fahrbeschränkungen für Schwerfahrzeuge, Mindeststandards für Taxis, Regelungen zur Aufbringung von Streumitteln im Rahmen des Winterdienstes, Verwendungsbeschränkung von „Heizöl leicht“ in ortsfesten Anlagen, Maßnahmen für die Landwirtschaft, Gülleanlagen uvm. (vgl. LGBL. Nr. 91/2012).

3.1.7 Intensivlandwirtschaftliche Betriebe mit Tierhaltung

Durch landwirtschaftliche Betriebe (Tierhaltung) und das Ausbringen von Mist, Gülle und Jauche kann es in den dörflich strukturierten Ortsteilen insbesondere in den angrenzenden Wohngebieten zu Belästigungen kommen. Je nach Art der Tierhaltung werden unterschiedliche Schutzabstände definiert. Die Richtlinie zur Beurteilung von Immissionen aus der Nutztierhaltung in Stallungen, vom Oktober 2000, bietet für alle Anwendungsfälle ein objektiv nachvollziehbares Kriterium zur quantitativen und qualitativen Abschätzung des zu erwartenden Ausmaßes der Emissionen auf Basis des anzunehmenden Rechtskonsenses.

Die Berechnung der Immissionen des zu beurteilenden landwirtschaftlichen Stallgebäudes erfolgt anhand der Tierart und Nutzungsrichtung, der Tierzahl und der landtechnischen Ausstattung. Für die Bewertung, der sich daraus ergebenden Immissionen, sind die Ausbreitungsbedingungen durch eine meteorologische Beurteilung und die, in der Raumordnung festgelegten Flächenwidmungen in eine Abstandsregelung eingebunden. Dies ist in einer umwelthygienischen Bewertung mit besonderer Berücksichtigung des Geruches zusammengefasst.

Diese Einflussfaktoren sind Bestandteile des Modells, das auf die Übereinstimmung mit den vorhandenen Situationen vor Ort überprüft wurde. Damit wird die Festlegung von Mindestabständen zwischen Nutztierhaltungsbetrieben und Wohngebieten ermöglicht, wodurch ein weitgehender Schutz vor Immissionen aus der Nutztierhaltung zu erwarten ist. Die Richtlinie zur Beurteilung von Immissionen aus der Nutztierhaltung in Stallungen bietet für alle Anwendungsfälle ein objektiv nachvollziehbares Kriterium zur quantitativen und qualitativen Abschätzung des zu erwartenden Ausmaßes der Emissionen auf Basis des anzunehmenden Rechtskonsenses.

Im Zuge der gegenständlichen Revision erfolgte eine umfangreiche Erhebung (nicht baurechtlicher Natur), um die für die Berechnung der Mindestabstände gemäß Richtlinie zur Beurteilung von Immissionen aus der Nutztierhaltung in Stallungen erforderlichen Parameter zu erfassen. Diese umfassen die Tierart/ Nutzungsrichtung, die Lüftung (Freilüftung/ mechanische Lüftung), die Entmistung sowie die Fütterung. Bei fehlenden Parametern wurden „worst-case“ (wc) – Szenarien (vgl. die Bestimmungen des § 27 Stmk. ROG 2010 bzw. die diesbezüglichen Erläuterungen sowie die anzuwendende VRL) berechnet. Eine genauere Darstellung der Vorgehensweise erfolgt im Erläuterungsbericht zum Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 der Stadtgemeinde Trofaiach.

Ausgehend von den Werten wurde die Geruchsemission ermittelt und in weiterer Folge der Schutzabstand künftiger Wohnbebauung zu Betrieben in Metern rechnerisch ermittelt und plangrafisch näher dargestellt. Die ermittelten Mindestabstände sollen ein Heranrücken von Wohnbebauungen des Reinen bzw. Allgemeinen Wohngebietes an bereits bestehende, landwirtschaftliche Betriebe hintanhaltend, um deren weitere Existenz langfristig abzusichern. Im Entwicklungsplan Nr. 1.00 erfolgt in Anlehnung an die Planzeichenverordnung (Quelle: Amt der Stmk. Landesregierung, ABT7 und ABT13,

LGBL Nr. 12/2008 idF LGBL Nr. 57/2011) sowie an das Stmk. ROG 2010 die punktuelle Darstellung der landwirtschaftlichen Betriebe (Kreissignatur).

Die Bestimmung des Schutzabstandes in Metern erfolgte auf Basis der Berechnungen der Daten aus den Erhebungen vor Ort in Verbindung mit der Richtlinie zur Beurteilung von Immissionen aus der Nutztierhaltung in Stallungen. Im Anlassfall ist eine detailliertere Untersuchung auf Basis eines durchgeführten baurechtlichen Feststellungsverfahrens vorzunehmen. Die Geruchskreise werden zur Festlegung von Baulandnutzungen im 1. Flächenwidmungsplan als Entscheidungshilfe Verwendung finden.

Raumordnungsfachliche Konsequenzen:

- Freihaltung der durch Geruchsemissionen beeinflussten Bereiche vor künftiger Wohnbebauung.
- Im Bedarfsfall Behandlung der Rechtssituation auf Basis eines Einzelgutachtens.
- Festlegung von sich überlagernden Gebieten baulicher Entwicklung in Bereichen wo einerseits die Entwicklung der Landwirtschaft andererseits auch die Entwicklung von Wohnen möglich scheint.

3.1.8 Wald - Waldentwicklungsplan

Das Gemeindegebiet besteht zu einem Großteil aus Wald. Es handelt sich dabei zum überwiegenden Teil um Privatwald mit klein strukturierten Besitzverhältnissen sowie großteils um Nadel- und Laubmischwälder (Fichte, Tanne, Lärche, Buche sowie einzelne Bergahornbäume). Die Waldflächen sind auf das gesamte Gemeindegebiet gleichmäßig verteilt mit Ausnahme der besiedelten Talräume und der Almen.

Dem Großteil der Waldflächen in der Gemeinde wird die Leitfunktion „Nutzwald“ zugeschrieben. Der nördliche Teil des Gemeindegebietes ist der Leitfunktion Schutzwald zugeordnet. Die Schutzfunktion begründet sich aufgrund der seichtgründigen, teils schroffen Lagen der Waldflächen. Funktionsbeeinträchtigung der Waldflächen entstanden durch die Kahlschlag-Wirtschaft und Flächenentwürfe im nördlichen Bereich des gegenständlichen Bestandes. Daraus lassen sich folgende forstpolitische Ziele ableiten:

Forstpolitische Ziele sind die Schwerpunktbejagung und Reduktion beim Rotwildabschuss sowie eine Reduktion der Emissionen. Funktionsbeeinträchtigungen des Waldbestandes sind aufgrund zu dichte Dickungen und Stangenhölzer sowie durch frische und alte Schälsschäden im Großraum des Talerkogels und aufgrund von Verbiss und Folgeschäden zu verzeichnen. Daraus lassen sich nachstehende Forstpolitische Ziele ableiten; Stammreduktion und Durchforstung, Forcierung der Mischbaumarten Wiederbewaldung mit Standortgemäßen Mischbaumarten, Reduktion beim Rotwildabschuss und verstärkter Verbisschutz.

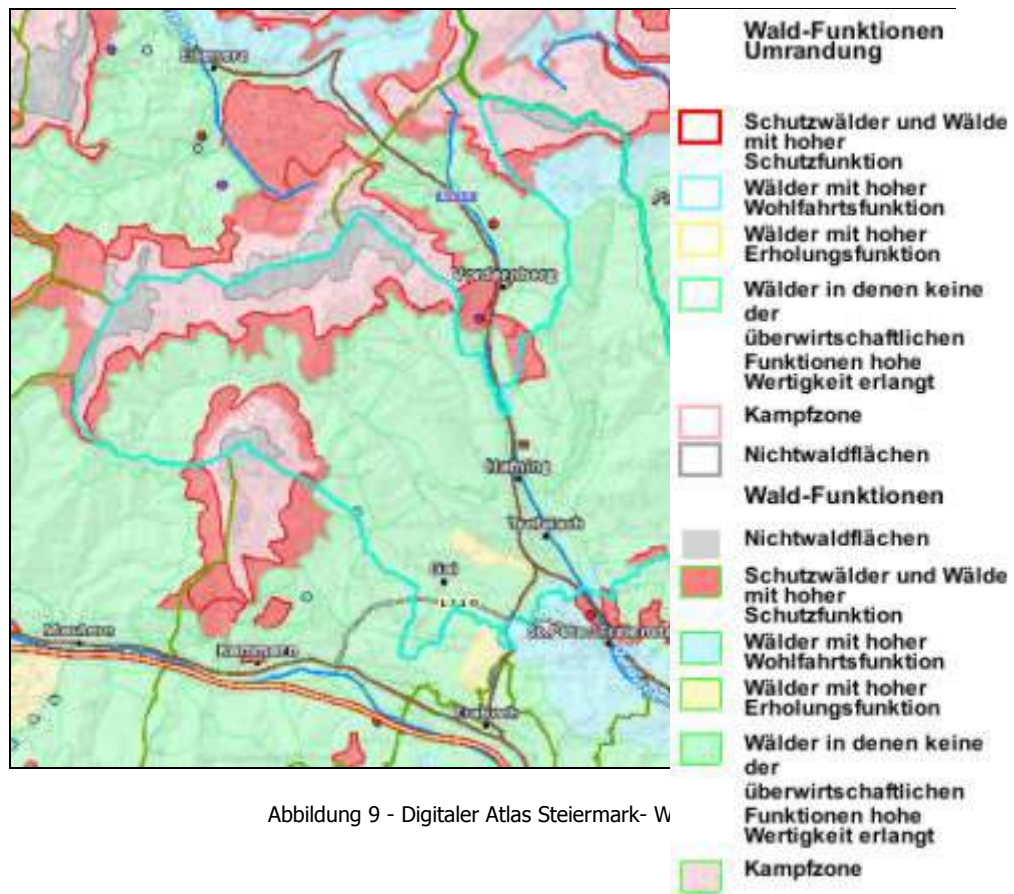


Abbildung 9 - Digitaler Atlas Steiermark- W

Die Schutzfunktion begründet sich insbesondere auf den Schutz vor Elementargefahren und schädigenden Umwelteinflüssen sowie die Erhaltung der Bodenkraft gegen Bodenabschwemmung und Verwehung, Geröllbildung und Hangrutschung gemäß § 6 Abs 2 lit. b) Forstgesetz 1975. Die Wohlfahrtsfunktion (Wohlfahrtswirkung) beruht auf dem Einfluss auf die Umwelt, insbesondere auf den Ausgleich des Klimas und des Wasserhaushaltes, auf die Reinigung und Erneuerung von Luft und Wasser und auf die Lärminderung gemäß § 6 Abs 23 lit. c) Forstgesetz 1975. Die Erholungsfunktion (Erholungswirkung) gemäß § 6 Abs 2 lit. d) Forstgesetz 1975 betrifft insbesondere die Wirkung des Waldes als Erholungsraum für die Waldbesucher. Eine Zuordnung bezüglich Nutzfunktion im Sinne einer Leitfunktion erfolgt immer dann, wenn weder Schutz-, Wohlfahrts- noch Erholungsfunktion keine hohe Wertigkeit (Werteiziffer 3) erlangen.

Bei der Bewertung der Funktionen und Festlegung der Leitfunktionen ist die Nutzfunktion als Voraussetzung für die Erfüllung und Sicherung der überwirtschaftlichen Funktionen (Schutzfunktion (S), Wohlfahrtsfunktion (W) und Erholungsfunktion (E)) zu sehen und gilt diese grundsätzlich als Leitfunktion. Dementsprechend ist eine mehrstufige Bewertung der Nutzfunktion und Ersichtlichmachung in der Kennzahl nicht erforderlich. Die o.a. wirtschaftlichen Funktionen (S, W, E) werden jeweils durch Werteiziffern von 0 bis 3 bewertet, wobei 0 keine Wertigkeit - geringes öffentliches Interesse, die Werteiziffer 1 eine geringe Wertigkeit oder bestehendes öffentliches Interesse, die Werteiziffer 2 eine mittlere

Wertigkeit oder erhöhtes öffentliches Interesse und die Werteziffer 3 eine hohe Wertigkeit oder besonderes öffentliches Interesse darstellt. Für die Darstellung in den einzelnen Funktionsflächen ergibt sich daraus eine Kennzahl, die sich aus den Werteziffern der überwirtschaftlichen Funktionen (Reihenfolge S-W-E) zusammensetzt.

Der „**Kehrwald**“ südwestlich des Stadtzentrums ist als Erholungswald mit den Kennzahlen 123 und der Leitfunktion Erholung festgelegt. Es handelt sich hier um einen Mischwald der vor allem wegen der Luftfilterwirkung und als Naherholungsgebiet mit Panoramaweg, Kneippanlage und Biotop sowie Erholungsflächen besonders hohe Wertigkeit besitzt.

Raumordnungsfachliche Konsequenzen:

- Schutz und Erhaltung der Waldflächen im Gemeindegebiet sowie Freihaltung von Bebauung zur Aufrechterhaltung der Nutzfunktion und Wohlfahrtsfunktion.
- Weitgehende Festlegung von absoluten naturräumlichen Grenzen zwischen Bauland und Wald.
- Keine Heranrückung von zusätzlichem Bauland bis an den Waldrand, ausgenommen kleinräumige Arrondierungen – soweit möglich Freihaltung eines Pufferbereiches.

3.1.9 Naturräumliche Schutzgebiete

Im Gemeindegebiet von Trofaiach befinden sich mehrere naturräumliche Schutzgebiete, welche im Entwicklungsplan Nr. 1.00 gemäß den Vorgaben des Landes ersichtlich gemacht werden und in den nachfolgenden Bauverfahren zu berücksichtigen sind.

Mit Schreiben vom 11.07.2013 wurden durch das Amt der Stmk. Landesregierung, Abteilung 13 – Umwelt und Raumordnung – Naturschutz Rechtliche Angelegenheiten, (Sachbearbeiter: Michael Hierzmann), GZ: ABT13-51T-10/2013-18 nachstehende Bekanntmachungen gemäß Naturschutzbuch mitgeteilt und werden diese im Entwicklungsplan gemäß aktuell anzuwendender Planzeichenverordnung 2007 ersichtlich gemacht.

Seitens der Behörde werden Landschaftsschutzgebieten, Naturschutzgebiete, Naturdenkmale und Europaschutzgebiet mitgeteilt. Laut Mitteilung liegen innerhalb des Gemeindegebietes keine geschützten Landschaftsteile, Naturparks oder Biotope gem. Stmk. Biotopkartierung vor. Auf Nachfrage per E-mail vom 16.07.2013 hinsichtlich des Vorhandenseins von Biotopen wurde per E-mail vom 17.07.2013 durch Herrn Mag. Martin Klipp der ABT13 nachfolgende Biotope bekannt gegeben.

Naturdenkmale:

- Naturdenkmal Nr. 15 und 16 Sommerlinde (Objektnr.: 841 und 840) in der KG Krumpen

Landschaftsschutzgebiete:

- Landschaftsschutzgebiet LS Nr. 17 (Reiting und Eisenerzer Reichenstein), LGBl. Nr. 61/1981 in den KGs Gai und Hafning (Objektnr.: 267)
- ~~Landschaftsschutzgebiet LS Nr. 18 (Freisingwand, Talenge von St. Peter/Freienstein)~~ → wurde bereits seit einigen Jahren aufgehoben.
- Landschaftsschutzgebiet LS Nr. 20 (Hochschwab –Staritzen) LGBl. Nr. 68/1981 in der KG Hafning (Objektnr.: 269)

Naturschutzgebiete:

- Naturschutzgebiet NSG Nr. IX (Eisenerzer Reichenstein – Krumpensee) LGBl. Nr. 29/1973 in der KGs Krumpen und Gößgraben-Freienstein

Auflistung der schutzwürdigen Biotope im Bereich des ehem. Gemeindegebietes von Hafning bei Trofaiach:

- 11.042 wird zwar nur für die Gemeinde St. Peter Freienstein in der Datenbank geführt – überlappt nach Auskunft der Abt 13 jedoch deutlich mit der KG Laintal.
- 11.046 Freisingwand W
- 11.047 Freisingwand N Kote 1064
- 11.048 Klamm 1: Klammerkogel
- 11.049 Klamm 2: Silbersberg
- 11.050 Klamm 3: Silbersberg
- 11.051 Klamm 4: Silbersberg
- 11.062 wird zwar nur für die Gemeinde Kammern in der Datenbank geführt – überlappt nach Auskunft der ABT13 jedoch geringfügig mit der KG Schardorf
- 11056, 11064 tauchen nach Auskunft der ABT13 noch in der Datenbank auf, existieren jedoch nicht mehr und sind daher nicht zu berücksichtigen.

Trofaiach hat neben den Gemeinden Eisenerz, Vordernberg, Kammern, Mautern und Kalwang Anteil am **NATURA 2000 Gebiet** „Teile der Eisenerzer Alpen“ und trägt dies die lfde. Nr. 34 (Objektnr.: 1.458) und liegt in den KGs Gößgraben-Freienstein, Krumpen und Schardorf. Dieses Fauna-Flora-Habitat-Gebiet ist Teil des Landschaftsschutzgebietes LS Nr. 17 - Reiting und Eisenerzer Reichenstein und liegt auf den Hochlagen des Eisenerzer Reichensteins und den umliegenden Bergrücken sowie in den dazwischenliegenden Mulden und Tälern, bestehend aus erzführenden Kalken, Blasseneckporphyroid und Grauwackenschiefer auf einer mittleren Seehöhe

von 1.432m. Aufgrund der Unberührtheit besitzt dieses Naturschutzgebiet einen hohen Landschaftsästhetischen Wert, es dominieren steile Hänge mit Geröll und Blockschutthalden, durchsetzt mit Latschenfeldern unterschiedlicher Größe.

Die NATURA 2000 Gebiete basieren auf der im Jahre 1992 erlassenen „Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tier- und Pflanzenarten“ (Fauna-Flora-Habitatrichtlinie 92/43/EWG DES RATES, geändert durch die Richtlinie 97/62 EG vom 31.12.1997) sowie auf der 1979 erlassenen „Richtlinie über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten“ (Vogelschutzrichtlinie 79/409/EWG DES RATES). Die Flora-Fauna-Habitatrichtlinie verpflichtet die Mitgliedsländer zum Schutz von Tier- und Pflanzenarten sowie deren Lebensräumen, die von gemeinschaftlichem Interesse sind. Das Hauptziel ist die eines europaweiten Schutzgebietsnetzes, das natürliche Lebensräume langfristig sichern und die biologische Artenvielfalt erhalten soll.

Seitens der ABT13 – Naturschutz wurde per E-mail vom 07.03.2014 die Übermittlung einer Feuchtwiesen-Verdachtsfläche durchgeführt. Die entsprechende Darstellung findet sich im Anhang. Im Anlassfall ist hier im Zuge nachfolgender Verfahren die naturschutzrechtliche Relevanz abzuklären.

Raumordnungsfachliche Konsequenzen:

Schützen und Erhalten der ausgewiesenen naturräumlichen Schutzgebiete durch Freihaltung und Rücksichtnahme im Zusammenwirken mit dem Orts-, Straßen- und Landschaftsbild.

3.1.10 Denkmalschutz/ Bodenfundstätten

Sämtliche Objekte, die sich im Eigentum des Bundes, des Landes oder anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften, Anstalten, Fonds sowie von gesetzlich anerkannten Kirchen oder Religionsgemeinschaften (gemäß § 2) befinden, unterliegen den Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes (Bundesgesetz vom 25. September 1923, BGBl. Nr. 533/1923 in der Fassung BGBl. Nr. 170/1999). Bei diesen **öffentlichen Objekten** kann es sich um Bauwerke aller Art und jeder Entstehungszeit handeln, aber auch um Grundstücke, auf denen archäologische Funde gemacht wurden oder sichtbare Bodendenkmale (Grabhügel, Wallanlagen, Burganlagen) vorhanden sind. Diese gesetzliche Vermutung gilt auch dann, wenn das alleinige oder überwiegende Eigentum im obigen Sinn lediglich durch Miteigentumsanteile einer Mehrzahl der genannten Personen zustande kommt.

Es wird darauf hingewiesen, dass, sollte die geplante Revision Auswirkungen auf denkmalgeschützte Objekte bzw. deren unmittelbaren Umgebung haben, eine örtliche

Besichtigung durch einen Vertreter der Denkmalbehörde anzustreben wäre. Die o. g. Bestimmungen gelten auch für zukünftige Flächenwidmungsplan-Änderungen.

Für den Ortsteil Hafning werden die mit Schreiben des Bundesdenkmalamtes vom 08.06.2012 (GZ: 20.342/1/2012) übermittelten Grundstücksdaten übernommen.

Bodenfundstätten:

- KG Laintal, Grdst. Nr. 2111, Baufläche Nr. 248 (römerzeitliche Bestattung, Fundkategorie Grabbau).

Diese Bereiche sollen von Verbauung freigehalten und alle Bodenveränderungen (z.B. Planierungen, Leitungs- und Wegebau) nur im unbedingt notwendigen Ausmaß und unter vorheriger Einschaltung des Bundesdenkmalamtes oder einer archäologischen Fachstelle wie des Landesmuseums vorgenommen werden. Für die oben angeführten Bodendenkmale sollte eine dauerhafte Erhaltung gesichert werden.

Denkmalverzeichnis:

- Gewerkenhaus Rötzhube, Hohe Rötz 4-6, Gdst. Nr. .46
- Bauernhof (Anlage) Lahnhube, Rötz 97, Gdst. Nr. .5
- Flur- /Wegkapelle Gdst. Nr. 528/1
- Flur- /Wegkapelle Stainacherweg, Gdst. Nr. 4/3
- Bauernhof (Anlage) Treffning 6., Gdst. Nr. .37

Für die Revision Nr. 1.00 wurden vom Bundesdenkmalamt keine neuen Daten übermitteln. Es werden deshalb lediglich die Ersichtlichmachung gemäß nachfolgender Liste geführt:

Laut Liste der unbeweglichen und archäologischen Denkmale unter Denkmalschutz, Stand: 28.06.2013 (nicht rechtsverbindlich), befinden sich folgende unter Denkmalschutz stehenden Objekte im Gemeindegebiet:

KG	Bezeichnung	Adresse	GdstNr	Status
60362 Trofaiach	Bildstock Burgfriedenskreuz	Bahnhofstraße 11, gegenüber	318/1	§2a
60362 Trofaiach	Ehem. Umspannwerk Ost	Friedhofgasse 7	.416	§2a
60362 Trofaiach	Bildstock Burgfriedenskreuz	Gößgrabenstraße	537/2	§2a
60362 Trofaiach	Kriegerdenkmal	Hauptplatz	538	§2a
60362 Trofaiach	Rathaus/Gemeindeamt	Hauptstraße 67	.111	§2a
60362 Trofaiach	Wohnhaus	Hauptstraße 9	.180	§2a
60362 Trofaiach	Prähistorische Siedlung am Kulm bei Trofaiach	Kulm	463/1	Bescheid
60362 Trofaiach	Pfarrhof	Oberer Kirchhofplatz 2	.17	§2a
60362 Trofaiach	Kath. Pfarrkirche hl. Rupert und ehem. Friedhof	Oberer Kirchhofplatz 3	190/1, .18	§2a
60362 Trofaiach	Schloss Stibichhofen	Rebenburggasse 2	.133	Bescheid
60362 Trofaiach	Kath. Filialkirche Hl. Dreifaltigkeit und ehem. Friedhof	Rebenburggasse 3	.129; 145/1	§2a
60362 Trofaiach	Franz-Jonas-Volksschule und Bodendenkmale	Schulgasse 9	188	§2a
60362 Trofaiach	Pulverturm und Werkshalle der Trofaiacher Pulverfabrik	Wiesengasse 1	.390/1	Bescheid
60362 Trofaiach	Kruzifix Roter Herrgott		541/2	§2a
60362 Trofaiach	Flur-/Wegkapelle		933	§2a
60362 Trofaiach	Fußgängerbrücke		548/1; 562; 303/4	§2a
60309 Gößgraben- Freienstein	Schlossanlage Oberdorf, sogen. Stockschloss	Oberdorf 7-8	.11	Bescheid
60353 Schardorf	Flur-/Wegkapelle		1136	§2a
60311 Hafning	Flur-/Wegkapelle		528/1	§2a
60349 Rötz	Gewerkenhaus Rötzhube	Hohe Rötz 4-6	.46	Bescheid
60349 Rötz	Bauernhof (Anlage) Lahnube	Rötz 97	.5	§2a
60361 Treffning	Bauernhof (Anlage) Schloßbauer	Schloßbauerweg 2	.3/1	Bescheid
60361 Treffning	Flur-/Wegkapelle	Stainacherweg	.4/3	§2a

Tabelle 4 – Website BDA, Auszug vom 28.08.2013

Im Rahmen der öffentlichen Auflage wird mit Schreiben vom 30.10.2013, GZ: 14.895/2/2013 seitens des BDA die nachfolgende Liste der unter Denkmalschutz stehenden Objekte und Bodenfundstätten übermitteln.

Gemeinde Trofaiach

a) Folgende Bodendenkmale stehen unter Denkmalschutz:

KG 60362 Trofaiach

Nr.	Grst.Nr.	Ortsangabe	Fundkategorie	Datierung	DMS
1	463/1	Kulm	Höhensiedlung	Prähistorisch	Gemäß § 3
2	466	Kulm	Höhensiedlung	Prähistorisch	Gemäß § 2

Alle Veränderungen an den unter a) genannten Denkmälern bedürfen der Bewilligung des Bundesdenkmalamtes.

b) Der Landeskonservator ersucht, folgende Grundstücke mit Bodendenkmälern bzw. archäologischen Fundstellen als „Bodenfundstätten“ auszuweisen:

KG 60362 Trofaiach

Nr.	Grst.Nr.	Ortsangabe	Fundkategorie	Datierung
1	467		Höhensiedlung	Prähistorisch
2	188		Siedlung	Urnfelderzeit
3	544/1		Altstraße	
4	153, 154, 150, 152, 116		Gräberfeld	Frühmittelalter

KG Laintal 60324

Nr.	Grst.Nr.	Ortsangabe	Fundkategorie	Datierung
1	2111, 248	Laintal	Grabbau	Römerzeit

Die unter b) genannten Bereiche sollten von Bebauung freigehalten und alle Bodenveränderungen (z.B. Planierungen, Leitungs- und Wegbau) nur im unbedingt notwendigen Ausmaß und unter vorheriger Einschaltung des Bundesdenkmalamtes oder einer archäologischen Fachstelle (z.B. Universalmuseum Joanneum) vorgenommen werden. Für die oben angeführten Bodendenkmale sollte eine dauerhafte Erhaltung gesichert werden.

Abbildung 10 - BDA vom 30.10.2013

Diese Daten werden gem. Planzeichenverordnung 2007 und Stmk. ROG 2010 ersichtlich gemacht.

Raumordnungsfachliche Konsequenzen:

- Berücksichtigung der Vorgaben des Denkmalschutzgesetzes.
- Im Anlassfall (auch bei Zufallsfunden) ist das Bundesdenkmalamt beizuziehen

3.1.11 Bodenentnahmen und Rohstoffabbau

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Sektion IV, Energie und Bergbau, teilt mit, dass sich in Hafning die Bergbauberechtigung für den Kalksteinbergbau Kluppe der Reitner Gesellschaft m.b.H befindet. Sonstige Bergbauberechtigungen sind nicht bekannt. Gem. dem Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Sektion IV-Energie und Bergbau, GZ: BMWA-60.214/0084-IV/6a/2008. Diese bergrechtliche Festlegung ist von anderen Nutzungen freizuhalten.

Das BMWFJ gibt mit hieramts am 26.07.2011 eingelangtem Schreiben (GZ: BMWFJ-67.050/0096-IV/10/2011 (Bearb.: DI Herwig Feix)) bekannt, dass mit Bescheid des BMWFJ vom 09.05.2011, GZ: 67.050/0070-IV/10/2011, der Köcher Basalt GmbH & Co KG eine Bergwerksberechtigung für die Überschar „Kluppe I“ auf den Grdst. Nr. 265, 266/1, 275, 277, 279/1 und 528/2, KG Hafning, gemäß § 34 MinRoG 1999 verliehen wurde. Solche Gebiete gelten nach § 153 Abs 1 MinRoG 1999 als Bergbaugebiete und wird dieses Gebiet im Entwicklungsplan und Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 ersichtlich gemacht.

Die Bodenentnahmefläche im Ortsteil Gimplach wird gem. vorliegender Bescheidgrundlage des Gewinnungsbetriebsplanes vom 24.11.1999, GZ: 4.3 21-99/9 (Bescheid der BH Leoben) plangrafisch dargestellt. Der im Gewinnungsbetriebsplan festgelegte 100 m Freibereich zu Wohnbauland wird eingehalten.

3.1.12 Altablagerungen, Altstandorte, potenzielle Verdachtsflächen

Gesetzliche Grundlage stellt hier das Altlastensanierungsgesetz 1989 (AlSaG 1989), BGBl. Nr. 299/1989, idgF BGBl. I Nr.40/2008 dar.

- *§ 2 Abs 1 Altlasten sind Altablagerungen und Altstandorte sowie durch diese kontaminierte Böden und Grundwasserkörper, von denen - nach den Ergebnissen einer Gefährdungsabschätzung - erhebliche Gefahren für die Gesundheit des Menschen oder die Umwelt ausgehen. Kontaminationen, die durch Emissionen in die Luft verursacht werden, unterliegen nicht dem Geltungsbereich des Gesetzes.*
- *§ 2 Abs 2 Altablagerungen sind Ablagerungen von Abfällen, die befugt oder unbefugt durchgeführt wurden.*
- *§ 2 Abs 3 Altstandorte sind Standorte von Anlagen, in denen mit umweltgefährdenden Stoffen umgegangen wurde.*
- *§ 2 Abs 11 Verdachtsflächen im Sinne dieses Bundesgesetzes sind abgrenzbare Bereiche von Altablagerungen und Altstandorten, von denen aufgrund früherer Nutzungsformen erhebliche Gefahren für die Gesundheit des Menschen oder die Umwelt ausgehen können.*

Mit Schreiben per E-mail vom 27.06.2013, GZ: A15 43.21-11/2011 der ABT15 wird der nachfolgende Datenbankausdruck übermittelt:

Amt der Steiermärkischen Landesregierung Verdachtsflächendatenbank Steiermark							
Übersicht							
Gemeinde/Gem.Nr.	interne Nr.	VDF-Nr.	Katastralgem.	Parzellen			Status
Trofaiach 01120	11/3	6526-101/003	Hafning	571 589	579	580	AxR<2
Trofaiach 01120	11/23	6526-101/002	Gimplach	588/3 67/2	593/1	602	AxK
Trofaiach 01120	11/62	6526-101/001	Gimplach	.230 583/2	.231 584/3	560/1	AxK
			Trofaiach	750/125 750/180	750/136	750/179 750/182	

Abbildung 11 - Auszug aus dem Verdachtsflächenkataster vom 27.06.2013 der ABT15

Erläuterung zum Ausdruck aus der Verdachtsflächendatenbank Steiermark		
Kurzbeschreibung	Bezeichnung	
	Verdachtsflächendatenbank Steiermark	Planzeichenverordnung 2007*
Altlast (Altstandort)	SxA	AL
Altlast (Altablagerung)	AxA	
(Altlasten-) Verdachtsfläche - Altstandort	SxK	ALV
(Altlasten-) Verdachtsfläche - Altablagerung	AxK	
Altstandort Evidenz (Verdachtsflächendatenbank Stmk)	SxE	ALTL
Altablagerung Evidenz (Verdachtsflächendatenbank Stmk)	AxE	
Altablagerung/Altstandort mit erfolgter Gefährdungsabschätzung	AxR<2	
	SxR<2	
	AxR2-4 SxR2-4	
Altstandort registriert	SxReg	

* Planzeichenverordnung 2007 LGBl. Nr.12/2008

Stand 10/2012

 Das Land Steiermark

→ Abteilung 15

Abbildung 12 – Verdachtsflächenkataster – ABT 15

Raumordnungsfachliche Konsequenzen:

- Bei Vorliegen von Planungsinteressen innerhalb oder im Nahbereich dieser Flächen ist die zuständige Behörde vorab zu konsultieren.
- Eine fachgerechte Sanierung von Altlasten ist anzustreben. Für die vorliegende ALTL ist eine Behandlung gem. dem Eigentümer vorliegenden Bescheiden anzustreben. Eine allfällige Wiederbefüllung ist gemäß den bescheidmäßigen Vorschriften fortzusetzen.

3.2 Bevölkerung

Aufgrund der Vereinigung dreier ehemaliger Gemeinden können die Daten nur anhand vorliegender Grundlagen der Einzelgemeinden geführt werden.

3.2.1 Bevölkerungsstruktur

Die neue Stadtgemeinde Trofaiach verzeichnet laut Statistik Steiermark mit Stichtag 01.01.2012 insgesamt 11.339 Einwohner (Summe der EinwohnerInnen aus den drei ehemaligen Gemeinden Gai, Hafning und Trofaiach), wobei sich die Zahl ausgewogen aus 51,55 % Frauen und 48,45 % Männer zusammensetzt. Die Alterspyramide kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden (Quelle: LSTAT, 29.08.2013).

	Wohnbevölkerung am 1.1.				
	2012	2011	2010	2009	2008
Wohnbevölkerung insgesamt	11.339	11.388	11.413	11.411	11.426
Geschlecht:					
Männer	5.494	5.504	5.510	5.492	5.486
Frauen	5.845	5.884	5.903	5.919	5.940
Altersgruppen (Anteil in %):					
unter 20 Jahre	17,3%	17,4%	17,5%	17,7%	17,6%
20 bis unter 65 Jahre	58,1%	58,3%	58,1%	58,2%	58,8%
65 Jahre und älter	24,6%	24,4%	24,4%	24,1%	23,6%

Tabelle 5 – Wohnbevölkerung Trofaiach - LSTAT

3.2.2 Bevölkerungsentwicklung/ Geburten- und Wanderungsbilanz/ Zielwertbestimmung

Nachfolgende Tabelle zeigt die Bevölkerungsentwicklung durch Geburten- und errechnete Wanderungsbilanz in den Dekaden bis zur letzten Volkszählung im Jahr 2011 (Ergebnisse der Registerzählung mit Stand: 31.10.2010). In den Jahren 1981 bis 1991 nahm die Bevölkerung in der (fiktiv angenommenen) Gemeinde um 292 EinwohnerInnen ab. Dies besonders aufgrund einer negativen Wanderungsbilanz (Wegzug), welche durch die ebenfalls negative Geburtenbilanz von verstärkt wurde. In den Jahren 1991 bis 2001 sank die Zahl der EinwohnerInnen um lediglich 11 EinwohnerInnen, da die positive Wanderungsbilanz die negative Geburtenbilanz

beinahe auszugleichen vermochte. Im Zeitraum 2001 bis 2010 setzte sich wieder ein etwas erhöhter Trend der negativen Geburtenbilanz fort und ergibt sich somit ein Minus von 395 EinwohnerInnen in der neuen Stadtgemeinde Trofaiach (die damals eigentlich noch nicht bestand).

Wohnbevölkerungsentwicklung				
	2010	2001	1991	1981
Wohnbevölkerung insgesamt	11.368	11.763	11.774	12.066
Bevölkerungsdichte (Einwohner je km ²)	79	82	82	84
Veränd. der Wohnbev. zur letzten VZ:				
Insgesamt	-354	-11	-293	361
Geburtenbilanz (Geborene - Gestorbene)	-408	-197	-126	141
Wanderungsbilanz (Zuzug - Wegzug)	54	186	-167	220

Tabelle 6 - Wohnbevölkerungsentwicklung (LSTAT Stmk)

Nachfolgend zeigt sich die Entwicklung der Gemeinde im Vergleich zum Bezirk und Bundesland über die letzten Jahrzehnte.

Jahr	Gemeinde		Politischer Bezirk		Bundesland	
	absolut	1869=100	absolut	1869=100	absolut	1869=100
1869	3.930	100	35.724	100	720.809	100
1880	4.399	112	41.568	116	777.453	108
1890	4.435	113	47.644	133	828.375	115
1900	4.519	115	58.170	163	889.017	123
1910	4.243	108	64.791	181	957.610	133
1923	5.205	132	69.484	195	978.816	136
1934	5.035	128	67.179	188	1.014.920	141
1939	5.716	145	75.439	211	1.015.054	141
1951	9.354	238	83.841	235	1.109.335	154
1961	9.800	249	85.200	238	1.137.865	158
1971	11.705	298	86.757	243	1.195.023	166
1981	12.067	307	80.518	225	1.186.525	165
1991	11.774	300	73.372	205	1.184.720	164
2001	11.763	299	67.767	190	1.183.303	164
2012	11.339	289	62.728	176	1.213.255	168

Tabelle 7 - Bevölkerungsentwicklung im Vergleich

Nachfolgende Grafik der Statistik Austria soll diese Entwicklung verdeutlichen.



Abbildung 13 - Bevölkerungsentwicklung - Statistik Austria

Bevölkerungsstruktur – Altersaufbau

Die nachfolgende Gegenüberstellung der soziodemografischen Merkmale zeigt, dass in den Jahren 1981 – 1991 eine starke Abnahme der Bevölkerung der unter 15-jährigen zu verzeichnen war. In den Jahren 1991 – 2001 war der Rückgang etwas geringer. Bei der Altersgruppe der 60-jährigen und älter ist die Anzahl in den Jahren 1981 – 1991 gestiegen und steigt stetig weiter.

Der Vergleich der soziodemografischen Merkmale zeigt eine ähnliche Verteilung der Altersgruppe der unter 15-jährigen in der Gemeinde wie im Bezirk Leoben im Jahr 2001. Im Gegensatz dazu wächst auf Gemeinde- und auf Landesebene der Anteil der über 60-jährigen enorm an. Sowohl auf Gemeinde- wie auch auf Bezirksebene ist eine Tendenz zur sog. „Überalterung der Bevölkerung“ erkennbar. Diese Entwicklung setzte in der Gemeinde in den 1980-Jahren ein und stieg auch in den folgenden Jahrzehnten weiterhin an.

Stadtgemeinde Trofaiach	Soziodemografische Merkmale			
	2010	2001	1991	1981
Geschlecht:				
Männer	5.495	5.680	5.782	5.870
Frauen	5.873	6.083	5.992	6.196
Altersgruppen:				
unter 15 Jahre	1.383	1.633	1.817	2.407
15 bis unter 60 Jahre	6.446	7.025	7.362	7.633
60 Jahre und älter	3.539	3.105	2.595	2.026
65 Jahre und älter	2.784	2.248	1.859	1.579
Höchste abgeschlossene Ausbildung:				
(Anteil in % der über 14-Jährigen)				
Allgemeinbildende Pflichtschule	25,6%	32,3%	37,1%	50,5%
Lehre	40,7%	42,4%	41,0%	32,9%
Fachschule	15,7%	11,4%	11,8%	9,9%
Allgemeinbildende Höhere Schule	3,6%	3,7%	3,1%	2,6%
Berufsbildende Höhere Schule	7,1%	4,9%	3,4%	1,9%
Hochschulverwandte Ausbildung	1,8%	1,9%	1,0%	0,8%
Universität	5,6%	3,5%	2,6%	1,4%

Tabelle 8 - Demographie Gemeinde - LSTAT

Bezirk Leoben	Soziodemografische Merkmale			
	2010	2001	1991	1981
Geschlecht:				
Männer	30.683	32.583	35.364	38.460
Frauen	32.562	35.184	38.008	42.058
Altersgruppen:				
unter 15 Jahre	7.296	9.131	10.608	14.610
15 bis unter 60 Jahre	36.574	39.949	44.894	49.592
60 Jahre und älter	19.375	18.687	17.870	16.316
65 Jahre und älter	15.489	13.983	13.130	12.694
Höchste abgeschlossene Ausbildung:				
<i>(Anteil in % der über 14-Jährigen)</i>				
Allgemeinbildende Pflichtschule	27,8%	35,5%	41,1%	52,0%
Lehre	38,9%	39,9%	37,1%	30,7%
Fachschule	14,9%	11,3%	11,3%	9,8%
Allgemeinbildende Höhere Schule	4,4%	3,7%	3,6%	3,1%
Berufsbildende Höhere Schule	7,1%	4,5%	3,5%	1,9%
Hochschulverwandte Ausbildung	1,4%	1,6%	0,9%	0,6%
Universität	5,4%	3,5%	2,5%	1,9%

Tabelle 9 - Demographie Bezirk Leoben - LSTAT

Steiermark	Soziodemografische Merkmale			
	2010	2001	1991	1981
Geschlecht:				
Männer	590.836	574.432	573.132	566.527
Frauen	618.249	608.871	611.588	619.998
Altersgruppen:				
unter 15 Jahre	165.933	191.715	207.739	248.949
15 bis unter 60 Jahre	748.166	727.802	732.989	719.058
60 Jahre und älter	294.986	263.786	243.992	218.518
65 Jahre und älter	227.261	196.004	179.967	169.324
Höchste abgeschlossene Ausbildung:				
<i>(Anteil in % der über 14-Jährigen)</i>				
Allgemeinbildende Pflichtschule	27,9%	35,6%	42,9%	55,2%
Lehre	35,3%	36,3%	33,8%	26,9%
Fachschule	14,0%	11,4%	10,2%	8,9%
Allgemeinbildende Höhere Schule	5,4%	4,6%	4,5%	3,6%
Berufsbildende Höhere Schule	7,8%	5,1%	4,0%	2,4%
Hochschulverwandte Ausbildung	1,8%	2,2%	1,2%	0,6%
Universität	7,7%	4,9%	3,4%	2,4%

Tabelle 10 - Demographie Land Steiermark - LSTAT

Als **Bevölkerungszielwert für das Jahr 2028** (Planungshorizont des STEK Nr. 1.00) wird somit ein Wert von **11.850 EinwohnerInnen** aufgrund der rechnerisch ermittelten Trendprognose angenommen. Dies stellt zwar eine relativ große Bevölkerungszunahme dar, ist aber dennoch aufgrund der sich ständig verändernden Bevölkerungsstruktur und dem Trend zu immer kleineren Haushaltsgrößen Bedarf an zur Bebauung geeigneten Flächen gegeben bzw. haltbar. Des weiteren ist aufgrund der neuen Struktur der Stadtgemeinden Trofaiach und der räumlichen Nahelage zu Leoben ein günstiges Wohnumfeld gegeben und gibt es durchaus betriebliche Einrichtungen die auch ausreichende Arbeitsplatzverhältnisse darstellen. Durch die neue Gemeindestruktur liegen nun innerhalb einer Stadtgemeinde unterschiedlichste Siedlungsräume, Naherholungsgebiete und neue Industrie- und Gewerbepotenziale vor. Diese stellen auch für privatgewerbliche Einrichtungen einen neuen Anreiz zur Ansiedlung dar. So wird zB die TDE-Group mit derzeit rund 150 MitarbeiterInnen ihre Niederlassung in Edling gründen und plant hier bereits Vergrößerungen des Standortes mit ein. Anzunehmen ist, dass sich hier auch die Bevölkerungszahlen im positiven Sinne an das Arbeitsplatzangebot anpassen werden.

Die neue Gemeindestruktur der ehemaligen Gemeinden Gai, Trofaiach und Hafning könnte einen bisher nicht bedachten Umschwung mit sich bringen und sind somit die LSTAT-Bevölkerungsprognosen (Heft 13/2010) für die gegenständlichen Gemeinden nicht weiter verlässlich. Eine weitaus positivere Entwicklung kann hier angesetzt und könnte durch die neue Stadtstruktur ein weiterer bedeutender Bevölkerungszuwachs erzielt werden.

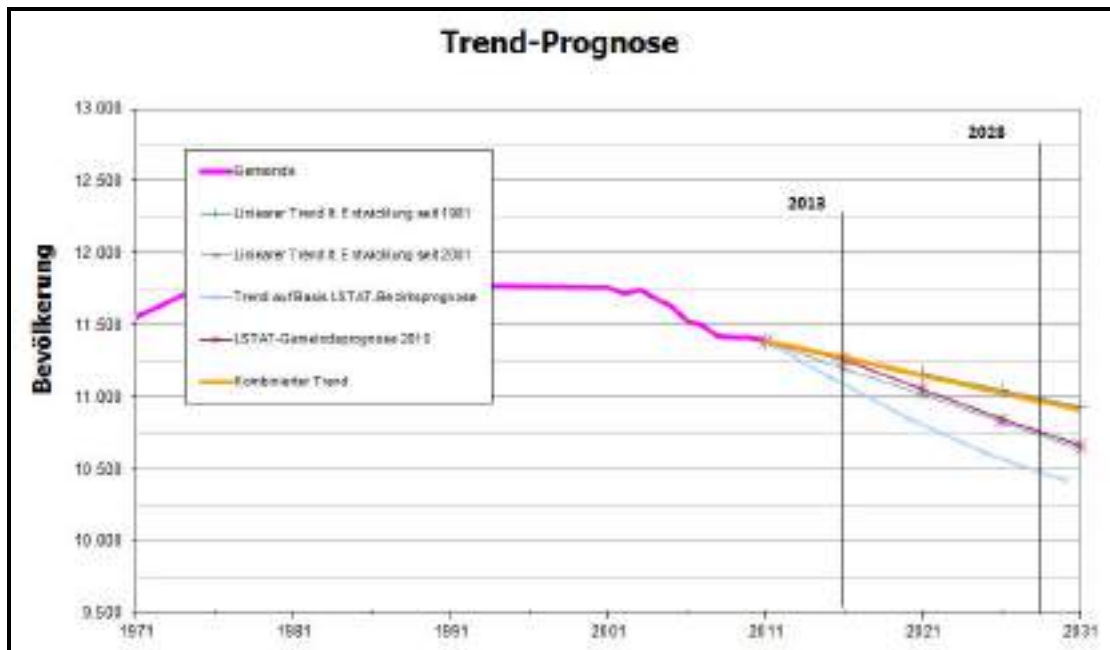


Abbildung 14 - Bevölkerungsprognose anhand von Trendberechnungen der ehem. Gemeinden

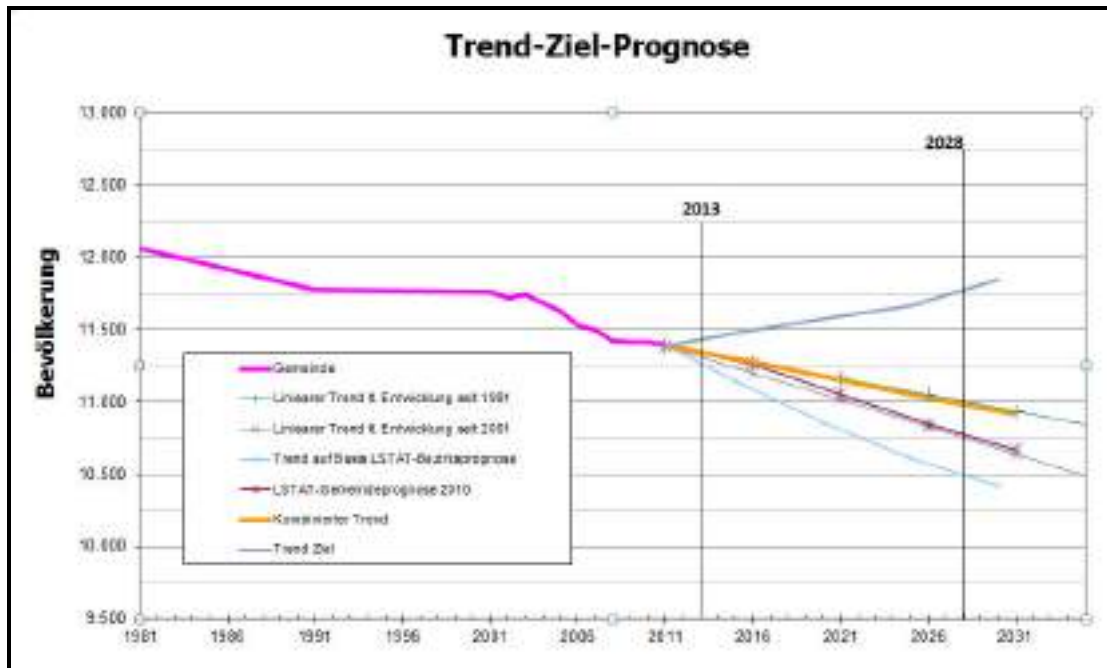


Abbildung 15 - Bevölkerungsprognose mit Zielwert

Raumordnungsfachliche Konsequenzen:

- Anreizschaffung über die Bereitstellung geeigneter und qualitativ hochwertiger Siedlungsräume für jedermann, um einen Bevölkerungszuzug positiv zu beeinflussen.
- Festlegung von Potenzialen für Industrie- und Gewerbeflächen zur Sicherung bzw. auch zum Ausbau des Arbeitsplatzangebotes
- Weitere Verbesserung der guten Infrastruktureinrichtungen um weitere Anreize für einen Bevölkerungszuwachs zu schaffen.

3.2.3 Haushalte

Der allgemeine Trend zu kleineren Haushaltsgrößen ist auch in Trofaiach bemerkbar. Aufgrund der noch nicht vollständig harmonisierten Datengrundlagen und der seitens der Statistik Steiermark nicht weitergeführten Haushaltsstatistiken liegen derzeit keine aktuellen Haushaltszahlen vor. Es wird jedoch eine Zahl von 300 neu geschaffenen Wohneinheiten angenommen.

3.2.4 Gebäude und Wohnungen/ bisherige Bautätigkeit

Aufgrund der vorliegenden Aktenlage ist eine genau Anzahl der bisher getätigten Bauvorhaben nur beschränkt möglich. Die Anzahl seit der jeweiligen Rechtskraft der Verordnungen der ehemaligen Gemeinden werden addiert und ergibt sich geschätzt eine Zahl von geschätzten 300 neu geschaffenen Wohneinheiten.

3.2.5 Abzuschätzender Baulandbedarf und Siedlungsentwicklung

Die rein rechnerische Ermittlung des Wohnungsbedarfes unter Berücksichtigung des Bevölkerungszielwertes der Stadtgemeinde (11.850 EinwohnerInnen) bis zum Jahr 2028 (Planungshorizont STEK Nr. 1.00) geht von folgenden Faktoren aus:

- Bevölkerungsentwicklung (erwünschter Zuzug und junge Familien) und Umschichtung der Wohnbevölkerung (weitere Haushaltsverkleinerung) bzw. struktureller Baulandbedarf aufgrund der spezifischen Wohnungsgröße, dem möglichen Zuzug aufgrund der o. genannten räumlichen Gunstlage und dem
- Ersatz von mäßig bis schlecht ausgestatteten Wohnungen (Kategorie C, D) durch Neubauten.
- Gegebene Anreizschaffung aufgrund der neuen Stadtsituation
- Gegebene landschaftliche Schönheit einer Umlandgemeinde und Stadtzentrum in einem
- Sehr gute Infrastruktureinrichtungen
- Gegebene Industrie- und Gewerbegebietsfestlegungen zur Ansiedlung neuer Betriebe/Erweiterung bestehender Betriebe und Schaffung von Arbeitsplätzen
- Anreiz der gegebenen Naherholungsmöglichkeiten/ Sportaktivitäten

Raumordnungsfachliche Konsequenz:

Es ist davon auszugehen, dass der abschätzbare Baulandbedarf für die nächsten 15 Jahre (2028) innerhalb der im Entwicklungsplan Nr. 1.00 festgelegten Entwicklungsgrenzen ausreichend Platz finden wird. Die Mobilisierung dieser Entwicklungspotentiale ist Aufgabe der differenzierten Festlegungen im 1. Flächenwidmungsplan mit entsprechenden Angaben im zugehörigen Wortlaut.

3.2.6 Soziale Infrastruktur

Allenfalls notwendige bedarfsorientierte Anpassungen der vorhandenen sozialen Infrastrukturen aufgrund der Bevölkerungsentwicklung sollen durch die getroffenen Festlegungen im Entwicklungsplan nicht behindert werden. Die Gemeinde verfügt über alle infrastrukturellen und sozialen/öffentlichen Einrichtungen einer Stadtgemeinde Trofaiach und zahlreiche Erholungs-/Sport- und Freizeiteinrichtungen. Gasthäuser und eine Vielzahl von Vereinen dienen dem sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Gemeinde.

Im Gemeindegebiet sind zahlreiche Gastronomie- und Tourismusbetriebe vorhanden, welche die zunehmende touristische Bedeutung der Gemeinde verdeutlichen. Die Gemeinde verfügt über verschiedene Sportplätze, Freibad, Wanderwege, Loipe und Spielplätze und regional bedeutsamem Golfplatz.

3.3 Wirtschaft

Die Darstellung der strukturellen wirtschaftlichen Situation erfolgt mittels Klassifizierung der Statistik Austria in die Wirtschaftssektoren I (Land- und Forstwirtschaft), II (Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Steine- und Erdengewinnung, verarbeitendes Gewerbe, Industrie, Bauwesen) und III (Dienstleistungen).

Erwerbspersonen 2010 (Abgestimmte Erwerbsstatistik 31.10.2010)				
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamtveränderung 2009/2010
Unselbständig Beschäftigte	4.361	2.036	2.325	0,1%
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	444	275	169	-1,3%
Temporär von der Arbeit abwesend	98	8	90	11,4%

Trofaiach	Sozioökonomische Merkmale				
	2010	2001	1991	1981	1981/ 2010
Allgemeine Erwerbsquote (in %)					
Insgesamt	45,8	43,6%	41,6%	40,7%	
Männer	50,2	51,4%	55,1%	57,1%	
Frauen	41,8	36,2%	28,6%	25,1%	
Arbeitslosenquote (in %)					
Insgesamt	5,9	6,8%	12,5%	3,1%	
Männer	5,5	6,6%	12,5%	2,1%	
Frauen	6,4	7,1%	12,4%	5,3%	
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamtver- änderung 2009/2010	
Stellung im Beruf					
Unselbständig Beschäftigte	4.361	2.036	2.325	0,1%	
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	444	275	169	-1,3%	
Temporär von der Arbeit abwesend	98	8	90	11,4%	
	2010	2001	1991	1981	1981/ 2010
Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose)					
Erwerbspersonen insgesamt	5.212	5.124	4.899	4.908	6,2%
<i>nach Wirtschaftssektoren (in %):</i>					
Land- und Forstwirtschaft (primär)	3,3%	3,1%	4,2%	4,8%	
Industrie, Gewerbe, Bauwesen (sekundär)	28,4%	34,5%	43,7%	55,5%	
Dienstleistungen (tertiär)	68,3%	62,3%	52,1%	39,7%	

Tabelle 11 - Erwerbstätige – LSTAT

Merkmal	Zusammen	in %	Männer	Frauen
Bevölkerung	11.368	100,0	5.495	5.873
in %	100,0		48,3	51,7
Erwerbsstatus				
Erwerbspersonen	5.212	45,8	2.760	2.452
erwerbstätig	4.903	43,1	2.608	2.295
arbeitslos	309	2,7	152	157
Nicht-Erwerbspersonen	6.156	54,2	2.735	3.421
Personen unter 15 Jahre	1.383	12,2	715	668
Personen mit Pensionsbezug	3.247	28,6	1.658	1.589
Schülerinnen, Schüler, Studierende ¹⁾	375	3,3	179	196
sonstige Nicht-Erwerbspersonen ²⁾	1.151	10,1	183	968
Quoten				
Allgemeine Erwerbsquote in %	47,5		51,2	44,0
Erwerbsquote der 15-64 Jährigen in %	72,5		77,3	67,8
Erwerbstätigenquote der 15-64 Jährigen in %	68,9		73,7	64,3
Erwerbstätige	4.903	100,0	2.608	2.295
nach Stellung im Beruf ³⁾				
unselbständig Erwerbstätige	4.457	90,9	2.333	2.124
selbständig Erwerbstätige, mithelfende Familienangehörige	446	9,1	275	171
nach wirtschaftlicher Zugehörigkeit (ÖNACE-Abschnitte) ⁴⁾				
Land- und Forstwirtschaft	187	3,4	95	72
Bergbau	8	0,2	7	SW 1
Herstellung von Waren	1.021	20,8	837	184
Energieversorgung	52	1,1	40	12
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	54	1,1	36	18
Bau	264	5,4	200	64
Handel	734	15,0	279	455
Verkehr	174	3,5	129	45
Beherbergung und Gastronomie	230	4,7	62	168
Information und Kommunikation	42	0,9	27	15
Finanz- und Versicherungsleistungen	123	2,5	54	69
Grundstücks- und Wohnungswesen	44	0,9	16	28
Freiberufliche/technische Dienstleistungen	416	8,5	277	139
Sonstige wirtschaftlichen Dienstleistungen	206	4,2	104	102
Öffentliche Verwaltung	544	11,1	245	299
Erziehung und Unterricht	270	5,5	103	167
Gesundheits- und Sozialwesen	364	7,4	58	306
Kunst, Unterhaltung und Erholung	36	0,7	14	22
Sonstige Dienstleistungen	131	2,7	19	112
Private Haushalte	19	0,4	SW 2	17
Exterritoriale Organisationen	-	-	-	-
Unbekannte Wirtschaftstätigkeit ⁵⁾	SW 4	0,1	SW 4	-

Q: STATISTIK AUSTRIA, Abgestimmte Erwerbsstatistik 2010 mit Stichtag 31.10., Gebietsstand 2010. Erstellt am: 18.01.2013.

Abbildung 16 - Abgestimmte Erwerbsstatistik der Statistik Austria

3.3.1 Primärer Sektor – Land- und Forstwirtschaft

Der Anteil der Arbeitsplätze in der Land- und Forstwirtschaft ist von Bedeutung in der Gemeinde, dies vor allem in den Bereichen der ehem. Gemeinde Gai und Hafning bei Trofaiach.

Im Zuge einer gesonderten Bestandsaufnahme wurde festgestellt, dass sich die landwirtschaftlichen Betriebe über das gesamte Gemeindegebiet verteilen, wobei im Zentrum von Trofaiach, KG Trofaiach, eine äußerst geringe Anzahl an landwirtschaftlichen Betriebsstätten vorkommt. Jedoch wurde dennoch eine erhebliche Anzahl an landwirtschaftlichen Betriebsstätten, deren Stallungen jedoch teilweise ungenutzt sind, festgestellt und werden diese auch ersichtlich gemacht.

Teilweise handelt es sich hier um Haupterwerbslandwirte. Größtenteils finden sich hier jedoch Nebenerwerbslandwirte.

Betriebe und Flächen	Gemeinde			Politischer Bezirk			Bundesland		
	2010	1999	Änd. %	2010	1999	Änd. %	2010	1999	Änd. %
Betriebe insgesamt	117	119	-1,7	739	824	-10,3	39.388	48.582	-18,9
Betriebe mit Fläche	115	118	-2,5	734	810	-9,4	39.281	48.123	-18,4
Haupterwerbsbetrieb	55	51	7,8	282	311	-9,3	12.802	15.907	-19,5
Nebenerwerbsbetrieb	50	63	-20,6	376	445	-15,5	23.852	31.106	-23,3
Personengemeinschaften	5	-	-	27	-	-	1.665	-	-
Betrieb juristischer Pers.	5	4	25,0	49	54	-9,3	962	1.110	-13,3
Flächen insgesamt (ha)	6.281	5.739	9,4	98.149	77.479	26,7	1.433.357	1.502.505	-4,6
Haupterwerbsbetrieb	3.527	2.825	24,8	39.030	18.747	108,2	592.805	615.715	-3,7
Nebenerwerbsbetrieb	870	2.005	-56,6	14.617	10.528	38,8	365.879	388.777	-5,9
Personengemeinschaften	589	-	-	7.385	-	-	100.107	-	-
Betrieb juristischer Pers.	1.296	910	42,4	37.116	48.204	-23,0	374.566	498.013	-24,8

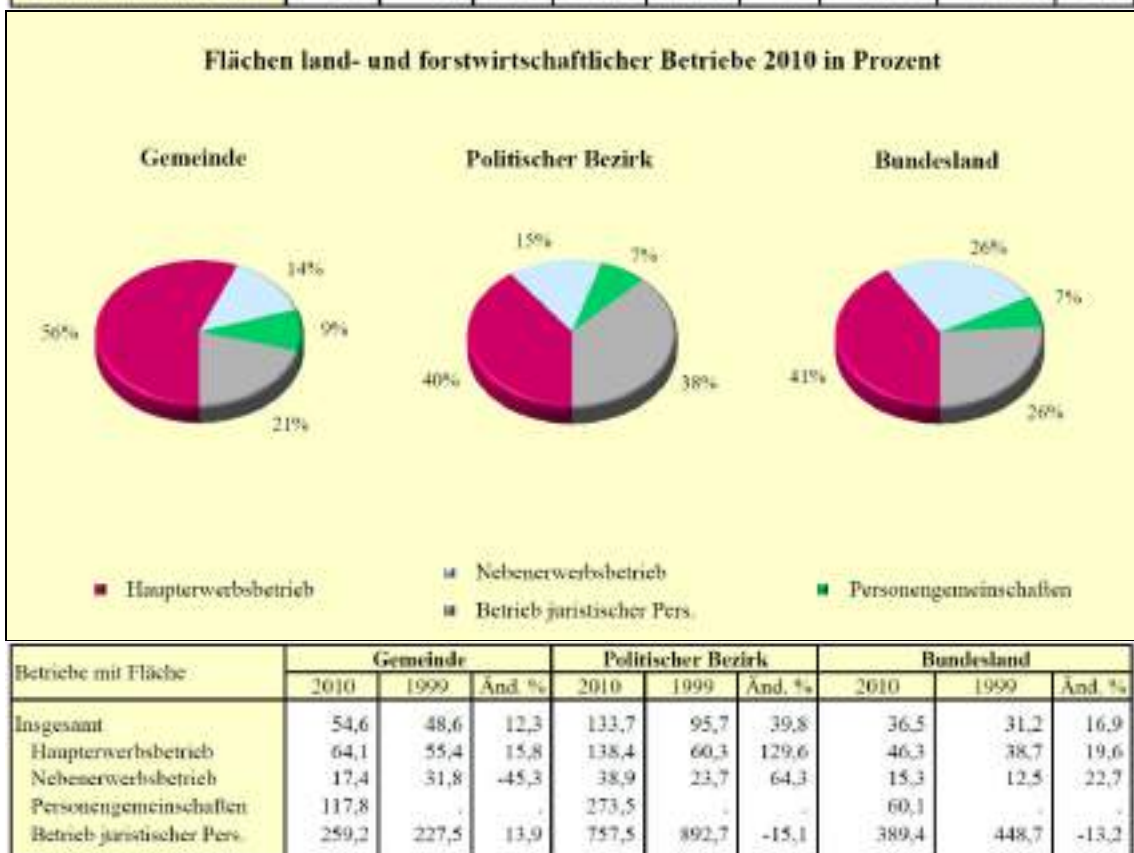


Abbildung 17 - Landwirtschaftliche Erhebungen der Statistik Austria

Raumordnungsfachliche Konsequenzen:

Freihalten der erforderlichen Abstände zwischen landwirtschaftlicher Nutzung bei Intensivtierhaltung und Wohnnutzung gem. den Vorgaben des Stmk. Raumordnungsgesetzes.

3.3.2 Sekundärer Sektor – Industrie- und Produktion, Gewerbe, Bauwesen

Dem sekundären Wirtschaftssektor werden jene Wirtschaftsabteilungen zugeordnet, die eine Veränderung des Ausgangsmateriales im Sinne der Gewinnung, Erzeugung und Verarbeitung von Rohprodukten, Halbfertig- bzw. Fertigprodukten durchführen.

In der Gemeinde befinden sich lt. Arbeitsstättenzählung rund 28 % im sekundären Sektor und ist dies unter anderem auf den Standort der Fa. Swietelsky im Ortsteil Gimplach zurückzuführen.

3.3.3 Tertiärer Sektor – Handel, Dienstleistungen, Naherholungs- und Wirtschaftstourismus

Im tertiären Sektor werden alle Wirtschaftsabteilungen zusammengefasst, die den Handel bzw. die Lagerung von Fertigprodukten durchführen (z.B. Einzelhandel). Weiters sind Dienstleistungen jeder Art und Form darin enthalten.

Über 68 % der Berufstätigen sind dem tertiären Sektor zuzurechnen (Stand: Statistik Steiermark, 2010).

Tourismus:

Die Stadtgemeinde Trofaiach ist als Tourismusgemeinde der Ortsklasse C eingestuft¹¹. Die Statistik Steiermark bietet nachfolgende Werte für die Stadtgemeinde Trofaiach betreffend Ankünfte und Nächtigungen an, die die Bedeutung des Naherholungstourismus bzw. des Sanften Tourismus verdeutlichen:

¹¹ Festgehalten wird, dass die ehemaligen Gemeinden Gai, Hafning und Trofaiach allesamt gemäß Ortsklassenverordnung (Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 7. Dezember 2009, mit der die steirischen Gemeinden nach ihrer Bedeutung für den Tourismus in Ortsklassen eingeteilt werden (LGB. Nr. 102/2009 idF LGBl. Nr. 92/2010) iVm dem Steiermärkischen Tourismusgesetz 1992 (Gesetz vom 26. Mai 1992 über den Tourismus in Steiermark (LGBl. Nr. 55/1992 idF LGBl. Nr. 11/2012) als Gemeinden der Kategorie C festgelegt wurden und somit anzunehmen ist, dass dies auch für die neue Stadtgemeinde Trofaiach weitergeführt wird.

Ank. u. Nächt. Gemeinde										
e-Government										
Ankünfte (In- und Ausland)										
Gemeinde	KJ 2004	KJ 2005	KJ 2006	KJ 2007	KJ 2008	KJ 2009	KJ 2010	KJ 2011	KJ 2012	KJ 2013*
Januar	215	221	183	146	218	142	405	236	268	224
Februar	291	190	129	172	172	142	287	290	331	344
März	202	136	137	149	140	100	151	147	267	195
April	907	164	272	261	270	154	334	296	350	434
Mai	414	248	284	270	440	192	441	358	444	462
Juni	254	170	391	367	374	338	505	636	509	502
Juli	126	229	323	355	387	542	552	769	706	
August	137	201	239	480	396	402	637	879	752	
September	58	201	433	326	317	495	455	660	504	
Oktober	208	31	293	281	307	368	364	542	484	
November	210	158	302	138	146	151	289	355	328	
Dezember	127	105	202	172	157	194	196	249	250	
Trofaiach	3.133	2.060	3.208	3.117	3.324	3.220	4.596	5.217	5.193	2.161
Nächtigungen										
Gemeinde	KJ 2004	KJ 2005	KJ 2006	KJ 2007	KJ 2008	KJ 2009	KJ 2010	KJ 2011	KJ 2012	KJ 2013*
Januar	526	524	534	636	764	421	930	521	685	656
Februar	1.055	493	405	740	662	415	634	761	847	1.520
März	437	269	360	491	481	259	356	380	465	478
April	1.736	370	597	719	701	497	770	667	757	1.021
Mai	907	591	718	798	2.030	402	1.260	846	979	1.280
Juni	515	389	1.124	1.130	1.759	901	1.420	1.493	1.280	1.711
Juli	825	905	1.426	1.030	1.078	1.914	2.210	1.860	2.451	
August	890	949	783	1.970	1.256	1.381	1.788	2.578	2.862	
September	207	453	1.071	779	1.034	1.600	1.412	1.090	1.842	
Oktober	848	66	736	797	1.067	819	978	1.122	1.592	
November	373	640	583	439	431	350	603	817	1.038	
Dezember	272	291	1.000	568	518	517	509	737	720	
Trofaiach	6.591	5.950	9.417	10.095	11.779	9.484	12.670	13.481	15.516	6.066


Tabelle 12 - Ankünfte und Nächte Gemeinde 2004-2013 - LSTAT

Betr. u. Betten Gemeinde									
e-Government									
Betriebe									
Gemeinde	WHJ 2004	WHJ 2005	WHJ 2006	WHJ 2007	WHJ 2008	WHJ 2009	WHJ 2010	WHJ 2011	WHJ 2012
Trofaiach	14	15	18	19	21	20	13	13	15
Betten									
Gemeinde	WHJ 2004	WHJ 2005	WHJ 2006	WHJ 2007	WHJ 2008	WHJ 2009	WHJ 2010	WHJ 2011	WHJ 2012
Trofaiach	165	169	188	190	206	202	182	182	193

Tabelle 13 - Betriebe und Betten - Winterhalbjahr

Betr. u. Betten Gemeinde

e-Government

 Das Land Steiermark

Betriebe

Gemeinde	SHJ 2004	SHJ 2005	SHJ 2006	SHJ 2007	SHJ 2008	SHJ 2009	SHJ 2010	SHJ 2011	SHJ 2012
Trofaiach	14	15	19	20	23	22	16	16	15

Betten

Gemeinde	SHJ 2004	SHJ 2005	SHJ 2006	SHJ 2007	SHJ 2008	SHJ 2009	SHJ 2010	SHJ 2011	SHJ 2012
Trofaiach	165	169	194	196	224	220	208	208	193

Tabelle 14 - Betriebe und Betten – Sommerhalbjahr

ANKÜNFTE				Durchschn. Aufenthalts- dauer	ÜBERNACHTUNGEN			
Zeitraum		Veränderung			Zeitraum		Veränderung	
Juni 2013	Juni 2012	absolut	in %		Juni 2013	Juni 2012	absolut	in %
502	509	-7	-1,4	3,4	1.711	1.280	431	33,7

Tabelle 15 - Aktuelle Anzahl der Ankünfte/Nächtigungen - LSTAT

Für die Stadtgemeinde Trofaiach sind keine anderen Zahlen verfügbar, da diese Stadtgemeinde erst seit dem 01.01.2013 besteht. Ein Tourismuskonzept od. Prognosen für die gesamte neue Stadtgemeinde wurden derzeit noch nicht erstellt.

Die Loipe in Hafning sowie der Golfplatz in Schardorf stellen überörtlichen bedeutsame Strukturen dar, die von zahlreichen Wanderwegen noch unterstützt werden. Anzunehmen ist, dass die Anzahl der Nächtigen, Ankünfte für diese Art von Erholungstourismus bzw. Sanften Tourismus weiter steigen werden. Entsprechende Festlegungen sind demnach im Entwicklungskonzept/ Entwicklungsplan festzulegen.

Raumordnungsfachliche Konsequenzen:

- Schaffung der geeigneten Standortvoraussetzungen für die Absicherung, Erweiterung und Ansiedelung von Betrieben.
- Weiterführung touristischer Siedlungsschwerpunkt Schardorf
- Festlegung von Eignungszonen im Entwicklungsplan

3.3.4 Pendler

Aufgrund der hohen Auspendleranzahl, die jedoch mit Sicherheit auf die Nahelage zur Bezirkshauptstadt Leoben zurückzuführen ist, ist die Ansiedelung von neuen Betrieben bzw. die damit verbundene Schaffung von Arbeitsplätzen wünschenswert. Vielleicht ist es in Zukunft möglich, ein optimiertes Pendlersaldo zu erreichen und mit Arbeitsplätzen in der eigenen Gemeinde die Auspendler hintanzuhalten.

	Sozioökonomische Merkmale (2001/2009 inkl. Geringf.)				
	2010	2001	1991	1981	Veränderung 1981/2010
Allgemeine Erwerbsquote (in %)					
Insgesamt	45,8	43,6%	41,6%	40,7%	
Pendeltätigkeit					
Erwerbstätige am Wohnort (ohne Karenz)	4.805	4.663	4.201	4.696	2,3%
Erwerbstätige am Arbeitsort (ohne Karenz)	2.352	2.080	1.795	1.887	24,6%
Gemeinde-Einpendler	1.309	1.049	731	689	90,0%
Gemeinde-Auspendler	3.762	3.632	3.136	3.497	7,6%
Pendlersaldo	-2.453	-2.583	-2.405	-2.808	-12,6%
Einpendler in % d. Besch. am Arbeitsort	55,7%	50,4%	40,7%	36,5%	
Auspendler in % d. Besch. am Wohnort	78,3%	77,9%	74,6%	74,5%	

Tabelle 16 - Pendler - LSTAT

Entfernungskategorie / Pendelziel	Anzahl der Erwerbstätigen *)
ERWERBSTÄTIGE AM WOHNORT	4.805
Nichtpendler	314
Gemeinde-Binnenpendler	1.011

Abbildung 18 - Pendlertätigkeit Statistik Austria 2010

3.4 Technische Infrastruktur

3.4.1 Verkehr

Motorisierter Individualverkehr (MIV):

Die Anbindung des Gemeindegebietes an das höherrangige Straßennetz erfolgt über die unter Kapitel 3.1.5 beschriebenen B115 und B115a sowie die LB116.

Das lokale Gemeindestraßennetz ist größtenteils in gutem Zustand und wird laufend im Bereich der finanziellen Möglichkeiten saniert. Der Zusammenschluss der drei ehemaligen Gemeinden stellt hier die Stadtgemeinde vor neue Herausforderungen.

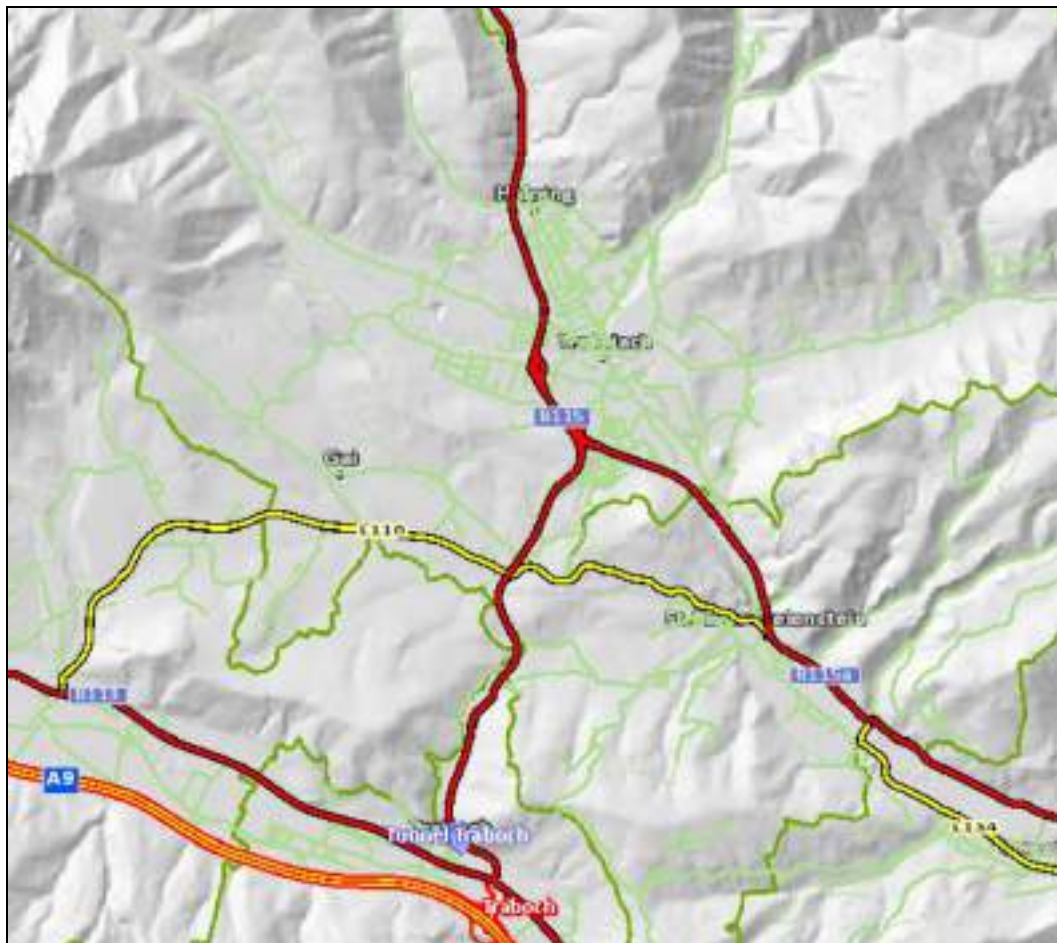


Abbildung 19 - Verkehrswege - Digitaler Atlas Stmk



Abbildung 20 - Ausschnitt aus dem RVK

Regionales Verkehrskonzept Obersteiermark Ost:

KATEGORIE	VERKEHRSL. FUNKTION	STRASSENSCHNITT	KNOTEN	ORTSGEBIET	STVO	ENTWICKLUNGSIM FREILAND	BEGLEITMAßN.	RAUHEITVERH.-ANLAGEN	BETRIEBSGESCHW. (km/h)	DEMAUTOMATEN
A	provinziell, kontinental	2-4-streifig	niveaufrei	nein	Autobahn, Schnellstraße	nein	nein	nein	80...100	ja
B	überregional	2-4-streifig	niveaufrei, anliegend	Umfahrung anliegend	Autobahn	nein	ja	Radweg	70...80	nein
C1	regional	2-streifig	niveaugleich, niveaufrei möglich	ja, Umfahrung möglich	Straße mit Vorrang	bestehend	zum Teil	Radweg, Radfahrstreifen	60...75	
C2	interregional		niveaugleich	ja	-	ja	möglich	-	50...60	
D	kreislaufung		niveaugleich	ja	-	-	-	-	50	
E	lokal		niveaugleich	ja	-	-	-	-	< 50	nein
KATEGORISIERUNG FÜR URBANE BEREICHE (KATEGORIE C)										
C5	städtisch	2-4-streifig	niveaugleich	ja	Straße mit Vorrang	normungsgeordnete Ein- und Ausfahrten	-	Radweg oder -streifen	< 50	nein

Abbildung 21 - Auszug aus dem RVK betr. Straßenkategorisierungen

Als bedeutende Maßnahmen werden im RVK genannt:

Fix für 2007 und 2008 war geplant: Sanierung Bahnunterführung Hafning (B115)

Weitere Zielsetzungen gemäß RVK:

Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen entlang der B115 (Kreuzung Edling mit L116), B115 Trabocher See (Sanierung), B115 (Kreuzung Hafning), L116 Kreuzungen Trabocher See L116+Sanierung, L116 Kreuzung Gai-Seiz und werden diese Maßnahmen auch seitens der Stadtgemeinde als besonders erforderlich erachtet.

Neubau und Projektideen gem. RVK:

Knoten Trofaiach Mitte (B115)

Maßnahmen im Radverkehr gem. RVK:

Traboher See – Edling (B115) – auch hier wird die Stadtgemeinde jedenfalls diese Bemühungen unterstützen.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV):

Die Stadtgemeinde Trofaiach verfügt über einen guten Anschluss an die Bezirkshauptstadt Leoben und damit zu allen wichtigen öffentlichen und sozialen Einrichtungen, die nicht in der eigenen Stadt vorhanden sind. Ferner verfügt über einen stadteigenen Citybus, der mit einem Rufbussystem nunmehr verstärkt wird.

Die Anbindung an den ÖPNV wird vor allem für die Siedlungsgebiete von Gai und Hafning deutlich verbessert werden (zB auch über die bereits erfolgte Einführung von Rufbussen).

Die in Hafning befindliche ÖBB-Bahntrasse wird nicht mehr befahren und wird seitens der Gemeindeverwaltung berichtet, dass bereits Ablösegespräche mit den angrenzenden Grundstückseigentümern geführt werden. Gleiches gilt für die Bahnstrecke in Trofaiach-Zentrum Richtung Westen (nicht der Bahnhof mit dem Güterverkehr).

Raumordnungsfachliche Konsequenzen:

- Rücksichtnahme auf bestehende Planungen und Beachtung der Verkehrstechnischen Grundsätze
- Unterstützung bei der Realisierung von für die Stadtentwicklung und die Bevölkerung wichtigen Maßnahmen.

3.4.2 Energieversorgung

Die Versorgung mit elektrischem Strom erfolgt im Gebiet der KG Laintal durch die E-Genossenschaft Laintal, der Rest des Gemeindegebietes wird von den Stadtwerken Trofaiach versorgt (Angaben der Gemeinde). Ferner versorgen die Steweag, die ÖBB (110 kV-Leitung) und die Austrian Powergrid (220 kV-Leitung) vor allem Bereiche in der ehemaligen Gemeinde Gai.

Raumordnungsfachliche Konsequenzen:

Rücksichtnahme auf bestehende Leitungssysteme bei künftiger Siedlungsentwicklung (Ausrichtung an der bestehenden Versorgungsinfrastruktur).

3.4.3 Wasserversorgung

Die Trinkwasserversorgung erfolgt zum größten Teil durch die Stadtwerke Trofaiach, ferner gibt es die Wasserversorgung „Scheider“ (Bereich Laintal, Wolkersdorf), und werden die restlichen entlegenen Gebäude über eigene Hausbrunnenanlagen versorgt (Angaben der Gemeinde).

Raumordnungsfachliche Konsequenzen:

- Auf den Schutz der Quelfassungen und Brunnen ist generell Bedacht zu nehmen.
- Ausrichtung der Siedlungsentwicklung an den bestehenden Versorgungsleitungen.

3.4.4 Abwasser

Durch die Realisierung der Gemeindeabwasserpläne sind die Ortsteile der Stadtgemeinde Trofaiach bzw. die ständig bewohnten Gebäude beinahe vollständig an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen. Die restlichen Objekte werden über biologische Kläranlagen entsorgt (Angaben der Gemeinde). Im südöstlichen Bereich der KG Trofaiach findet sich auch die gemeindeeigene Kläranlage.

Raumordnungsfachliche Konsequenzen:

Ausrichtung der Siedlungsentwicklung am bestehenden Kanalnetz

4 DER ROTE FADEN IN DER PLANUNG

4.1 Evaluierung der bisherigen Ziele und Maßnahmen

Die bisher geltenden siedlungs- und kommunalpolitischen Zielsetzungen der wiederverlautbarten Entwicklungskonzepte der ehemaligen Gemeinden Gai und Hafning bei Trofaiach sowie der Stadtgemeinde Trofaiach werden evaluiert und auf ihre Aktualität und Relevanz hin überprüft (Doppelnennungen kommen vor). Die bisher für die ehemaligen Gemeinden festgelegten siedlungspolitischen Vorgaben (Ziele) besitzen im überwiegenden Maße noch Gültigkeit und werden in das neue STEK der Periode 1.00 im Sinne der Fortführung des Roten Fadens der Planung übernommen bzw. geringfügig adaptiert und an die neue Stadtgemeinde Trofaiach angepasst. Die siedlungspolitischen Zielsetzungen werden entsprechend den Vorgaben des Amtes der Stmk. Landesregierung (ÖEK-Neu 2007) im Wortlaut zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00 gelistet. Maßnahmen ohne räumlichen Bezug werden im Erläuterungsbericht dargestellt.

Nachfolgend wird die Überprüfung/ Evaluierung der im Wortlaut festgelegten Ziele und Maßnahmen der einzelnen Sachbereiche zusammengefasst:

4.1.1 Naturraum und Umwelt

Zielsetzungen der bisherigen Entwicklungskonzepte betreffend Naturraum und Umwelt	Aktualität	Aufnahme Wortlaut zum 1. STEK	Hinweise (Begründung bei Änderung)
Schutz des begrenzten, nicht vermehrbaren Siedlungsraumes vor einer weiteren Zersiedelung und damit verbundenem Schutz des Naturraumes als Basis der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fremdenverkehrsentwicklung ⇒ Vermeidung von Zersiedelungstendenzen durch Zweitwohnungen und Einfamilienwohnhausbauten in peripherer Lage. Berücksichtigung dieser Zielsetzungen im Rahmen der Bebauungsplanung.	ja	nein	Raumordnungsgrundsatz
Schutz der Quell- und Brunnenschutzgebiete, sowie langfristige Sicherung der bestehenden örtlichen Wasserversorgungsanlagen im gesamten Gemeindegebiet ⇒ keine Festlegung von Baugebieten im unmittelbaren Einzugsbereich.	ja	ja	Festlegungen im Entwicklungsplan
Langfristige Erhaltung der das Landschaftsbild prägenden Uferbegleitvegetation und Freihaltung der Uferstreifen entlang natürlicher Gewässer von mind. 10m von künftiger Bebauung und Intensivnutzung im Freiland gemäß den Zielsetzungen des WRG 1959 idgF. Festlegung eines 10 m breiten Schutzstreifens im Wortlaut zum Flächenwidmungsplan mit Ausnahme von Aufschließungsgebieten.	ja	ja	Festlegung eines Freihaltegebietes entlang öffentlicher Gewässer im Ausmaß von 10 m (gemessen von der Böschungsoberkante)
Bedachtnahme auf das Orts- und Landschaftsbild bei allen künftigen Planungsmaßnahmen, insbesondere auch im Bereich der einzelnen, peripher gelegenen Siedlungsbereiche ⇒ Berücksichtigung dieser Zielsetzung im Rahmen der Bebauungsplanung.	ja	ja	Festlegungen im Entwicklungsplan durch Entwicklungsgrenzen, sowie Festlegung von Aufschließungserfordernissen bei Aufschließungsgebieten im Flächenwidmungsplan
Berücksichtigung ausreichender Grünräume und Freihaltezonen zwischen unterschiedlichen Nutzungen (zB zwischen industriell-gewerblichen Bereichen und Wohnbereichen). ⇒ Berücksichtigung dieser Zielsetzung im Rahmen der Bebauungsplanung, Festlegen von Grünpufferbereichen.	ja	ja	Festlegungen im Entwicklungsplan
Erhaltung von langfristig existenzfähigen landwirtschaftlichen Betrieben und Unterstützung der landschaftspflegerischen Funktion der Landwirte. Hintanhaltung des Heranrückens von Wohnbebauung (Prüfung von Schutzabständen bei Intensivtierhaltung) zur Minimierung der Nutzungskonflikte.	ja	ja	Berücksichtigung der Emissionen aus Tierhaltungsbetrieben iSd Bestimmungen des § 27 Stmk. ROG 2010
Bedachtnahme auf die kleinklimatischen Gegebenheiten (Becken-, Hanglagen) im Zuge weiterer Bautätigkeit Berücksichtigung dieser Zielsetzungen im Rahmen der Bebauungsplanung.	ja	nein	Findet Berücksichtigung aufgrund der Festlegung von Gebieten baulicher Entwicklung im EP Nr. 1.00

Zielsetzungen der bisherigen Entwicklungskonzepte betreffend Naturraum und Umwelt	Aktualität	Aufnahme Wortlaut zum 1. STEK	Hinweise (Begründung bei Änderung)
Verhinderung der Zersiedelung von Wald- und Freilandflächen ⇒ durch Beschränkung auf maßvolle Abrundungen und Lückenauffüllungen der bestehenden peripheren Siedlungsgebiete (zB Krumpen, Laintal).	ja	nein	Findet Berücksichtigung aufgrund der Festlegung von Gebieten baulicher Entwicklung im EP Nr. 1.00
Sicherung des natürlichen ökologischen Systems als Grundlage für das Leben der Menschen. Sparsame Nutzung des Raumes mit dem Ziel, Belastungen des Naturhaushaltes soweit wie möglich zu verringern und den Verbrauch von Böden als unvermehrbares Gut auf ein Minimum zu reduzieren, im verbauten Gebiet und entlang von Verkehrsflächen entsprechend ökologisch gestaltete Grünflächen und Gärten anzulegen und zu pflegen (Gai).	ja	nein	Raumordnungsgrundsatz
Anlage von Obstgärten, Vorgartenbereichen, Baumgruppen, Einzelbäumen, Baumreihen, Alleen in Baugebieten, Gestaltung von Blumenfenstern und Blumenschmuck an Objekten und in den Vorgärten (Gai).	ja	nein	Keine Möglichkeit zur Festlegung im Entwicklungsplan.
Gefährdungsbereiche sind von Bebauungen freizuhalten, bereits bebaute Bereiche sind durch naturnahe Verbauung zu sichern. Berücksichtigung der Belastbarkeit des Naturraumes bei der weiteren wirtschaftlichen und räumlichen Entwicklung der Gemeinde. Schutz der Quellwässer und des Grundwassers für die derzeitige und künftige Trinkwasserversorgung. Schutz der Fließgewässer vor Verunreinigungen und schadstoffhaltigem Eintrag. Für sämtliche andere Nutzungen, die im Gegensatz zum Gewässerschutz stehen, sind durch entsprechende Vorkehrungen dieser Forderung Rechnung zu tragen. Gegebenenfalls sind diese Nutzungen in geeignetere Bereiche zu verlegen (Gai).	ja	nein	Festlegungen im Entwicklungsplan durch Festlegung von Entwicklungsgrenzen – Festlegung von Freihaltegebieten entlang von Gewässern.
Schutz der Uferflächen entlang der Fließgewässer (Gai).	ja	nein	Festlegungen im Entwicklungsplan durch Festlegung von Entwicklungsgrenzen – Festlegung von Freihaltegebieten entlang von Gewässern.
Erhaltung bzw. Verbesserung des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes der Gemeinde (Gai).	ja	ja	Schutz Straßen-, Orts- und Landschaftsbild
Erhaltung der Luftgüte (Gai).	ja	nein	Beachtung von Frischluftzubringern gem. Klimakarte
Freihaltung der Hochwasserabflussräume von abflusshindernden Bebauungen bzw. Erhaltung der Retentionsräume in Abstimmung auf Siedlungsentwicklung und Verkehr (Gai).	ja	nein	Festlegungen im Entwicklungsplan durch Festlegung von Entwicklungsgrenzen – Festlegung von Freihaltegebieten entlang von Gewässern.
Mögliche Freihaltung von weiterer Bebauung in Bereichen vermuteter Altlastenverdachtsflächen (potenzielle Verdachtsflächen/Alttablagerungen).	ja	nein	Prüfung in nachfolgenden Verfahren. Berücksichtigung bei Neufestlegungen im Entwicklungsplan

Zielsetzungen der bisherigen Entwicklungskonzepte betreffend Naturraum und Umwelt	Aktualität	Aufnahme Wortlaut zum 1. STEK	Hinweise (Begründung bei Änderung)
Erhaltung und Verbesserung des Natur- und Wasserhaushaltes sowie des regionsspezifischen Landschaftsbildes, insbesondere im Zusammenhang mit dem beantragten Grundwasserschongebiet St. Peter/Freienstein.	ja	nein	Kein unmittelbarer räumlicher Bezug
Verringerung der Hochwassergefährdung entlang sämtlicher Fließgewässer durch aktive/passive Schutzmaßnahmen (baulicher Hochwasserschutz, Freihalten von gewässernahen Zonen vor Bebauung im Sinne der Siedlungsleitbildfestlegungen) und iVm den Festlegungen des Wortlautes zum Flächenwidmungsplan Nr. 4.00.	ja	nein	Festlegungen im Entwicklungsplan durch Festlegung von Entwicklungsgrenzen – Festlegung von Freihaltegebieten entlang von Gewässern.
Freihaltung der notwendigen Retentionsräume bei allen zukünftigen Baumaßnahmen entlang von Gewässern im Sinne der Bestimmungen des Wortlautes zum Flächenwidmungsplan Nr. 4.00.	ja	nein	Festlegungen im Entwicklungsplan durch Festlegung von Entwicklungsgrenzen – Festlegung von Freihaltegebieten entlang von Gewässern.
Versickerung von Oberflächenwässern auf eigenem Grund und keine Einbringung in Vorfluter zur Entlastung des Kanalsystems (Trenn-/Mischsystem).	ja	nein	Erforderliche Beibringung von Oberflächenentwässerungskonzeptes
Ökologisch orientierter Hochwasserschutz in bestehenden, durch Hochwasser gefährdeten Siedlungsbereichen.	ja	ja	Grundsatz
Weitestgehende Freihaltung der Hochwasserabflussbereiche im südlichen Gemeindebereich für ein 30- bzw. 100-jährliches Hochwasserereignis vor weiterer Bebauung zur Erhaltung wertvoller Retentionsräume.	ja	ja	Grundsatz
Ausarbeitung eines Schutzwasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzeptes (Gewässerbetreuungskonzept) für sämtliche Vorfluter der Stadtgemeinde Trofaiach als Grundlage zur Gestaltung eines gewässerspezifischen Leitbildes.	ja	ja	Festlegungen im Entwicklungsplan durch Festlegung von Entwicklungsgrenzen – Festlegung von Freihaltegebieten entlang von Gewässern.
Revitalisierung und Neubelebung der Bachläufe im Stadtkern unter Einbeziehung der Bachläufe des Rötz-, Vordernberger- und Gössbaches (im Zusammenhang mit Projekt „Erz & Eisen – Glabogge“).	ja	nein	Vorliegen neuer Hochwasserabflussuntersuchungen
Langfristige Erhaltung bestehender potenzieller Naherholungsgebiete gemäß Siedlungsleitbild (festgelegte Bereiche des Mellplateaus im Sinne der Festlegungen gemäß Siedlungsleitbild).	ja	ja	Weitestgehende Freihaltung von Naherholungsbereichen
Sicherung bzw. Erweiterung der bestehenden Grünflächenausstattung in den einzelnen Siedlungsbereichen, Berücksichtigung ausreichender Grünräume, zB zur Abschirmwirkung zwischen konkurrierenden Nutzungen.	ja	ja	Freihaltung zB von Bereichen am Mehplateau
Festlegung von Trenngrünflächen im Sinne der Festlegungen gemäß § 5 des Wortlautes zum Flächenwidmungsplan als Pufferzonen zwischen bestehenden industriell-gewerblichen Nutzungen und Wohnnutzungen (zur Konfliktminimierung) bzw. zwischen der Bundesstraße und Wohnnutzungen.	ja	mod	Festlegung von Aufschließungserfordernissen im Flächenwidmungsplan

Zielsetzungen der bisherigen Entwicklungskonzepte betreffend Naturraum und Umwelt	Aktualität	Aufnahme Wortlaut zum 1. STEK	Hinweise (Begründung bei Änderung)
Weitere Attraktivierung und Angebotsverbesserung bestehender Spiel- und Sportanlagen sowie Wellnessseinrichtungen.	ja	Ja	Gemeindeweite Festlegung von Eignungszonen im Entwicklungsplan
Erhaltung und Ausbau der bestehenden Sport- und Erholungsflächen zur Sicherung der Naherholung und Intensivierung des Tages- und Nächtigungstourismus im Zusammenhang mit dem Projekt „Eisenstraße“.	ja	Ja	Gemeindeweite Festlegung von Eignungszonen im Entwicklungsplan
Bedarfsorientierte Angebotsentwicklung in Abstimmung mit der touristischen Destinationsentwicklung „Iron Mountains“, insbesondere mit dem Projekt „Glabogge“.	ja	Mod	Gemeindeweite Festlegung von Eignungszonen im Entwicklungsplan
Weitestgehende Erhaltung der das Landschaftsbild prägenden Elemente, der Grün- und Freihalteflächen und Schaffung siedlungsnaher Erholungsflächen gemäß Festlegungen im Siedlungsleitbild.	ja	Mod	Gemeindeweite Festlegung von „Pufferzonen“ im Entwicklungsplan. Festlegung von Absoluten Entwicklungsgrenzen
Weitestgehende Rücksichtnahme auf die bestehenden Waldflächen, die gemäß Waldentwicklungsplan mit Wohlfahrts- und Erholungsfunktion ausgestattet sind (insbesondere der Kehrwald („Erholungswald“), die Hangbereiche des Kulm, Bereiche um das Schloss Mell – Haiderhof und Erklärung des Waldgebietes Kehrwald gemäß § 36 Forstgesetz 1975 zum „Erholungswald“).	ja	Ja	Freihaltung Kehrwald
Weitestgehende Erhaltung und Regelung bestehender bzw. noch zu errichtender Kleingärten durch entsprechende gestalterische und rechtliche Maßnahmen (Erstellung von Kleingartenrichtlinien).	ja	Mod	Festlegung von Eignungszonen im Entwicklungsplan
Bedarfsorientierte Angebotsverbesserung der bestehenden Freizeiteinrichtungen im Bereich „Schelch“.	mod	Mod	Gemeindeweite Festlegung von Eignungszonen im Entwicklungsplan
Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität durch schrittweise abgestimmte Maßnahmen zur Reduktion der Schadstoff- und Lärmbelastungen.	ja	Mod	Festlegungen im Entwicklungsplan. Weitgehende Freihaltung von bisher unbebauten Bereichen in Bundes-/Landesstraßennähe durch Festlegungen im Entwicklungsplan.

Zielsetzungen der bisherigen Entwicklungskonzepte betreffend Naturraum und Umwelt	Aktualität	Aufnahme Wortlaut zum 1. STEK	Hinweise (Begründung bei Änderung)
Setzen von nachhaltigen Maßnahmen zur Reduktion bestehender Verkehrslärmbelastungen entlang der B 115a (Donawitzer Straße) sowie der B 115 (Eisenbundesstraße) und innerhalb des Stadt- und Stadtteilnebenzentrums, insbesondere durch die Umsetzung des beschlossenen Verkehrskonzeptes durch wirkungsvolle verkehrssteuernde Maßnahmen im Zentrum (weiteres schrittweises Setzen von verkehrsberuhigenden Maßnahmen) sowie der Reduktion des maximal zulässigen Tempolimits auf 80 km/h entlang der gesamten Umfahrungsstraße gemäß Forderung des Lärmtechnischen Gutachtens von 2001 des Technischen Büros Ing. Theurl.	mod	Mod.	Festlegungen im Entwicklungsplan. Weitgehende Freihaltung von bisher unbebauten Bereichen in Bundes-/Landesstraßennähe durch Festlegungen im Entwicklungsplan.
Berücksichtigung/Aufnahme der festgelegten Zielsetzungen und Maßnahmen des Entwicklungsprogrammes für die Reinhaltung der Luft iVm der Klimaeignungskarte Leoben – Bruck an der Mur, verfasst von Univ. Prof. Dr. R. Lazar von 1994 im Zuge von Bebauungsmaßnahmen im Talbodenbereich im Sinne der Festlegungen des Wortlautes zum Flächenwidmungsplan Nr. 4.00.	mod	Mod.	Darstellung der Klimaeignungskarte im Erläuterungsbericht zum Entwicklungskonzept. Berücksichtigung von Frischluftzubringern durch Festlegungen im Entwicklungsplan

Tabelle 17 - Aktualität der Zielsetzungen

4.1.2 Bevölkerung und Siedlungsraum

Zielsetzungen der bisherigen Entwicklungskonzepte betreffend Bevölkerung Siedlungsraum	Aktualität	Aufnahme Wortlaut zum 1. STEK	Hinweise (Begründung bei Änderung)
Festlegung eines Bevölkerungszielwertes von rund 1.700 Einwohnern (Hauptwohnsitz) für das Jahr 2006.	ja	mod¹².	Zielsetzung ist aufgrund der Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung und gegebener siedlungspolitischer Zielsetzungen abgeändert auf 11.850 Einwohner für das Jahr 2028

¹²

Mod = modifiziert. Eine Anpassung/Umformulierung der bisherig geltenden Zielsetzungen.

Zielsetzungen der bisherigen Entwicklungskonzepte betreffend Bevölkerung Siedlungsraum	Aktualität	Aufnahme Wortlaut zum 1. STEK	Hinweise (Begründung bei Änderung)
Sicherung einer ausreichenden Besiedlungsdichte in den Hauptsiedlungsgebieten zur besseren Ausnutzung von bestehenden Infrastruktureinrichtungen ⇒ Festlegung von Planungsinstrumenten gem. § 27 (1) Stmk. ROG 1974 i.d.g.F. (Bebauungsplan und –richtlinie).	ja	nein	Angestrebt wird nach wie vor eine Verdichtung der gut ausgestatteten Siedlungsgebiete – dies wird durch die Festlegungen im EP Nr. 1.00 unterstützt. Planungsinstrument Richtlinie steht nicht mehr zur Verfügung.
Halten vor allem der jungen Bevölkerungsgruppen und der Auspendler der Gemeinde, um langfristig eine günstige Bevölkerungsstruktur zu bewahren ⇒ Sicherung der Lebensgrundlage durch Ausbau des Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebotes.	ja	mod.	Konkretisierung hinsichtlich Schaffung der räumlichen Voraussetzungen zur Ansiedelung und Sicherung der Betriebe
Bedachtnahme auf die vorhandenen dörflichen Siedlungsstrukturen in den Ortsteilen Laintal und Wolkersdorf Erhaltung der Dorfgebiete.	ja	mod.	Erhalt landwirtschaftlich strukturierter Gebiete; differenzierte Festlegungen im EP Nr. 1.00
Rücksichtnahme bei der qualitativen Erneuerung von Wohnhäusern und der Bausubstanz auf das Orts- und Landschaftsbild, um die charakteristischen Siedlungsformen der Region weiterzuführen und zu erhalten. Information und Beratung durch die Gemeinde.	ja	nein	Kein direkter räumlicher Bezug
Bedachtnahme auf die Erfordernisse der Hebung der Attraktivität der Ortschaften durch gezielte Ortserneuerungs- und Verschönerungsaktionen, insbesondere im Hinblick auf die angestrebten Maßnahmen zur Steigerung des Freizeit- und Naherholungstourismus in der Region.	ja	nein	Festlegungen von Örtlichen Eignungszonen im EP Nr. 1.00
Erhaltung und Pflege von historisch und architektonisch bedeutsamen Bauwerken	ja	nein	Kein direkter räumlicher Bezug
Festlegung von Gewerbegebieten vorzugsweise in Standortgunstlagen ⇒ z.B. an der B 115 (Eisenstraße).	ja	mod.	Festlegungen im EP Nr. 1.00
Aktive Bevölkerungspolitik und Verbesserung der Bevölkerungsstruktur durch Anhebung des Images von Gai als attraktiver Wohn-, Arbeits-, Fremdenverkehrs-, Erholungs- und Naherholungsort.	ja	Mod.	Imageanpassungen der neuen Stadtgemeinde Trofaiach und Umsetzung des neuen Leitbildes

Zielsetzungen der bisherigen Entwicklungskonzepte betreffend Bevölkerung Siedlungsraum	Aktualität	Aufnahme Wortlaut zum 1. STEK	Hinweise (Begründung bei Änderung)
Verbesserung und Ausbau der siedlungstechnischen Einrichtungen in der Gemeinde. Verbesserung der Aufschließung und Ver- und Entsorgung von neuen Wohnbaugebieten. Räumliche Grundlegungen für ausreichende und entsprechend den naturräumlichen Gegebenheiten differenzierte Angebote an unterschiedlichen Wohnformen und Wohnfolgeeinrichtungen. Förderung von energiesparenden bzw. energiegewinnenden Wohnformen bzw. Technologien.	ja	Mod.	Grundsatz der Stadtentwicklung
Zur Erhaltung einer tragfähigen Bevölkerung und Finanzierbarkeit der Infrastruktur und Auslastung der Einrichtungen ist die Baulandaufschließung auf diese Bevölkerungszielzahl abzustimmen.	ja	mod	Zielsetzung der Stadtgemeinde
+ Bereitstellung von ausreichenden Flächen für Wohnbauland durch Aufschließung und Begründung von neuen Wohngebieten im Anschluss an die Hauptbaugebiete und Auffüllung von Baulücken. Entwicklung jener Wohnbaulandteile, die sich zur Deckung des vorhersehbaren Bedarfes in besonderer Weise eignen.	Ja	Mod	Festlegung von Gebieten baulicher Entwicklung/ Entwicklungsgrenzen im EP
+ Schutz der Siedlungsbestände, welche durch Hochwasserabfluss und Gefahrenzonen betroffen sind.	ja	Mod	Festlegungen im EP (weitgehende Freihaltung von entsprechenden Gefährdungsbereichen) / Entwicklungsgrenzen
+ Erhaltung und Schaffung eines ausreichenden, auch in Zukunft gesicherten Angebotes an verschiedenen Erwerbsmöglichkeiten im Rahmen einer leistungsfähigen örtlichen Wirtschaft.	ja	Mod	Festlegung von entsprechenden Gebieten baulicher Entwicklung bzw. Erweiterungspotenzialen im EP
+ Konzentration der Wohnbebauung auf die bestehenden Siedlungskerne Edling, Gai - Töllach, Schardorf, Gausendorf, Windischbühel, Kurzheim, Gimplach.	ja	Ja	Raumordnungsgrundsatz – gestreute Schwerpunktbildung
+ Erstellung von Bebauungsplänen bei der Neuaufschließung von Wohngebieten. Erleichterung von Grundstücksteilungen.	ja	mod	Im EP nicht darstellbar, aber über die Bebauungsplanzonierung festgelegt.

Zielsetzungen der bisherigen Entwicklungskonzepte betreffend Bevölkerung Siedlungsraum	Aktualität	Aufnahme Wortlaut zum 1. STEK	Hinweise (Begründung bei Änderung)
+ Mit der Konzentration von Infrastrukturinvestitionen wird die Kompaktheit der Siedlungsräume gefördert.	Ja	Mod	Raumordnungsgrundsatz – gestreute Schwerpunktbildung
+ Abgrenzung der Siedlungsräume gegenüber dem Freiraum nach Topographie, Qualität der Ortsgestalt, 'Grenze' und 'Kontur' der Ränder der Ortschaften, Optimierung der Leitungs- und Wegelängen im Siedlungsverbund.	ja	Nein	Festlegung von Entwicklungsgrenzen im EP
+ Berücksichtigung der Zeitlichkeit der Veränderungsprozesse.	mod	Mod	Allgemein gültige Festlegung ohne räumlichen Bezug.
Abstimmung aller Zielsetzungen und Maßnahmen der Stadtgemeinde Trofaiach auf ein kurz- bis mittelfristig erreichbares Bevölkerungsziel von rund 8.700 Einwohnern (für den Planungszeitraum bis 2006).	Mod.	Mod.	Aktualisierung
Abstimmung dieser Bevölkerungszielgröße mit der räumlichen Tragfähigkeit der Stadtgemeinde (Sicherstellung von qualitativ hochwertigem Bauland mit vorhandener und/oder noch zu erstellender technischer und sozialer Infrastruktur, insbesondere jener erforderlichen Voraussetzungen, um die überörtlichen Bildungs- und Versorgungsaufgaben langfristig sicherstellen zu können).	ja	mod	Bevölkerungszielwertformulierung
Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse der Wohnungssuchenden nach kleineren Wohnungen bzw. nach Einfamilien- und Reihenwohnhäusern mit Freiflächenanteilen bei der generellen Wohnraumbedarfsplanung (insbesondere in Bereichen mit hoher Bauplatzqualität im Bereich des Mellplateaus).	ja	ja	Berücksichtigung kleiner Haushaltsgrößen bei der Haushaltsentwicklungsprognose und dementsprechendem Baulandbedarf
Sicherung von weiteren qualitativ hochwertigen Standorten zur bedarfsorientierten Errichtung von weiteren Alterswohnsitzen.	ja	mod	Trofaiach bietet aufgrund seiner nunmehr vorhandenen Vielseitigkeit den Bauplatz für jede Altersgruppe und Geldbörse an.
Bedarfsorientierte Altenbetreuung und -pflege aufgrund der natürlichen Altersverschiebung.	ja	nein	Fehlender räumlicher Bezug und nicht gegebene Verordnung über das STEK
Möglichst auf den Bedarf und die Gebietstypologie abgestimmte Siedlungsentwicklung in Abstimmung mit den Möglichkeiten des öffentlichen Personennahverkehrs als Beitrag zur Reduzierung des nicht notwendigen Individualverkehrsaufkommens gemäß Verkehrskonzept.	ja	ja	Berücksichtigung des öffentlichen Personennahverkehrs durch die Darstellung von Haltestelleneinzugsbereichen im Entwicklungsplan Nr. 1.00

Zielsetzungen der bisherigen Entwicklungskonzepte betreffend Bevölkerung Siedlungsraum	Aktualität	Aufnahme Wortlaut zum 1. STEK	Hinweise (Begründung bei Änderung)
Förderung der Wohnungspotenziale im Stadtzentrum durch verstärkte Nutzung von Dachböden.	mod	mod	Über Stek nicht zu verordnen, dient aber der Belebung der innerstädtischen Bereiche.
Vorrangige Nutzung der vorhandenen Wohnungspotenziale im innerstädtischen Bereich (Sanierungsinitiative).	mod	mod	S.O.
Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen für eine geordnete Weiterentwicklung der Siedlungsstruktur durch Ausweisung geeigneter Flächen entsprechend den Festlegungen des Siedlungsleitbildes.	ja	ja	Festlegungen im Entwicklungsplan
Festlegung größerer, neuer Baugebiete als Aufschließungsgebiete für Wohnzwecke in qualitativ hochwertigen Lagen unter Erstellung von Bebauungsplänen zur Regelung einer zweckmäßigen Gestaltung, Parzellierung und Erschließung gemäß Baulandzonierungsplan unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen nach dem Ortsbildgesetz 1977	ja	nein	Festlegung von Gebieten baulicher Entwicklung für Wohnen in zentralen Lagen. Umsetzung/ Festlegung von entsprechenden Aufschließungserfordernissen im Rahmen des Flächenwidmungsplanes
Orientierung des Wohnungsangebotes an der Nachfragestruktur unter Berücksichtigung besonders geförderter Wohnformen, zB erhöhter Wohnbauförderung für Bauvorhaben mit mehr als 2 Wohnungen gemäß Regionalem Entwicklungsprogramm Leoben im Talraum der Stadtgemeinde Trofaiach.	ja	Nein	Festlegung von Gebieten baulicher Entwicklung für Wohnen in zentralen Lagen
Verifizierung und Anpassung der festgelegten Ortsbildschutzzonen im Sinne der Bestimmungen des Ortsbildgesetzes LGBl. Nr. 54/1977	ja	Nein	Darstellung der Ortsbildschutzzone 2.0 im Entwicklungsplan

Tabelle 18 - Aktualität der Zielsetzungen

4.1.3 Wirtschaft

Zielsetzungen der bisherigen Entwicklungskonzepte betreffend Wirtschaft	Aktualität	Aufnahme Wortlaut zum 1. STEK	Hinweise (Begründung bei Änderung)
Anstreben ausgewogener wirtschaftlicher Verhältnisse, die der Bevölkerung in Übereinstimmung mit der angestrebten Bevölkerungszahl und der räumlichen Tragfähigkeit günstige Lebens- und Arbeitsbedingungen sichern, auch im Rahmen einer übergemeindlichen Zusammenarbeit. Festlegung von zusätzlichen Industrie- und Gewerbegebieten im FWP.	ja	nein	Fehlender unmittelbarer räumlicher Bezug gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005), jedoch Festlegungen im EP Nr. 1.00 (Industrie- und Gewerbebereiche)
Bedarfsorientierte Erweiterung und gegebenenfalls Neufestlegung von zusätzlichen Gewerbe- und Dienstleistungsbereichen unter Berücksichtigung von guten Erschließ- und Erreichbarkeiten gemäß Siedlungsleitbild unter Vermeidung von künftigen Nutzungskonflikten ⇒ Festlegung von mittel- bis langfristigen Entwicklungspotenzialen im SLB.	ja	mod.	Festlegungen im EP Nr. 1.00
Sparsame Baulandfestlegung, vor allem unter dem Aspekt der langfristigen Erhaltung von landwirtschaftlichen Betrieben (Sicherung von landwirtschaftlich gut nutzbaren Zonen gemäß SLB). Hintanhaltung des Heranrückens von Wohnbebauung (Prüfung von Schutzabständen bei Intensivtierhaltung) zur Minimierung der Nutzungskonflikte.	ja	ja	Zielsetzung weiterhin gültig, Raumordnungsgrundsatz
Erhaltung der naturräumlichen Voraussetzungen für eine leistungsfähige, die Arbeitsplätze sichernde Land- und Forstwirtschaft, insbesondere im Hinblick auf deren Aufgaben im Bereich der Landschaftspflege und der Landschaftserhaltung als Grundlage für den Freizeit- und Erholungstourismus. Festlegung von Dorfgebieten im FWP sowie Festlegung von Freihaltebereichen, Hangzonen, etc. im SLB.	ja	ja, mod.	Zielsetzung weiterhin gültig, Ergänzung hinsichtlich überlagerter Nutzungen (Wohnen, Landwirtschaft). Festlegungen im EP Nr. 1.00
Sorgfältige Prüfung von Nutzungsprioritäten (Abwägungsprozess), insbesondere im Zusammenhang mit Baulanderweiterungsmaßnahmen in Übergangszonen zu landwirtschaftlich gut nutzbaren Bereichen (Pufferbereichen). Berücksichtigung im Rahmen der Bebauungsplanung, Prüfen von Schutzabständen bei bereits bestehenden landwirtschaftlichen Betrieben.	ja	ja	Zielsetzung weiterhin gültig. Festlegung von sich überlagernden Gebieten baulicher Entwicklung bzw. von Potenzialen im EP Nr. 1.00 unter Berücksichtigung von etwaigen Konfliktpotenzialen Differenzierte Festlegungen im FWP

Zielsetzungen der bisherigen Entwicklungskonzepte betreffend Wirtschaft	Aktualität	Aufnahme Wortlaut zum 1. STEK	Hinweise (Begründung bei Änderung)
Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Berufsangehörigen in der Land- und Forstwirtschaft im Rahmen der geplanten Projekte (Naherholung, Urlaub am Bauernhof, „Reiten im Steirischen Oberland“) im Zuge der LEADER+ Region Steirische Eisenstraße. Information und Beratung durch die Gemeinde.	ja	nein	Fehlender unmittelbarer räumlicher Bezug gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005)
Verbesserung der Produktivität und der Wettbewerbsfähigkeit der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, insbesondere Förderung der überbetrieblichen Zusammenarbeit (Nutzung von Kooperationen und Synergien im Rahmen der LEADER+ Regionen Steirische Eisenstraße) (zB Ab-Hof-Verkauf). Information und Beratung durch die Gemeinde.	ja	nein	Fehlender unmittelbarer räumlicher Bezug gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005)
Sicherstellung der Bewirtschaftung von Grünflächen (auch von Grenzertragsböden, Almen,) unter Bewahrung des Landschaftscharakters. Information und Beratung über mögliche Förderungen durch die Gemeinde.	ja	mod.	Festlegung von freizuhaltenden Bereichen im EP Nr. 1.00, Darstellung der landwirtschaftlichen Vorrangzone gem. REPRO Leoben.
Sicherung eines ausreichenden Kundenpotenzials im unmittelbaren Einzugsbereich bestehender und künftiger Gewerbebetriebe. Festlegung von schwerpunktmäßigen Konzentrationen der künftigen Bautätigkeit und von mittel- und langfristigen Entwicklungspotenzialen für Industrie und Gewerbe im Siedlungsleitbild.	ja	mod.	Festlegung von Gebieten baulicher Entwicklung im EP
Berücksichtigung bestehender Gewerbebetriebe und deren allfällige Erweiterungsmöglichkeiten bei allen Festlegungen und Maßnahmen der Örtlichen Raumordnung. Festlegung von mittel- und langfristigen Entwicklungspotenzialen für Industrie und Gewerbe im SLB.	ja	mod.	Festlegung im EP
Festlegung von industriellen Erweiterungsflächen in geeigneter Lage (verkehrs-technische Erreichbarkeit), um den ohnehin schwach ausgeprägten industriell-gewerblichen Sektor der Gemeinde Hafning bei Trofaiach zu stärken. Festlegen geeigneter Flächen im FWP.	ja	mod.	Festlegung im EP
Erhaltung der bestehenden Nahversorgung für die Eigenbevölkerung sowie bedarfsgerechter weiterer Ausbau von Versorgungseinrichtungen für die Bevölkerung. Festlegung von Wohnbereichen mit Wirtschaftsfunktion im SLB.	ja	mod.	Festlegung im EP – Überlagerung zweier Funktionen.

Zielsetzungen der bisherigen Entwicklungskonzepte betreffend Wirtschaft	Aktualität	Aufnahme Wortlaut zum 1. STEK	Hinweise (Begründung bei Änderung)
Stärkung der örtlichen Wirtschaft durch einen weiteren schrittweisen Ausbau des Naherholungs- und Ausflugstourismus, insbesondere durch die Umsetzung der Vorhaben im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER+ Steirische Eisenstraße und der Destinationsentwicklung „iron mountains“ durch Schaffung zusätzlicher touristischer Einrichtungen (qualitative und quantitative Anpassung an neue Freizeittrends). Information und Beratung durch die Gemeinde – übergemeindliche Zusammenarbeit.	ja	nein	Fehlender unmittelbarer räumlicher Bezug gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005)
Qualitative Verbesserung bestehender Fremdenverkehrseinrichtungen hinsichtlich der sich ändernden Bedürfnisse des Naherholungstourismus, insbesondere von Fremdenverkehrsbetrieben, Spiel-, Sport- und Erholungseinrichtungen, Erweiterung eines Angebotes an Spiel-, Sport- und Freizeiteinrichtungen.	ja	ja	Festlegung von Eignungszonen im EP
Ausbau und Kennzeichnung des Radwegenetzes.	ja	nein	Fehlender unmittelbarer räumlicher Bezug gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005)
Regionale Werbung, Vermarktung (im Rahmen der LEADER+ Projekte) und zielgruppenorientierte Ausrichtung auf vorhandene gebietstypische Angebote (Vernetzung der Angebotsstrukturen von Land- und Forstwirtschaft mit der Gastronomie, Gewerbe und Kultur). Information und Beratung durch die Gemeinde.	ja	nein	Fehlender unmittelbarer räumlicher Bezug gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005)
Anzustreben sind ausgewogene wirtschaftliche Verhältnisse, die der Bevölkerung günstige Lebens- und Arbeitsbedingungen sichern. Dies sollte in Übereinstimmung mit der angestrebten Bevölkerungszahl und der räumlichen Tragfähigkeit sowie mit den bestehenden bzw. anzustrebenden überörtlichen Funktionen von Trofaiach im Rahmen des Regionalen Entwicklungsleitbildes der Region Leoben erfolgen.	ja	mod	Generelle Zielsetzung im Leitbild der neuen Stadtgemeinde Trofaiach
Erhaltung und Schaffung eines ausreichenden, auch in Zukunft gesicherten Angebotes an verschiedenen Erwerbsmöglichkeiten im Rahmen einer leistungsfähigen Wirtschaft, wobei auch auf die innerregionale Eigenständigkeit des Vordernberger Tales zu achten ist (Regionales Entwicklungsprogramm Planungsregion Leoben und Regionales Entwicklungsleitbild der Region Leoben).	ja	ja	Festlegung von entsprechenden Erweiterungspotenzialen für ansiedlungswillige Betriebe
Sicherung und bedarfsgerechte Erweiterung überörtlich bedeutsamer, leistungsfähiger und ausgewogener Versorgungsinfrastruktur.	ja	nein	Nicht darstellbar im STEK

Zielsetzungen der bisherigen Entwicklungskonzepte betreffend Wirtschaft	Aktualität	Aufnahme Wortlaut zum 1. STEK	Hinweise (Begründung bei Änderung)
Stärkung der zentralörtlichen Funktion der Stadtgemeinde durch Ansiedelung von weiteren Handels- und Dienstleistungseinrichtungen.	ja	Ja	
Erhaltung und Sicherung von zusammenhängenden landwirtschaftlichen Nutzflächen als Existenzgrundlage bestehender landwirtschaftlicher Betriebe.	ja	ja	Geeignete Flächen werden als Freiland – landwirtschaftlich genutzte Flächen im Flächenwidmungsplan bewahrt.
Sorgfältige Prüfung von Nutzungsprioritäten, insbesondere im Zusammenhang mit Baulanderweiterungsmaßnahmen (Nutzungsentflechtung im Bereich Mellplateau).	ja	ja	Freihaltung stadtnaher, naturbelassener Bereiche durch Festlegungen im STEK/Entwicklungsplan
Sparsame Verwendung vorhandener Primärenergie durch Steigerung des Wirkungsgrades bzw. Ausbau und Nutzung zentraler und dezentraler Energieversorgungssysteme.	ja	nein	Räumlicher Bezug STEK fehlt - jedoch Festlegung von Bereichen für Energieversorgungsanlagen (Photovoltaikanlagen)
Sicherung und Aufbau industriell-gewerblicher Entwicklungsstandorte gemäß § 3 Z.12 Regionales Entwicklungsprogramm Leoben in Gebieten mit hoher Standortgunst, insbesondere guter regionaler und überregionaler Verkehrsanbindung, unter Bedachtnahme auf umwelt- und wasserwirtschaftlich relevante Gesichtspunkte. Als Standorte für innerregionale bedeutsame industriell-gewerbliche Entwicklungen sind die Auf- und Abfahrtsbereiche beidseits der B 115 bzw. B 115a langfristig sicherzustellen.	ja	ja	Erweiterungsmöglichkeiten im Entwicklungsplan schaffen, Mitwirken an Optimierung Straßennetz
Langfristige Sicherung dieser Gewerbestandorte vor anderen Nutzungen entsprechend den Zielsetzungen des Siedlungsleitbildes.	ja	ja	s.o.
Bodenpolitik und Grundstückssicherung sowie Baulandaufschließung durch die Stadtgemeinde zur Erhöhung des nutzbaren Angebotes vor nicht störenden Industrie- und Gewerbeflächen.	ja	mod	Abschluss von Aufschließungskostenverträgen mit dem Zwecke der Kostenneutralität für die Gemeinde
Bedarfsorientierte Angebotsentwicklung in Abstimmung mit der touristischen Destinationsentwicklung „Iron Mountains“, insbesondere mit dem Projekt „Glabogge“.	mod	mod	

Zielsetzungen der bisherigen Entwicklungskonzepte betreffend Wirtschaft	Aktualität	Aufnahme Wortlaut zum 1. STEK	Hinweise (Begründung bei Änderung)
Langfristige Sicherung potenzieller und verfügbarer Handels- und Dienstleistungsstandorte vor anderen Nutzungen entsprechend den Festlegungen des Siedungsleitbildes (insbesondere im Bereich des festgelegten Stadtteilnebenzentrums).	ja	Ja	Festlegungen im Entwicklungsplan (zB Zentrumsbereiche)
Sicherung einer ausreichenden Nahversorgung der Bevölkerung in den einzelnen Siedlungsschwerpunkten in Übereinstimmung mit der vorhandenen und angestrebten Siedlungsstruktur unter Beachtung einer geeigneten Verkehrserschließung und Vermeidung von Beeinträchtigungen der Nachbarschaft gemäß Festlegungen des Siedungsleitbildes	ja	Nein	Fehlender räumlicher Bezug
Stärkung der örtlichen Nahversorgung durch Erhöhung des Dienstleistungsangebotes, insbesondere in den eigenständigen Ortsteilen westlich der B 115a bzw. der B 115.	ja	Mod	Ausdehnung auf das gesamte Gemeindegebiet sofern möglich und wirtschaftlich vertretbar
Ansiedelung von Klein- und Mittelbetrieben des tertiären Wirtschaftssektors an den dafür vorgesehenen (industriell) geeigneten Standorten.	ja	ja	
Erhaltung und Schaffung eines ausreichenden, auch in Zukunft gesicherten Angebotes an verschiedenen Erwerbsmöglichkeiten im Rahmen einer leistungsfähigen Wirtschaft.	ja	mod	Festlegung von entsprechenden Potenzialen im Entwicklungsplan.
Erhaltung, Pflege und Gestaltung der Kultur- und Erholungslandschaft als Grundlage und wichtiges Angebotselement im planmäßig weiterzuentwickelnden Tourismus und Fremdenverkehr, zB im Rahmen des Projektes „Steirische Eisenstraße“ bzw. „Reiten im steirischen Oberland“ bzw. „Destinationsentwicklung Iron Mountains“.	mod	mod	Erhalt von Naherholungsstandorten und Eignungszonen im Entwicklungsplan

Tabelle 19 - Aktualität der Zielsetzungen

4.1.4 Technische Infrastruktur und Gemeinbedarfseinrichtungen

Zielsetzungen der bisherigen Entwicklungskonzepte betreffend technische Infrastruktur und Gemeinbedarfseinrichtungen	Aktualität	Aufnahme Wortlaut zum 1. STEK	Hinweise (Begründung bei Änderung)
Verbesserung des Angebotes an öffentlichen Personennahverkehrsmitteln hinsichtlich Linien- und Frequenzgestaltung. Anbindung an Stadtverkehr Trofaiach.	ja	nein	Fehlende unmittelbare räumliche Auswirkung gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005)
Schrittweise Erweiterung der Ver- und Entsorgungssysteme der technischen Infrastruktur im Einklang mit der weiteren Siedlungsentwicklung. Umsetzen des Abwasserentsorgungskonzeptes (AEK) und des Gemeindeabwasserplans (GAP).	ja	nein	Fehlender unmittelbarer räumlicher Bezug gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005). Ausrichtung der Gebiete baulicher Entwicklung (Raumordnungsgrundsatz)
Schrittweise weitere Verringerung des Abfallaufkommens in der Gemeinde (Abfalltrennung, Abfallvermeidung). Information und Beratung durch die Gemeinde, Errichtung und Erweiterung der Müllsammelstellen in größeren zusammenhängenden Siedlungsgebieten.	ja	nein	Fehlende unmittelbare räumliche Auswirkung gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005)
Sicherung der Qualität des Trinkwassers im gesamten Gemeindegebiet. Schutz der Einzugsgebiete vor Verbauung und Verunreinigung.	ja	ja	
Beratung und Förderung der Bauwerber bezüglich energiesparender Maßnahmen bei der Errichtung von Wohnhäusern. Information und Beratung durch die Gemeinde.	ja	nein	Fehlende unmittelbare räumliche Auswirkung gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005)
Vorsorge zur langfristigen Sicherung eines ausreichenden Energieangebotes durch mittel- bzw. langfristig vermehrten Einsatz von alternativen Energieträgern unter Ausnutzung der natürlichen Ressourcen (z.B. Biomasse, Sonnenkollektoren, Windenergie, etc.). Beratung und Information durch die Gemeinde, Berücksichtigung von modernen Bauformen im Rahmen der Bebauungsplanung.	ja	ja	
Weitere Unterstützung und Förderung des sozialen Gemeinschaftslebens und des Vereinswesens. Bedarfsgerechte Anpassung der Infrastruktur bzw. zur Verfügungsstellung von gemeindeeigenen Einrichtungen z.B. Sitzungssaal, Mehrzweckhalle usw.	ja	nein	Fehlende unmittelbare räumliche Auswirkung gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005)

Zielsetzungen der bisherigen Entwicklungskonzepte betreffend technische Infrastruktur und Gemeinbedarfseinrichtungen	Aktualität	Aufnahme Wortlaut zum 1. STEK	Hinweise (Begründung bei Änderung)
Ausrichtung des kulturellen Angebotes auf alle Alters- und Interessensgruppen, insbesondere auch auf den Tourismus, in Abstimmung mit den LEADER+ Projekten sowie der Destinationsentwicklung „iron mountains“.	ja	nein	Fehlende unmittelbare räumliche Auswirkung gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005)
Erhaltung und weitere Verbesserung eines bedarfsgerechten Angebotes an ärztlicher Versorgung und zentralen Einrichtungen des Gesundheitswesens in Zusammenarbeit	ja	nein	Fehlende unmittelbare räumliche Auswirkung gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005)
+ Sicherung einer einwandfreien Wasserversorgung für die Gemeindebevölkerung. Qualitativ und quantitativ ausreichende Versorgung der Baugebiete.	ja	nein	Fehlende unmittelbare räumliche Auswirkung gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005) – ausgenommen Ersichtlichmachung Quell- und Brunnenschutzgebiete und Hinweisführung.
+ Ausbau und Erhaltung der Kanalisation und Abwasserreinigungsanlagen nach dem Stand der Technik im Abwasserverband Unteres Vordernbergertal.	mod	mod	Orientierung der Siedlungsstruktur am bestehenden Kanalnetz
+ Erhaltung der Voraussetzungen für die zeitgemäße umfassende Abfallbewirtschaftung.	mod	nein	Fehlende unmittelbare räumliche Auswirkung gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005)
+ Maßnahmen der Energieeinsparung. Erschließung und Ausbau der örtlichen Energiequellen für eine technisch gesicherte und kostengünstige Energieversorgung. Thermische Sanierung von Gebäuden.	ja	Nein	Fehlende unmittelbare räumliche Auswirkung gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005)
+ Ersatz von ausländischen durch heimische Energieträger, Ersatz von nicht erneuerbaren Energieträgern durch erneuerbare Energieträger. Förderung der Nutzung Alternativenenergien	mod	mod	Fehlende unmittelbare räumliche Auswirkung gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005)
+ Bau und Inbetriebnahme einer Kreisverkehrsanlage in Edling an der Eisenbundesstraße.	ja	ja	Zielsetzung
+ Bau und Inbetriebnahme einer ansprechenden Einfahrt / Ausfahrt von der Seizerstraße nach Gai – Töllach.	tw	ja	Zielsetzung Optimierung

Zielsetzungen der bisherigen Entwicklungskonzepte betreffend technische Infrastruktur und Gemeinbedarfseinrichtungen	Aktualität	Aufnahme Wortlaut zum 1. STEK	Hinweise (Begründung bei Änderung)
+ Anlage von Verkehrsflächen entsprechender Ausgestaltung bei der Neuaufschließung von Wohnbaugebieten, Anlage von Verkehrsprofilen mit begleitenden Grünstreifen. Pflanzung von Baumreihen, Alleen.		nein	Keine entsprechenden Festlegungen im Entwicklungsplan – tatsächliche Festlegungen im Bebauungsplan-Verfahren
+ Teilnahme am landesweiten Verkehrsverbund, Sicherstellung und Verbesserung der Versorgung mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln.	ja		Erfolgt bereits (zB Rufbus)
+ Erhaltung und Ausbau des ländlichen Wegenetzes zur Förderung der Landwirtschaft.	ja	nein	Kein direkter räumlicher Bezug
+ Verbesserung und Ausbau des Wegenetzes zur besseren verkehrlichen Verbindung der einzelnen Ortschaften und Dörfer untereinander.	Ja	ja	Keine entsprechenden Festlegungen im Entwicklungsplan – tatsächliche Festlegungen im Bebauungsplan-Verfahren
+ Ausbau eines - die Landesstraße L 116 Edling - Seiz begleitenden durchgehenden Radweges, bauliche Trennung zur Sicherheit der Verkehrsteilnehmer.	ja	ja	Keine entsprechenden Festlegungen im Entwicklungsplan – tatsächliche Festlegungen im Bebauungsplan-Verfahren
Schrittweise Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Verkehrseinrichtungen bei größtmöglicher Beachtung des Umweltschutzes unter Berücksichtigung des Energiesparegedankens, insbesondere des öffentlichen Personennahverkehrs zum benachbarten Zentrum Leoben.	ja	Nein	Einführung Rufbussystem
Gestaltung des Straßenraumes, Entflechtung des Verkehrs, Schaffung verkehrsarmer Zonen sowie erforderlicher Parkräume gemäß den Bedürfnissen der Wohnbevölkerung und der Wirtschaft in den einzelnen Ortsteilen und im Zentrum.	ja	nein	s.o.
Weiterer Ausbau und Forcierung der ökonomischen und ökologischen Lebensgrundlagen für die Bevölkerung durch Maßnahmen der Energieeinsparung, des weiteren Ausbaues leitungsgebundener Energieträger sowie durch Erschließung innerregionaler Energiequellen, zB Biomasse, Wasserkraft, Erdwärme, Solarenergie.	ja	mod	Festlegung von Eignungszonen zB für die Errichtung von Photovoltaikanlagen

Zielsetzungen der bisherigen Entwicklungskonzepte betreffend technische Infrastruktur und Gemeinbedarfseinrichtungen	Aktualität	Aufnahme Wortlaut zum 1. STEK	Hinweise (Begründung bei Änderung)
Sicherung einer einwandfreien Wasserversorgung für die Regionsbevölkerung durch langfristige Erhaltung und Sicherung bestehender örtlicher Anlagen.	ja	nein	Fehlende unmittelbare räumliche Auswirkung gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005) – ausgenommen Ersichtlichmachung von Quell- und Brunnenschutzgebieten und Hinweisführung.
Schrittweise weitere Verringerung des Abfallaufkommens in der Stadtgemeinde (Abfalltrennung, Abfallvermeidung).	ja	nein	Fehlende unmittelbare räumliche Auswirkung gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005)
Weiterer Ausbau des örtlichen Fuß- und Radwegenetzes iVm fertiggestelltem, grenzüberschreitendem Fuß- und Radwegenetz (R 38).	ja	ja	Zielsetzung
Schaffung von durchgehenden Lärmschutzmaßnahmen entlang der überregionalen Verkehrsträger zur Erreichung der für örtliche und überörtliche Raumplanung maßgebenden Immissionsrichtwerte zur Besicherung der wesentlichen Wohnbaulandreserven.	ja	ja	Frage der finanziellen Möglichkeiten
Sicherstellung einer bedarfsorientierten, den unterschiedlichen Bedürfnissen entsprechenden sozialen Pflege und Betreuung aller Altersgruppen für die Bevölkerung von Trofaiach.	Ja	nein	Fehlende unmittelbare räumliche Auswirkung gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005)
Berücksichtigung der Belange der Behinderten bei der baulichen Gestaltung von öffentlichen Einrichtungen und Anlagen sowie im sozialen Wohnbau.	Ja	nein	Fehlende unmittelbare räumliche Auswirkung gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005)
Weitere Unterstützung und Förderung des sozialen Gemeinschaftslebens und des Vereinswesens.	Ja	nein	Fehlende unmittelbare räumliche Auswirkung gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005)
Ausrichtung des kulturellen Angebotes auf alle Alters- und Interessensgruppen, sowie weitere Förderung der Erwachsenenbildung, Jugendbetreuung und Büchereien.	Ja	nein	Trofaiach bietet für jede Altersgruppe Ort zum Leben an
Förderung regionsspezifischer Kulturinitiativen, besonders zur Hebung des Regionsbewusstseins und der überörtlichen Zusammenarbeit.	Ja	nein	Fehlende unmittelbare räumliche Auswirkung gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005)

Zielsetzungen der bisherigen Entwicklungskonzepte betreffend technische Infrastruktur und Gemeinbedarfseinrichtungen	Aktualität	Aufnahme Wortlaut zum 1. STEK	Hinweise (Begründung bei Änderung)
Sicherung der Einrichtungen des Gesundheitswesens in Zusammenarbeit mit der Nachbargemeinde sowie Weiterentwicklung flächendeckender mobiler Pflege- und Sozialhilfeeinrichtungen und Seniorenbetreuung (ISGS).	Ja	nein	Fehlende unmittelbare räumliche Auswirkung gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005)
Berücksichtigung der Bestrebungen des Ausbaues bzw. Umbaues des Freibades „Glabogge“ im Rahmen der Destinationsentwicklung „iron Mountains“.	Ja	nein	Fehlende unmittelbare räumliche Auswirkung gem. Planungsleitfaden (FA13B, 2005)

Tabelle 20 - Aktualität der Zielsetzungen

5 DAS KONTROLLINSTRUMENT: DIE UMWELTPRÜFUNG

5.1 Vorprüfung/SUP-Screening

Für alle gegenüber den bisher geltenden/wiederverlautbarten Siedlungsleitbildern/Entwicklungsplänen geänderten Festlegungen wurde eine Vorprüfung hinsichtlich der Bestimmungen des § 4 (Umweltprüfung) Stmk. ROG 2010 durchgeführt.

Vorweg erfolgte eine Prüfung nach Ausschlusskriterien (Prüfkriterien gemäß Planungsleitfaden SUP in der Örtlichen Raumplanung, herausgegeben von der Fachabteilung 13B, Amt der Stmk. Landesregierung, veröffentlicht im Sept. 2011). Die Ergebnisse der raumordnungsfachlichen Analyse und Begründung, dass keine weiterführende Umweltprüfung im Sinne des § 4 Abs 2 Stmk. ROG 2010 durch die Erfüllung o. genannter Ausschlusskriterien erforderlich ist, kann aus der dem Differenzplan beiliegenden Differenzliste (sh. Kapitel 5.3.4 des Erläuterungsberichtes zum Stadtentwicklungskonzept) im Detail entnommen werden.

5.2 Umweltverträglichkeitsprüfung/ Europaschutzgebiet/ Alpenkonvention

Durch die in der Differenzliste erläuterten Planänderungen werden keine neuen Grundlagen für Projekte geschaffen, die gemäß dem Anhang 1 UVP-G 2000 einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen (vgl. Kapitel 5.3.1). Ferner wird kein Europaschutzgebiet durch die gegenständlichen Festlegungen beeinträchtigt und wird den Bestimmungen der Alpenkonvention nicht widersprochen (vgl. Kapitel: 3.1.1).

5.3 Differenzplan/ Differenzliste/ SUP-Prüfung/ Umwelterheblichkeitsprüfung

In Übereinstimmung mit den Raumordnungsgrundsätzen des Stmk. Raumordnungsgesetzes 2010, den Festlegungen des Landesentwicklungsprogrammes 2009, des Regionalen Entwicklungsprogrammes für die Planungsregion (politischer Bezirk) Leoben und der Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 12.09.2005 über ein Programm zur hochwassersicheren Entwicklung der Siedlungsräume werden, ausgehend von den Ergebnissen der Bestandsaufnahme, der darauf aufbauenden Problemanalyse sowie auf Grundlage der Entwicklungskonzepte der ehemaligen Gemeinden Gai und Hafning sowie der Stadtgemeinde Trofaiach, die kurz-, mittel- und langfristigen Entwicklungsziele und Maßnahmen angepasst bzw. neu festgelegt und die in der nachfolgenden Differenzliste iVm dem Differenzplan (im Anhang) dokumentierten Änderungen, Ergänzungen sowie Neufestlegungen durchgeführt.

Die Bestimmungen der Alpenkonvention werden eingehalten.

Vergleich der bisherigen Siedlungsleitbilder/Entwicklungspläne mit dem neuem Entwicklungsplan 1.00:

Die bisher geltenden/wiederverlautbarten Siedlungsleitbilder/Entwicklungspläne der ehemaligen Gemeinden Gai, Hafning und Trofaiach beinhalten bereits wesentliche Zielsetzungen für die langfristige Siedlungs- und Ortsentwicklung. Für die bisher nicht näher definierten Räume werden entsprechend dem Stand der Technik Gebiete baulicher Entwicklung und Entwicklungsgrenzen ergänzend festgelegt. Die Gegenüberstellung zeigt, dass die neu festzulegenden Gebiete baulicher Entwicklung weitgehend mit den Festlegungen in den bisherigen Entwicklungskonzepten – Siedlungsleitbilder/Entwicklungspläne übereinstimmen – Veränderungen werden im Sinne der Darstellung des roten Fadens der Planung (auch wenn diese Verordnung die Periode 1.00 der neuen Stadtgemeinde Trofaiach darstellt) in der nachfolgenden Differenzliste genau betrachtet.

Somit werden in der Folge nur die relevanten Änderungen näher beschrieben und begründet. Die bisherige Funktionsfestlegung „Wohnbereich mit Wirtschaftsfunktion“ in den Siedlungsleitbildern/Entwicklungsplänen werden auf Basis der seit 2007 geltenden Planzeichenverordnung nicht mehr festgelegt. Stattdessen wird dort, wo eine gewerbliche Entwicklung zweckmäßig ist, die Überlagerung der Gebiete „Wohnen“ bzw. „Zentrum“ und „Industrie und Gewerbe“ festgelegt. Weiters werden die aus den Flächenwidmungsplänen bestehenden Sondernutzungen im Freiland als Örtliche Vorrangzonen/Eignungszonen auch im EP Nr. 1.00 festgelegt.

Wie bereits erwähnt, werden die Tierhaltungsbetriebe im Gemeindegebiet (lt. Angaben der Gemeinde) als Punktsignatur gem. PZVO 2007 dargestellt.

Prüfung der Umwelterheblichkeit der differierenden Neufestlegungen:

Die Prüfung nach Ausschlusskriterien gemäß dem Leitfaden zur Beurteilung der Umwelterheblichkeit in der örtlichen Raumplanung (herausgegeben vom Amt der Stmk. LR, ABT13 idF 2. Auflage vom September 2011) wird zur besseren Nachvollziehbarkeit in die Differenzliste eingearbeitet.

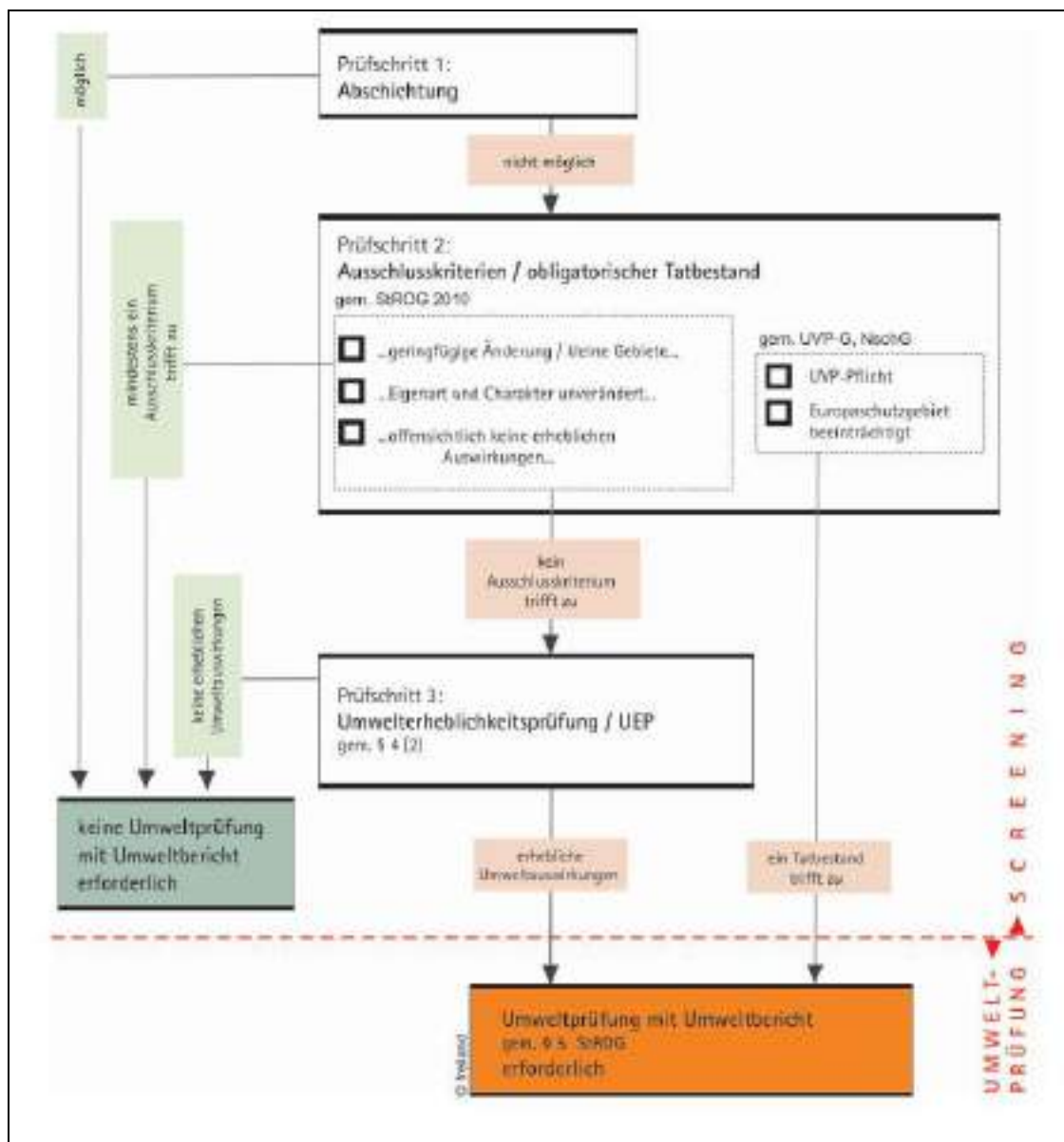


Abbildung 22 - Ablaufschema Prüfung Umwelterheblichkeit (Quelle: überarbeiteter Leitfaden der FA13B, April 2011)

5.3.1 Prüfschritt 1: Screening

Nach Pkt. 2 „Ablaufschema“ ist nach dem Prüfschritt 1 (Abschichtung) der Prüfschritt 2 (Ausschlusskriterien/obligatorischer Tatbestand) gemäß Stmk. ROG 2010 idgF durchzuführen. Das Kriterium der „Abschichtung“ gilt, wenn „eine Umweltprüfung für einen Plan höherer Stufe bereits vorliegt oder aus einer weiteren Prüfung keine zusätzlichen Erkenntnisse in Bezug auf die Umweltauswirkungen zu erwarten sind“.

Nachdem für die großflächige Neufestlegung/Erweiterung des Industrie-Gewerbe Gebietes kein genehmigtes Örtliches Entwicklungskonzept insbesondere Entwicklungsplan nach geltender (neuer) Rechtsnorm vorliegt sowie das Regionale Entwicklungsprogramm für die Planungsregion Leoben für die Festlegung nicht herangezogen werden, kann das o.a. Kriterium nicht angewendet werden. Da für die o.a. Festlegung die Ausschlusskriterien gemäß Prüfschritt 2 nicht anzuwenden sind, keine Umweltverträglichkeitsprüfung besteht und kein Europaschutzgebiet beeinträchtigt wird sowie der Prüfschritt 1 nicht angewendet werden kann, ist der 3. Prüfschritt des Screenings, die sog. „Umwelterheblichkeitsprüfung – UEP“ notwendig.

5.3.2 Prüfschritt 2: Ausschlusskriterien

Das genannte Planungsgebiet wurde hinsichtlich möglicher erheblicher Umweltauswirkungen im Sinne des § 4 Abs 3 iVm dem „Planungsleitfaden SUP in der Örtlichen Raumplanung“ (herausgegeben von der FA 13B, Amt der Stmk. Landesregierung, Stand: April 2011, 2. Auflage) vorgeprüft. Die Ergebnisse sind entsprechend den geltenden Bestimmungen des Stmk. ROG 2010, LGBL. Nr. 49/2010 idgF nachfolgend näher angeführt. Prüfrelevant zeigen sich die Änderungsbereiche lfde. Nr. (laut Differenzplan) Gai9, Gai13 und T4.

Relevant sind sämtliche derzeitigen, für den Plan oder das Programm relevanten Umweltprobleme unter besonderer Berücksichtigung der Probleme, die sich auf Gebiete mit einer speziellen Umweltrelevanz beziehen, wie etwa die gemäß den Richtlinien 79/409/EWG und 92/43/EWG ausgewiesenen Gebiete.

Ergebnisse hinsichtlich schutzwürdiger Gebiete der Kategorie A gemäß Anhang 2 UVP-G 2000 idgF:

- Vogelschutzgebiete nach der Vogelschutzrichtlinie 79/409/EWG;
- NATURA-2000-Gebiete nach der FFH-Richtlinie 94/24/EG, die in der Liste der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung nach Art. 4 dieser Richtlinie genannt sind;
- Bannwälder gemäß § 27 des Forstgesetzes;
- durch Verwaltungsakt ausgewiesene und genau abgegrenzte Schutzgebiete im Bereich der Naturschutzkompetenz der Länder (Schutzgebiete nach den Natur- und Landschaftsschutzgesetzen).

Diese Kategorie ist bei Vorhabenstypen der folgenden Ziffern (des Anhanges 1) zum UVP-Gesetz 2000 idgF zu berücksichtigen: Windfarmen (Z 6), Straßen und Eisenbahntrassen (Z 9 und 10), Schigebiete (Z 12), Rohrleitungen (Z 13), Starkstromwege (Z 16), Freizeitparks, Hotels, Parkplätze, Jachthäfen und Campingplätze (Z 17, 20, 21, 22, 23), Bergbau (Z 25, 26, 27, 28 und 29), wasserwirtschaftliche Vorhaben (Z 31, 33, 37, 38, 39 und 40), Fischzucht (Z 44), Umwandlung von Ödland (Z 45), Rodungen (Z 46).

NATURA 2000 Gebiete gemäß Vogelschutzrichtlinie:

- Lt. vorliegenden Unterlagen (Datenlieferung des Amtes d. Stmk. Landesregierung) befindet sich das Projektgebiet in **keinem** NATURA 2000 Gebiet gemäß Vogelschutzrichtlinie.

NATURA 2000 Gebiete gemäß FFH-Richtlinie:

- Lt. vorliegenden Unterlagen (Datenlieferung des Amtes d. Stmk. Landesregierung) befindet sich das Projektgebiet in **keinem** NATURA 2000 Gebiet gemäß Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie.

Bannwälder:

- Gemäß Waldentwicklungsplan des Landes Steiermark befinden sich im Projektgebiet **keine** Bannwälder.

Schutzgebiete nach Stmk. Naturschutzgesetz:

- Lt. vorliegenden Unterlagen (Datenlieferung des Amtes d. Stmk. Landesregierung) befindet sich das Projektgebiet in **keinem** Schutzgebiet gemäß Steiermärkischem Naturschutzgesetz.

Ergebnisse hinsichtlich schutzwürdiger Gebiete der Kategorie B gemäß Anhang 2 UVP-G 2000 idgF:

Die Kategorie B – Alpinregion bezeichnet Gebiete in Höhenlagen, die auf Grund der klimatischen Bedingungen sowie der kurzen Vegetationsperioden besonders sensibel auf Veränderungen reagieren. Gegenständliches Planungsgebiet befindet sich außerhalb der o. a. Kategorie.

Ergebnisse hinsichtlich schutzwürdiger Gebiete der Kategorie C gemäß Anhang 2 UVP-G 2000 idgF:

Die Kategorie C – Wasserschutz- und Schongebiet umfasst die gemäß §§ 34, 35 und 37 WRG 1959 bestimmten Gebiete, die zum Schutz bestehender Wasserversorgungsanlagen bzw. zur Sicherung der zukünftigen Wasserversorgung sowie von Heilquellen und Heilmooren ausgewiesen sind. Diese Kategorie ist bei Vorhabenstypen der folgenden Ziffern (des Anhanges 1) zu berücksichtigen:

Lagerung von Altautos oder Eisenschrott (Z.3), wasserwirtschaftliche Vorhaben (Z.33, 34, 38, 40) und Massentierhaltungen (Z.43). Das Vorhaben liegt in keinem Wasserschutz- und Schongebiet gemäß §§ 34, 35 und 37 WRG 1959 idgF.

Ergebnisse hinsichtlich schutzwürdiger Gebiete der Kategorie D gemäß Anhang 2 UVP-G 2000 idgF:

Die Kategorie D – belastetes Gebiet (Luft) stellt auf Gebiete ab, die durch Verordnung des BMLFUW gemäß § 3 Abs. 8 UVP-G 2000 idgF festgelegt wurden. Dies sind Gebiete, in denen die Immissionsgrenzwerte des IG-L wiederholt oder auf längere Zeit überschritten werden. Für die Einzelfallprüfung von Vorhaben, für die auf Grund ihres Standortes diese Gebietskategorie zur Anwendung kommt, gilt, dass nur ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem für einen bestimmten Luftschadstoff festgelegten Gebiet und dem Vorhaben eine Einzelfallprüfung bzw. nachfolgend eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist. Dieser Zusammenhang besteht, wenn der Luftschadstoff, für den das Gebiet ausgewiesen wurde (zB Feinstaub, NO₂), vom geplanten Vorhaben emittiert werden kann (zB von einem Zementwerk) oder – im Fall des sekundären Luftschadstoffes Ozon - die vom Vorhaben emittierten Schadstoffe zur Ozonbildung beitragen. Diese Kategorie ist bei Vorhabenstypen der folgenden Ziffern (des Anhangs 2) zu berücksichtigen: Kraftwerke (Z.4), Straßen (Z.9), Freizeitparks und Parkplätze (Z.17 und 21) und diverse Industrieanlagen (Z.64, 66, 74, 76, 77, 78).

Belastetes Gebiet (Luft) (gemäß UVP-G 2000 idgF, § 3 Abs 8 festgelegte Gebiete):

Für das Land Steiermark wurde ein Entwicklungsprogramm für die Reinhaltung der Luft erlassen. Aufgabe des Entwicklungsprogramms ist die Erstellung eines Leitbildes für die Planung und Umsetzung von Konzepten zur Verbesserung der Luftgüte sowie für den Ausbau der Luftgüteüberwachung in allen Teilen der Steiermark. Das Entwicklungsprogramm zur Reinhaltung der Luft besteht aus einem Wortlaut (Verordnung) und den Anlagen 1, 2 und 3. Als Aufgabe dieses Entwicklungsprogramms wird u. a. die planmäßige, vorausschauende Festlegung von Maßnahmen zur Verwirklichung der in § 2 leg. cit. genannten Ziele genannt.

Die verfahrensgegenständlichen Erweiterungsgebiete (Differenznummer laut nachfolgender Differenzliste) Gai9 und Gai13 liegen laut gelt. Sachprogramm in keinem belasteten Gebiet (Luft) gem. Anhang 1 leg. cit. und keinem Sanierungsgebiet gem. § 2 der Stmk. Luftreinhalteverordnung 2012 idF LGBl. Nr. 91/2012).

5.3.3 Prüfschritt 3: Umwelterheblichkeitsprüfung

5.3.3.1 Bewertungsmethode

Eine vertiefende Beurteilung der Umwelterheblichkeit nach Themencluster gem. Leitfaden zur „SUP in der Örtlichen Raumplanung“ ist dann erforderlich, wenn kein Ausschlusskriterium gem. Leitfaden zutrifft und kein obligatorischer Anwendungsbereich (UVP-Pflicht, Europaschutzgebiet) vorliegt.

Bei der Prüfung von Plänen und Programmen auf mögliche erhebliche Umweltauswirkungen sind unterschiedliche Themenbereiche zu berücksichtigen, deren Beschreibung bei einer Umsetzung sich auf mögliche Umweltauswirkungen beziehen, wobei die Beurteilungsklassen in keine Veränderung/ Verschlechterung, Verschlechterung oder starke Verschlechterung unterteilt werden.

Themencluster Mensch/Gesundheit:

Der Themencluster Mensch/Gesundheit betrifft den Schutz vor Lärm und Erschütterungen, Luftbelastungen und Klima.

Themencluster Mensch/Nutzungen:

Der Themencluster Mensch/Nutzungen betrifft Sach-/Kulturgüter und Land- und Forstwirtschaft.

Themencluster Landschaft/ Erholung:

Der Themencluster Landschaft/ Erholung betrifft das Landschaftsbild, Ortsbild, Kulturelle Erbe, Zugänglichkeit, Betretbarkeit und Erlebbarkeit und Erholungsqualitäten.

Themencluster Naturraum, Ökologie:

Der Themencluster Naturraum, Ökologie betrifft Pflanzen, Tiere und Wald.

Themencluster Ressourcen:

Der Themencluster Ressourcen betrifft Grund- und Oberflächenwasser, Mineralische Rohstoffe, Boden und Altlasten.

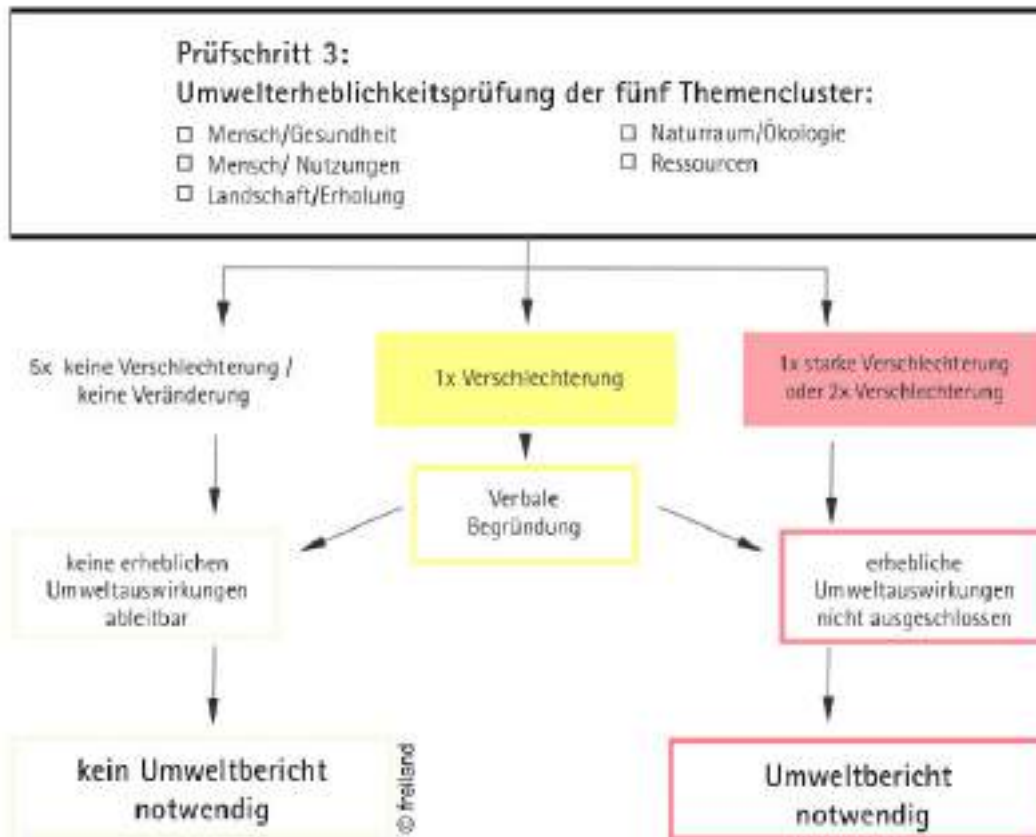


Abbildung 23 - Auszug Planungsleitfaden SUP in der Örtlichen Raumplanung, herausgegeben von der ehem. FA13B

Zur zusammenfassenden Beurteilung:

Können bei allen fünf Themenclustern Verschlechterungen und starke Verschlechterungen ausgeschlossen werden, ist eine Umweltprüfung mit Umweltbericht nicht erforderlich.

Können bei vier Themenclustern Verschlechterungen und starke Verschlechterungen ausgeschlossen werden, ist mittels Abwägung der Gesamtergebnisse und einer verbalen Beurteilung festzustellen, ob eine Umweltprüfung mit Umweltbericht notwendig ist.

Wenn aus der Prüfung der Themencluster mindestens eine starke Verschlechterung oder mindestens zwei Verschlechterungen resultieren, ist jedenfalls eine Umweltprüfung mit Umweltbericht erforderlich.

5.3.3.2 Bewertung

Wie in der Differenzliste dokumentiert wird, sind im Zuge der Ausarbeitung des Entwicklungsplanes Nr. 1.00 für 3 Änderungspunkte keine Ausschlusskriterien zuordenbar. Für diese Änderungspunkte wird eine Umwelterheblichkeitsprüfung (UEP) zur Feststellung, ob eine Umweltuntersuchung erforderlich ist, durchgeführt.

Nachfolgend werden die Themencluster gemäß „Leitfaden zur SUP in der Örtlichen Raumplanung“ (2. Ausgabe, herausgegeben vom Amt der Stmk. Landesregierung im April 2011) für die Änderungsbereiche (lfde. Nr. laut Differenzplan im Anhang) abgehandelt. Dabei wird die 3-stufige Signifikanz (Bewertung gemäß Leitfaden) wie folgt dargestellt: o = keine Verschlechterung, - = Verschlechterung, -- = starke Verschlechterung. Die zusammenfassende Beurteilung erfolgt im Anschluss.

Themencluster Mensch/Gesundheit			
Schutzgut	Änderungs- bereich	Bewertung	Signifikanz
Lärm und Erschütterungen	Gai9	Maßgebliche Lärmbeeinträchtigungen können aufgrund der Vorgaben von Aufschließungserfordernissen und der Grundrissgestaltung der geplanten Bebauungsweise mit Büroflächen im Norden und Hallengebäuden im Süden ausgeschlossen werden und werden diese Festlegungen im zu erstellenden Bebauungsplan gesondert festgelegt. Von Erschütterungen wird nicht ausgegangen.	o
	Gai13	Erhebliche Beeinträchtigungen durch Lärm und Erschütterungen werden aufgrund der Lage zu Lärmquellen (zB Landesstraßen) ausgeschlossen.	o
	T4	Erhebliche Beeinträchtigungen durch Lärm und Erschütterungen werden aufgrund der Lage zu Lärmquellen (zB Landesstraßen) ausgeschlossen.	o
Luftbelastung und Klima	Gai9	Luft- und Klima werden nicht weiter beeinträchtigt (Festlegung des Gebietes als Gewerbegebiet). Dies deshalb da hier ein Technologiebetrieb mit lediglich Assemblierungshallen errichtet werden soll. Das verfahrensgegenständliche Erweiterungsgebiet liegt lt. geltendem Sachprogramm in keinem belasteten Gebiet (Luft) gemäß Anhang 1 UVP-G 2000 und keinem Sanierungsgebiet gemäß § 2 der Stmk. Luftreinhalteverordnung 2012. Durch gegenständliche Änderung sind keine erheblichen Beeinträchtigungen/Änderungen für die Luftbelastung und das Klima ableitbar.	o
	Gai13	Das verfahrensgegenständliche Erweiterungsgebiet liegt lt. geltendem Sachprogramm in keinem belasteten Gebiet (Luft) gemäß Anhang 1 UVP-G 2000 und keinem Sanierungsgebiet gemäß § 2 der Stmk. Luftreinhalteverordnung 2012. Durch gegenständliche Änderung sind keine erheblichen Beeinträchtigungen/Änderungen für die Luftbelastung und	o

		das Klima ableitbar.	
	T4	Durch gegenständliche Änderung sind keine erheblichen Beeinträchtigungen/Änderungen für die Luftbelastung und das Klima ableitbar.	o

Tabelle 21 - Themencuster Mensch/Gesundheit

Themencuster Mensch/Nutzungen			
Schutzgut	Änderungs- bereich	Bewertung	Signifikanz
Sachgüter	Gai9	Ein Widerspruch zu den Bestandsobjekten (Gebäude und bauliche Anlagen einschließlich Verkehrsflächen) liegt nicht vor.	o
	Gai13	Die bestehende 30 kV-Mittelspannungsfreileitung sowie die 220 kV-Hochspannungsfreileitung werden durch eine bauliche Entwicklung im gegenständlichen Bereich in ihrem Bestand und ihrer Funktion nicht beeinträchtigt.	o
	T4	Ein Widerspruch zu den Bestandsobjekten (Gebäude und bauliche Anlagen einschließlich Verkehrsflächen) liegt nicht vor.	o
Land- und Forstwirtschaft	Gai9	Der gegenständliche Änderungsbereich stellt derzeit eine landwirtschaftliche Nutzfläche (Wiese) dar und liegt aufgrund der im Rahmen der örtlichen Raumplanung geringfügig Richtung Westen verschobenen landwirtschaftliche Vorrangzonen gem. Regionalem Entwicklungsprogramm für die Planungsregion Leoben außerhalb derselben. Es sind ferner innerhalb des Gemeindegebietes ausreichend landwirtschaftliche Flächen vorhanden, die aufgrund ihrer Bodenqualitäten aus landwirtschaftlicher Sicht besser genutzt werden können. Die Landwirtschaft wird hier aufgrund der nur mäßig vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzung und ohne erhöhte Wertigkeit der vorliegenden Gebiete und bestehender Nahelage zu bereits rechtmäßig bestehendem Industrie- und Gewerbegebiet nicht beeinträchtigt. Es sind keine forstwirtschaftlich genutzten Flächen betroffen. Gemäß Bekanntgabe der ABT 13 – Naturschutz wurde eine Feuchtwiesenverdachtsfläche im Bereich der Grdst Nr. 63, 61 und 58/1 erkannt. Detaillierte Untersuchungen liegen jedoch nicht vor. Gegebenenfalls ist hier im Zuge nachfolgender Verfahren (Bebauungsplanung) auf diese Bedacht zu nehmen, bzw. deren Lage in Abstimmung mit dem Naturschutz abzuklären.	o
	Gai13	Der Änderungsbereich liegt in keiner landwirtschaftlichen Vorrangzone gemäß REPRO und sind keine forstwirtschaftlich genutzten Flächen betroffen.	o

	T4	<p>Der Änderungsbereich kommt in keiner landwirtschaftlichen Vorrangzone gemäß REPRO zu liegen.</p> <p>Der bestehende landwirtschaftliche Betrieb des Schlosses Mell wird durch die Festlegung als Gebiet mit baulicher Entwicklung für Landwirtschaft gewürdigt und liegt dadurch kein Widerspruch zur Örtlichen Eignungszone für Reitsport vor. Mit Festlegung eines Überlagerungsbereiches im Südosten des landwirtschaftlichen Betriebs wird sichergestellt, dass der landwirtschaftliche Betrieb unter Berücksichtigung der Geruchsimmissionen in seinem Bestand gesichert bleiben kann.</p> <p>Die angrenzenden Waldbereiche (Hangzonen) werden durch gegenständliche Änderung in ihrer forstwirtschaftlichen Nutzfunktion (WEP-Kennzahl 121 mit der Nutzfunktion als Leitfunktion und erhöhter Wohlfahrtsfunktion) nicht beeinträchtigt.</p>	o
--	----	---	---

Tabelle 22 - Themencluster Mensch/Nutzungen

Themencluster Landschaft/Erholung			
Schutzgut	Änderungs- bereich	Bewertung	Signifikanz
Landschaftsbild/ Ortsbild/ kulturelles Erbe	Gai9	<p>Die Entwicklung erfolgt im Anschluss an rechtmäßig bestehenden Industriegebiet I1 und Gewerbegebiet im Osten. Durch die geschickte Ausnutzung der vorliegenden Hangsituation und eine entsprechende bauliche Nutzung der bestehenden Geländekanten kann eine maßgebliche Beeinträchtigung des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes ausgeschlossen werden. Die entsprechenden Höhenentwicklungen und Ausgestaltungen von Freiflächen wird über das Verfahren zu Erstellung eines Bebauungsplanes vorgenommen und kann somit die bestmögliche Einfügung in das Straßen-, Orts- und Landschaftsbild sowie die Grünraumgestaltung planmäßig vorgenommen werden.</p> <p>Aufgrund der erhöhten Sensibilität hinsichtlich des Landschaftsbildes und des kulturellen Erbes (Schloss Mell) erfolgt eine detaillierte Behandlung und Begründung der Signifikanz (- = Verschlechterung) in den nachfolgenden Unterkapiteln.</p>	-
	Gai13	Die Siedlungsentwicklung erfolgt im Anschluss an bestehende Wohnnutzungen. Aufgrund der exponierten Nordwesthanglage wird im nachfolgenden Kapitel gesondert auf das Schutzgut Landschaftsbild/ Ortsbild/ kulturelles Erbe eingegangen.	o
	T4	<p>Der Änderungsbereich umfasst die Anlage des Schlosses Mell einschließlich der daran angrenzenden Reitsportanlagen bis hin zu den Einfamilienwohnhäusern im Südosten.</p> <p>Gemäß Gesamtverzeichnis der unbeweglichen und archäologischen Denkmale unter Denkmalschutz, herausgegeben vom Bundesdenkmalamt mit Stand 28.06.2013, sind das Schloss Mell und dessen zugehörigen baulichen Anlagen nicht gemäß Denkmalschutzgesetz 1923 idGF denkmalgeschützt.</p> <p>Gegenständlicher Änderungsbereich kommt teilweise (nur Bereich Schloss Mell) innerhalb der Ortsbildzone gemäß LGBl. Nr. 41/1979 zu liegen. Gemäß gelt. Ortsbildkonzept 2.00 vom 10.10.2005, das sich maßgeblich auf die sog. „Kernzone“ im</p>	-

		<p>Stadtzentrum beschränkt, sind keine Ziele und Maßnahmen für das Mellplateau enthalten. Der Änderungsbereich liegt auch in keiner Sichtzone gem. § 5 des gelt. Ortsbildkonzeptes Nr. 2.0. Bei baulichen Maßnahmen innerhalb der Ortsbildzone ist, sofern sie sich auf das äußere Erscheinungsbild auswirken, zuzüglich zur Bewilligungspflicht nach Stmk. BauG 1995 idGF das Ortsbildgesetz 1977 idGF anzuwenden.</p> <p>Aufgrund der erhöhten Sensibilität hinsichtlich des Landschaftsbildes und des kulturellen Erbes (Schloss Mell) erfolgt eine detaillierte Behandlung und Begründung der Signifikanz (- = Verschlechterung) in den nachfolgenden Unterkapiteln.</p>	
Erholungs- und Freizeitqualitäten	Gai9	Basierend auf den großen und zusammenhängenden Umgebungsraum kann insgesamt keine Verschlechterung der Erholungsfunktion abgeleitet werden. Dies vor allem unter Berücksichtigung der Tatsache, dass öffentlich zugängliche Parkbereiche geschaffen werden sollen und ein Radwegenetz zum Trabocher See geführt werden soll. Ferner erfolgt die Entwicklung der Siedlungsstruktur im Anschluss an rechtmäßig bestehendes Industrie- und Gewerbegebiet im Osten. Durch die ggst. Änderung werden keine relevanten das Schutzgut beeinträchtigenden Störungen ermöglicht.	o
	Gai13	Keine Relevanz aufgrund der Lage.	o
	T4	Das Mellplateau stellt aufgrund seiner relativen Nähe zum Stadtzentrum und zu dicht bebauten Wohngebieten der Stadtgemeinde Trofaiach ein bedeutsames Naherholungsgebiet für die Bevölkerung der Stadtgemeinde Trofaiach dar. Die erhöhte Erholungs- und Freizeitqualität ergibt sich durch die weitergehend von Bebauung freigehaltener überwiegend landwirtschaftlich genutzter Struktur, in der keine wesentlichen die Erholungsqualität störende Nutzungen (zB stark frequentierte Verkehrsflächen) vorliegen. Durch die ggst. Änderung werden keine relevanten das Schutzgut beeinträchtigenden Störungen ermöglicht.	o

Tabelle 23 - Themencluster Landschaft/Erholung

Themencluster Naturraum/Ökologie			
Schutzgut	Änderungs- bereich	Bewertung	Signifikanz
Pflanzen	Gai9	Im Änderungsbereich sind keine diesbezüglichen schützenswerte Standorte bekannt.	o
	Gai13	Im Änderungsbereich sind keine diesbezüglichen schützenswerte Standorte bekannt.	o
	T4	Im Änderungsbereich sind keine diesbezüglichen schützenswerte Standorte bekannt.	o
Tiere	Gai9	Im Änderungsbereich sind keine diesbezüglichen schützenswerte Standorte bekannt.	o
	Gai13	Im Änderungsbereich sind keine diesbezüglichen schützenswerte Standorte bekannt.	o
	T4	Im Änderungsbereich sind keine diesbezüglichen schützenswerte Standorte bekannt.	o
Wasser	Gai9	Keine Relevanz.	o

	Gai13	Keine Relevanz.	o
	T4	Vom Änderungsbereich sind keine Waldflächen unmittelbar betroffen, schließen jedoch Waldflächen daran an. Die angrenzenden Waldbereiche (Hangzonen) werden durch gegenständliche Änderung in ihrer forstwirtschaftlichen Nutzfunktion sowie in ihrer Wohlfahrtsfunktion bzgl. Luftfilterwirkung (WEP-Kennzahl 121 mit der Nutzfunktion als Leitfunktion und zusätzlich erhöhter Wohlfahrtsfunktion wegen Luftfilterwirkung) nicht beeinträchtigt. Zu den Waldrändern ist im Rahmen der nachfolgenden Planungsinstrumente (Flächenwidmungsplan, Bebauungsplan, allenfalls Räumliches Leitbild) ein angemessener Abstand einzuhalten. Eine Verschlechterung kann für das Schutzgut Wald nicht abgeleitet werden.	o

Tabelle 24 - Themencluster Naturraum/Ökologie

Themencluster Ressourcen			
Schutzgut	Änderungs- bereich	Bewertung	Signifikanz
Boden und Altlasten	alle	In keinem der Änderungsbereiche befinden sich Altlasten, Altstandorte oder Verdachtsflächen. Es liegt für alle 3 Bereiche eine mittlere Bodenwertigkeit für jeweils Grünlandwirtschaft als auch Ackerbau vor (sh. digitale Bodenkarte eBOD des Lebensministeriums). Es liegen keine Meliorationen vor (ausgenommen Gai9 – hier wird ein gesondertes Oberflächenentwässerungskonzept gemeinsam mit einer neuen Abflussberechnung dem Bebauungsplan zugrunde gelegt).	o
Grund- und Oberflächenwässer	Gai9	Die ordnungsgemäße Oberflächenentwässerung ist im Zuge der Bebauungsplanung bzw. der Flächenwidmungsplanung sicherzustellen.	o
	Gai13	Die ordnungsgemäße Oberflächenentwässerung ist im Zuge der Bebauungsplanung bzw. der Flächenwidmungsplanung sicherzustellen.	o
	T4	Die ordnungsgemäße Oberflächenentwässerung ist im Zuge der Bebauungsplanung bzw. der Flächenwidmungsplanung sicherzustellen.	o
Naturgewalten und geologische Risiken	Gai9	Es wird ein gesondertes Oberflächenentwässerungskonzept gemeinsam mit einer neuen Abflussberechnung dem Bebauungsplan zugrunde gelegt und entsprechende Maßnahmen im Bebauungsplan festgelegt.	o
	Gai13	Keine Relevanz.	o
	T4	Keine Relevanz.	o

Tabelle 25 - Themencluster Ressourcen

5.3.3.3 Analyse und Beurteilung der Änderung „Gai13“ in Bezug auf das Schutzgut Landschaftsbild

Empfindlichkeit gegenüber Beeinträchtigungen (Sensibilität):

Das Trofaiacher Becken weist, abseits des Stadtgebietes, eine unregelmäßige Untergliederung in Siedlungsbereiche unterschiedlicher Größe und Struktur, Freilandbereiche, Einzelgehöfte, Verkehrsbänder, Waldflächen und Gehölzstrukturen in Kuppen-, Hang-, Tal- und Grabenlagen auf. Die Siedlungsstrukturen erstrecken sich häufig fingerartig entlang von Höhenrücken und Gemeindestraßen.

Der Änderungsbereich befindet sich auf der sog. „Russenhöhe“ in sichtexponierter West- bzw. Nordwesthanglage. Der Änderungsbereich grenzt im Norden an bestehendes, überwiegend mit Einfamilienwohnhäusern bebautes Bauland des Ortsteiles Edling an. Ebenso grenzt das Änderungsgebiet im Südwesten an einen zur Nachbargemeinde St. Peter-Freienstein gehörigen kompakten Siedlungsbereich mit Einfamilienwohnhausstruktur (nachfolgend als „Kulmsiedlung“ bezeichnet) an. Der Bestand wirkt sich teilweise für Blickpunkte aus Nordwesten (Edling, B 115) silhouettenbildend aus. Die „Kulmsiedlung“ selbst stellt aufgrund ihrer Alleinstellung mit ihrer kleinen kompakten, symmetrischen und für den Teilraum untypisch dicht bebauten Struktur mit einheitlicher Dachform und Firstrichtung einen Fremdkörper im Raumgefüge dar.

Der Änderungsbereich wird derzeit landwirtschaftlich genutzt (Grünlandwirtschaft bzw. Ackerbau) und von einer 30 kV-Mittelspannungsfreileitung durchschnitten sowie im Südwesten von einer 220 kV-Hochspannungsleitung begrenzt. Aufgrund der Bestandsstruktur wird für die Hangzone östlich von Edling in exponierter Lage eine mäßige anthropogene Nutzungssensibilität abgeleitet.

Intensität potenzieller Beeinträchtigung (Eingriffsintensität):

Durch die gegenständliche Änderung (Festlegung eines Entwicklungspotenziales für Gebiet mit baulicher Entwicklung für Wohnen) kommt es zu einer fingerartigen Erweiterung des Siedlungsbestandes westlich von Edling-Nord in südliche Richtung bis zur 220 kV-Hochspannungsfreileitung und wird diese mit der „Kulmsiedlung“ zusammengeschlossen. Durch die mögliche künftige bauliche Entwicklung für Wohnen im Änderungsbereich werden keine landschaftsgliedernden Strukturelemente wie Waldflächen, Gehölzstrukturen, Hangkanten u. dgl. hinsichtlich ihrer visuellen Wirkung beeinträchtigt. Ebenso werden keine historisch tradierten baulichen Strukturen beeinträchtigt. Vielmehr kann die als Fremdkörper empfundene „Kulmsiedlung“ räumlich-visuell an die bestehende Siedlungsstruktur angebunden werden und die für den Teilraum untypische Struktur teilweise kaschiert werden.

Die Eingriffsintensität wird daher als gering beurteilt.

Eingriffserheblichkeit:

Die fingerartige Erweiterung der bestehenden baulichen Struktur (Edling-Nord) in südliche Richtung in Hanglage stellt eine im Teilraum Trofaiacher Becken häufig anzutreffende Siedlungsstruktur dar. Unter Anwendung der Ökologischen Risikoanalyse führt die mäßige Sensibilität des Teilraumes iVm der geringen Eingriffsintensität zu einer geringen Eingriffserheblichkeit. Insbesondere im Talraum südwestlich des Stadtgebietes ist die fingerförmige Ausbreitung von Siedlungsgebieten häufig anzutreffen. Die bisher isolierte gelegene sog. „Kulmsiedlung“ stellt hingegen einen Fremdkörper im landschaftsräumlichen Gefüge dar und kann diesbezüglich durch eine zu schaffende räumliche-visuelle Verbindung mit Edling-Nord ev. sogar eine Verbesserung erreicht werden.

Die Signifikanz der Änderung „Gai13“ wird somit jedenfalls mit o = keine Verschlechterung beurteilt.

5.3.3.4 Analyse und Beurteilung der Änderung „T4“ in Bezug auf das Schutzgut Landschaftsbild

Empfindlichkeit gegenüber Beeinträchtigungen (Sensibilität):

Der Änderungsbereich liegt am Rande des Mellplateaus oberhalb des Stadtgebietes von Trofaiach und schließt das Schloss Mell samt zugehörigem landwirtschaftlichen Betrieb und Reitsportanlagen mit ein. Das Mellplateau stellt eine grünlandgeprägte Offenlandfläche mit linienhaften Strukturelementen (Gehölzstrukturen und in die Topografie angeschmiegte Wege) dar. Die 220 kV Hochspannungsfreileitung stellt hingegen einen Fremdkörper dar. Das Plateau verzahnt sich im Nordosten mit den Waldrändern der anschließenden Höhenzüge und weist nach Westen und Nordwesten zum Stadtgebiet von Trofaiach eine markante Geländestufe auf, welche die beiden Landschaftsräume klar von einander trennt und eine direkte Sichtverbindung zwischen diesen großteils unterbindet. Auf dem Plateau befinden sich vereinzelt landwirtschaftliche Hofstellen. In Randlage zum Stadtgebiet hin befinden sich an mehreren Stellen Einfamilienhäuser.

Der Änderungsbereich selbst wird nach Südwesten, Süden und Osten von Wald und im Nordosten durch eine Geländestufe begrenzt. Die nördlich und nordwestliche Begrenzung ergibt sich durch die Reitanlage sowie die baulichen Anlagen und Gebäude des Schlosses Mell.

Das Schloss Mell selbst ist weder denkmalgeschützt noch bezieht sich das gelt. Ortsbildkonzept 2.00 vom 10.10.2005 auf diesen Randbereich. Der Änderungsbereich liegt auch in keiner Sichtzone gem. § 5 des gelt. Ortsbildkonzeptes Nr. 2.0. Die Gesamtanlage des Schlosses Mell mit dem landwirtschaftlichen Betrieb hatte ursprünglich eine Einzellage. Diese Einzellage wird jedoch durch den baulichen Bestand im Südosten (Einfamilienhäuser) bereits beeinträchtigt.

Insgesamt ergibt sich aus dem Zusammenspiel von topographischer Besonderheit der grünlandgeprägten Offenlandfläche mit einzelnen Strukturelementen und vereinzelter Gebäudebeständen eine eingriffssensible, hochwertige Kulturlandschaft. Das Mellplateau weist somit eine hohe Sensibilität in Bezug auf das Landschaftsbild auf.

Intensität potenzieller Beeinträchtigung (Eingriffsintensität):

Durch die Verdichtung des Einfamilienwohnhausbestandes und der Heranrückung an den landwirtschaftlichen Betrieb um das Schloss Mell kommt es zu einem gewissen visuellen Eingriff in die Kulturlandschaft des Mellplateaus. Die Einzellage des landwirtschaftlichen Betriebes Schloss Mell wird durch die gegenständliche Änderung verstärkt in Frage gestellt. Durch die Randlage des Eingriffs in Bezug auf die Offenlandfläche des Mellplateaus wird die Eingriffsintensität abgeschwächt. Da vom noch unbebauten Gebiet für bauliche Entwicklung für Wohnen nur eine teilweise Sichtbeziehung zum übrigen Mellplateau (nach Nordosten) vorliegt, wird von der Änderung insgesamt eine mittlere Eingriffsintensität auf das Landschaftsbild des Mellplateaus abgeleitet.

Eingriffserheblichkeit:

Die aus Sicht des Landschaftsbildes hohe Sensibilität des Mellplateaus führt iVm der mäßigen Eingriffsintensität unter Heranziehung der Ökologischen Risikoanalyse zu einer mittleren Eingriffserheblichkeit. Aus diesem Grund wird die Signifikanz mit - = Verschlechterung beurteilt. Somit liegt eine bedeutende Erheblichkeit vor.

Beurteilungssynthese:

Die Erheblichkeit des Eingriffs auf das Schutzgut Landschaftsbild/ Ortsbild/ kulturelles Erbe (Verschlechterung) ist für die Beurteilung bedeutend. Daher ist gemäß anzuwendendem Leitfaden eine „verbale Begründung“ über die zu erwartenden Umweltauswirkung erforderlich. Diesbezüglich ist festzuhalten, dass gemäß Entwicklungsziele zum STEK Nr. 1.00 (§ 4 des Wortlautes) bei allen künftigen Planungsmaßnahmen auf das Orts- und das charakteristische Landschaftsbild Bedacht zu nehmen ist.

Aufgrund der o. zitierten Bestimmung des STEK Nr. 1.00 kann eine allfällige bauliche Entwicklung im gegenständlichen Änderungsbereich nur nach Erlassung eines Planungsinstrumente mit gestalterischen Festlegungen (Räumliches Leitbild oder Bebauungsplan) umgesetzt werden und ist darin jedenfalls auf das spezifische Landschaftsbild des Mellplateaus einzugehen. Dabei kann durch entsprechende Verpflichtungen zur Schaffung von Grünstrukturen – wie bei den weiter südöstlichen Einfamilienwohnhäusern am Rande des Mellplateaus – ein wirksames Trennelement bzw. eine wirksame visuelle Abschirmung erreicht werden.

Ferner ist bei einer baulichen Entwicklung die Raumwirkung des Schlosses Mell zu berücksichtigen und hat sich die künftige Bebauungsstruktur der Schlossanlage

unterzuordnen – dies insbesondere bei der Höhenentwicklung, der Bauvolumina und der Gestaltung bzw. Farbgebung der Fassaden und Dächer.

Bei einer baulichen Verdichtung der Einfamilienwohnhausstruktur am Rande des Mellplateaus kann die Umsetzung von gestalterischen Maßnahmen im Rahmen des zu erlassenden Planungsinstrumentes (Räumliches Leitbild oder Bebauungsplan) sichergestellt werden (Dies ist als Maßnahme im Sinne der angewendeten Ökologischer Risikoanalyse zu werten). Somit können wesentliche Verschlechterungen gegenüber der Bestandssituation hintangehalten werden

5.3.3.5 Analyse und Beurteilung der Änderung „Gai9“ in Bezug auf das Schutzgut Landschaftsbild

Empfindlichkeit gegenüber Beeinträchtigungen (Sensibilität):

Edling weist, abseits des Ortskernes, eine unregelmäßige Untergliederung in Siedlungsbereiche unterschiedlicher Größe und Struktur, Freilandbereiche, Einzelgehöfte, Verkehrsbänder, kleineren Waldflächen und Gehölzstrukturen auf. Die Siedlungsstrukturen erstreckt sich vor allem nördlich der Seizerstraße. Im Kreuzungsbereich der L116 mit der L115 befinden sich gewerblich/industriell geprägte Betriebsstätten.

Der Änderungsbereich befindet sich südlich der L-116, westlich der L115 und westlich der bereits bestehenden Industrie- und Gewerbezone. Der Änderungsbereich grenzt im Norden an die L-116 und das nördlich liegende bestehende, überwiegend mit Einfamilienwohnhäusern bebaute Bauland des Ortsteiles Edling an. Im Süden grenzt das Gebiet an den Veitscherbach an.

Der Änderungsbereich wird derzeit landwirtschaftlich genutzt (Grünlandwirtschaft bzw. Ackerbau).

Intensität potenzieller Beeinträchtigung (Eingriffsintensität):

Durch die gegenständliche Änderung (Festlegung eines Entwicklungspotenziales für Industrie und Gewerbe, teilweise in Überlagerung mit betriebszugehörigem Wohnen im Westen) kommt es zu einer planmäßigen Erweiterung des betrieblichen Bereiches von Edling in westliche Richtung. Durch die mögliche künftige bauliche Entwicklung für Gewerbe (Festlegung als Aufschließungsgebiet für Gewerbegebiet im Flächenwidmungsplan) im Änderungsbereich werden keine landschaftsgliedernden Strukturelemente wie Waldflächen, Gehölzstrukturen, Hangkanten u. dgl. hinsichtlich ihrer visuellen Wirkung beeinträchtigt, sondern werden vor allem die vorliegenden Hangkanten visuell wirksam genutzt. Es wird mittels der Bebauungsplanung die Nutzung der Hangkanten vorgeschrieben und wurde hier bereits ein Architektenwettbewerb seitens des Technologiebetriebes TDE durchgeführt, der vor allem auf die Wahrung des Landschaftsbildes Bedacht nimmt. Durch die Festlegung

von maximal zulässigen Gesamthöhen (bezogen auf das natürliche Gelände) sind maßgebliche Gestaltungsvorgaben möglich.

Die Eingriffsintensität wird daher als gering beurteilt.

Eingriffserheblichkeit:

Die Erweiterung der bestehenden baulichen Struktur in westliche Richtung unter Wahrung eines Abstandes zur L116 und zum Veitscherbach samt geplanter Grünraumgestaltung führt unter Anwendung der Ökologischen Risikoanalyse in Bezug auf die mäßige Sensibilität des Teilraumes iVm der geringen Eingriffsintensität zu einer geringen Eingriffserheblichkeit. Insbesondere im Anschluss an das bestehende Betriebsgebiet ist die Erweiterung als nicht erheblich zu betrachten.

Ferner ist bei einer baulichen Entwicklung die Raumwirkung zu berücksichtigen und hat sich die künftige Bebauungsstruktur der gegebenen Geländekonfiguration unterzuordnen – dies insbesondere hinsichtlich der Höhenentwicklung, der Bauvolumina und der Gestaltung bzw. Farbgebung der Fassaden und Freiflächen.

Die Signifikanz der Änderung „Gai9“ wird somit jedenfalls mit o = keine Verschlechterung beurteilt.

5.3.3.6 Zusammenfassende Beurteilung der Umwelterheblichkeitsprüfung

Bei allen fünf Themenclustern können starke Verschlechterungen der Umweltsituation ausgeschlossen werden. Verschlechterungen können beim Änderungspunkt (gemäß Differenzliste) lfd. Nr. T4 (Mellplateau) betreffen das Schutzgut „Landschaftsbild/ Ortsbild/ kulturelles Erbe“ nicht ausgeschlossen werden. Gemäß Leitfaden ist die Gesamtbeurteilung der Änderungspunkte (Beurteilungssynthese und Abwägung der Themencluster pro Änderungspunkt) für diesen Änderungspunkt verbal zu begründen. Bei der „verbalen Begründung“ kann aufgezeigt werden, dass mit den anzuwendenden Maßnahmen hinsichtlich eines zu erlassenden Planungsinstrumentes durch die Änderung T4 keine erheblichen Umweltauswirkungen ableitbar sind.

Zur Änderung „Gai9“ ist ebenfalls anzuführen, dass basierend auf dem zeitgleich aufgelegten Flächenwidmungsplan und der darin formulierten Verpflichtung zur Erstellung eines Bebauungsplanes die Belange des Orts-, Straßen- und Landschaftsbildes langfristig sichergestellt werden und ist somit keine erhebliche Verschlechterung zu erwarten. Die Erhaltung des südlichen Naherholungsbereiches südlich des Veitscherbaches kann durch die geplante Bebauung sichergestellt werden. Es liegt außerdem durch die bestehende industriellen Nutzungen im Anschluss eine deutliche Vorbelastung der Erholungsqualität des Standortes vor.

Somit sind unter Abwägung der siedlungspolitischen Zielsetzungen insgesamt keine erheblichen Umweltauswirkungen ableitbar. Das Screening zur Strategischen Umweltprüfung ist somit gem. Leitfaden abgeschlossen.

Eine Umweltprüfung mit Erstellung eines Umweltberichtes ist nicht erforderlich.

5.3.4 Differenzliste (SUP-Prüfschritt 2 hinsichtlich Ausschlusskriterien)

STADTGEMEINDE TROFAIACH – DIFFERENZLISTE

Darstellung der Neufestlegungen und Änderungen der wiederverlautbarten Siedlungsleitbilder/Entwicklungspläne der ehemaligen Gemeinden Gai, Hafning und der Stadtgemeinde Trofaiach zum Entwicklungsplan Nr. 1.00 der neuen Stadtgemeinde Trofaiach

und Prüfung, ob Ausschlusskriterien gem. „Leitfaden zur Beurteilung der Umwelterheblichkeit in der Örtlichen Raumplanung“ (ehem. FA13B, 2. Auflage vom April 2011) zutreffen¹³

Bereich Siedlungsgebiet/ Ortsteil	Bereiche durchnummeriert (vgl. Differenzplan)	raumordnungsfachliche Begründung und Erläuterungen der Änderung	Prüfkriterien gemäß Planungsleitfaden SUP in der Örtlichen Raumplanung			
			geringfügige Änderung/ kleine Gebiete < 3.000m ² bei Erweiterung	Eigenart und Charakter unverändert	offensichtlich keine erheblichen Auswirkungen	Umwelt- prüfung (UP) iS § 4 erforderlich
Allgemein – Gemeindestra- ße und private Verkehrs- flächen	keine	Gemeindestraßen innerhalb von Gebieten baulicher Entwicklung werden ebenso als solche gemäß Planzeichenverordnung dargestellt.		x	x	nein
Allgemein - Freihaltezone entlang von Gewässern	1	Festlegung eines 10 m breiten Freihaltezone im STEK und Festlegung eines 10 m breiten Freihaltegebietes (gemessen ab der Böschungsoberkante) gem. vorliegenden Wortlautes zum STEK 1.00 und FWP Nr. 1.00 der Stadtgemeinde Trofaiach. Dies dient der Hintanhaltung von Gefährdungen etwaiger Hochwasserereignisse wie auch der Befolgung der Vorgaben des Regionalen Entwicklungsprogrammes Leoben und des Entwicklungsprogrammes für die hochwassersichere Entwicklung von Siedlungsräumen.			x	nein

¹³ Änderungen aufgrund von Einwendungen und Ergänzungen im Vergleich zur Auflage.

Gai/Töllach	Gai1	Arrondierung des bestehenden Siedlungsgefüges und Aufnahme landwirtschaftlicher Betriebsstätten in das Gebiet baulicher Entwicklung. Dies dient unter anderem der Schaffung bzw. Bewahrung kompakter Siedlungsstrukturen und klarer Abgrenzungen nach außen durch die Festlegung von absoluten Entwicklungsgrenzen sowie der zukünftigen Absicherung etwaiger betrieblicher Veränderungen. Festlegung einer Überlagerung von Wohnen und Landwirtschaft (bisher nur Wohnen) aufgrund der tatsächlichen Nutzungen vor Ort. Betreffend die etwaige Änderung der Nutzung sind die Bestimmungen des Wortlautes zu beachten.		x		nein
Gai/Töllach	Gai2	Geringfügige Arrondierungen abgestimmt auf die vorliegenden baulichen Bestände zur Schaffung bzw. Bewahrung kompakter Siedlungsstrukturen und klarer Abgrenzungen nach außen mittels Festlegung von absoluten Entwicklungsgrenzen.	x	x		nein
Gausendorf - Nord	Gai3	Arrondierung um einen Bauplatz innerhalb des Gebietes baulicher Entwicklung. Die gegenständliche Fläche ist aufgrund der Bodenqualität („saure Wiese“) für die landwirtschaftliche Nutzung nur mäßig geeignet. Eine etwaige Bebauung könnte jedoch in direktem Anschluss an bereits bebautes Gebiet in Abstimmung mit der bestehenden Infrastruktur zur Abrundung des Ortsteiles Richtung Nordosten führen und liegt außerhalb von berechneten Emissionen aus Tierhaltungsbetrieben.	x	x	x	nein
Gausendorf	Gai4	Aufnahme von landwirtschaftlich dominierten, baulichen Beständen in das Gebiet baulicher Entwicklung. Festlegung einer Überlagerung von Wohnen und Landwirtschaft (bisher nur Wohnen) aufgrund der tatsächlichen Nutzungen vor Ort. Betreffend die etwaige Änderung der Nutzung sind die Bestimmungen des Wortlautes zu beachten.		x		nein
Gausendorf-Süd	Gai5	Arrondierung der bestehenden Entwicklungsbereiche im Sinne einer Schaffung von nach außen hin kompakten Siedlungsstrukturen. Geringfügige Rücknahme von Baulandausweisung aufgrund nicht gegebener Umsetzung und Nahelage bzw. Berührung von Gelber Gefahrenzone und braunem Hinweisbereich laut Gefahrenzonenplan der Wildbach- und Lawinverbauung. Festlegung einer relativen Entwicklungsgrenze in Bereichen, die von Wildbachgefahrenzonen nicht berührt werden (hier hat jedoch eine Berücksichtigung der dargestellten Melioration zu erfolgen). Festlegung einer Überlagerung von Wohnen und Landwirtschaft (bisher	x	x		nein

		nur Wohnen) aufgrund der tatsächlichen Nutzungen vor Ort. Betreffend die etwaige Änderung der Nutzung sind die Bestimmungen des Wortlautes zu beachten.				
Edling- Nord	Gai6	Rücknahme von Baulandbereichen, die abgeschlossenen von bestehenden Bereichen liegen und von Gefahrenzonen gemäß Gefahrenzonenplan der Wildbach- und Lawinenverbauung umgeben sind. Eine Erweiterung der dortigen Bestände scheint nur begrenzt möglich und bietet hier auch das Freiland rechtliche Möglichkeiten (zB Bestandsverdoppelung gemäß § 33 Stmk. ROG 2010). Festlegung einer Überlagerung von Wohnen mit Landwirtschaft aufgrund des Umgebungsbereiches und der räumlichen Nahelage zur landwirtschaftlichen Betriebstätten.			x	nein
Edling	Gai7	Aufnahme von landwirtschaftlich dominierten, baulichen Beständen in das Gebiet baulicher Entwicklung.		x	x	nein
Edling	Gai8	Erweiterung der bestehenden Eignungszone für Erholung aufgrund der tatsächlichen Nutzung vor Ort und Nahelage zu Gastronomie. Etwaige bauliche Einrichtungen haben sich an die Vorgaben der Wildbach- und Lawinenverbauung zu halten. Aufgrund der Lage innerhalb von Roten und Gelben Gefahrenzonen ist hier mit der Wildbach- und Lawinenverbauung im Zuge allfälliger baulicher Nutzungen Einvernehmen herzustellen. Festlegung einer Überlagerung von Wohnen und Landwirtschaft (bisher nur Wohnen) aufgrund der tatsächlichen Nutzungen vor Ort. Betreffend die etwaige Änderung der Nutzung sind die Bestimmungen des Wortlautes zu beachten.			x	nein
Edling - Süd	Gai9	Erweiterung der bisher bestehenden Ausweisung zur Schaffung der Möglichkeit der Ansiedlung eines Technologiezentrums. Die Bewertung der Umwelterheblichkeit ergab, dass hinsichtlich der Umweltauswirkungen eine „Verschlechterung“ für den Themencenter Landschaft/ Erholung vorliegt. Basierend auf dem zeitgleich aufgelegten Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 und der darin formulierten Verpflichtung zur Erstellung eines Bebauungsplanes sowie der festgelegten Aufschließungserfordernisse werden die Belange des Orts-, Straßen- und Landschaftsbildes langfristig sichergestellt und ist somit keine			x	Nein, UEP ergab kein Erfordernis einer UP

		<p>erhebliche Verschlechterung desselben zu erwarten. Die Erhaltung des südlichen Naherholungsbereiches südlich des Veitscherbaches kann durch die geplante Bebauung sichergestellt werden bzw. bestehen hier sogar durch die geplante Gefahrenfreistellung der Nahebereiche des Veitscherbaches verbessert und für eine tatsächliche Nutzung herangezogen werden.</p> <p>Die verkehrstechnische Erschließung erfolgt über die östlich verlaufende Gemeindestraße und dann im inneren des geplanten Technologiezentrums, sodass eine Emissionsentwicklung wie auch eine Zunahme des Verkehrs in Nahelage zum Wohngebiet großteils hintangehalten werden kann.</p> <p>Für den Nachweis der durchgeführten Vorprüfung der UEP sh. Pkt. 5.3.3.5 des vorliegenden Erläuterungsberichtes.</p> <p>Die südlich liegenden Teilflächen sind erst bei nachweislich gegebener Gefahrenfreistellung nutzbar.</p>				
Edling-Süd	Gai10	<p>Aufnahme der Bestände in das Gebiet baulicher Entwicklung aufgrund der gegebenen industriell-gewerblichen Nutzung. Allfällige bauliche Maßnahmen sind hinsichtlich der Lage innerhalb der ausgewiesenen Gefahrenzonen stets mit der Wildbach- und Lawinenverbauung abzustimmen und bedürfen gegebenenfalls einer Genehmigung.</p>		x		nein
Edling-Ost	Gai11	<p>Aufnahme des baulichen Bestandes im Freiland (Wohnnutzung) in das Gebiet baulicher Entwicklung. Die gegebene Lärmbeeinträchtigung aufgrund der Nahelage zur Landesstraße ist bei allfälligen baulichen Maßnahmen (Zu-/Umbauten) zu berücksichtigen. Eine rechtlich gesicherte Zufahrt besteht hier und wird keine neue Zufahrt geschaffen.</p> <p>Festlegung der Überlagerung von industrie- und wohnen, sodass bei Aufgabe des gegenständlichen betrieblichen Nutzung, in Abstimmung mit dem Umgebungsbereich und unter Berücksichtigung der Nahelage zur Landesstraße Wohnnutzung etabliert werden könnte.</p>		x		nein
Edling-Ost	Gai12	<p>Geringfügige Arrondierung der bestehenden Festlegung aufgrund der baulichen Bestände vor Ort (landwirtschaftliche Nutzung). Aufnahme der Straßenführungen in das Gebiet baulicher Entwicklung gemäß Planzeichenverordnung. Schaffung der Möglichkeit zur Verdichtung nach innen durch die Festlegung einer relativen Entwicklungsgrenze, sodass das Siedlungsgebiet nach außen hin arrondiert und geschlossen werden kann.</p>			x	nein

		Festlegung einer Überlagerung von Wohnen und Landwirtschaft (bisher nur Wohnen) aufgrund der tatsächlichen Nutzungen vor Ort. Betreffend die etwaige Änderung der Nutzung sind die Bestimmungen des Wortlautes zu beachten.				
Edling-Ost, Gemeinde- grenze zu St. Peter Freienstein	Gai13	Erweiterung der bestehenden Gebietes baulicher Entwicklung für Wohnen Richtung Süden entlang der bestehenden Straße und Infrastruktur in Abstimmung mit den in der Marktgemeinde St. Peter-Freienstein vorhandenen Nutzungen (vgl Entwicklungsplan), die in diesem Bereich nur durch die Straße vom Gemeindegebiet der Stadtgemeinde Trofaiach und den für eine Wohnbebauung geeigneten Flächen getrennt ist. Über den zu erstellenden Bebauungsplan sind hier auch Erschließungskonzepte und Konzepte zur Oberflächenentwässerung beizubringen und zu verordnen. Aufgrund der exponierten Lage wurde im Rahmen einer Umwelterheblichkeitsprüfung (UEP) überprüft, ob ein Umweltbericht zu erstellen ist.				Nein, UEP ergab kein Erfordernis einer UP
Gimplach- West	Gi1	Geringfügige Arrondierung der bestehenden Festlegung aufgrund der baulichen Bestände vor Ort (landwirtschaftliche Nutzung) und gegebenem Anschluss an bestehendes Dorfgebiet (Hofstelle). Festlegung einer Überlagerung von Wohnen und Landwirtschaft (bisher nur Wohnen) aufgrund der tatsächlichen Nutzungen vor Ort. Betreffend die etwaige Änderung der Nutzung sind die Bestimmungen des Wortlautes zu beachten.		x		nein
Gimplach	Gi2	Arrondierung der bestehenden Festlegung aufgrund der baulichen Bestände vor Ort (landwirtschaftliche Nutzung). Dies dient auch zur Schaffung von nach außen hin kompakt scheinenden und geschlossenen Siedlungsbeständen. Festlegung von Wohnen im nordöstlichen Bereich aufgrund der dominierenden Wohnfunktion (bisher Landwirtschaft).		x		nein
Gimplach	Gi2a	Arrondierung bestehender Strukturen und des Gebietes baulicher Entwicklung aufgrund des gegebenen Bedarfes und der tatsächlich vorliegenden Nutzungen und erfolgter Anhörungen. Überlagerung der Nutzungen von Wohnen und Landwirtschaft. Bei nachweislicher Aufgabe der bisher landwirtschaftlich dominierten Nutzung könnte sodann die Festlegung von Wohngebieten in gesonderten FWP-Änderungsverfahren erfolgen.			x	nein

Gimplach	Gi3	<p>Arrondierung bestehender Strukturen und Erweiterung von bestehenden Eignungszonen und des Gebietes baulicher Entwicklung aufgrund des gegebenen Bedarfes und der tatsächlich vorliegenden Nutzungen. Aufgrund der Nahelage zum Gewässer ist der 10m-Freihaltebereich zu berücksichtigen. Hierfür wird auf die Bestimmungen des Wortlautes zum STEK 1.00 und zum FWP Nr. 1.00 der Stadtgemeinde Trofaiach verwiesen. Ferner ist die Nahelage zu industriell-gewerblichen Nutzung jenseits des Gewässers zu berücksichtigen (vgl Festlegungen im FWP Nr. 1.00)</p> <p>Festlegung von Industrie/Gewerbe in Überlagerung mit Wohnen aufgrund der Bestandes der Großwäscherei vor Ort und der Nachfolgenutzung im FWP (Allgemeines Wohngebiet bei Aufgabe des bisherigen Konsenses sh FWP).</p>			x	nein
Gimplach – Bereich Schottergrube Swietelsky	Gi4	<p>Rücknahme; Festlegung der Eignungszone (Bodenentnahmefläche) gemäß vorliegendem MinRoG-Bescheid vom 24.11.1999, GZ: 4.3 21-99/9 der BH-Leoben und dem integrierenden Gewinnungsbetriebsplan samt planlicher Darstellung. Die Fläche der nunmehrigen Ausweisung deckt sich mit dem Ausmaß der o. genannten bescheidmäßig festgelegten Fläche und werden die im Bescheid nicht genannten Flächen nunmehr nicht weiter als Eignungszone festgelegt. Festlegung eines Pufferbereiches gem. Plandarstellung zum Gewinnungsbetriebsplan und damit verbundene Festlegung eines Freihaltegebietes zum Schutz des angrenzenden bebauten Wohnsiedlungsgebietes vor Emissionen (vgl o. genannter Bescheid und diesbezügliche Gutachten)</p>			x	nein
Gimplach – Bereich südlich Gößgraben- straße	Gi5	<p>Festlegung als Gebiet baulicher Entwicklung für Wohnen aufgrund des konsentierten Wohnbestandes vor Ort und der Lage außerhalb des 100 m – Schutzbereiches gem. MinRoG-Bescheid der Fa. Swietelsky vom 24.11.1999, GZ: 4.3 21-99/9 der BH-Leoben (vgl Plandarstellung zum Gewinnungsbetriebsplan). Ferner scheint eine Weiterführung als Auffüllungsgebiet im Freiland aufgrund nunmehr gegebener Vorgaben des Stmk. ROG 2010 aus raumordnungsfachlicher nicht möglich und zulässig. Die Bestände vor Ort werden durch die gegenständliche Festlegung nicht negativ beeinflusst und bestand auch bisher für die vorhandenen Nutzungen im Auffüllungsgebiet ein gewisser Grad an Emissionsschutz.</p>		x	x	nein

Gimplach – Bereich Rekultivier- ungsfläche	Gi6	Geringfügige Rücknahme der festgelegten Eignungszone und Ausweisung als Freiland im südlichen Bereich. Schaffung der Möglichkeit einer geeigneten Nachnutzung durch die zusätzliche Einräumung der Zulässigkeit zur Errichtung einer Energieversorgungsanlage (Photovoltaik). Geringfügige Erweiterung aufgrund der Festlegungen in den vorliegenden AWG-Bescheiden vom 01.07.2011 sowie 27.05.2009 sowie der tatsächlichen Abgrenzung gemäß Orthofoto aufgrund teilweise erfolgter Wiederverfüllung (dies stellt keine gutachterliche Bestätigung einer bescheidmäßigen Wiederverfüllung dar). Hinsichtlich der Möglichkeit zur Schaffung einer Photovoltaikanlage wird festgehalten, dass diese erst nach bescheidmäßiger Wiederverfüllung des Gesamtgebietes erfolgen kann und eine Ausweisung im Flächenwidmungsplan unter Berücksichtigung des Leitfadens für Photovoltaik-Anlagen der Stmk. Landesregierung sowie unter Einräumung eines bepflanzten Grünstreifens rund um eine Anlage zulässig ist und derzeit kein konkretes Projekt vorliegend ist. Es soll hier lediglich die Möglichkeit gewahrt werden – dies vor allem unter der Berücksichtigung des Planungshorizontes des STEK Nr. 1.00			x	nein
Unter- gimplach	Gi7	Geringfügige Erweiterung des bestehenden Siedlungsgefüges aufgrund der nicht gegebenen Hochwassergefährdung gemäß vorliegender Hochwasserabflussuntersuchung. Zur Hintanhaltung etwaiger dennoch auftretender Hochwasserereignisse ist der 10 m Freihaltebereich (gemessen ab der Böschungsoberkante) nichtsdestotrotz einzuhalten (vgl die Bestimmungen des Wortlautes zum STEK und FWP Nr. 1.00 der Stadtgemeinde Trofaiach.	x			nein
Unter- kurzheim	Gi8	Arrondierung der bestehenden Festlegung aufgrund der baulichen Bestände vor Ort (landwirtschaftliche Nutzung) mit dem Ziele der Schaffung von nach außen hin kompakt scheinenden und geschlossenen Siedlungsbeständen.		x		nein
Unter- kurzheim	Gi9	Festlegung von Überlagerungen von Wohnen und Landwirtschaft, sodass bei Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzungen und nachweislich gegebener Eignung Wohnbauland im gesonderten Änderungsverfahren festgelegt werden könnte.		x		nein

Unter- kurzheim	Gö1	Festlegung als Gebiet baulicher Entwicklung für Wohnen aufgrund des konsentierten Wohnbestandes vor Ort und der Lage außerhalb des 100 m – Schutzbereiches gem. MinRoG-Bescheid vom 24.11.1999, GZ: 4.3 21-99/9 der BH-Leoben der Fa. Swietelsky sowie der Lage außerhalb von Wildbachgefahrenzonen gemäß geltendem Gefahrenzonenplan.		x		nein
Unter- kurzheim	Gö2	Festlegung von Überlagerungen von Wohnen und Landwirtschaft aufgrund der überwiegend landwirtschaftlichen Nutzung vor Ort, sodass bei Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzungen und nachweislich gegebener Eignung Wohnbauland im gesonderten Änderungsverfahren festgelegt werden könnte.		x		nein
Hafning	H1	Aufnahme der baulichen Bestandssituation vor Ort. Im Zuge nachfolgender Bauverfahren (Zu-/Umbaumaßnahmen) ist die ersichtlich gemachte Lage innerhalb der Hochwasserabflussbereiche des HQ ₃₀ und HQ ₁₀₀ zu berücksichtigen und sind die diesbezüglichen Abstimmungen/ Genehmigungen der Behörde einzuholen.	x			nein
Hafning	H2	Geringfügige Arrondierung des bestehenden Siedlungsgefüges. Im Falle etwaiger Bauverfahren ist die Lage innerhalb des braunen Hinweisbereiches sowie die Nahelage zum Gewässer zu berücksichtigen	x			nein
Kruppen	K1	Festlegung einer geringfügigen Eignungszone für Lagerplatzfläche in Überlagerung mit Wohnen aufgrund der tatsächlich angestrebten Nutzung vor Ort.	x		x	nein
Wolkersdorf	L1	Geringfügige Arrondierung des bestehenden Siedlungsgefüges aufgrund gegebener Umsetzungsinteressen.	x		x	nein
Schardorf- West	S1	Aufnahme der Straßenfläche in das Gebiet baulicher Entwicklung für Wohnen gemäß Planzeichenverordnung, Rücknahme der östlichen Erweiterungsflächen aufgrund der siedlungspolitisch bedingten, deutlichen Abgrenzung des Bestandes vor Ort und noch vorhandener Potenzialsflächen innerhalb des Siedlungsgefüges. Die Erweiterung der Siedlungsbestände soll großteils innerhalb des Siedlungsgefüges bzw. innerhalb bestehender Infrastruktureinrichtungen erfolgen. Ferner soll ein Zusammenwachsen der beiden Siedlungsstrukturen von Schardorf West und Schardorf Ost hintangehalten werden (aus Gründen des Landschaftsbildes).		x	x	nein

Schardorf	S2	Erweiterung der bestehenden Flächen um eine Baulandtiefe im Anschluss an bereits bebautes Gebiet sowie in Abstimmung mit den vorhandenen Siedlungsentwicklungsrichtungen.		x	x	nein
Schardorf	S3	Aufnahme der Straßenflächen in das Gebiet baulicher Entwicklung gemäß Planzeichenverordnung 2007. Festlegung einer Überlagerung von Wohnen und Eignungszone südlich des Hotels Reitingblick, sodass gegebenenfalls hier auch Erweiterungspotenziale für Wohnen genutzt werden können, wenn einerseits die Zufahrtsfrage geklärt ist und andererseits die Erholungsfunktion aufgegeben werden sollte bzw. der Bedarf an weiterem Bauland besteht. Im Osten erfolgt eine Erweiterung der bestehenden Baulandausweisung um weitere (ca.) 6 Bauplätze in Abstimmung mit bereits teilweise vorhandener technischer und infrastruktureller Erschließbarkeit. Durch die vorgesehene planmäßige Erweiterung entstehen keine erheblichen Auswirkungen auf den Umgebungsbereich, da es sich hier um eine beschränkte Fläche mit nach außen hin absolut festgelegten Entwicklungsgrenzen handelt.			x	nein
Schardorf-Süd	S4	Festlegung einer Eignungszone für den bestehenden Fischteich in Abstimmung mit der bestehenden und zukünftigen Nutzung des Areals. Erhebliche Auswirkungen auf den Umgebungsbereich sind nicht zu erwarten, da die bisherige Nutzung nicht abgeändert werden soll.			x	nein
Schardorf-Golfplatz	S5	Aufnahme des bestehenden Parkplatz-Bereiches in die Eignungszone für den Golfplatz – Rücknahme der Festlegung Tourismus und Ferienwohnen aufgrund der tatsächlichen Zugehörigkeit zum Golfplatzareal und damit möglicher Übernahme in die Eignungszone für Golfplatz.	x		x	nein
Schardorf Nord – Nähe KG Grenze Gimplach	S6	Geringfügige Arrondierung bestehender und großteils bebauter Grundstücke außerhalb von Waldflächen und landwirtschaftlicher Vorrangzone gemäß Regionalem Entwicklungsprogramm. Schaffung der Möglichkeit zur Verdichtung des Siedlungsgefüges außerhalb von Emissionen aus Tierhaltungsbetrieben. Bei nachweislicher Aufgabe der bisher landwirtschaftlich dominierten Nutzung könnte sodann die Festlegung von Wohngebieten in gesonderten FWP-Änderungsverfahren erfolgen.	x	x	x	nein

Schardorf Ost – Nähe Töllach	S7	Aufnahme der Straßenfläche in das Gebiet baulicher Entwicklung für Wohnen gemäß Planzeichenverordnung. Festlegung einer relativen Grenze zur Schaffung der Möglichkeit zur Aufnahme bestehender landwirtschaftlicher Strukturen im nördlichen Bereich des Siedlungsschwerpunktes.		x		nein
Töllach	S8	Arrondierung des bestehenden Siedlungsgefüges und Aufnahme von Beständen im Freiland in das Gebiet baulicher Entwicklung.		x		nein
Windisch- bühel - Nord	S9	Arrondierung der bestehenden, landwirtschaftlich genutzten Gebiete baulicher Entwicklung aufgrund des Bestandes vor Ort ohne Erweiterung nach außen im Hinblick auf die gegebene Siedlungslinie des Ortsteiles.		x	x	nein
Windisch- bühel	S10	Festlegung eines – nunmehr auch planlich dargestellten aber bereits rechtmäßig bestehenden – Erweiterungspotenziales, das eine Verdichtung nach innen ermöglicht. Die gegenständliche Festlegung war bereits im Entwicklungsplan Nr. 4.00 der ehemaligen Gemeinde Gai berücksichtigt, jedoch planlich nicht als Potenzial dargestellt. Eine tatsächliche Erweiterung des Rechtsbestandes kommt demnach nicht. Im westlichen Teilbereich wird eine geringfügige Arrondierung der Entwicklungsgrenze Richtung Westen zur Schaffung eines Bauplatzes geführt.		x	x	nein
Windisch- bühel	S11	Geringfügige Erweiterung aufgrund geplanter Umsetzung des Baulandes und nicht klar definierter naturräumlicher Grenzen aufgrund des Bestandes vor Ort.	x			nein
Windisch- bühel	S12	Geringfügige Arrondierung des bestehenden und bebauten Siedlungsgefüges Richtung Norden aufgrund vorliegender Umsetzungsinteressen sowie vorhandener Infrastrukturanchlussmöglichkeiten. Die bestehende landwirtschaftliche Vorrangzone gemäß Regionalem Entwicklungsprogramm wird geringfügig Richtung Norden verschoben. Diese führte bisher nicht entlang von naturräumlichen Grenzen, sondern entlang der Baulandgrenze. Eine Neuinterpretation scheint hier aufgrund der geringfügigen Verschiebung der Baulandgrenze und der diesbezüglichen Neuinterpretation zulässig.	x		x	nein

		Schaffung der Möglichkeit zur planmäßigen Erweiterung des Siedlungsgefüges außerhalb von Emissionen aus Tierhaltungsbetrieben.				
Windisch- bühel	S13	Festlegung von Überlagerungen von Wohnen und Landwirtschaft aufgrund der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzung vor Ort, die mit Wohnnutzung durchmischt ist. Änderungen von Festlegungen im Flächenwidmungsplan bedingen ein gesondertes Änderungsverfahren und den Nachweis nicht gegebener Nutzungskollisionen.	x		x	nein
Schardorf	S14	Festlegung von Überlagerungen von Wohnen und Landwirtschaft aufgrund der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzung vor Ort, sodass bei Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzungen und nachweislich gegebener Eignung Wohnbauland im gesonderten Änderungsverfahren festgelegt werden könnte. Wohnen wird mit Tourismus überlagert im Nahbereich des Hotel Reitingblick aufgrund der möglichen Erweiterung der Erholungsflächen (vgl FWP Nr. 1.00)			x	nein
Trofaiach - Zentrum Nord	T1	Festlegung einer Eignungszone gemäß dem Bestand vor Ort - keine Neufestlegung, sondern Anpassung an die neue Rechtsgrundlage aufgrund nunmehr gegebener Rechtslage des Stmk. ROG 2010 und Planzeichenverordnung 2007.		x		nein
Trofaiach - Zentrum Nord	T2	Überlagerung von Wohnen mit Eignungszone aufgrund der Weiterführung der bisherigen Festlegungen. Bei nachweislich gegebener Aufgabe der Sondernutzung im Freiland tritt die Möglichkeit zur Festlegung als Bauland ein (Fortführung Ausweisung gem. Flächenwidmungsplan Nr. 4.00 der ehemaligen Stadtgemeinde Trofaiach). Auch dies stellt eine Fortführung bzw. Präzisierung und Anpassung auf die neue Rechtsgrundlage der bisherigen Rechtsbestände dar und entspricht keiner Neufestlegung im eigentlichen Sinne.		x		nein
Trofaiach - Zentrum Nordost	T3	Geringfügige Rücknahme von Potenzialsflächen aufgrund der gegebenen Hanglage sowie Einräumung einer relativen Entwicklungsgrenze zwischen unterschiedlichen Nutzungen im Sinne der Bestimmungen des Wortlautes zum STEK Nr. 1.00		x		nein

Trofaiach – Mellplateau Nord	T4	<p>Rücknahme der bisherigen Ausweisung einer Eignungszone aufgrund nicht gegebener Nutzung sowie des gegebenen Nahbereiches zu Hochwasserabflussbereichen.</p> <p>Festlegung eines Gebietes baulicher Entwicklung abgestimmt auf den Bestand vor Ort mit Schloss Mell, Reitbetrieb sowie bestehenden Wohngebäuden südlich der Erschließungsstraße. Abgrenzung der bestehenden Nutzung durch die Festlegung von Entwicklungsgrenzen teilweise entlang natürlicher Grenzen sowie auch zum Schutze des Mellplateaus und der angestrebten Freihaltung als Naherholungsbereich.</p> <p>Die bestehenden Wohngebäude sowie das Schloss Mell stellen einen Ausgangspunkt einer etwaigen Verdichtung nach innen dar. Eine Baulandfestlegung im zeitgleich öffentlich aufgelegten Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 der Stadtgemeinde Trofaiach erfolgt aufgrund der anzustrebenden Schonung des erhöhten Mobilitätsfaktors nicht.</p> <p>Mit der gegenständlichen Festlegung der Entwicklungsbereiche finden lediglich der Bestand vor Ort und die innen liegenden unbebauten Flächen Berücksichtigung; Erweiterungen nach außen erfolgen nicht – dies auch bedingt durch die bestehende natürliche Hangkante, die mit einer Entwicklungsgrenze belegt wurde sowie die Bewaldung sowie unter dem Lichte des angestrebten Schutzes des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes am Mellplateau. Eine allfällige Bebauung der unbebauten Flächen im Inneren des „Siedlungsweilers“ ist erst nach Rechtskraft einer entsprechenden Flächenwidmungsplan-Änderung zulässig. Im Rahmen dieser ist jedenfalls die Nahelage zum Reitbetrieb sowie die verkehrstechnische und infrastrukturelle Erschließbarkeit zu berücksichtigen.</p> <p>Aufgrund der Lage auf dem Mellplateau mit einem sensiblen Landschaftsbild wurde im Rahmen einer Umwelterheblichkeitsprüfung überprüft, ob ein Umweltbericht zu erstellen ist.</p> <p>Im Hauptort, westlich des Erweiterungsbereiches wird die bestehende Wohnnutzung (nach alter Rechtslage enthält diese auch die Festlegung von Kerngebieten) mit Zentrum überlagert. Dies stellt eine Anpassung der bisherigen Mischgebiete auf die neue Planzeichenverordnung 2007 dar.</p>			x	Nein, UEP ergab kein Erfordernis einer UP
---	-----------	---	--	--	---	--

Trofaiach – Mellplateau Süd	T5	<p>Großflächige Rücknahme von Entwicklungsbereichen in Abstimmung mit dem Grundstückseigentümer aufgrund der derzeit nicht gegebener Umsetzung sowie nicht ausreichend vorhandener infrastruktureller Erschließung. Rechtmäßig bestehende Wohngebäude nördlich der Straße unterstehen zukünftig aufgrund der gegenständlichen Festlegung als Freiland den Bestimmungen des § 33 Stmk. ROG 2010 und sind hier zB Bestandsverdoppelungen des erstmalig bewilligten Bestandes zulässig.</p> <p>Das großflächige Potenzial ist aufgrund der gegebenen Lage nur mit erhöhtem (finanziellen wie auch technischen) Aufwand aus infrastruktureller wie auch verkehrstechnischer Sicht erschließbar und liegen innerhalb des Gemeindegebietes besser aufgeschlossene Baulandflächen vor.</p> <p>Ferner ist aus siedlungspolitischer Willensbildung wie auch aus Gründen des Landschaftsbildes eine Freihaltung des Mellplateaus für naherholungssuchende Wanderer und andere wünschenswert.</p> <p>Durch die Festlegung einer relativen Entwicklungsgrenze ist zumindest der an bestehende bauliche Anlagen direkt angrenzende Bereich für eine etwaige Bebauung heranziehen (dies mittels gesondertem Flächenwidmungsplan-Änderungsverfahren unter Berücksichtigung der tatsächlichen Erschließbarkeit sowie des erhöhten Mobilitätsfaktors).</p> <p>Es erfolgt die Festlegung relativer Entwicklungsgrenzen. Überschreitungen sind gem. Wortlaut zum STEK zulässig.</p>			x	nein
Trofaiach – Mellplateau - Ost	T6	<p>Arrondierung des bestehenden Siedlungsgefüges (samt baulichen Beständen) um den landwirtschaftlich dominierten Bereich im Norden sowie Richtung Osten. Durch das Heranrücken an naturräumliche Grenzen (Waldbestand) wird ein abgeschlossenes Siedlungsgebiet gewährleistet und können die rechtmäßig bestehenden Wohngebäude Richtung „Am Forst“ ebenfalls berücksichtigt und in das Gebiet baulicher Entwicklung aufgenommen werden. Dies führt zu keiner Verschlechterung des Landschaftsbildes, da es sich hier um bereits größtenteils bebaute Gebiete handelt.</p>		x	x	nein

Trofaiach – Zentrum West – Bereich nördlich Kehrwald	T7	Festlegung einer Eignungszone für Erholung bzw. Erweiterung der bestehenden Eignungszone aus siedlungspolitischer Willensbildung sowie aufgrund der räumlichen Nahelage zum Panoramaweg und zum Kehrwald als Bereich für Wanderer und Erholungssuchende. Möglichkeit zur Nutzung des angelegten Biotops.			x	nein
Trofaiach – Zentrum West – Bereich nördlich Kehrwald	T8	Überlagerung der Wohnnutzung mit Eignungszone aufgrund der Nutzungen vor Ort.		x	x	nein
Trofaiach – Zentrum West – Bereich nördlich Kehrwald	T9	Rücknahme des Gebietes baulicher Entwicklung aufgrund der angestrebten Beibehaltung des dort verlaufenden Weges zum Panoramaweg und dessen Freihaltung.				nein
Trofaiach – Zentrum West – Bereich nördlich Kehrwald	T10	Überlagerung von Eignungszone und Wohnen aufgrund des Bestandes vor Ort unter Fortführung des rechtmäßigen Bestandes sowie der Möglichkeit zur beidseitigen Nutzung in Abstimmung mit dem Umgebungsbereich.		x	x	nein
Trofaiach – Zentrum	T11	Rücknahme von Bereichen in Nahelage zur Landesstraße aufgrund der gegebenen Emissionen und unter Berücksichtigung der Möglichkeit zur Verdichtung jener Bereiche innerhalb der Entwicklungsgrenzen. Festlegung einer relativen Entwicklungsgrenze zur Schaffung der Möglichkeit einer Überschreitung bei gegebener Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Wortlautes und gegebener Lärmfreistellung (für Wohnbereiche)				nein
Trofaiach – Zentrum	T12	Geringfügige Erweiterung aufgrund einer Anpassung der Festlegungen an den aktuellen Katasterstand	x	x	x	nein
Trofaiach – Zentrum	T13	Festlegung von Erweiterungsflächen angrenzend an den konsentierten Bestand vor Ort. Erweiterung des bestehenden Gebietes baulicher Entwicklung Richtung Südosten entlang der Gemeindestraße und gegebener Infrastruktur.			x	nein

		Vorbedingung ist die gegebene Hochwasserfreistellung des Gebietes. Durch die bereits gegebene Bebauung nördlich der Straße ist mit keinen erheblichen Umweltauswirkungen im Falle einer südseitigen Bebauung zu erwarten; dies deshalb, da das Orts-, Straßen- und Landschaftsbild bereits durch die vorhandene Bebauung geprägt ist und durch diese Verdichtung der dort vorhandenen baulichen Struktur auch südlich der bestehenden Straße nicht beeinflusst scheint. Es werden nach wie vor großflächige Freibereiche (Freiland – landwirtschaftlich genutzt) erhalten bleiben und muss eine allfällige Bebauung jedenfalls durch einen Bebauungsplan (Festlegung von maximalen Höhen, Dachformen und Anzahl von maximal-zulässigen Wohneinheiten) gegliedert werden. Über den zu erstellenden Bebauungsplan sind hier auch Erschließungskonzepte und Konzepte zur Oberflächenentwässerung beizubringen und zu verordnen. Für die unbebauten Bereiche erfolgt keine Baulandfestlegung im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00; dies dient der Schonung des erhöhten Mobilitätsfaktors sowie unter Berücksichtigung der Lage innerhalb der Hochwasserabflussbereiche.				
Trofaiach – Zentrum Ost	T14	Festlegung einer Eignungszone und Rücknahme des unbebauten Gebietes baulicher Entwicklung aufgrund der gegebenen Nahelage zur Bahn und zur gewerblichen Nutzung östlich der Bahnstrecke. Dies dient einerseits dem Schutze der angedachten Wohnbebauung und andererseits dem Schutz gewerblicher Betriebe (Emissionen). Festlegung einer relativen Entwicklungsgrenze, die überschritten werden kann, sofern keine maßgeblichen Emissionsbeeinträchtigungen vorliegen.			x	nein
Trofaiach - Zentrum Süd	T15	Geringfügige Erweiterung aufgrund einer Anpassung der Festlegungen an den aktuellen Katasterstand und Begradigung der bestehenden Entwicklungsgrenze.	x	x	x	nein
Trofaiach -	T16	Es wird die bestehende Nutzung (nach alter Rechtslage enthält diese auch die Möglichkeit zur Festlegung von Kerngebieten, Wohngebieten und Gewerbegebieten) mit Industrie/Gewerbe überlagert. Dies stellt eine Anpassung der bisherigen Mischgebiete auf die neue Planzeichenverordnung 2007 dar. Im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 wird der Rechtsbestand nicht verändert und erfolgt demgemäß lediglich die Anpassung der Darstellungen auf die neue Planzeichenverordnung.		x		nein

		Im Falle etwaiger Änderungen der Flächenwidmung sind nicht gegebene Nutzungskollisionen nachzuweisen.				
Trofaiach - Zentrum	T17	Es wird die bestehende Industrie/Gewerbenutzung mit Wohnen überlagert, um bei etwaiger Aufgabe der betrieblichen Nutzungen die Möglichkeit zur Wohngebietsfestlegung zu ermöglichen. Dies hätte jedenfalls im eigenen Flächenwidmungsplan-Änderungsverfahren zu erfolgen und müssten nicht gegebene Nutzungskonflikte mit dem Umgebungsbereich und bestehender Emissionen und Immissionen nachgewiesen werden.			x	nein
Trofaiach - Zentrum	T18	Es wird die bestehende Wohnnutzung (nach alter Rechtslage enthält diese auch die Möglichkeit zur Festlegung von Kerngebieten und Wohngebieten und Gewerbegebieten) mit Industrie/Gewerbe überlagert. Dies stellt eine Anpassung der bisherigen Mischgebiete auf die neue Planzeichenverordnung 2007 dar. Im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 wird hier Gewerbegebiet bzw. Industriegebiet I/1 gem. Rechtsbestand fortgeführt (vgl FWP). Im Falle etwaiger Änderungen der Flächenwidmung sind nicht gegebene Nutzungskollisionen (vor allem hinsichtlich Emissionen und Immissionen) nachzuweisen und gesonderte Flächenwidmungsplan-Änderungsverfahren abzuhandeln.			x	nein
Trofaiach – Zentrum	T19	Es wird die bestehende Wohnnutzung (nach alter Rechtslage enthält diese auch die Möglichkeit zur Festlegung von Kerngebieten und Wohngebieten) mit Zentrum überlagert. Dies stellt eine Anpassung der bisherigen Mischgebiete auf die neue Planzeichenverordnung 2007 dar.		x		nein
Trofaiach - Zentrum	T20	Es wird die bestehende Wohnnutzung (nach alter Rechtslage enthält diese auch die Möglichkeit zur Festlegung von Kerngebieten und Wohngebieten) mit Zentrum überlagert. Dies stellt eine Anpassung der bisherigen Mischgebiete auf die neue Planzeichenverordnung 2007 dar.		x		nein
Trofaiach - Nordost	T21	Es wird die bestehende Wohnnutzung (nach alter Rechtslage enthält diese auch die Möglichkeit zur Festlegung von Kerngebieten und Wohngebieten und Gewerbegebieten) mit Industrie/Gewerbe überlagert. Dies stellt eine Anpassung der bisherigen Mischgebiete auf die neue Planzeichenverordnung 2007 dar. Im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 wird hier Gewerbegebiet gem. Rechtsbestand fortgeführt.		x		nein

Treffning - Süd	Tre1	Geringfügige Erweiterung aufgrund einer Anpassung der Festlegungen an den aktuellen Katasterstand und Begradigung der bestehenden Entwicklungsgrenze.	x	x		nein
------------------------	-------------	---	---	---	--	------

Tabelle 26 - Differenzliste

Die Bestimmungen der Alpenkonvention werden eingehalten (vgl Kapitel 3.1.1 des Erläuterungsberichtes zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00 der Stadtgemeinde Trofaiach).

Legende:

Änderungen gegenüber den Örtlichen Entwicklungsplänen/Siedlungsleitbildern:
- Nr. 4.00 idgF der ehem. Gemeinde Gal
- Nr. 5.00 idgF der ehem. Gemeinde Hafning bei Trofaiach
- Nr. 4.00 idgF der ehem. Stadtgemeinde Trofaiach

Im Ausmaß nicht geänderte Gebiete mit baulicher Entwicklung bzw. Örtliche Eignungszonen
Gebiete mit baulicher Entwicklung / Örtliche Eignungszonen - Ergänzungen / Erweiterungen
Gebiete mit baulicher Entwicklung / Örtliche Eignungszonen - Rücknahmen

T1 lfd. Nr. lt. Differenzliste

Z -> W Änderung der Kategorie (EZ - Einkaufszentren; I - Industrie, Gewerbe; L - Landwirtschaft; T - Tourismus, Ferienwohnen; W - Wohnen; Z - Zentrum)

Sonstige Planinhalte siehe STEK 1.00, GZ: 123FR13

Planverfasser und digitale Bearbeitung:

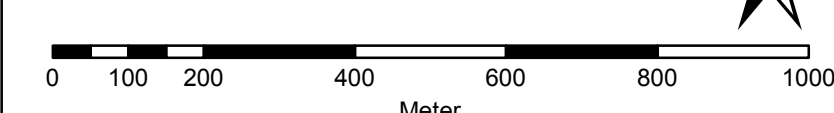
Pumpernig & Partner ZT GmbH
DI Andreas Amersbach
DI Maximilian Pumpernig
statisch betagte und betriebs Zutechniker
A - 6020 Graz, Magdalenenstraße 20/1
office@pumpernig.at, www.pumpernig.at



Datenquelle: LBD-GI, Amt d. Smk. LR



Maßstab = 1:10.000



Bearb.: An/Pa/Pf
Stand: 13.03.2014
GZ: 123FR13

L102: Werkvertr. 08/01 - Ausd. 04/04/04
Genehmigt Trofaiach 123FR13, Trofaiach, 100
Wien 04/04/04

5.4 Zusammenfassendes Ergebnis

Wie in der Differenzliste dokumentiert, sind im Zuge der Ausarbeitung des Entwicklungsplanes Nr. 1.00 keine erheblichen Änderungen und wurde diese großflächige Neufestlegung in Edling bereits im Kapitel 4.2.1 abgehandelt. Es wird ferner kein Widerspruch zur Alpenkonvention erzeugt.

Die Erstellung eines Umweltberichts entfällt daher.

6 BEILAGEN

6.1 Bestandsliste und Ausschnitt Bestandsaufnahmeplan (Auszug)

6.1 Bestandsliste und Bestandsaufnahmeplan (Auszug)

A U S Z U G A U S D E R B E S T A N D S A U F N A H M E D E R S T A D T G E M E I N D E T R O F A I A C H

Ifde Nr.	Straße – Haus Nr.	Betriebsbezeichnung mit Inh. – Name und sonstige Besonderheit
1		Pflegeheim/Seniorenhaus Verbena
2		Handelsagentur Franz Schoberl, eingeschossiges Wohngebäude
3		Kleingartenanlage
4		Bäckerei Köck mit Leib und Seele, DM Drogeriemarkt mit Friseurstudio, Discounter KIK, davor asphaltierte Parkplätze
5		PKW Diesel – Einfach schlau tanken! IQ-Tankstelle mit Waschplätzen und Staubsaugerstation zum Aussagen der Autos
6		Eurospar, davor asphaltierte Parkplätze
7		Der Preispirat
8		Siehe Ifde. Nr. 52
9		Pfeiler's Designmode – Textilien und Bekleidung
10		Hofer mit davor gelagerten asphaltierten Parkplätzen
11		Penny Markt und BIPA mit davor gelagerten asphaltierten Parkplätzen
12		Zielpunkt mit davor gelagerten asphaltierten Parkplätzen
13		Goriup – Standort Trofaiach, Halle (im südlichen Teil Bürogebäude) ebenfalls F. Gschinagel Stahlbau, Stahlbau – Alubau - Maschinenbau
14		LMS: Nutzung fragwürdig (bei Gemeinde nachfragen!)
15		Fußballplatz, daneben Vereinshütte FC 2000 und Nebengebäude
16		Kleingartenanlagen
17	Bergmannngasse	städtischer Kindergarten der Stadtgemeinde Trofaiach
18		Cafe Arlecchino, Inhaber: Spirk, 1+ D-geschossiges Gebäude, vorgelagerte Parkplatzflächen; Tabaktrafik im selben Gebäude
19		DI G. Plonner, Fahrschule (Tafel), 2-geschossiges Gebäude (ohne Fahrzeuge laut Begutachtung)
20	Waldstraße	Gartenverein Trofaiach
21		Brandl Transportlogistik GmbH, große Manipulationsfläche mit vielen PKWs, hinten unter einem Flugdach befindet sich eine Tankstelle, Lager – verschrottete Autos
22		Petra Kosmetik-, Permanent- und medizinisches Fußpflege-Institut, 2 davor gelagerte gepflasterte Kundenparkplätze
23		allgem. Sportclub Trofaiach, Schützengilde Trofaiach, 1-geschossiges Gebäude
24		EV Trofaiach mit asphaltiertem Schießstockplatz und mit Lichtanlage, vorgelagerter Parkplatz, Eisbahn
25		Martin Reiter Espresso Line – Verkauf, Reparatur und Service im Wohnhaus
26		Alpenvereinshaus Trofaiach, vor dem Gebäude befindet sich ein großer Wendehammer, Nebengebäude (Boilerraum, Heizungsraum)
27		Nähwerkstätte Monika Prodinger, exklusives, kreatives; 1+ D-geschossiges Gebäude
28		2+ D-geschossiges Gebäude, ehem. Raiffeisenbank, rechts davon ein eingeschossiges Gebäude: Raumgestaltung Sochor Bodenleger

